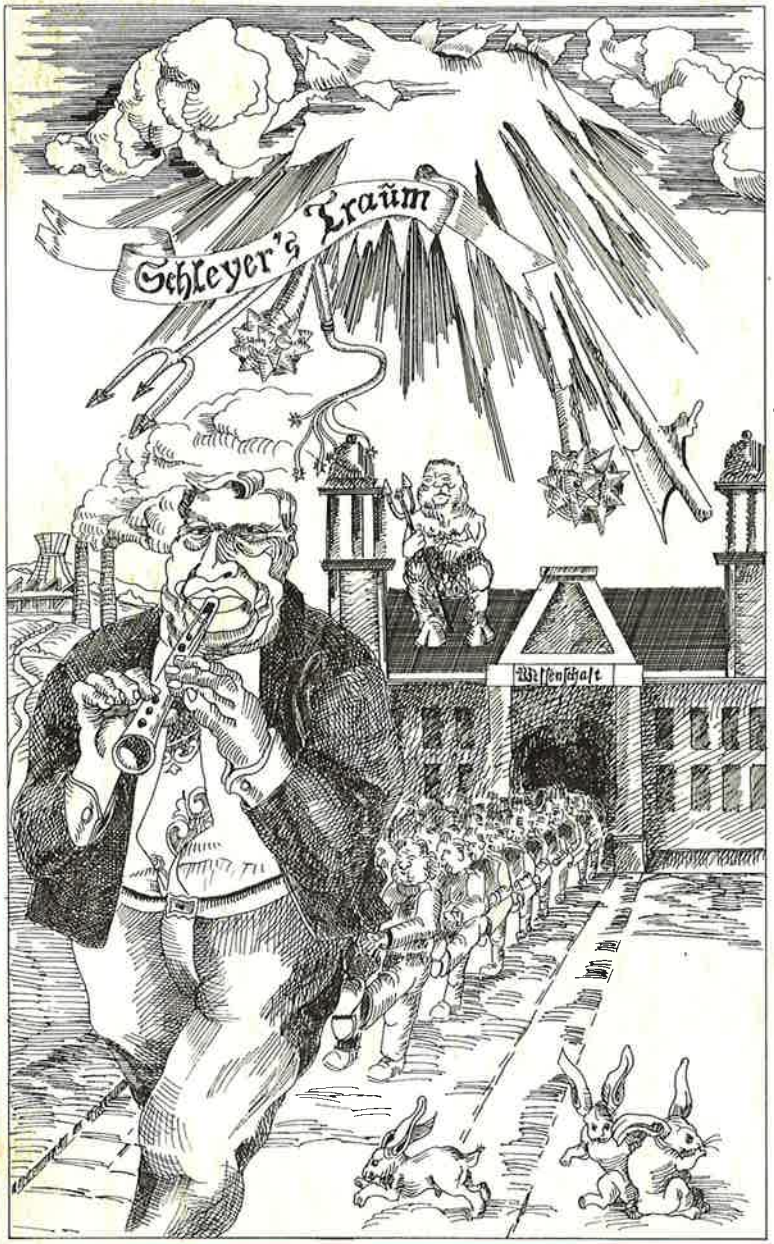
FACIT 36

MSB SPARTAKUS
Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik

10. Jahrgang
Oktober 1974



Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der Monopole oder der arbeitenden Bevölkerung?

● Wissenschaft und Arbeiterklasse

● Naturwissenschaften und ideologischer Kampf

● Gibt es eine Lehrerschwemme?

● Reform der Berufsausbildung?

● Psychische Probleme bei Studenten

● Zur Reform der Lehrerausbildung

● Chile: Ein Jahr danach

● Facit-Forum: Noch einmal: SLH

FACIT 36 Oktober 1974

Inhalt:

Wolfgang Keller/Bernhard Althoff
Arbeiterklasse und Wissenschaft . 1

Wolfgang Adamczak
Zur ideologischen Auseinandersetzung im Wissenschaftsbetrieb . . 33

Holger Brandes
Kein Bedarf an Lehrerstudenten? . 42

Wolfgang Bartels
Für eine Berufsausbildung im Interesse der Arbeiterjugend 49

Rolf-Dieter Casjens
Zur Kritik gegenwärtiger Reformkonzeptionen im Bereich der Lehrerausbildung 60

Uta Oetzel
Psychische Störungen bei Studenten — Ursachen und Therapie . . 70

Claus Proft
Ein Jahr nach dem Putsch . . . 79

Facit-Forum

Zum Artikel in Facit 34: Zur Auseinandersetzung mit der Politik des SLH 88

Christine Groh 88

Oleg Cernavin 93

Jürgen Stopel 102

Dieter Bongers 103

Karlheinz Heinemann 107

Rezensionen

Zur Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung (Karrer) . 111

Liebknecht-Biographie (Karrer) . . 112

Zur Sozialstruktur — Sammelrezension (Naumann) 113

Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus (Haug) . . . 117

Elm: Konservatismus (Albrecht) . 117

Unsere Autoren 119

Impressum

erscheint zweimonatlich in der Weltkreis-Verlags-GmbH., 46 Dortmund

Herausgeber: Facit e. V., 53 Bonn, Poppelsdorfer Allee 58a

Herausgeberkreis: Klaus Görke, Karlheinz Heinemann, Franz Hutzfeld, Steffen Lehndorff, Gunther Riechey, Paul Schäfer, verantw. Redakteur: Karlheinz Heinemann

Redaktionsbeirat: Wolfgang Adamczak, Jürgen Büscher, Dr. J. H. v. Heiseler, Rainer Krings, Andreae Leisewitz, Werner Loch, Michael Maercks, Gunnar Matthiessen, Christiane Reymann

Umschlag: Christof Krämer

Redaktionsadresse: Facit e. V., 53 Bonn, Poppelsdorfer Allee 58a

Der Preis des Einzelheftes beträgt 2,50 DM, im Abonnement beträgt der Preis nur 2,— DM. Ein Jahresabonnement (6 Hefte) beträgt 12,— DM + Porto (bei Vorauszahlung nach Erhalt des ersten Heftes). Bei Gruppenabnahmen ab 10 Expl. gilt ebenfalls der ermäßigte Abonnementspreis.

Bestellungen und Anzeigen an:
Weltkreis-Verlag
46 Dortmund, Brüderweg 16,
Tel. (02 31) 57 20 10.
Postscheck-Kto.: Weltkreis-Verlags-GmbH, Dortmund, PSchA Frankfurt: 20 3290/600

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Neuss.

Arbeiterklasse und Wissenschaft

Die Fragen der Wissenschaft und Bildung gehören zu den grundlegenden Fragen des Klassenkampfes. Wer verfügt über Wissenschaft? Wem nützt Wissenschaft? — Diesen Fragen steht die Arbeiterklasse durchaus nicht gleichgültig gegenüber. Gegen die verschiedenen Versuche, den werktätigen Massen ein feindliches Verhältnis gegenüber der Wissenschaft anzudichten, wollen wir nachweisen, daß die Arbeiterklasse ein objektives Interesse an Wissenschaft und Bildung hat und dieses Interesse immer stärker zur Geltung bringt.
Im ersten Teil geben wir einen historischen Überblick über die bildungspolitischen Bestrebungen der Arbeiterbewegung. Im Anschluß daran wird die außerordentliche Bedeutung gezeigt, die Wissenschaft und Bildung heute für die arbeitende Bevölkerung erlangt haben. Der dritte Teil schließlich nennt die Voraussetzungen und aktuellen Möglichkeiten, um Wissenschaft und Bildung für die Arbeiterklasse nutzbar zu machen.
Die Forderungen der Arbeiterklasse stellen vor allem auch Anforderungen an die Studenten, die ja einen nicht unerheblichen Faktor im wissenschaftlichen Leben bilden und in ihrer Mehrzahl der arbeitenden Bevölkerung später als Ingenieure, Ärzte, Lehrer und Juristen begegnen. Gerade die fortschrittlichen Teile der Studentenschaft, die die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes von Arbeitern und Studenten erkannt haben, besitzen hier eine große Verantwortung. Von ihrer Bewußtheit und Kampfbereitschaft hängt es mit ab, ob Wissenschaft und Bildung weiter von den Interessen der Herrschenden bestimmt oder zum Nutzen der arbeitenden Menschen verwandt werden.

I.

Das Verhältnis der Arbeiterklasse zur Wissenschaft war und ist nicht widerspruchsfrei. Die Arbeiter besaßen anfänglich eine durchaus feindselige Haltung gegenüber allen Neuerungen, und es brauchte eine gewisse Zeit, bis bei einem großen Teil diese Haltung durch das Interesse am wissenschaftlich-technischen Fortschritt überwunden wurde. In dem Maße, in dem die Arbeiterklasse an Bewußtsein und Kampfkraft gewann, erkannte sie auch die Bedeutung der Wissenschaft für ihren eigenen Kampf.

Wissenschaft und Technik als Rivalen: die Maschinenstürmer

Wissenschaft und Technik begegneten den Arbeitern erstmals in der handgreiflichen Gestalt der Maschinerie. Ihr gegenüber konnten die arbeitenden Massen zunächst nur ein feindliches Verhältnis entwickeln. Nicht nur, daß die Maschine den Arbeiter zum bloßen Anhängsel degradierte und seine physische und geistige Verfassung ruinierte. Die Maschine trat zudem von Anfang an als Konkurrent auf und warf Tausende Werktätige aus der Produktion.

So ist es nicht erstaunlich, daß die ersten Reaktionen der Arbeiter auf die Beseitigung der Maschinen abzielten. Nachdem es bereits im 17. Jh. zu Aufständen gegen die ersten Maschinen gekommen war, setzte nach 1750 eine massenhafte Zerstörung ein. Textilarbeiter steckten Spinn- und Webmaschinen in Brand, Landarbeiter zertrümmerten neue Dreschmaschinen. In England konnte die Regierung der Bewegung nur durch ein Gesetz Herr werden, das Angriffe gegen Fabriken und Maschinen mit der Todesstrafe belegte. Nach zahlreichen vergeblichen Bemühungen, ein Verbot der Maschinen zu erwirken, kam es in den ersten Jahrzehnten des 19. Jh.s erneut zu Massenzerstörungen. Wieder antworteten die Herrschenden mit einem Terrorgesetz. In der folgenden Zeit gingen die Zerstörungen merklich zurück, abgesehen von Gebieten, wo es der jeweiligen gesellschaftlichen und industriellen Entwicklung entsprechend zu ähnlichen Aktionen kam wie dem Seidenweberaufstand in Lyon 1831 und schlesischen Weberaufstand 1844.

Die massenhafte Zerstörung der Maschinen war Ausdruck des noch unentwickelten Bewußtseins der Arbeiter. Sie sahen das Elend in der Technik selbst und nicht in deren Mißbrauch durch den Kapitalisten, der die Maschinen gezielt gegen die Werktätigen einsetzte. „Es bedarf Zeit und Erfahrung, bevor der Arbeiter die Maschinerie von ihrer kapitalistischen Anwendung unterscheiden und daher seine Angriffe vom materiellen Produktionsmittel selbst auf dessen gesellschaftliche Exploitationsform übertragen lernt."[1]

Die fehlende Einsicht war kein subjektiver Mangel, sondern erklärt sich aus der anfänglichen Schwäche der Arbeiterbewegung überhaupt. Zur Zeit der Maschinenstürmer waren die Arbeiter noch eine zahlenmäßig unbedeutende Klasse, weitgehend zersplittert und ohne revolutionäre Theorie. Erst mit dem Anwachsen der Arbeiterklasse, der Herausbildung von Organisationen und des wissenschaftlichen Sozialismus erkannten immer mehr Arbeiter die Ursachen der Ausbeutung und ihren wirklichen Feind. Für Marx war die Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge schon im schlesischen Weberaufstand angelegt: „Der schlesische Aufstand beginnt gerade damit, womit die französischen und englischen Arbeiteraufstände enden, mit dem Bewußtsein über das Wesen des Proletariats. Die Aktion selbst trägt diesen überlegenen Charakter. Nicht nur die Maschinen, diese Rivalen des Arbeiters, werden zerstört, sondern auch die Kaufmannsbücher, die Titel des Eigentums, und während alle andern Bewegungen sich zunächst nur gegen den Industrieherrn, den sichtbaren Feind kehrten, kehrt sich diese Bewegung zugleich gegen den Bankier, den versteckten Feind."[2]

Der Kampf gegen die geistige Unterdrückung

Nicht die Verweigerung oder Zerstörung der neuen Arbeitsmittel konnte das Ziel der Arbeiter sein, sondern deren zunehmende Beherrschung und schließliche Inanspruchnahme. Um nicht länger bloßes Teilstück der Maschine zu sein, benötigte der Arbeiter technisches Wissen. Um den wechselnden Anforderungen der industriellen Produktion begegnen zu können, braucht er vor allem vielseitige

1 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW 23, S. 452.
2 Kritische Randglossen, in: MEW 1, S. 404.

Kenntnisse. Den neuen Erfordernissen entspricht das Kapital jedoch nicht durch eine adäquate Ausbildung, sondern durch die Aufrechterhaltung der industriellen Reservearmee. Marx hat deshalb mit Nachdruck auf die Notwendigkeit einer allseitigen Ausbildung hingewiesen. Die große Industrie, so stellte er fest, „macht es zu einer Frage von Leben oder Tod, die Ungeheuerlichkeit einer elenden, für das wechselnde Exploitationsbedürfnis des Kapitals in Reserve gehaltenen, disponiblen Arbeiterbevölkerung zu ersetzen durch die absolute Disponibilität des Menschen für wechselnde Arbeitserfordernisse."[3] Das Interesse der Arbeiterklasse richtete sich nunmehr in steigendem Maße auf eine bessere Bildung und Ausbildung. Es ist erstaunlich, daß die Arbeiter und ihre Organisationen schon zu jener Zeit bildungspolitische Forderungen entwickelten, die auch heute Bestandteil einer fortschrittlichen Bildungspolitik sind.

Die Volksmassen blieben im 19. Jh. von der Bildung fast völlig ausgeschlossen. Es bestand zwar seit der Jahrhundertwende die gesetzliche Schulpflicht, die jedoch kaum eingehalten wurde, weil die meisten Kinder zur Arbeit gezwungen waren. In Fabrikschulen erhielten sie häufig noch Unterricht nach einem 11- bis 14stündigen Arbeitstag. Die materielle Ausstattung der Schulen war katastrophal, einen allgemeinen Lehrplan gab es nicht. Grundlage und Hauptbestandteil des Unterrichts war die Religion. Weit und breit herrschte Lehrermangel. Eduard Sack hat in seiner Schrift „Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit" (1874) nachgewiesen, daß ein Lehrer meist über 100, zuweilen bis zu 200 Schüler unterrichten mußte.

Die Wurzel des Übels lag schon damals nicht in irgendeiner „öffentlichen Armut", sondern in der Priorität für Gewehre und Kanonen. In Preußen beispielsweise wurden 1838 von 52 Mill. Talern Gesamteinnahmen 23 Mill. für das Militär und nur 3 bis 4 Mill. für das Schulwesen ausgegeben.[4]

Die Frage der Bildung war somit von Anfang an eine Frage des Klassenkampfes. „Wenn die Bourgeoisie ihnen (den Arbeitern) vom Leben so viel läßt, als eben nötig ist, so dürfen wir uns nicht wundern, wenn sie ihnen auch nur so viel Bildung gibt, als im Interesse der Bourgeoisie liegt. Und das ist so viel wahrlich nicht."[5] Die preußische Regierung und Schulbürokratie unternahmen alles, um die Verbreitung realer Bildung im Volk zu verhindern. So durften die höheren Schulen nur eine begrenzte Zahl von Kindern aus den werktätigen Klassen aufnehmen. Jede Veränderung konnte deshalb nur im entschiedenen Klassenkampf durchgesetzt werden.

Die utopischen Sozialisten, die die Arbeiter als leidende Schicht, nicht aber als revolutionäre Kraft begriffen, hatten noch geglaubt, man könne durch Aufklärung der Herrschenden und durch eine bessere Bildung und Erziehung zur sozialistischen Gesellschaft gelangen. Trotz ihrer Verkennung des Klassencharakters der Bildung gaben sie doch Impulse für den weiteren Kampf. So hat das von Robert Owen in seiner Fabrik in New Lanark eingerichtete Bildungs- und Erziehungssystem Karl Marx zur Forderung nach allseitiger und polytechnischer Bildung angeregt.

3 MEW 23, S. 512.
4 Geschichte der Erziehung, 11. Aufl., Berlin 1973, S. 238.
5 Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klassen in England, in: MEW 2, S. 238.

Wilhelm Weitling, der sicher der erste Theoretiker des Proletariats genannt werden darf, obgleich er den utopischen Sozialismus nicht völlig überwinden konnte, erkannte als erster, daß Staat und Kirche die Bildung der Volksmassen bewußt hemmten. „Sie (die Herrschenden), welche wenig mehr glauben, weil sie viel wissen, sind überzeugt, daß mit der Erweiterung der wissenschaftlichen Bildung der Massen diese das schlaue Gewebe entdecken würden, welches bisher ersteren (den Herrschenden) die Regierung der Angelegenheiten aller sowie die Anlehnung und Ergebenheit der letzteren (der Massen) sicherte. Darum suchte man auf alle Weise zu verhindern, daß sich die Volksbildung aus dem Bereiche des Glaubens herausarbeite und das Gebiet des Wissens betrete."[6]

Die bildungspolitischen Grundforderungen der Arbeiterklasse finden sich zuerst im Kommunistischen Manifest (1848): „Öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form. Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion usw."[7] Marx und Engels begriffen den Kampf um Wissenschaft und Bildung als Teil des Kampfes um die politische Herrschaft des Proletariats. Sie betonten, daß Veränderungen auf diesem Gebiet nur gegen die herrschende Klasse durchgesetzt werden können und zugleich ein Mittel zur Umgestaltung der gesamten Gesellschaft sein können.

In der Revolution von 1848 schloß sich das Proletariat den Forderungen der Demokraten an. Auf dem Arbeiterkongreß in Berlin (Aug./Sept. 1848) standen auch Bildungsfragen auf der Tagesordnung. Der Kongreß forderte die Trennung von Schule und Kirche, unentgeltlichen Unterricht in der Volksschule, Bildungsanstalten für Lehrlinge bei Betonung der wissenschaftlich-technischen Seite des Unterrichts, ähnliche Einrichtungen für Arbeiter und Gesellen. Weiterhin wurde verlangt, daß die Gemeinden die Kinder unbemittelter Eltern kostenlos mit Unterrichtsmitteln und Kleidern ausstatten. Der Kongreß sprach sich ferner gegen jede Kinderarbeit vor dem vollendeten 14. Lebensjahr aus. Aus dem Zusammenhang der Forderungen geht bereits hervor, daß die Bildungsansprüche der Arbeiter aufs engste mit ihrem sozialen und politischen Kampf verknüpft waren.

Die Forderungen des Berliner Arbeiterkongresses blieben weiterhin maßgebend. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein unter Lassalle forderte, allerdings erst 1866 im Chemnitzer Programm, die Trennung der Schule von der Kirche und der Kirche vom Staat, die Erhebung der Schule zu einer aus Staatsmitteln zu finanzierenden Staatsanstalt sowie die Förderung der politischen Bildung durch freie Presse und freies Versammlungs- und Vereinsrecht. Ähnliche Forderungen erhob die Sozialdemokratische Arbeiterpartei unter Liebknecht und Bebel im Eisenacher Programm von 1869. Dieses Programm brachte einen erheblichen Fortschritt, denn während Lassalle die Bildungsreform dem bürgerlichen Staat anvertrauen wollte, erklärten Liebknecht und Bebel unmißverständlich, daß jede Verbesserung nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein konnte. In Eisenach gewann die Arbeiterbewegung erstmals ein Programm, das auf den Sozialismus gerichtet war. Die zentralen bildungspolitischen Forderungen auf diesem Weg waren die Brechung

6 Zitiert nach: Geschichte der Erziehung, S. 322 f.
7 MEW 4, S. 482.

des Bildungsprivilegs und die Durchführung des Unterrichts auf wissenschaftlicher Grundlage.

Wilhelm Liebknecht arbeitete in seinem Referat „Wissen ist Macht – Macht ist Wissen" (1872) den Klassencharakter des herrschenden Bildungssystems heraus. „Der heutige Staat und die heutige Gesellschaft, die wir bekämpfen, sind Feinde der Bildung; solange sie bestehen, werden sie verhindern, daß das Wissen Gemeingut wird. Wer da will, daß das Wissen allen gleichmäßig zuteil werde, muß daher auf die Umgestaltung des Staats und der Gesellschaft hinwirken."[8] Der bildungspolitische Kampf der Arbeiterklasse gewann dadurch die notwendige revolutionäre Perspektive. Der alten Losung „Durch Bildung zur Freiheit!" setzte Liebknecht entgegen: „Durch Freiheit zur Bildung!"

Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zu Gotha 1875 brachte dagegen einen programmatischen Rückschritt. Die mangelhafte Auseinandersetzung mit den falschen Auffassungen Lassalles wirkte sich auch auf den bildungspolitischen Teil negativ aus. Gefordert wurde u. a. „Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat", womit in eklatanter Weise der Klassencharakter des herrschenden Bildungs- und Erziehungssystems geleugnet wurde. Karl Marx unterzog das Programm einer scharfen Kritik.[9] Im Erfurter Programm von 1891 wurden die falschen Forderungen dann überwunden.

Nach ihrem Sieg über die Bismarckschen Ausnahmegesetze wurde die SPD auch eine bedeutende bildungspolitische Kraft. Im Interesse der Arbeiterklasse und der Jugend trat sie für jede nur mögliche Verbesserung ein und entwickelte zugleich ein sozialistisches Bildungsprogramm. Den Schwerpunkt bildete weiterhin die Schulpolitik. Das Volksschulwesen befand sich nach wie vor auf niedrigem Niveau, die Religion stand noch immer im Vordergrund. Die schulpolitischen Grundsätze der SPD faßte Clara Zetkin in ihrem Referat über „Die Schulfrage" (1904) zusammen: Einheitlichkeit des Schulwesens vom Kindergarten bis zur Hochschule, Weltlichkeit des Schulwesens, Wissenschaftlichkeit des Unterrichts und dessen Verbindung mit der Arbeit.[10]

Mit dem Vordringen revisionistischer Strömungen in der Sozialdemokratie veränderte sich auch der Charakter ihrer Bildungspolitik. Der ideologischen Beeinflussung der Arbeiterklasse hielten die Revisionisten die kleinbürgerliche Forderung nach einer Neutralisierung des Bildungswesens entgegen. Heinrich Schulz, späterer Staatssekretär im Reichsinnenministerium, rief sogar dazu auf, die Frage der Bildung aus dem Klassenkampf herauszuhalten, da sonst der Jugend geschadet würde. Das bedeutete nichts anderes, als das Bildungsprivileg der Herrschenden und die geistige Bevormundung der Werktätigen bestehen zu lassen.

Die Kräfte um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin dagegen hielten an den sozialistischen Prinzipien fest und setzten auch nach dem 1. Weltkrieg den Kampf für ein demokratisches Bildungssystem fort. Der Aufschwung des Volksbildungswesens in der Sowjetunion gab der nunmehr gegründeten KPD neue

8 Quellen zur Geschichte der Erziehung, 6. Aufl., Berlin 1971, S. 323.
9 Siehe dazu: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW 19, S. 30.
10 Geschichte der Erziehung, S. 443 f.

Impulse. Schon in der Novemberrevolution hatten die Arbeiter- und Soldatenräte bildungspolitische Forderungen aufgestellt und vorübergehend auch verwirklicht. Dazu gehörten die Abschaffung des Religionsunterrichts, die Selbstverwaltung der Schule und der Aufbau der Einheitsschule. Mit dem Scheitern der Novemberrevolution wurde die demokratische Bildungsreform erneut abgeschnitten.

Die SPD setzte ihren revisionistischen Kurs fort und gab sogar das Prinzip der Weltlichkeit der Schule preis: in einem Kompromiß mit der Zentrumspartei akzeptierte sie die Beibehaltung von Bekenntnisschulen. Politische Reaktion und Klerus waren ermuntert und sicherten durch Konkordate bzw. Kirchenverträge ihren Einfluß auf die Schulen ab. Als der „Bürgerblock" 1927 ein Reichsschulgesetz durchzusetzen suchte, das die konfessionelle und territoriale Zersplitterung sanktionieren und die Schule endgültig den Pfaffen ausliefern sollte, bildete sich eine breite demokratische Abwehrfront, der auch namhafte Künstler und Wissenschaftler wie Thomas Mann und Albert Einstein angehörten. An dem einheitlichen Widerstand ist dieser Anschlag gescheitert.

Die KPD kämpfte weiter für Verbesserungen. Als in den Jahren 1928/29 ein reichseinheitliches Berufsbildungsgesetz verabschiedet werden sollte, brachte die Reichstagsfraktion der KPD einen Antrag ein, der die obligatorische, unentgeltliche und vollständige Berufsausbildung für alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr vorsah. Die „Gegenwartsforderungen der KPD für das Schulwesen" aus dem Jahre 1930 richteten sich gegen den wachsenden Einfluß des Faschismus im Bildungswesen. Die KPD forderte die Entlassung faschistischer Lehrkräfte, die Untersagung nationalistischer Schulfeiern und die Beseitigung chauvinistischer und militaristischer Schriften.

Nach der Zerschlagung des Faschismus bestand die Aufgabe darin, ein antifaschistisch-demokratisches Bildungswesen zu errichten. In ihrem Aufruf an das deutsche Volk vom Juni 1945 forderte die KPD: „Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten."[11] Das entsprach voll und ganz dem Potsdamer Abkommen (Punkt 7). Diese Aufgabe ist bis heute nur in der sowjetischen Besatzungszone bzw. späteren DDR erfolgreich durchgeführt worden, weil hier konsequent alle Wurzeln des Faschismus beseitigt und der Aufbau des Sozialismus begonnen wurde.

All diese Kämpfe und Bemühungen beweisen: die Arbeiterklasse hat ein grundlegendes Interesse an Bildung und damit an wissenschaftlichem Fortschritt. Die DKP knüpft an diese Tradition der Arbeiterklasse bewußt an, wenn sie an den Anfang ihres Bildungsprogramms den Satz stellt: „Welche Bildung, Ausbildung und Erziehung die Jugend erhält, in wessen Interesse, das heißt für welche Ziel- und Aufgabenstellung sie ausgebildet und erzogen wird, das war und ist eine der entscheidenden gesellschaftspolitischen Fragen, der die Arbeiterklasse seit jeher große Aufmerksamkeit gewidmet hat."[12]

11 Quellen zur Geschichte der Erziehung, S. 488.
12 Bildung — Gesellschaft — Zukunft. 2. Aufl., Düsseldorf o. J., S. 5.

Die Entwicklung der Arbeiterbildung

Das Interesse der Arbeiterklasse an Wissenschaft und Bildung zeigt sich auch an ihren selbständigen Bildungsbestrebungen. Die Abeiterklasse schafft nicht nur neue soziale Verhältnisse, sie ist auch der Träger des kulturellen und wissenschaftlichen Fortschritts.

Engels berichtet von den englischen Arbeitern, daß sie „auf ihre eigene Faust eine Menge Schulen und Lesezimmer zur Hebung der geistigen Bildung gegründet (haben) ... Diese Anstalten sind sehr gefährlich für die Bourgeoisie ..."[13] Hier lernten und diskutierten die Arbeiter frei vom Einfluß der Herrschenden. Sie interessierten sich dabei auch für die „bürgerlichen" Wissenschaften. „Ich habe manchmal Arbeiter ... mit mehr Kenntnis über geologische, astronomische und andere Gegenstände sprechen hören, als mancher gebildete Bourgeois in Deutschland davon besitzt. Und wie sehr es dem englischen Proletariat gelungen ist, sich eine selbständige Bildung zu erwerben, zeigt sich besonders darin, daß die epochemachenden Erzeugnisse der neuen philosophischen, politischen und poetischen Literatur fast nur von den Arbeitern gelesen werden."[14]

Auch in Deutschland gründeten sich in den 20er und 30er Jahren des 19. Jahrhunderts zahlreiche Arbeiterbildungsvereine. Sie waren ein wichtiges Mittel zur Vermittlung der sozialistischen Weltanschauung. Marx und Engels haben die Bildungsvereine hoch geschätzt und aktiv unterstützt. So ist die Schrift „Lohnarbeit und Kapital" von Marx aus Vorträgen entstanden, die er 1847 im Brüsseler Deutschen Arbeiterverein gehalten hat. Allerdings blieben zahlreiche Bildungsvereine noch dem bürgerlichen Bildungsideal verhaftet. Staat und Kirche versuchten zudem selbst Arbeiterbildung zu organisieren, um die Werktätigen ihren Zielen besser unterordnen zu können. Das Verdienst August Bebels war es, die Arbeiter durch die Schaffung eigenständiger Bildungsvereine vom Einfluß der Herrschenden zu lösen.

Es galt aber nicht nur, der bürgerlichen Ideologie entgegenzuwirken, sondern auch die interne Schulungsarbeit zu verbessern. Der Parteivorstand der SPD gründete deshalb 1906 einen Zentralbildungsausschuß, der die sozialistische Bildungsarbeit organisieren sollte. Schon bald gab es mehrere hundert Bildungsausschüsse, die Kurse und Vorträge durchführten, Arbeiterbibliotheken unterhielten und Zeitschriften herausgaben.

Im Gegensatz zur wachsenden Entpolitisierungstendenz in der Sozialdemokratie setzte die KPD die sozialistische Bildungsarbeit fort. Ihre Aufgabe konnte es nicht sein, die Lücken der Volksschulbildung zu schließen und die berufliche Qualifizierung zu gewährleisten. Dazu bedurfte es des politischen Kampfes. Aufgabe der Arbeiterbildung war es vielmehr, Bewußtsein und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse zu erhöhen. Ein bedeutender Beitrag der KPD dazu bestand in der Schaffung überparteilicher Marxistischer Arbeiterschulen (MASCH). Die erste wurde 1927 in Berlin gegründet. Einer ihrer bedeutendsten Lehrer war Albert Einstein, einer ihrer Hörer Bert Brecht.

13 Die Lage der arbeitenden Klassen in England a. a. O., S. 453.
14 ebd., S. 454.

Von der Utopie zur Wissenschaft

Das Interesse der Arbeiterklasse an der Wissenschaft erwächst nicht zuletzt aus ihrer politischen Zielsetzung, der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. „So wurde die Wissenschaft vom Sozialismus entwickelt, um die Durchführbarkeit dieses Ziels und die Mittel zu seiner Erreichung aufzuzeigen."[15] Erst die wissenschaftliche Analyse deckt die Bedingungen für die Veränderung der Gesellschaft auf. Sie erst zeigt der Arbeiterklasse, wofür und wie sie zu kämpfen vermag.
Der wissenschaftliche Sozialismus entstand nicht spontan im Verlauf der Kämpfe der Arbeiter. Die für die Theorie erforderliche Forschungsarbeit konnte zunächst nur von Gelehrten geleistet werden. Lenin bemerkt dazu: „Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgegangen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz ausgearbeitet wurden."[16] Natürlich waren diese Intellektuellen von der Arbeiterklasse nicht getrennt, waren sie keine Schulmeister. Sie arbeiteten vielmehr in der Bewegung und nahmen an ihren Kämpfen teil.

Die Erarbeitung einer revolutionären Theorie bestätigt die Notwendigkeit der Verbindung von Wissenschaft und Proletariat. Dieser weitere Aspekt, der das Bündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz berührt, kann hier nicht näher beleuchtet werden.

II.

Mit der zunehmenden Bedeutung der Wissenschaft und Bildung hat sich auch das Interesse der Arbeiterklasse weiterentwickelt. Die Fragen der Wissenschaft und Bildung berühren heute unmittelbar die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung. Schon von daher verstärkt und erweitert sich das Interesse der werktätigen Menschen. Entscheidend aber ist: Weil Wissenschaft und Bildung einen bedeutenden Faktor im gesellschaftlichen Leben darstellen, muß die Arbeiterklasse auch in diesen Bereichen Einfluß gewinnen, wenn sie ihre bestimmende Rolle erkämpfen will.

Wachsende Bedeutung von Wissenschaft und Technik

Die wissenschaftlich-technische Revolution unserer Zeit unterscheidet sich von der industriellen Revolution des 18. und 19. Jh. zunächst in der Vielzahl der Entdeckungen und dem Ausmaß wissenschaftlicher Forschungen. Der entscheidende Unterschied aber findet sich in der neuartigen Rolle, die die Wissenschaft gegenüber der materiellen Produktion spielt. Waren beide Bereiche früher nur indirekt verbunden, d. h. wurden noch bis ins 20. Jh. wissenschaftliche Erkenntnisse mehr oder weniger zufällig gewonnen und dann nur zögernd in die Produktion eingeführt, so ist die Forschung heute in die Produktion organisch miteinbezogen. Die Produktion stellt der Wissenschaft ständig neue Aufgaben und weist ihr neue Forschungsrichtungen. Die Forschung ihrerseits liefert Lösungen für anstehende

15 Maurice Cornforth: Marxistische Wissenschaft und antimarxistisches Dogma, Ffm. 1970, S. 192 f.
16 W. I. Lenin: Was tun? In: LW 5, S. 386.

Probleme und eröffnet noch unbekannte Produktionsmöglichkeiten. Sie wird so zu einer wahren „Industrie der Entdeckungen". Die wechselseitige Verbindung von Wissenschaft und materieller Produktion gestaltet sich somit immer enger.

Die Produktionsmethoden selbst werden rasch umgewälzt. Zu den charakteristischen Merkmalen der wissenschaftlich-technischen Revolution gehören die komplexe Mechanisierung und Automatisierung der Produktion, die kybernetischen Steuerungsmethoden und die Anwendung von elektronischen Rechenmaschinen.[17] Die Automatisierung ist nicht einfach die Fortsetzung der Mechanisierung. Das Verhältnis von Mensch und Maschine erhält einen neuen Charakter: Während die Mechanisierung dazu führte, daß das direkte Einwirken auf den Arbeitsgegenstand durch einen Apparat erfolgte und dem Menschen das Kontrollieren und korrigierende Eingreifen verblieb, so wird mit dem Übergang zur Automatisierung auch diese Funktion einer Maschine übertragen. Der Mensch tritt zunehmend aus dem Fertigungsprozeß heraus, er ist nicht mehr unbedingt Teil des technischen Systems.

Mensch bleibt wichtigste Produktivkraft

Die wissenschaftliche Durchdringung aller Seiten und Voraussetzungen der Produktion erfordert die Arbeit einer steigenden Zahl qualifizierter Arbeiter. Die Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters verändert sich: Der Anteil produktiver geistiger Arbeit nimmt zu, während die körperliche und Routinearbeit insgesamt zurückgeht. Durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt wird die Rolle des Arbeiters also keineswegs herabgemindert, sondern gewinnt er an Bedeutung, tritt er als Hauptproduktivkraft noch deutlicher hervor. „Zur gleichen Zeit, wo der Mensch sich mehr und mehr von der unmittelbaren Produktion verdrängt sieht, werden sein schöpferisches Vermögen und seine Fähigkeit, sich Wissen anzueignen, die bestimmenden Faktoren für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte."[18]
Das bedeuet nicht, daß die Wissenschaft selbst produktiv geworden ist. Die wissenschaftliche Tätigkeit treibt zwar die Entwicklung der Produktion voran, doch schafft sie keinen Wert und Mehrwert. Die Wissenschaft wird zum entscheidenden Faktor der Produktivkräfte, „**eben weil** sich in ihrer Sphäre die intensivste und allseitigste Entwicklung der Hauptproduktivkraft der Gesellschaft, des produktiven Menschen also, vollzieht."[19]

Auswirkungen auf Struktur und soziale Lage der Arbeiterklasse

Die wissenschaftlich-technische Revolution führt zur Herausbildung einer neuen, komplizierteren Struktur des Arbeitspersonals. An die Stelle der traditionellen Gliederung der Arbeiter in ungelernte, angelernte und Facharbeiter tritt eine Struktur, die vom angelernten Arbeiter an den Fließbändern über den Facharbeiter

17 Vgl. Sowjetisches Autorenkollektiv: Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, Berlin 1972, S. 96.
18 Pierre Joye: Die wissenschaftlich-technische Revolution und die neue Rolle der Intellektuellen, in: Marxismus Digest, 1/1971, S. 77.
19 Günther Bohring/Reinhard Mocek: Arbeiterklasse und Produktivkraft Wissenschaft, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 6/1972, S. 701.

bis zum qualifizierten Arbeiter mit ingenieurtechnischem Niveau reicht.[20] Marx hat die sich wandelnde Struktur des Gesamtarbeiters vorausgesehen: „Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandne Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv ... Durch die Maschine, chemische Prozesse und andre Methoden wälzt sie beständig mit der technischen Grundlage der Produktion die Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses um ... Die Natur der großen Industrie bedingt daher Wechsel der Arbeit, Fluß der Funktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters."[21]

Die wissenschaftlich-technische Revolution ist kein selbständiger Prozeß, sondern vollzieht sich im Rahmen bestimmter Produktionsverhältnisse. Im Kapitalismus werden die Produktivkräfte als Kapital angewandt und zur besseren Verwertung eingesetzt. Auch die Wissenschaft unterliegt den Gesetzen der „Plusmacherei" (Marx), auch sie wird von der Peitsche des Profits dirigiert. Darum sind die Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Arbeiterklasse in Wahrheit die Auswirkungen der kapitalistischen Anwendung der wissenschaftlich-technischen Revolution.[22]

Durch Rationalisierungsmaßnahmen versucht das Kapital überall Arbeitskräfte einzusparen. Die **Arbeitslosigkeit** ist heute eine breite und permanente Erscheinung. Dieser Vorgang muß in seiner ganzen Widersprüchlichkeit gesehen werden. Die wissenschaftlich-technische Revolution führt einerseits zur Freisetzung von Arbeitern, trägt aber andererseits zur Entwicklung neuer Industriezweige und Schaffung neuer Arbeitsplätze bei. Gerade der Strukturwandel jedoch kann von vielen nicht mitvollzogen werden, weil eine langfristige und die Interessen der Arbeiter berücksichtigende Bedarfsplanung im Kapitalismus nicht stattfindet. So erklärt sich auch die Tatsache, daß eine hohe Zahl von Arbeitslosen mit einer hohen Zahl offener Stellen durchaus vereinbar ist.

Durch die höheren und häufig wechselnden Anforderungen ist eine steigende Zahl von Werktätigen im Kapitalismus von beruflicher **Dequalifizierung** bedroht. Selbst wenn der Arbeiter seine Fähigkeiten erweitern will, weiß er doch zu keiner Zeit, welche Qualifikation benötigt wird, wie sie zu erwerben ist, wo sie verlangt und wie lange sie gefragt sein wird. Auch sind die Möglichkeiten der Um- und Weiterbildung viel zu gering. Wie sehr die soziale Lage der Werktätigen durch die unzureichende Qualifikation gefährdet wird, geht z. B. daraus hervor, daß von den 620 000 Arbeitslosen im Februar dieses Jahres 52 Prozent der Männer und 60 Prozent der Frauen ohne Berufsausbildung waren.[23]

Weiterhin führt die wissenschaftlich-technische Revolution unter kapitalistischen Bedingungen zu ständiger **Intensivierung** der Arbeit. Durch Methoden der Leistungsverdichtung wird die Ausbeutung enorm verschärft. Die Intensivierung

20 Auf die Veränderungen in der Qualifikationsstruktur soll hier nicht weiter eingegangen werden, weil dies schon mehrfach geleistet worden ist. Zur Lage der Industriearbeiter siehe Bernhard Kaufhold u. a.: Veränderungen in der Qualifikationsstruktur der Industriearbeiterschaft, in: IPW-Berichte, 2/1972, S. 15 ff. Zur Lage der Intelligenz siehe Ingo Hansen: Veränderungen in der gesellschaftlichen Qualifikationsstruktur und die soziale Lage der Intelligenz, in: FACIT 29, S. 1 ff.
21 MEW 23, S. 510 f.
22 Vgl. Autorenkollektiv: Proletariat in der BRD, Berlin 1974, S. 92 f.
23 ARD: Tagesschau, 2. 4. 1974.

betrifft nicht nur die physische, sondern vor allem auch die psychisch-emotionale Tätigkeit. Die geistige Anstrengung und nervliche Belastung rufen neue Krankheiten hervor. Auf einem Kongreß für Arbeitsmedizin in Düsseldorf wurden lärmbedingte Schäden als „Berufskrankheit Nummer eins" bezeichnet. Die Folgen zunehmender Lärmbelästigung sind neben Taubheit oder Schwerhörigkeit auch Konzentrations- und Schlafstörungen, Magengeschwüre, Impotenz und andere vegetative Streßreaktionen. Die Zahl der Erkrankungen hat sich seit 1970 verdreifacht.[24] Hinzu kommt die Gefahr am Arbeitsplatz. Allein 1972 sind 280 000 Menschen in der BRD bei Arbeitsunfällen vorzeitig berufs- oder erwerbsunfähig geworden.[25] Für die Sicherheit der Arbeiter hat das Kapital seit jeher nicht viel übrig gehabt. Verschäftes Arbeitstempo und mangelnde Sicherheitsvorkehrungen wirken sich unter der neuen Technik verheerend aus. In der BRD ereignet sich zur Zeit alle 13 Sekunden ein Arbeitsunfall, alle zwei Stunden mit tödlichem Ausgang.[26]

Neue Forderungen und Kampfziele

Die ökonomischen, sozialen und politischen Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution beeinflussen in immer stärkerem Maße die Reproduktions- und Lebensbedingungen der Werktätigen. An der Intensivierung der Arbeit zeigt sich das besonders deutlich. Die durch das Fließ- und Taktsystem hervorgerufenen neuen Belastungen erfordern die Verkürzung der Arbeitszeit und die Verlängerung des Urlaubs. Mit den Veränderungen in der Berufsstruktur und den erhöhten Qualifikationsanforderungen rücken auch die Sicherung des Arbeitsplatzes sowie eine gründliche Berufsausbildung und Vorbereitung auf neue Berufe stärker in den Mittelpunkt des Kampfes der Arbeiter.

Die neuen Erfordernisse der Reproduktion spiegeln sich auch in der Gewerkschaftspolitik wider: Neben die Forderung nach höheren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit treten in stärkerem Maße Forderungen z. B. nach mehr Pausen für Akkord- und Fließbandarbeiter, nach besserer Alterssicherung, nach Bildungsurlaub wie überhaupt nach besserer Bildung und Ausbildung. Es handelt sich hier nicht um eine Anhebung des sozialen Status oder gar um einen Wandel des Kapitalismus, sondern um objektive Notwendigkeiten zur Reproduktion der Arbeitskraft.

Die angeführten Beispiele zeigen, daß sich der ökonomische Kampf der Arbeiterklasse nicht mehr auf den Lohnkampf beschränken kann. Die Wiederherstellung der Arbeitskraft verlangt umfangreichere Mittel und Maßnahmen. Der Kapitalismus jedoch ist trotz aller Zugeständnisse und Anpassungsversuche nicht in der Lage, diesen Erfordernissen zu entsprechen. Die gesellschaftlichen Bedingungen bleiben hinter den wachsenden und qualitativ neuen Bedürfnissen zurück. Die Realisierung weitergehender gesellschaftlicher Forderungen verlangt darum grundlegende demokratische Veränderungen. Erforderlich sind Mitbestimmung, eine demokratische Planung, die Nationalisierung der Schlüsselindustrien sowie eine demokratische Bildungsreform. Damit aber stößt der Kampf an den Rahmen des

24 Hamburger Abendblatt, 5. 10. 1973.
25 ebd.
26 ZDF: Blickpunkt, 2. 10. 1973.

kapitalistischen Systems. „Bereits der Kampf um die Verwirklichung der neuen elementaren Bedürfnisse verlangt die schrittweise Überwindung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Diese unmittelbaren Forderungen gewinnen strategischen, antimonopolistischen Charakter, da sie sich grundlegend eben nicht mehr im Rahmen des Imperialismus verwirklichen lassen."[27]

Die im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution neu entstandenen Reproduktionsbedingungen und die daraus resultierenden Ansprüche und Bedürfnisse der Werktätigen müssen den Kampf also verstärkt gegen die wirtschaftlichen und politischen Machtzentren des Monopolkapitals richten. Der ökonomische und politische Kampf der Arbeiterklasse waren auch früher miteinander verbunden, besonders in Zeiten revolutionärer Zuspitzung. Das Neue in diesem Verhältnis besteht darin, daß durch die aktive Einbeziehung des Staates in den Reproduktionsprozeß des Kapitals die Arbeiter direkt mit dem kapitalistischen Staat konfrontiert werden. Die aktuellen Arbeitskämpfe machen das besonders deutlich.

Während der Kampf um höheren Lohn — angesichts der Profite und Preistreiberei — die Arbeiterklasse unmittelbar zu mobilisieren vermag, erfordert der Kampf beispielsweise um Bildungsfragen eine erhöhte Einsicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse. Für den Kampf der Arbeiter stellen sich hier neue Probleme. Besonders auch erhöhen sich die Anforderungen an die kommunistische Partei. Sie muß die neuen elementaren Bedürfnisse der gesamten Arbeiterklasse sichtbar machen, konkrete Aktionslosungen aufstellen und die Arbeiter darauf orientieren, die bestehenden Machtverhältnisse durch die Organisierung einer breiten demokratischen Bewegung zu ändern.

Kapitalistische Produktionsverhältnisse — Fessel der Produktivkräfte

Wie sich gezeigt hat, wird der technische Fortschritt im Kapitalismus gegen die Arbeiter gewandt. Dem entspricht es auf der anderen Seite, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse die volle Entfaltung von Wissenschaft und Technik verhindern. Die Konkurrenz und Anarchie der Produktion lassen eine planmäßige Entwicklung nicht zu.

Zu den evidenten Beschränkungen, die die Wissenschaft im Kapitalismus erfährt, gehört z. B. der Patentschutz. Ein Unternehmen kann sich das alleinige Nutzungsrecht eines neuen Verfahrens sichern. Dabei geht es nicht unbedingt um die Anwendung, sondern häufig um die Verhinderung des Verfahrens. Wissenschaftliche Ergebnisse werden oft eingefroren, weil sie die Produktion vermehren und verbilligen würden. Besonders die Monopole nutzen zahlreiche ihrer angemeldeten Patente lediglich als Sperrpatente, d. h. dazu, der Konkurrenz den Weg zu modernen Verfahren und Produkten zu verlegen. Aufgrund ihrer Machtfülle können die Monopole die Forschungs- und Entwicklungsergebnisse kleinerer Unternehmen aufkaufen und ihren Profitinteressen unterordnen. Anstatt gesamtgesellschaftlicher Planung und Nutzung herrschen Konkurrenz und private Aneignung, so daß die geistige Arbeit verzettelt wird. Mehrere Forschungsteams betreiben nicht selten

27 Rolf Reißig u. a.: Antimonopolistische Alternative — Sozialistische Perspektive, Berlin 1972, S. 107.

dieselben Studien, weil sich jedes der Unternehmen rechtzeitig Marktpositionen sichern will. Der Ausbau oder Abbruch einer Forschungseinrichtung ist allein abhängig von den Zufälligkeiten des Profits.

Das Kapitalverhältnis ist überhaupt zum Hemmschuh der Produktivkraftentwicklung geworden. Der Einsatz neuer Techniken unterliegt stets dem Profitgesetz. Ist der Erfolg nicht sicher oder die Marktentwicklung nicht absehbar, wird die Technik nicht eingeführt.[28]

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Auch im Kapitalismus werden neue Techniken angewandt, wird die Arbeitsproduktivität erhöht.[29] Sie bleibt jedoch weit hinter den Möglichkeiten heutiger Produktion zurück. Die Produktion entfaltet sich nicht gemäß den Möglichkeiten von Wissenschaft und Technik, sondern die wissenschaftlich-technische Entwicklung kann sich nur im Rahmen der Kapitalstrukturen vollziehen.

Verschwendung und Mißbrauch — so äußert sich die imperialistische Pervertierung der Wissenschaft. Durch den Rüstungswahn wird die Wissenschaft fehlgeleitet und erneut gegen die Bevölkerung eingesetzt. Der Anteil militärischer Forschung an den staatlichen Forschungsaufgaben betrug 1965 in Frankreich 60 Prozent[30], 1969 in der BRD 54 Prozent[31]. Ein hoher Teil der Lieferungen z. B. der elektronischen Industrie ist für die Rüstung bestimmt. Gerade solche Bereiche sind außerordentlich forschungsintensiv und verschlingen einen wachsenden Teil gesellschaftlicher Mittel. Etwa jeder zweite Naturwissenschafter und Technologe ist heute in der einen oder anderen Weise für Rüstungszwecke tätig.[32] Die wenigen Daten lassen bereits erkennen, welch ungeheure wissenschaftliche Potenzen der friedlichen und gesellschaftlich nützlichen Produktion entzogen werden.

Die kapitalistische Beschränkung der Wissenschaft bezieht sich nicht zuletzt auf die arbeitenden Menschen selbst. Wie bereits angedeutet wurde, besitzt der Kapitalismus die Tendenz zur relativen Verminderung der lebendigen Arbeit. Das Kapital bringt Produktivität und Beschäftigung zueinander in Gegensatz — und dies in einer Zeit, in der die Bedeutung der menschlichen Produktivkraft weiter steigt. Doch kann die lebendige Arbeit nicht so vermindert werden, wie das Profitgesetz es fordert. Aus der manuellen Tätigkeit vertrieben, taucht sie in den intellektuellen Funktionen der Produktion wieder auf. Ob das Kapital will oder nicht, die Bedeutung der lebendigen Arbeit wird größer. Da die Arbeiter nur unzureichend qualifiziert werden und von der Planung und Leitung der Produktion ausgeschlossen bleiben, richtet sich der Kapitalismus gegen die Entwicklung der Werktätigen als Hauptproduktivkraft. Die Fesseln des Kapitalismus zeigen

28 Siehe dazu Paul Schäfer: Kapitalismus, wissenschaftlich-technischer Fortschritt und staatsmonopolistische Hochschulreform, in: FACIT 31, S. 13 f.

29 Es wäre völlig falsch, die historische Überlebtheit des Kapitalismus in einer Stagnation der Produktivkräfte sehen zu wollen. Lenin hat darauf aufmerksam gemacht, daß der Imperialismus als faulender Kapitalismus durchaus zu wachsen vermag. „Es wäre ein Fehler, zu glauben, daß diese Fäulnistendenz ein rasches Wachstum des Kapitalismus ausschließt; durchaus nicht ... Im großen und ganzen wächst der Kapitalismus bedeutend schneller als früher ..." — LW 22, S. 305.

30 Paul Boccara u. a.: Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Ffm. 1972, S. 102.

31 Autorenkollektiv: Der Imperialismus der BRD, Ffm. 1971, S. 485.

32 Jürgen Kuczynski: Wissenschaft Heute und Morgen, Berlin 1973, S. 14.

sich nirgendwo deutlicher als hier. Der Widerspruch zwischen dem wachsenden Anteil geistiger Arbeit und der höheren Verantwortung der Arbeiter einerseits und ihrer Stellung als besitzlose, von der Leitung der Produktion ausgeschlossene Lohnarbeiter andererseits tritt mit der wissenschaftlich-technischen Revolution immer stärker hervor.

Perspektive Sozialismus

Erst im Sozialismus kann die wissenschaftlich-technische Revolution zum Wohle der arbeitenden Menschen entfaltet werden. Die wissenschaftlich-technische Revolution schafft nicht nur die materiell-technische Basis der sozialistischen Gesellschaft. Sie kann selbst nur zusammen mit dem Vordringen des Sozialismus als einheitlicher revolutionärer Prozeß begriffen werden. Sie unterscheidet sich damit wesentlich von der Epoche der industriellen Revolution, die den Aufschwung des Kapitalismus einleitete. Dies ist ein grundlegender Aspekt der wissenschaftlich-technischen Revolution, „die auch einen gesellschaftlichen Prozeß darstellt und eng mit der sozialen Revolution unserer Epoche verbunden ist, dem Kampf für den Sozialismus."[33]

Der Sozialismus wirkt dahin – entsprechend der Entwicklung der Produktivkräfte und der sozialistischen Produktionsverhältnisse –, daß die Arbeit nicht von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und der schöpferischen Entfaltung der Menschen gelöst wird. Freilich zeigt noch ein Teil der Arbeit in den sozialistischen Ländern bestimmte negative Merkmale der Arbeitsteilung, die dem Stand der Produktivkräfte geschuldet sind. Jedoch kommt es hier nicht mehr zu dem systematischen Abpressen immer intensiverer Arbeit wie im Kapitalismus. Entscheidend ist, daß die Werktätigen an der Planung und Leitung aktiv beteiligt sind, daß sie die gesellschaftlichen Vorgänge bewußt mitgestalten. Ihre schöpferische Initiative beruht auf der umfassenden Qualifizierung und gesellschaftlichen Anerkennung ihrer Arbeit. Im Sozialismus haben die Arbeiter keine Angst, wegen der Einführung wissenschaftlicher und technischer Neuerungen die Arbeit zu verlieren. Darum auch beteiligen sich die Arbeiter aktiv am wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Durch die Neuererbewegung wurden 1973 in der DDR allein 495 000 Erfindungen und Rationalisierungsvorschläge verwirklicht, die jährlich einen volkswirtschaftlichen Nutzen von 3,6 Mrd. DM bringen.[34] Kein Wunder also, daß im Mittelpunkt der Bemühungen die Entwicklung und Ausweitung der schöpferischen Fähigkeiten des Menschen steht, „denn der wirkliche Reichtum ist die entwickelte Produktivkraft aller Individuen".[35] Mit der Entwicklung des schöpferischen Charakters der Arbeit ist die Arbeit nicht mehr äußerer Zwang, sondern wird zum ersten Lebensbedürfnis.

Absicht der Herrschenden: Arbeiter gegen Wissenschaft

Kann die Wissenschaft auch erst im Sozialismus ganz zum Nutzen der Arbeiter wirken, besitzt doch die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern ein nicht

33 Joye, Die wissenschaftlich-technische Revolution . . ., S. 77. Vgl. György Fukász: Die wissenschaftlich-technische Revolution und die Veränderungen der Arbeit, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 7/1973, S. 820.
34 Statistisches Taschenbuch der DDR 1974, S. 39.
35 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 596.

minderes Interesse an der Wissenschaft. Wie wir gesehen haben, sind die Fragen der Wissenschaft und Bildung schon deswegen von Bedeutung, weil sie die Reproduktionsbedingungen berühren. Der Kampf für demokratische Veränderungen im Wissenschaftsbereich ist darüber hinaus ein wichtiger Teil des antimonopolistischen Kampfes. Es ist der Arbeiterklasse nicht gleichgültig, ob Wissenschaft und Bildung den Profitinteressen untergeordnet bleiben oder entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen eingesetzt werden, ob weiterhin die Priorität Rüstung gilt oder endlich den sozialen Belangen Rechnung getragen wird. Es ist der Arbeiterklasse auch nicht gleichgültig, ob die Gesellschaftswissenschaften von Antikommunismus und Militarismus durchsetzt bleiben oder dem Humanismus, Frieden und sozialen Fortschritt verpflichtet werden. Deshalb muß die Arbeiterklasse auch im Wissenschaftsbereich Einfluß erlangen, braucht sie Mitbestimmung und demokratische Kontrolle.

Die Herrschenden und ihre Ideologen haben den Anspruch der Werktätigen durchaus erkannt. Schon immer waren sie darauf aus, arbeitende Bevölkerung und Wissenschaft als unvereinbar hinzustellen. Die bürgerlichen Konzeptionen sind dabei in ihrer Widersprüchlichkeit und Polarität zu analysieren.

Einerseits finden sich pessimistische Theorien, die in dem Aufkommen der Technik die Zerstörung des Menschen sehen. Sie stehen in der Tradition des bürgerlichen Kulturpessimismus, der schon lange den geistigen Zerfall und den Verlust der Persönlichkeit beklagt. Wissenschaft und Technik werden dämonisiert und als bedrohlich hingestellt. Bei neueren Büchern wie „Der Zukunftsschock" (A. Toffler), „Das Selbstmordprogramm" (G. R. Taylor) und „Die Computer-Gesellschaft" (M. Warner/M. Stone) suggeriert schon der Titel eine ungeheure Gefahr für die Menschheit. Indem solche Konzeptionen den wissenschaftlich-technischen Fortschritt dämonisieren, versetzen sie den Menschen in die Lage des Sklaven ihm fremder und feindlicher Mächte. „Solche Auffassungen sind deshalb nicht nur antidemokratisch, sondern auch antihuman: sie dehumanisieren die Wissenschaft, zerstören ihre Verbindung mit dem Menschen, die ihr in gleichem Maße sowohl hinsichtlich der Ziele als auch der Mittel ihrer Realisierung eigen ist." [36] Die ideologische Funktion liegt auf der Hand: die Mißstände und Widersprüche, die aus der kapitalistischen Anwendung der Technik herrühren, werden in diese selbst verlegt. Zwischen Mensch und Technik wird ein Gegensatz konstruiert in der Absicht, die arbeitenden Massen von der Inanspruchnahme des technischen Fortschritts abzuhalten. Die Dämonisierung der Technik ist damit Ausdruck der Menschenfeindlichkeit des Imperialismus, seiner Hoffnungslosigkeit und Flucht ins Irrationale. Sie ist zudem ein Beweis für das klassenbedingte Unvermögen, die wirklichen Zusammenhänge von Gesellschaft und Technik zu erkennen.[37]

Zu den pessimistischen Auffassungen gehört auch die Theorie des „Null-Wachstums", die erst kürzlich durch „Die Grenzen des Wachstums" (D. Meadows u. a.)

36 N. P. Dubinin/I. T. Frolow: Wissenschaft für den Menschen, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 5/1973, S. 583.
37 Günter Wettstädt: „Industriegesellschaft" – „Ostpädagogik" – Antikommunismus, Ffm. 1972, S. 37 (Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, Heft 16).

wieder besondere Publizität erlangt hat. Entstanden im Auftrag des Club of Rome, einer internationalen Gruppe von Kapitalvertretern und Wissenschaftlern, finanziert von der VW-Stiftung, will diese Studie die Welt vor dem Untergang bewahren. Bei anhaltendem Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum, so prophezeien die Verfasser, wird es schon bald zu todbringender Umweltverschmutzung, Hungersnöten und anderen Katastrophen kommen. Die Studie fordert deshalb die Herbeiführung eines Gleichgewichtszustandes, d. h. Einfrieren der Industrieproduktion und des Bevölkerungszuwachses. Die ideologische Funktion solcher Untersuchungen ist nicht neu. Angesichts verstärkter Krisen und Unsicherheit im kapitalistischen System soll die Bevölkerung zu sozialer Ruhe und Konsumverzicht angehalten werden. Die Theorie des „Null-Wachstums" richtet sich auch gegen die Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik, die als Ursache des verwünschten Wachstums erscheinen. Einmal mehr zeigt sich hier das veränderte Verhältnis der gesellschaftlichen Klassen zur Wissenschaft. „Stürmten vor 170 Jahren verzweifelte Handweber gegen die Maschinen, so folgt heute der Tragödie von damals die Farce des Sturms der Apologeten des Kapitals gegen Wissenschaft und Technik."[38] Es ist schon grotesk, wenn Vertreter der Profitwirtschaft, die mit den eigenen Problemen nicht mehr fertig werden, für „Null-Wachstum" plädieren. **Andererseits** wird mit pseudooptimistischen Theorien versucht, Wissenschaft und Technik als wohlstandsfördernde Kräfte darzustellen. Derartige Konzeptionen entsprechen letztlich auch dem Interesse des Großkapitals, dem an pessimistischen Auffassungen der Technik nicht gelegen ist, weil diese die Aktivierung der arbeitenden Bevölkerung und besonders der Jugend für die kapitalistische Gesellschaftsordnung behindern.[39] So sind auch die gegenwärtigen Zielvorstellungen im Bereich der Bildungspolitik und Bildungsideologie weitgehend von einer technikfreundlichen Einstellung bestimmt.[40] Indem die Technik als alleiniger Maßstab der gesellschaftlichen Entwicklung genommen wird, soll von den herrschenden Produktionsverhältnissen abgelenkt werden. Mit der Darstellung der Technik als bestimmender Kraft soll vor allem die Rolle des gesellschaftlichen Handelns, der Arbeiterklasse als revolutionärer Hauptkraft, negiert werden. So wird denn auch versucht, wissenschaftlich-technische Revolution und Sozialismus als Gegensatz hinzustellen. Der technische Fortschritt wird als einzig revolutionärer Prozeß angesehen. In diese Richtung zielen die vielfältigen Konvergenztheorien einer „modernen Industriegesellschaft" (J. K. Galbraith), „postindustriellen Gesellschaft" (D. Bell) oder „technotronischen Gesellschaft" (Z. Brzezinski). Bestimmte Ähnlichkeiten auf der Erscheinungsebene zwischen Kapitalismus und Sozialismus, wie z. B. die hochgradige Industrialisierung, werden verabsolutiert und für das Wesen der Sache ausgegeben. In diesen Zusammenhang gehören auch die zahlreichen Versionen einer „Technokratie" sowie die Glorifizierung einer „technokratischen Elite", die sich, frei von politischem Ehrgeiz, ganz in den Dienst der Sache stellt. Sowohl die pessimistischen als auch die pseudooptimistischen Theorien betrachten die wissenschaftlich-technische Entwicklung losgelöst von den gesellschaftlichen Verhältnissen. „Diese zu leugnen, dem dienen die verzerrte Interpretation der Technik, die technizistischen Konzeptionen, die die großen Möglichkeiten wie die Gefahren für die Gesellschaft als in der Technik selbst begründet angeben und die Technik entweder mit positivem oder negativem Vorzeichen fetischisieren."[41] Beide Arten bürgerlicher Technikinterpretation richten sich gegen die Arbeiter als der entscheidenden gesellschaftlichen Kraft. Beide verlangen nach einer „Elite", weil anders die technische Entwicklung nicht zu bewältigen sei. Sie dienen letztlich dem Zweck, die Herrschaft der Finanzoligarchie und ihrer technischen Helfershelfer zu legitimieren.

38 Jürgen Kuczynski: Das Ideal des „Null-Wachstums", in: IPW-Berichte, 6/1972, S. 51.
39 Wettstädt, „Industriegesellschaft" . . ., S. 43.
40 Siehe dazu Günter Wettstädt: Technik und Bildung. Zum Einfluß bürgerlicher Technikphilosophie auf die imperialistische Bildungsideologie, Ffm. 1974. (Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, Heft 37)

Die Nachwehen der „Kritischen Theorie"

In die Reihe bürgerlicher Interpreten der Wissenschaft gehört auch Jürgen Habermas. Die Ansichten Habermas' wie überhaupt der „Kritischen Theorie" haben die Studentenbewegung vorübergehend stark beeinflussen können und werden noch heute von vorgeblich ‚linken' Hochschullehrern verbreitet. Habermas weist auf den engen Zusammenhang von Wissenschaft, Technik und Verwertung mittels der staatlichen Regulierung hin, um dann zu behaupten: „So werden Technik und Wissenschaft zur ersten Produktivkraft, womit die Anwendungsbedingungen für Marxens Arbeitswerttheorie entfallen."[42] Der wissenschaftlich-technische Fortschritt sei eine unabhängige Mehrwertquelle geworden, während die menschliche Arbeitskraft immer weniger ins Gewicht fallen würde. In idealistischer Manier wird hier die Produktivkraft Wissenschaft verselbständigt, wird sie von ihrem Träger, der lebendigen Arbeit, getrennt. So existiert für Habermas auch kein Klassenkampf mehr: „Der staatlich geregelte Kapitalismus . . . stellt den Klassenkonflikt still."[43] Die Gegensätze seien wohl nicht aufgehoben, aber eben nur noch latent. Die Lösung technischer Aufgaben aber, die als Hauptfunktion staatlichen Handelns ausgegeben wird, sei auf eine öffentliche Diskussion nicht angewiesen, so daß die Massen entpolitisiert würden.

Wenn Habermas meint, die Bedingungen für die proletarische Revolution seien nicht mehr gegeben, so irrt er sich gewaltig. Das Interesse der Arbeiterklasse an der Überwindung des Kapitalismus ist durch die wissenschaftlich-technische Revolution nicht aufgehoben, sondern wird sich aufgrund der wachsenden Bedeutung der lebendigen Arbeit erheblich verstärken.

Ultralinke ziehen am gleichen Strang

Die bürgerlichen Theorien, die allesamt einen Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und Wissenschaft konstruieren, finden ihre Ergänzung in den Ansichten ultralinker Gruppierungen. Für sie ist die Wissenschaft im Kapitalismus per se ein Unterdrückungsinstrument, jede wissenschaftliche Qualifikation gegen die Arbeiter gerichtet. Eine solche Haltung zeigt exemplarisch die „Kommunistische Hochschul-

41 Fukász, Die wissenschaftlich-technische Revolution . . ., S. 821.
42 Technik und Wissenschaft als „Ideologie", Ffm. 1968, S. 79 f.
43 Ebd., S. 88.

gruppe" (Neues Rotes Forum), ein führender Teil des „KBW". Indem diese Gruppe die Forderung nach mehr Arbeiterkindern an die Hochschulen als „reformistische Demagogie" abtut[44], schlägt sie den jahrzehntelangen Bemühungen der Arbeiterklasse, das Bildungsprivileg der Herrschenden zu brechen, ins Gesicht.

Der Grund für die falsche Anschauung der KHG/NRF liegt in ihrer ökonomistischen Ableitung der Wissenschaft: Die Wissenschaft folgt den Bewegungen des Kapitals, ihre Organisierung wird, wenn auch widersprüchlich, vom Staat vorgenommen, aus den Hochschulen können danach nur Agenten des Kapitals herauskommen. Die KHG/NRF sieht in der Intelligenz ausschließlich „Ingenieure, die Maschinen entwerfen, welche die Arbeiter noch mehr versklaven, Ideologen, die das elende Leben im Kapitalismus durch allerlei Verhimmlungen erträglich machen, Juristen, die immer neue Tricks ausklügeln, wie die Bourgeoisie sich gegenseitig und insgesamt die Arbeiterklasse betrügen können."[45] Die KHG/NRF verkennt völlig den reaktionären Charakter, den Wissenschaft und Bildung im heutigen Kapitalismus annehmen. Die Produktionsverhältnisse verhindern gerade die freie Entwicklung der Wissenschaft, die Herrschenden sind eben nicht darauf aus, eine fundierte Ausbildung zu gewähren. Dieser Tatbestand und die sozialen und politischen Widersprüche führen dazu, daß immer mehr Studenten in einen objektiven Gegensatz zum Monopolkapital geraten. Darum können die Studenten ihre Interessen nur **gegen** das Monopolkapital, nur im gemeinsamen Kampf an der Seite der Arbeiterklasse durchsetzen.

Der KHG/NRF zufolge läßt sich der Wissenschaft im Kapitalismus nichts abgewinnen: man kann sie nur verweigern oder Handlanger des Kapitals werden. Daß dies eine Scheinalternative ist, merkt die Gruppe nicht. Die Preisgabe der Wissenschaft verewigt ja nur deren kapitalistischen Mißbrauch. Was die KHG/NRF predigt, ist darum reinster Fatalismus, ist Apologie auf den Imperialismus. So bezeichnet sie denn auch den Kampf gegen die tendenzielle Entwertung der wissenschaftlichen Tätigkeit als „illusionär" und „reaktionär".[46] Folgt man der Logik der KHG/NRF, so muß der Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz sofort eingestellt werden.[47]

Die wissenschaftsfeindliche Haltung, die die KHG/NRF an den Tag legt, kann sie nicht der Arbeiterklasse unterschieben. Angesichts der wachsenden Bedeutung von Wissenschaft und Bildung werden die Arbeiter diese nicht den Herrschenden überlassen. Auch die Studentenbewegung wird sich durch die ultralinken Gruppen nicht verwirren lassen und weiter für eine Ausbildung im Interesse der Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten kämpfen. Wir halten es mit Friedrich Engels, der in seiner Grußadresse an den Internationalen Kongreß sozialistischer Studenten (1893) erklärte: „Die bürgerlichen Revolutionen der Vergangenheit forderten von den Universitäten lediglich Advokaten als das beste Rohmaterial für Politiker; die Befreiung der Arbeiterklasse benötigt darüber hinaus Ärzte, Ingenieure, Chemiker, Agronomen und andere Spezialisten; denn es geht

44 Kommunistische Hochschulzeitung, Sondernummer vom 4. 4. 1973, S. 16.
45 Ebd., S. 37.
46 Ebd., S. 21.
47 Siehe dazu die Kritik von Paul Schäfer: Probleme und Perspektiven der Studentenbewegung — Zu einigen Fragen revolutionärer Taktik an der Hochschule, in: FACIT 30, S. 20 f.

darum, die Leitung nicht nur der politischen Maschinerie, sondern ebenso der gesamten gesellschaftlichen Produktion in die Hand zu nehmen, und hier sind anstatt hochtönender Phrasen solide Kenntnisse vonnöten."[48]

III.

Die Arbeiterklasse, so wurde gezeigt, hat ein objektives Interesse an Wissenschaft und Bildung. „Bildung ist Macht" — das heißt heute noch, daß die Herrschenden der Arbeiterklasse immer nur soviel Bildung zur Verfügung stellen, wie zur Sicherung der Produktion und zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft unbedingt erforderlich ist. Die Ideologie der Herrschenden ist ja auch deshalb die herrschende Ideologie, weil die Arbeiterklasse von der Bestimmung und Nutzung der Wissenschaft ausgeschlossen wird.

Die Wissenschaft für die Arbeiterklasse nutzbar machen!

Die Kampfperspektiven der Arbeiterklasse verbessern sich in dem Maße, in dem sie die Kenntnisse für die potentielle Beherrschung der Produktion und anderer gesellschaftlicher Vorgänge erlangt. Hier liegt die besondere Aufgabe der Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, hier liegt aber auch die Verantwortung der demokratischen Bewegung, die von der Erkenntnis ausgehen muß, daß Wissenschaft immer genutzt wird — wenn nicht im Interesse demokratischer Veränderungen, dann im Interesse der Reaktion.

Ein Rückzug der Wissenschaft „auf sich selbst", wie er von bürgerlich-idealistischer Seite unter dem Postulat der „Wertfreiheit" gefordert wird, ist wissenschaftlich wie wissenschaftspolitisch absurd. Wissenschaft kann nicht über der gesellschaftlichen Realität schweben, sie kann sich — will sie ihre Legitimation erhalten — nicht klassen- oder wertneutral begreifen.

Die wissenschaftlichen Konsequenzen dieser Verantwortlichkeit hat Joffe unter Bezug auf Engels' „Dialektik der Natur" wie folgt formuliert: „Die marxistische Philosophie muß mit der modernen Physik Schritt halten und deren wichtigste Probleme nicht erst dann aufwerfen und beleuchten, wenn die Idealisten mit ihren Deutungen beginnen und die neuen Tatsachen in Nebelschwaden hüllen. Schon im Gang der Untersuchung . . . müssen ihnen eine richtige methodologisch präzise Interpretation und eine klare Analyse aller daraus entspringenden Möglichkeiten gegeben werden."[49]

Marxistische Wissenschaft besteht jedoch nicht nur in ihrer besonderen Herangehensweise an Forschungsaufgaben. Sie ist zudem nicht zu trennen von politischer Praxis. Marxistische Gesellschaftstheorie kann sich „nicht auf die Konstatierung von Gegebenheiten und Strukturen beschränken, vielmehr steht die Herausarbeitung jener Kräfte, deren geschichtliche Funktion die Aufhebung der Klassengesellschaft ist, also die Arbeiterklasse, im Zentum ihrer Betrachtungen".[50] Mit anderen Worten: Ein untrennbarer Bestandteil des wissenschaftlichen

48 MEW 22, S. 415.
49 A. F. Joffe: Die Entwicklung der atomistischen Anschauungen im 20. Jahrhundert, in: Unter dem Banner des Marxismus, Heft 1/1936, S. 94.
50 IMSF: Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970, Teil I: Klassenstruktur und Klassentheorie, Ffm. 1972, S. 18.

Sozialismus ist die theoretische Begründung und praktische Unterstützung des Klassenkampfes. Freiheit der Wissenschaft heißt gesellschaftliche Verantwortung, Verantwortung gegenüber der gesellschaftlichen Hauptkraft, heißt notwendig Parteinahme der Wissenschaft für den gesellschaftlichen Fortschritt. Das bedeutet auch, daß eine wesentliche Aufgabe aller fortschrittlichen Wissenschaftler darin zu bestehen hat, den Einfluß der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen auf die Planung und Kontrolle der Wissenschaft entscheidend zu vergrößern.

Freilich befindet sich derart verstandene Wissenschaft in stetiger Auseinandersetzung mit dem „Klassenkampf von oben", mit materiellen Sanktionen, mit Ideologien, die der Herrschaftserhaltung dienen. „Wissenschaft, die dem Kampf gegen die herrschende Klasse dient, ist also großen Schwierigkeiten der Verbreitung und Weiterentwicklung ausgesetzt."[51]

Parteiliche Wissenschaft kann nicht nur theoretische Parteinahme postulieren, sondern ist in Vollzug und Wirksamkeit abhängig vom politischen Kampf der Arbeiterklasse. Wissen ist nicht an sich schon Macht, Bildung kann ein bedeutender Faktor der Aufklärung über die gesellschaftliche Wirklichkeit sein, nicht aber selbst revolutionäre Kraft. Wissen wirkt sich dann auf soziale und politische Verhältnisse aus, wenn es eingebracht wird in den Klassenkampf. „Schon die Entwicklung marxistischer Theorie ist selbst ein derartig rigoroses Unterfangen, daß sie nicht denkbar ist ohne ein klares Vertrauen in die Arbeiterklasse und ohne eine direkte Teilnahme an ihrem Kampf."[52]

Eine Möglichkeit der Verbindung von Studium und Politik

Die Möglichkeit für Studenten, ihre wissenschaftliche Tätigkeit an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung auszurichten, bietet sich schon in ihrem unmittelbaren Arbeitsbereich an. In Seminardiskussionen, bei der Erstellung von Referaten und Examensarbeiten, auf wissenschaftlichen Kolloquien usw. stellt sich verstärkt die Aufgabe, die Interessen und Bedürfnisse der Arbeiter zur Geltung zu bringen. Gegen die Verdrehungskünste der bürgerlichen Ideologie gilt es Partei für die Arbeiterklasse zu ergreifen.

So versuchen die Herrschenden, die Inflation mit der „Lohn-Preis-Spirale" zu begründen. Diese Ideologie dient allein dazu, die Arbeiter und ihre Gewerkschaften von einer aktiven Lohnpolitik abzubringen und weitere Preiserhöhungen zu rechtfertigen. Wissenschaftlich ist die „Lohn-Preis-Spirale" nicht haltbar[54], dennoch soll sie gerade mit dem Attribut der Wissenschaftlichkeit versehen werden. Die bürgerliche Ideologie scheut sich nicht, den Verzicht als Vorteil auszugeben und dies noch „wissenschaftlich" zu begründen. Das Ergebnis ist die „Kapitalismusapologie für den kleinen Moritz": Lohnsicherung durch steigende Investitionen durch steigende Unternehmergewinne durch niedrigere Löhne.

Wissenschaft im Interesse der Arbeiterklasse zu betreiben – das heißt zu allererst, solche pseudowissenschaftlichen Gespinste zu zerreißen. Mit wissenschaftlichen Gegendarstellungen ist da noch nicht viel getan, sondern hier muß die politische Auseinandersetzung geführt werden, etwa mit Ideologen vom Schlage eines Wolfram Engels (Frankfurt/Main), der auf die Frage nach Gefahren der Inflation die lapidare Auskunft gibt: „Wenn ... jedermann die Inflation bereits einkalkuliert, funktioniert die Marktwirtschaft genauso schlecht und genauso gut wie ohne Inflation. Nur das Rechnen wird schwerer."[55] So kommt dieser Engels zu dem Schluß, daß „es politisch nicht durchsetzbar ist, die Inflationsursachen zu bekämpfen", zumal nicht in einer „bürokratisch-kapitalistischen Gewerkschaftswirtschaft".[56] Wer so über die Gewerkschaften daherzieht, wer die Arbeiter an anderer Stelle als „Sozialparasiten" bezeichnet, der kann nicht bloß akademisch, der muß politisch bekämpft werden. Es gehört zur Verantwortung der fortschrittlichen Studenten gegenüber der Arbeiterklasse, jedem Versuch arbeiterfeindlicher Forschung und Lehre entschieden entgegenzutreten.

Ein aktuelles Beispiel dafür, wie Studenten ihre Kenntnisse für den gesellschaftlichen Fortschritt einsetzen können, ist die wissenschaftliche und politische Unterstützung des Kampfes für Frieden und Abrüstung. Hier gilt es die Legende von der „Gefahr aus dem Osten" mit konkreten Daten und Fakten zu widerlegen. Desgleichen muß die Theorie vom „Gleichgewicht des Schreckens" in ihrer ganzen Absurdität und Menschenverachtung entlarvt werden. Entscheidend ist auch hier, die Funktion solcher Ideologien aufzudecken, in diesem Fall die Rechtfertigung verschärfter Rüstung.

Gerade die Fragen des Friedens und der Abrüstung bedürfen – neben der grundsätzlichen politischen Parteinahme – der wissenschaftlichen Unterstützung durch die fortschrittliche Intelligenz. „Es sollte Aufgabe gerade der Wissenschaftler sein, ihren spezifischen Beitrag zu leisten

- zur Unterstützung der Initiativen für die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz und die Reduzierung der Militärbudgets, wie sie gegenwärtig in der UNO debattiert werden;
- zur wissenschaftlichen Aufdeckung der objektiven Möglichkeiten für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung;
- zur Schaffung eines wahren Fonds von Ideen und Anregungen, welche politischen, ökonomischen und sozialen Vorteile die Abrüstung bringt;
- zur Untersuchung der notwendigen Formen und Methoden, mit denen die Völker und Staaten dem erklärten Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung näherkommen können."[57]

Dies sind sicher nicht die einzigen Themen, die von den Studenten für eine wissenschaftliche Tätigkeit im Interesse der Arbeiterklasse genutzt werden können.[58] Auszugehen ist in jedem Fall von den aktuellen gesellschaftlichen Problemen, die die arbeitende Bevölkerung und zunehmend auch die Studenten bewegen. Ziel muß es sein, über den Bereich der Hochschule hinaus und zu einer

51 Karl Theodor Schuon: Wissenschaft und Politik in der spätkapitalistischen Klassengesellschaft, in: DAS ARGUMENT 65, S. 385.
52 Ebd., S. 386.
54 Siehe z. B. DKP-Studienmaterial zum 2. Thema des Bildungsjahres 1973/74: Wesen und Ursachen der inflationistischen Preistreiberei, S. 5 ff.
55 „Auf dem Weg in den Gewerkschaftsstaat", in: DIE ZEIT, 29. 3. 1974.
56 Ebd.
57 Stefan Doernberg: Die Abrüstungsfrage im Wechselverhältnis politischer, ökonomischer und sozialer Aspekte, in: IPW-Berichte, 1/1974, S. 11.
58 Siehe z. B. die Hinweise im Hauptreferat des 3. Bundeskongresses, Protokollbuch, S. 36 f.

Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeiterklasse zu kommen. Welche Ansätze und Möglichkeit in dieser Hinsicht schon bestehen, soll im folgenden dargelegt werden.

Der „Fall" Rolf Geffken

Rolf Geffken, Gerichtsreferendar aus Hamburg, hat seine Kenntnisse in den Dienst der arbeitenden Bevölkerung gestellt. Während des Seeleutestreiks im Februar 1972 hat er die Streikenden arbeitsrechtlich beraten und unterstützt. Er war an der Erarbeitung eines „Streikrechtspapiers" beteiligt, das die Kollegen befähigen sollte, den Reedern auch mit juristischen Argumenten entgegenzutreten. Diese hatten damals versucht, die Streikhelfer in ihrer Tätigkeit zu behindern und die Informierung aller Schiffsbesatzungen über die gewerkschaftlichen Lohnforderungen und Kampfmaßnahmen mit juristischen Mitteln zu unterbinden. Das „Streikrechtspapier" hatte alle Einwände als unhaltbar widerlegt.[59]

Daß eine solche aktive Unterstützung von der arbeitenden Bevölkerung auch anerkannt wird, beweist die Solidarität, die Rolf Geffken zuteil wurde, als er selbst von undemokratischen Maßnahmen betroffen war. Der Hamburger Senat hatte es abgelehnt, Geffken nach bestandenem Examen als Beamten auf Widerruf in den Staatsdienst zu übernehmen, mußte diese Entscheidung jedoch aufgrund des massiven Drucks seitens der demokratischen Öffentlichkeit zurücknehmen. Die Seeleute waren an dieser Solidarität beteiligt. In der Protestresolution der Versammlung der Vertrauensleute der ÖTV/Abt. Seeschiffahrt vom 26. Februar 1973 heißt es: „Wir Seeleute brauchen solche Juristen wie den Kollegen Rolf Geffken. Wir fordern daher die sofortige Beamtung unseres Kollegen und protestieren aufs schärfste gegen jeden Diskriminierungsversuch seitens Senat und Justizbehörde."[60] Die Seeleute hatten erkannt: „Diese Maßnahme soll verhindern, daß fortschrittliche Juristen in Verwaltung und Justiz Arbeiterinteressen vertreten." Die erzwungene Zurücknahme des Berufsverbots zeigt, daß der gemeinsame Kampf von Arbeitern und Wissenschaftlern Erfolg haben kann.

Der „Fall" Geffken ist in mancher Beziehung kein ausgefallenes Beispiel für eine wissenschaftliche Unterstützung der Arbeiterklasse. Es geht uns nicht darum, Einzelkämpfer vorzustellen, die letztlich nur noch bewundert werden können. Wichtiger ist die Frage, ob Wissenschaft im Interesse der Werktätigen wahrgenommen werden kann. „Lieber an der Front des Volkes als im Hintern der Reaktion"[61] – was heißt das für Studenten? Mit wem und auf welcher Grundlage kann das geschehen?

Wichtige Aufgabe: Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Die wissenschaftliche Unterstützung der Arbeiterklasse kann keine abstrakte und beliebige Tätigkeit sein, sondern muß an den konkreten Brennpunkten der ge-

59 Vgl. dazu R. Geffken: Verfassungsbruch im Profitinteresse – dargestellt am Arbeitsrecht, in: Löhne, Profite, Preise in der BRD (Arbeiterseminar '73), Ffm. 1973, S. 200 ff.

60 Abgedruckt in: Der Fall Rolf Geffken. Dokumentation des erfolgreichen Kampfes gegen ein verfassungswidriges Berufsverbot, hrsg. MSB SPARTAKUS Hamburg, Sektion Jura, Hamburg 1973, S. 11.

61 Walter Jens in einem Interview mit der UZ, 25. 6. 1974.

sellschaftlichen Auseinandersetzung ansetzen. Ein Beispiel dafür sind die Arbeitsbedingungen, die stärker in den Mittelpunkt des Interesses der Arbeiter rücken.

So fand in Marburg im Januar 1973 ein Kongreß „Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt" statt, an dem mehr als 1500 Ärzte, Studenten, Krankenpfleger und -schwestern und Gewerkschaftsfunktionäre teilnahmen.[62] Die „Deutsche Volkszeitung" kommentiert: „Die Vielfalt der Aussagen zu Einzelbereichen der Krankenversorgung und des Gesundheitsschutzes mündet ein in die gemeinsamen Forderungen zur Erweiterung der Gesundheitssicherung und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen aller im Gesundheits- und Sozialbereich tätigen Berufe. Die Ergebnisse des Kongresses fördern zudem die Neubestimmung der medizinischen Wissenschaft als Natur- und Sozialwissenschaft."[63]

Von Bedeutung ist, daß im Mittelpunkt der Diskussion dieses Kongresses das gesundheitspolitische Programm des DGB vom Mai 1972 stand, dies um so mehr, als von mancher Seite dem DGB überhaupt das Mandat bestritten wird, die Arbeiter in gesundheitspolitischen Fragen zu vertreten.[64] Die Antwort darauf war eindeutig: Der DGB ist „der Auffassung, daß er sich seiner Aufgabe und Verantwortung entziehen würde, wenn nicht ... der Versuch gemacht würde, ... die Praxis der Medizin mit den medizinischen Erkenntnissen und Möglichkeiten in Einklang zu bringen."[65]

Hier wird die Kernfrage der Wissenschaftsentwicklung aufgeworfen: Wer hat ein Interesse an der Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, auch und gerade in „unproduktiven" Bereichen der gesellschaftlichen Reproduktion? Für den Kongreß stellte sich die Frage so: Wer hat ein Interesse an der Vernachlässigung neuer Forschungs- und Behandlungsmethoden, an ungenügender Ausbildung der Mediziner, an mangelhafter Ausstattung von Krankenhäusern, an fehlendem Arbeitsschutz und fehlender werksärztlicher Betreuung? Die Antwort war klar und deutlich.

Die Abschlußresolution des Kongresses faßte zusammen: „Allgemein führt der nach wie vor dominierende Einfluß unternehmerischer Interessen und kommerzieller Gesichtspunkte zu einer Orientierung auf eine lediglich kostensparende Reparatur der Arbeitskraft. Dies hat jedoch mit einer menschlichen Gestaltung unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen und einer humanen Gesundheitspolitik nichts zu tun. Wir fordern deshalb mit den Gewerkschaften eine wirksame Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Großunternehmen und darüber hinaus eine effektive Kontrolle der chemischen und pharmazeutischen Industrie ... Der Kongreß ist sich bewußt, daß eine Erweiterung der Gesundheitssicherung mit dem Ziel einer planmäßigen, vorbeugenden Krankheitsbekämpfung erhebliche Kosten mit sich bringt. Die hohen Ausgaben für die Rüstung haben bisher notwendige

62 Siehe H. U. Deppe u. a.: Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt. Thesen, Referate, Diskussionen und Beschlüsse des Marburger Kongresses, prv Köln 1973.

63 Rezension des o. g. Buches von Deppe u. a., DVZ, 11. 10. 1973.

64 Alfred Schmidt (Abt. Sozialpolitik im DGB-Bundesvorstand): Das Gesundheitspolitische Programm des DGB, in: Deppe u. a., S. 77.

65 ebd., S. 78.

Reformen auch auf dem Gebiet des Gesundheitswesens stark beeinträchtigt . . ."[67] Das Problem der ausreichenden medizinischen Versorgung der Bevölkerung ist gewiß von exemplarischer Bedeutung. Zum einen wird hier der Einfluß der Unternehmer auch auf Bereiche außerhalb der eigentlichen Produktion sichtbar – mit allen negativen Konsequenzen für die arbeitende Bevölkerung. Zum anderen zeigen die Alternativvorschläge, was zu tun ist, um die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen. Der Verlauf des Kongresses bestätigte die Ausage des Aufrufes: Es besteht „Einigkeit darüber, daß wirklich grundlegende Reformen nur gemeinsam mit den Gewerkschaften und allen demokratischen Kräften . . . durchgesetzt werden können."[68]

Im Bereich der Arbeitsbedingungen zeigt sich, welch großes Interesse die Gewerkschaften an der Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse besitzen. Die Rede von der „Humanisierung der Arbeit" berührt nicht nur die Tatsache, daß die Gewerkschaften in eine neue Etappe der Tarifpolitik eingetreten sind, sondern ist auch eine Bestätigung dafür, daß in der gewerkschaftlichen Praxis die Technik endgültig nicht mehr als unabänderlicher Faktor angesehen wird, dem sich der Mensch nur noch anzupassen hätte.

Die DGB-Tagung „Humanisierung der Arbeit" am 16./17. 5. 1974 in München bekräftigte den Grundsatz, daß die Gewerkschaften zukünftig nicht mehr zu tariflichen Vereinbarungen um den Preis gesundheitsgefährdender Arbeitserschwernisse bereit sind, daß sie also nach dem Prinzip „kein Verkauf von Gesundheitsschäden" handeln werden. Die Tagung analysierte die Folgen der verschärften Rationalisierung und allgemeinen Arbeitsintensivierung. Diese Beispiele zeigen, daß die Zeiten, wo das Thema „Humanisierung der Arbeit" lediglich Anlaß für Sonntagsreden war, vorbei sind. Die Gewerkschaften sehen die Verbesserung der Arbeitsbedingungen als echte Kampfaufgabe an, die von anderen Forderungen nicht zu trennen ist.[69]

Daraus ergeben sich auch Konsequenzen im wissenschaftlichen und gesundheitspolitischen Bereich. Die Gewerkschaften machen nicht nur den REFA-Ingenieuren[70] – und damit den Unternehmern – das Recht streitig, zu entscheiden, was ein optimaler Arbeitsablauf ist, sondern sie beanspruchen auch die Beteiligung an entsprechenden wissenschaftlichen Arbeiten und Forschungsprogrammen. So stellt Vetter in einer Kritik am Programm der Bundesregierung zur „Humanisierung der Arbeit" fest, daß eine umfassende Beteiligung der Gewerkschaften fehlt und das Vorhaben offensichtlich nur auf die Gutwilligkeit der Unternehmer spekuliere.[71]

67 ebd., S. 398 f.
68 Deutsche Volkszeitung, 21. 12. 1972.
69 So erklärte der stellvertretende Vorsitzende der IG Chemie, Werner Vitt, daß eine humane Arbeitswelt ohne eine paritätische Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften nicht vorstellbar ist, und der DGB-Vorsitzende Vetter stellte fest, daß es auf die Dauer „nicht ohne Eingriffe in die privatwirtschaftliche Investitionsautonomie und den privatwirtschaftlichen Konkurrenzmechanismus" möglich sein wird, die Interessen der abhängig Beschäftigten nachhaltig zu vertreten. Vgl. Deutsche Volkszeitung, 20. 6. 1974.
70 REFA = „Reichsausschuß für Arbeitszeitermittlung", gegründet 1924, wiedergegründet nach dem 2. Weltkrieg, Funktion: „wissenschaftliche", „analytische Arbeitsbewertung".
71 Frankfurter Rundschau, 17. 5. 1974.

Gewerkschaftliche Arbeit beschränkt sich also nicht auf Lohnpolitik und innergewerkschaftliche Bildungsarbeit. Wir haben die obigen Beispiele deshalb so breit ausgeführt, weil die Möglichkeiten verstärkter Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und demokratischen Wissenschaftlern und Studenten sich hier besonders deutlich darbieten. So ist es auch kein Zufall, daß die bisher weitestgehenden Kontakte genau in diesem Bereich zu finden sind (und nicht bei primär hochschulpolitischen Problemen). Gewerkschaftliches Interesse an der Hochschule, gewerkschaftliche Solidarität mit Hochschulangehörigen, ihrer wissenschaftlichen und politischen Arbeit, beruht zunächst nicht auf dem Postulat einer grundlegenden Interessensparallelität, sondern auf dem konkreten Interesse an wissenschaftlichen Ergebnissen, an inhaltlicher Zusammenarbeit. Deshalb ist der Einschätzung Erich Fristers (GEW) durchaus zuzustimmen, daß „vor übertriebenen Hoffnungen auf ein verstärktes Engagement anderer, insbesondere der Industriegewerkschaften auf dem Hochschulsektor" zu warnen sei, „solange nicht der Organisationsgrad wesentlich erhöht, die Erfolge nicht noch wesentlich deutlicher, die Forderungen nicht noch wesentlich präziser und verständlicher geworden sind".[72]

Das Bremer Beispiel

Die Kooperation von Wissenschaftlern und Studenten der Universität Bremen mit Vertrauensleuten und Betriebsräten der Bremer Arbeitskammer liefert manche Hinweise darauf, wie die Zusammenarbeit in wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Bereichen entwickelt und dem gewerkschaftlichen Anspruch auf Einflußnahme auf die Hochschulen praktische Geltung verschafft werden kann. Diese Zusammenarbeit, vom maoistischen KSB als „perfide getarnter Angriff" auf Arbeiter- und studentische Interessen verteufelt[73], findet schwerpunktmäßig in solchen Bereichen wie Arbeitsmedizin, Betriebsverfassungsrecht u. a. statt. Ziel ist sowohl die Projektbezogenheit der Arbeit an der Hochschule wie die Erarbeitung von Kenntnissen für die betriebliche Praxis der Arbeiter. Die halbparitätisch aus Hochschulmitgliedern und Gewerkschaftern zusammengesetzte Kooperationskommission diskutierte die Aufgaben für die Hochschule wie folgt: „In den wissenschaftlichen Projekten muß ausgegangen werden von einem Interessensgegensatz zwischen Arbeit und Kapital, muß Partei ergriffen werden zugunsten der abhängig Beschäftigten. DGB-Vorsitzender Schmidt (Bremen) in einer Sitzung der Kooperationskommission: ‚Es ist ein Anliegen der Arbeiterklasse, Gegenmacht aufzubauen gegen das Kapital.' Dabei müssen die wissenschaftlichen Ausarbeitungen helfen."[74]

Nachstehend sei noch aus einer Einladung zu einer Tagung von Universität und Arbeiterkammer zitiert, die im Mai 1973 unter dem Thema „Sicherheit am Arbeitsplatz und Unfallschutz" stattfand: „Die Aussage der Unfallforschung, daß 60 bis 80 Prozent der Arbeitsunfälle ‚selbstverschuldet' seien, bedarf einer besonderen

72 Auf dem Kongreß „Was wird aus der Hochschulreform?" 1973 in Bonn – Deutsche Volkszeitung, 5. 7. 1973.
73 „Unter dem roten Banner", 20. 4. 1973.
74 „Kooperation", Zeitschrift von Universität und Arbeiterkammer Bremen, Nr. 1, 19. 3. 1973.

Untersuchung. Es geht dabei um die Frage, ob die Unfallursachen nicht vielmehr in der kapitalistischen Produktionsweise begründet sind, in der der Profit und nicht der Mensch im Mittelpunkt steht." Eine solche Aufgaben- und Fragestellung läßt die Bedeutung der Zusammenarbeit in Bremen klar hervortreten. Die Einladung zu dieser Tagung ging an alle Betriebs- und Personalräte im Lande Bremen.

Erfolge solcher Zusammenarbeit liegen im fachlichen und politischen Interesse der Studenten und nützen andererseits den Arbeitern und ihren Organisationen. Es zeigt sich, daß auch die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften ihre Positionen nicht schon auf der Grundlage irgend welcher Postulate, sondern erst in der realen Auseinandersetzung auf der Basis konkreter Forderungen erringen. Deshalb besteht eine Aufgabe der demokratischen Studentenbewegung und besonders des MSB Spartakus darin, geeignete Formen institutionalisierter Zusammenarbeit mit gewerkschaftlichen Organisationen zu suchen und zu praktizieren.

Wie allergisch die Unternehmerverbände auf jeden Ansatz einer Wissenschaft im Interesse der arbeitenden Menschen reagieren, ist in Bremen sehr deutlich zu spüren. Mit allen Mitteln wird versucht, Forschungsaufträge an die Universität Bremen zu verhindern, die thematisch den Produktionsbereich auch nur tangieren.[75]

An Hand der Erfahrungen in Bremen läßt sich auch die Frage beantworten, wer die Kontrolle über Wissenschaft, Bildung und Ausbildung ausüben soll. Mit einer „kritischen Öffentlichkeit" im Habermasschen Sinne ist es hier offensichtlich nicht getan. Die Interessen und Bedürfnisse der Werktätigen bzw. der energische Widerstand der Unternehmerverbände machen deutlich, daß die gesellschaftliche Kontrolle nur durch die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften wirkungsvoll ausgeübt werden kann. Nur wenn die Forderung nach Kontrolle der Wissenschaft so gestellt wird, gewinnt sie eine antimonopolistische Stoßrichtung, nur dann ist sie geeignet, die fortschrittlichen Wissenschaftler und Studenten in die demokratische Bewegung miteinzubeziehen.

Kommen wir jetzt auf die Frage nach den Wirkungsmöglichkeiten für die fortschrittliche Intelligenz zurück, so läßt sich sagen: Wissenschaftliche Tätigkeit im Interesse der Arbeiterklasse liegt im unmittelbaren Interesse jedes Studenten und Wissenschaftlers, der den „Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit dieses Systems" erlebt und seine wissenschaftliche Arbeit an den Interessen des werktätigen Volkes zu orientieren beginnt.[76] Diese Arbeit wird um so leichter, je eindeutiger die Ansprüche der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften an Forschung, Lehre und Studium gestellt werden.

Mit den Gewerkschaften für eine demokratische Bildungspolitik

Das Interesse der Arbeiterklasse an Planung, Kontrolle und Verwertung von Wissenschaft korreliert mit bestimmten Anforderungen an den Bereich der Bildung und Ausbildung. So muß vor allem der wachsenden Bedeutung der Qualifikationsinteressen Rechnung getragen werden.

75 Siehe Deutsche Volkszeitung, 10. 1. 1974, „Torpedos gegen Wissenschaftler".
76 Studentenaktionsprogramm, S. 33.

Für die Berufsausbildung heißt das zum Beispiel, eine breite Grundlagenausbildung zu sichern, die dem Arbeiter eine größtmögliche Disponibilität verleiht und die über den Rahmen der bisherigen Bildung und Ausbildung hinausgeht. Eine allseitige und praxisnahe Ausbildung aber kann nur auf Grundlage eines umfassenden polytechnischen Unterrichts gewährleistet werden. Die Entwicklung der menschlichen Produktivkraft stößt hier deutlich an die Grenzen des kapitalistischen Systems. Die herrschende Klasse ist deshalb – nicht zuletzt wegen der Fortschritte im sozialistischen Lager – zu Anpassungsmaßnahmen gezwungen, die jedoch nur Vorgriffe von Teilqualitäten der sozialistischen Produzenten sein können. Mit anderen Worten: Das Kapital ist gezwungen, der Arbeiterklasse in höherem Maße Fähigkeiten zu vermitteln, die sie objektiv in die Lage versetzen, die industrielle und gesellschaftliche Entwicklung zu erkennen und planend zu gestalten. „Nicht nur die vertiefte Allgemeinbildung, ein breiteres Wissen, ein höherer Grad an Rationalität und Denkfähigkeit sind Qualifikationen, die den Arbeiter kritischer und einsichtiger machen können; durch das Erfordernis von Selbständigkeit, Urteils- und Kritikfähigkeit selber wird der Boden bereitet für politische Aufklärung, für die Einsicht in die Aufhebbarkeit der Widersprüche, die dem Kapitalverhältnis geschuldet sind."[77] Der Anpassungsdruck, dem der Imperialismus angesichts der Entwicklung in den sozialistischen Staaten ausgesetzt ist, verbessert also die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse, wiewohl er nicht automatisch zu Verbesserungen führt.

Die Herrschenden sind sich der ihnen drohenden Gefahren sehr wohl bewußt. So propagieren sie zwar eine Form des polytechnischen Unterrichts, der jedoch jeglicher politisch-ideologischer Inhalte enthoben sein soll. Peege z. B. erklärt: „Gelingt es, die polytechnische Bildung ... ihrer ideologiebezogenen Inhalte zu entkleiden, so kann die dadurch entstehende Konzeption einer ‚reinen' polytechnischen Bildung einen fruchtbaren Beitrag zum pädagogischen Problemkreis der Hinführung der Schüler zur Arbeitswelt leisten und damit Modellcharakter für die Arbeitslehre in der Hauptschule erhalten."[78]

Wieviel Sprengstoff die Auseinandersetzung um die berufliche Bildung enthält, erweist sich gegenwärtig an der hysterischen Reaktion berufsständischer Kreise auf die geringsten positiven Ansätze des neuen Berufsbildungsgesetzes. Den Unternehmern ist zudem jedes Mittel recht, bis hin zur Verweigerung der Ausbildung und Reduzierung der Lehrstellen, um die berufliche Bildung weiterhin ihren Interessen unterordnen zu können.

Auch darf nicht davon ausgegangen werden, daß der „technische Wandel" allein zur qualitativen Weiterentwicklung der Ausbildungssysteme führt. Die Berufsstatistik widerlegt z. B. die Annahme, daß mit der Differenzierung der Produktion und Zunahme der geistigen Arbeit der ungelernte Arbeiter völlig verschwinden würde. Wie unzulänglich die Zugeständnisse der Herrschenden im Bildungsbereich sind, auch wenn sie den langfristigen Anforderungen des Kapitals entsprechen wollen, erweist sich gerade heute im Hochschulbereich.

77 Projektgruppe Automation und Qualifikation: Bildungsreform vom Standpunkt des Kapitals, in: DAS ARGUMENT 80, S. 23.
78 F. K. Peege: Polytechnische Bildung als Modell für die Arbeitslehre in der Hauptschule, in: Wirtschaft und Berufserziehung 1970, S. 187.

Die Gewerkschaften tragen dem Widerstand und der Hinhaltetaktik inzwischen verstärkt Rechnung: Um Bildungsreformen muß ebenso gekämpft werden wie um Lohnerhöhungen und Mitbestimmung im Betrieb, Bildungsfragen sind Machtfragen – dies ist die Konsequenz, wie sie z. B. auf dem Essener Bildungskongreß des DGB im November 1973 gezogen wurde.

Deshalb sind bildungspolitische Forderungen nur dann im Interesse der Arbeiterklasse, wenn sie perspektivisch auf die Beseitigung der gegenwärtigen Machtverhältnisse abzielen. Reformen sind nicht schon fortschrittlich, wenn sie den veränderten Bedingungen durch die Produktivkraftentwicklung folgen. Wissenschaft und Ausbildung bedürfen der gesellschaftlichen Kontrolle. Erst dadurch wird dem Kapital die Möglichkeit entzogen, die Bildungspolitik noch stärker seinen eigenen Interessen zu subsumieren, um der angeblichen Gefahr von „Fehlqualifikation" und mangelnder Systemintegration vorzubeugen. Die Monopole sind gerade jetzt darauf aus, ihre Kontrolle in erhöhtem Maße zu effektivieren. Darum sind alle Forderungen, die sich

– gegen eine direkte Kontrolle der Hochschul- und Berufsausbildung durch Kapitalvertreter,

– gegen eine Verlagerung der industriellen Forschung in die öffentlichen Hochschulen (Drittmittel-, Auftragsforschung),

– gegen eine Ausgliederung der Bildung und Ausbildung aus dem öffentlichen Bildungswesen (Privatakademien usw.)

richten und die statt dessen eine gesellschaftliche Planung und Kontrolle anstreben, dazu geeignet, den Einfluß des Monopolkapitals wesentlich zu schwächen.

In diesem Zusammenhang soll kurz auf einige wichtige Positionen von DGB und Einzelgewerkschaften eingegangen werden. Bei der Entwicklung gewerkschaftlicher Forderungen zum Bildungsbereich (die im Grunde erst mit dem Grundsatzprogramm des DGB beginnt[79]) sind besonders die Forderungen des DGB-Bundesvorstands (23 Thesen) zur Hochschulreform[80] hervorzuheben.

In den letzten Jahren ist eine eindeutige Bestimmung der Forderung nach Demokratisierung des Bildungswesens als gewerkschaftlicher Grundforderung zu verzeichnen. In den Vorbemerkungen zu den 23 Thesen heißt es: „Aufgrund ihres gesellschaftspolitischen Auftrags beanspruchen die Gewerkschaften eine führende Rolle bei der Diskussion und Durchsetzung der Bildungsreform. Für den Hochschulbereich bedeutet dies, daß die Reform von den Interessen der Arbeitnehmer bestimmt sein muß ... Forschung und Lehre müssen ... dem Grundgesetz demokratischer Kontrolle unterworfen werden. Dies folgt aus dem gesellschaftlichen Auftrag und der Verantwortung der Hochschulen gegenüber der Gesellschaft und dem allgemeinen Demokratiegebot des sozialen Rechtsstaates."

Auf dem Bildungskongreß des DGB in Essen formulierte H. O. Vetter eine „doppelte Kampfaufgabe", nämlich die „paritätische Mitbestimmung und die Bildungsreform durchzusetzen".[81] Er erläuterte: „Ansätze für eine grundlegende Reform des Bildungswesens gefährden den unkontrollierten Einflußbereich der wenigen.

79 Beschlossen auf dem a. o. Bundeskongreß in Düsseldorf, 21./22. 11. 1973.
80 Beschlossen auf der Bundesvorstandssitzung des DGB vom 8. 5. 1973, abgedruckt in: FACIT 31, S. 101 ff.
81 Deutsche Volkszeitung, 15. 11. 1973.

Die Wortführer des bestehenden Zustandes haben gar nicht so unrecht: hier sollen und werden Weichen für eine langfristige Veränderung gestellt ... Wenn die gegenwärtige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verändern ist, dann in den Betrieben und in den Schulen." Sicherlich soll hier nicht der Verlagerung von Klassenauseinandersetzungen von den Betrieben in die Schulen das Wort geredet werden. Vielmehr werden hier Stellenwert und Bedeutung bildungspolitischer Probleme innerhalb gesellschaftlicher Auseinandersetzungen angesprochen.

Für den Anspruch der Gewerkschaften im Bildungsbereich sind vor allem zwei Beispiele zu nennen, die zugleich eine Zielangabe für den weiteren bildungspolitischen Kampf der Gewerkschaften sind.

Der DGB fordert eine grundlegende **Änderung der Berufsausbildung.** In der Stellungnahme zu dem am 2. 9. 1969 in Kraft getretenen Berufsausbildungsgesetz heißt es: „Das neue Gesetz festigt die alten Privilegien. Die Arbeitgeber haben in allen entscheidenden Fragen ihre Machtposition behauptet. Es sind ihre Kammern, die für die Regelung und Überwachung der Berufsausbildung zuständig sind ... Nach wie vor sind die Motivationen und Interessen der einzelnen Betriebe die ausschlaggebenden Faktoren im ‚Bildungsbereich Berufsausbildung'. Die Bildungsansprüche junger Menschen oder objektive gesellschaftliche Bedürfnisse und Notwendigkeiten werden ‚vermarktet'. Und die Marktgesetze sind hier weitgehend Betriebsgesetze."[82]

In dem Abschnitt „Hochschule – Staat – Gesellschaft" der 23 Thesen zur Hochschulreform fordert der DGB die generelle **Einführung der Integrierten Gesamthochschule.** Er wendet sich mit allem Nachdruck dagegen, ihre Entwicklung „dadurch zu unterlaufen, daß Teilbereiche von Forschung und Lehre aus den Hochschulen ausgegliedert, aus dem Geltungsbereich der Hochschulgesetze ausgeklammert oder in Sonderhochschulen organisiert werden. Die Einrichtung und Finanzierung von privaten Hochschulen lehnt der DGB entschieden ab."

Eine solch eindeutige Stellungnahme kann nicht hoch genug bewertet werden angesichts der Tatsache, daß die Großkonzerne die Möglichkeit der Ausgliederung mehr und mehr ins Auge fassen. So fordert die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), „daß Reformen zu leistungsfähigen und leistungsorientierten Bildungsinstitutionen mit hohem wissenschaftlichem Niveau führen und

82 DGB-Bundesvorstand: Berufliche Bildung, Sonderausgabe o. J., S. 3 f., zitiert nach Werner Petschick: Gewerkschaften und Bildungsreform, in: Gewerkschaften – Standort und Perspektive, Ffm. 1971, S. 181.

Als Erläuterung ist folgendes anzumerken:
Für die bundesdeutsche Berufsausbildung ist das sog. „duale System" charakteristisch, bei dem für 4/5 der Ausbildung die Unternehmer zuständig sind, für das restliche Fünftel die – öffentliche – Berufsschule. Die Ausbildungsrichtlinien und die Abnahme von Prüfungen sind abhängig von Industrieverbänden und Handwerkskammern. Die durch das Berufsausbildungsgesetz angestrebte höhere Effektivität (Systematik, relativ höheres theoretisches Niveau, Komprimierung der Grundausbildung) trifft sich „mit den Interessen derjenigen Betriebe, die die Ausbildung zu großen Teilen in Lehrwerkstätten und mit besonderen Ausbildern vornehmen, für die also direkte Kosten bei der Ausbildung entstehen, im Gegensatz zu den Betrieben, die ‚en passant' ausbilden." – Sabine Gensior/Beate Krais: Zur Diskussion um die Berufsausbildung, in: Blätter für dt. und int. Politik, 6/1973, S. 641.
Dies ist ein weiteres Beispiel für den Versuch staatsmonopolistischer Planung, die wissenschaftlich-technische Revolution im Interesse der Monopole zu bewältigen.

in die Wirtschaft wie in die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche leistungswillige, qualifizierte Absolventen entlassen werden. Leistungs- und Qualitätsverluste dürfen nicht der Preis für sogenannte ‚progressive' Schul- und Hochschulreformen und ideologisierte Mitbestimmungsmodelle sein, die allein um der ‚Progressivität' willen oder aus einem verfehlten Demokratieverständnis heraus verwirklicht werden sollen."[83] Als Konsequenz dieser Einschätzung forcieren die Monopole private Akademien und Universitäten, die Aus- und Weiterbildung in der Großindustrie. So berichtet die Zeitschrift des Stifterverbandes „Wirtschaft und Wissenschaft" (März/April 1972) von weiteren Aktivitäten der Wirtschaft, Abiturienten direkt nach der Schule, ohne den für die Wirtschaft oft unproduktiven Umweg über Universitäten in die Unternehmen aufzunehmen und sie dort selbst auszubilden.[84]

Ein aktuelles Beispiel für die Herausverlagerung von Bildungskompetenzen sind die „revolutionären Alternativen" des baden-württembergischen Kultusministers Hahn – die Berufsakademien. Forciert von Unternehmen wie Daimler-Benz und Bosch, soll hier ein Ausbildungsgang (staatlich anerkannter Betriebswirt) unter industrieller Kontrolle eingeführt werden. In einer Planungskommission finden sich 14 Industrievertreter neben je einem Vertreter von DAG und DGB. Ein mobiles Ausbildungsspektrum sowie Übergangsmöglichkeiten von einer Stufe der Ausbildung zur anderen sind nicht vorgesehen.

Der DGB hat die gefährlichen Auswirkungen dieses Modells schon bald erkannt und seine Mitarbeit in allen Gremien des Kultusministeriums im Januar dieses Jahres gekündigt. Der in Stuttgart zuständige DGB-Vertreter Ragg erklärte: „Die Berufsakademien laufen allen gewerkschaftlichen Grundforderungen der beruflichen Bildung zuwider. Diese gegenläufige Tendenz würde unterstützt . . . , wenn ein ‚Alibi-Vertreter' des DGB in den Gremien mitarbeiten würde. Es gilt nun, die geplanten Berufsakademien auf politischer Ebene zu bekämpfen."[85]

DKP mit klarer Kampfperspektive

Die bildungspolitische Aktivität der Gewerkschaften wird durch die Forderungen der kommunistischen Partei gewiß nicht hinfällig, wie sie andererseits das Programm der Kommunisten nicht ersetzen kann. Auch im Kampf für eine bessere Bildung und Ausbildung braucht die Arbeiterklasse eine richtungweisende politische Kraft.

Für die DKP ist der Kampf um Wissenschaft und Bildung ein wichtiger Teil der Gesamtstrategie zur Zurückdrängung und schließlich Überwindung der Macht des Großkapitals. Deshalb ist auch die demokratische Bildungsreform, die die DKP anstrebt, nur als Teil des Kampfes um eine demokratische Alternative zur gesamten Politik der Herrschenden denkbar. Bildungsfragen können also nicht ‚gemeinschaftlich' gelöst werden. „Der Kampf um die Demokratisierung des Bildungswesens ist Klassenkampf. Er muß gegen den totalen Machtanspruch des Monopolkapitals, gegen die Vorherrschaft des Profitprinzips geführt werden und

83 Zitiert nach Volker Briese: Kadettanstalten der Nation. Das öffentliche Bildungswesen und der „gesellschaftliche" Bedarf in der BRD, in: Blätter für dt. und int. Politik, 2/1973, S. 176.
84 Ebd., S. 178.
85 Deutsche Volkszeitung, 23. 5. 1974.

kann nur in dem Maße vorankommen, wie Bildung, Ausbildung und Erziehung Zug um Zug der Unterordnung unter die Macht- und Profitinteressen der Multimillionäre und Rüstungskonzerne entrissen und der demokratischen Einflußnahme des arbeitenden Volkes und seiner lernenden und studierenden Jugend unterstellt werden."[86]

Die DKP liefert nicht nur Sofortvorschläge für die Verbesserung des Bildungswesens[87], sondern nennt auch die Bedingungen ihrer Realisierung. Auf diese Weise wird nicht nur eine Konkretisierung erreicht, sondern auch den Versuchen der Herrschenden entgegengewirkt, die Interessen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen und die Reformvorschläge in ihrem Sinne umzudeuten. Deshalb sind die bildungspolitischen Alternativen der DKP stets mit einer klaren Angabe der Ziele und Inhalte und dem Nachweis der Finanzierungsmöglichkeiten verbunden. Überhaupt sind die Vorschläge „so eindeutig formuliert, daß es dem Monopolkapital nicht möglich ist, sie in seinem Sinne umzufunktionieren. Dadurch wurde auch eine Abgrenzung zu Programmen und Modellen vorgenommen, die sich als fortschrittliche ausgeben, tatsächlich aber das spätkapitalistische System stabilisieren".[88]

Grundlegende Veränderungen lassen sich nur im Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte erzielen. Die DKP erklärt dazu: „Die demokratische Bildungsreform liegt im gemeinsamen Interesse und ist die gemeinsame Aufgabe aller arbeitenden und lernenden Menschen und ihrer Organisationen."[89] Die Aufforderung zum gemeinsamen Handeln richtet sich besonders auch an die Studenten. Die Nutzung der Wissenschaft im Interesse der Arbeiterklasse sollte als eine wichtige Möglichkeit gesehen werden, dieser Aufforderung zu entsprechen.

Die von uns genannten positiven Beispiele dürfen nicht den Eindruck erwecken, als sei das Bündnis zwischen Arbeitern und Studenten in dieser Frage schon prächtig gediehen, das sich doch in Wirklichkeit erst vereinzelt und unter großen Mühen zu entwickeln beginnt. Ziel dieses Aufsatzes ist es, einige Bereiche möglicher Zusammenarbeit aufzuzeigen, nachzuweisen, daß erste Ansatzpunkte in der Tat vorhanden sind. Sicherlich bestehen in der Arbeiterklasse noch Vorbehalte gegenüber „den Studenten", wie es umgekehrt unvollständige, idealistische und falsche Vorstellungen in der Studentenschaft gibt.

Neben der vorrangig ökonomischen und politischen Solidarität mit der Arbeiterklasse kann besonders auch die wissenschaftliche Arbeit dazu dienen, das Bündnis zwischen Arbeitern und Studenten zu erweitern und zu festigen. Denn auch der dichteste ideologische Nebel, den Regierung und Unternehmer zu verbreiten suchen, kann der Arbeiterklasse nicht den Blick dafür verstellen, daß die Einkaufstaschen schmaler, die Arbeitslosenzahlen größer, die Arbeitsbedingungen schlechter und die Bildungsschranken fester werden. In diesen Fragen für die Arbeiter Partei zu ergreifen und wissenschaftliche Enthüllungen zu liefern, ist gewiß eine lohnende Aufgabe für die Studenten.

86 Bildung – Gesellschaft – Zukunft, S. 11 f.
87 Aktuelles Beispiel: „Bildung und Berufsbildung grundlegend neu gestalten", UZ, 9. 7. 1974.
88 Bildung – Gesellschaft – Zukunft, S. 34.
89 Ebd., S. 34 f.

Die Möglichkeiten, in dieser Hinsicht für die Arbeiterklasse aktiv zu werden, sind noch lange nicht ausgeschöpft, obgleich sie in besonderer Weise geeignet sind, die Studenten zu vereinen und an die Arbeiterklasse heranzuführen. Im Hauptreferat des 3. Bundeskongresses heißt es dazu: „Wenn wir dieses Herangehen stärker beachten, werden wir größere Möglichkeiten zur Einbeziehung der Studenten in den antimonopolistischen Kampf und ihrer Befähigung zum bewußteren Handeln an der Seite der Arbeiterklasse haben. Gleichzeitig liegen hier große Chancen, um der Arbeiterklasse unsere, auch in ihrem Interesse liegenden Ziele verständlich zu machen."[90] Der Kampf für eine Wissenschaft und Bildung im Interesse der Arbeiter und Studenten erweist sich damit als ein Zugang zum politischen Massenkampf.

90 Protokollbuch, S. 37.

BESTELLSCHEIN

..... Abonnement facit (5 Hefte) = 10,– DM + Porto ab Nr. .....

..... Expl. Facit Nr. 35, 34, 33, 32, 31, 29, 27, 26, 25, 24, 22/23, 21

..... „Internationaler Klassenkampf", facit-Reihe 5; 5,– DM + Porto

..... facit-Reihe 6; 1,– DM + Porto

..... „Evolution und Revolution", facit-Reihe 7; 6,– DM + Porto

..... „Arbeiterklasse gegen Faschismus" (Dimitroff), 3,50 DM + Porto

..... „Futurologie" (Prof. D. Klein), RK extra 7; 2,50 DM + Porto

..... „SDS in Sofia . . .", facit-Reihe 3; 1,– DM + Porto

..... „Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB Spartakus
Taschenbuch – 308 Seiten, 6,– DM + Porto

..... „Israels Verflechtungen mit dem Imperialismus", facit-Reihe 12, 48 Seiten, 2,– DM

..... Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analyse
der bürgerlichen Pädagogik in der BRD, facit-Reihe 13, 88 Seiten, 2,50 DM

..... Beiträge zur sozialistischen Literatur der Weimarer Republik, 148 Seiten, 6,– DM

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Wolfgang Adamczak

Zur ideologischen Auseinandersetzung im Wissenschaftsbetrieb

Anknüpfend an die dritte These über Feuerbach[1] schrieb Heinemann in Facit 30: „Marxisten werden in der ideologischen Arbeit an den konkret erfahrbaren Widersprüchen, an den Aktionen und spontanen Bewegungen anknüpfen, denn die Aneignung des Marxismus durch die Studenten bedeutet eine Bewußtseinsveränderung, die oft gegen tiefsitzende Überzeugungen und Haltungen, Produkte einer bürgerlichen Erziehung, auf die Persönlichkeit einwirkt. Diese Veränderungen lassen sich leichter in der eigenen Praxis, in der aktiven Veränderung der Umwelt vollziehen."[2]

Diese Aussage kann nicht nachdrücklich genug unterstrichen werden, beinhaltet sie doch zwei Punkte, die von prinzipieller Bedeutung für unsere ideologische Arbeit sind. Zum einen werden wir in der ideologischen Auseinandersetzung nicht den Marxismus „an sich" propagieren oder die bürgerliche Ideologie „an sich" kritisieren, sondern wir werden dort anknüpfen, wo sich im Wissenschaftsbetrieb Probleme auftun. Täglich stoßen wir doch darauf, daß die bürgerliche Wissenschaft auf viele Fragen keine oder nur unzulängliche Antworten geben kann, sehen wir, wie durch die Unterordnung der Wissenschaften unter die Profitinteressen des Großkapitals „an die Stelle uneigennütziger Forschung (. . .) bezahlte Klopffechterei, an die Stelle unbefangener wissenschaftlicher Untersuchung das böse Gewissen und die schlechte Apologetik" tritt.[3] Auch das Erstarken der marxistischen Kräfte und des realen Sozialismus bringt, wenn auch meist bruchstückhaft und verzerrt, eine Alternative zur bürgerlichen Ideologie in die Diskussion vieler Studenten und Wissenschaftler.

Zum anderen ist marxistische Kritik keine akademische Angelegenheit, die sich in der Seminarkritik und dem Abfassen von Traktaten durch die Marxisten erschöpft. Wenn sich, wie bei Heinemann zitiert, die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Wissenschaft und die Aneignung des Marxismus gegen die gesamte bisherige Sozialisation richtet, dann ist der Hinweis von Marx, daß „das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung (. . .) nur als revolutionäre Praxis gefaßt und rationell verstanden werden" kann[4], um so bedeutsamer. Aufgabe der Marxisten ist es also, die ideologische Auseinandersetzung zur revolutionären Praxis zu machen, d. h. Studenten und Wissenschaftler aktiv in den Kampf der Ideen miteinzubeziehen, so daß der ideologische Kampf ihr eigener wird und die Veränderung der Umstände mit der Veränderung der eigenen Persönlichkeit zusammenfällt.

1 Karl Marx „Thesen über Feuerbach" MEW 3, S. 6ff, Berlin/DDR.
2 Karlheinz Heinemann „Marxismus kontra bürgerliche Ideologie" FACIT 30, S. 32, Dortmund.
3 Karl Marx „Das Kapital" MEW 23, S. 21, Berlin/DDR.
4 Karl Marx „Thesen über Feuerbach" MEW 3, S. 6, Berlin/DDR.

Möglichkeiten der ideologischen Auseinandersetzung

Wenn auch die Notwendigkeit der ideologischen Auseinandersetzung abstrakt anerkannt wird, so fällt es teilweise noch schwer, konkrete Ansatzpunkte zu finden und zu nutzen. Dies gilt ganz besonders für Bereiche, die mit dem „Odium" der „besonderen Bedingungen" umgeben sind, wie z. B. die Naturwissenschaften. Wenn die Bedingungen zweifellos auch anders sind als z. B. in den Gesellschaftswissenschaften, so wird damit keineswegs der Marxismus „außer Kraft" gesetzt, denn als Lehre von den allgemeinsten Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen von Natur, Gesellschaft und des Denkens ist er allgemeingültig. Es müssen nur die vorhandenen Bedingungen auf ihre Möglichkeiten konkret untersucht werden. Es sollen im folgenden einige Beispiele skizziert werden, die exemplarisch Ansatzpunkte für die ideologische Auseinandersetzung aufzeigen sollen.

Die „Natur" des Menschen

Gerade angesichts der zunehmenden Attraktivität des realen Sozialismus, angesichts der Herausbildung von Ausbeutung befreiter, schöpferischer Menschen wird es für den Imperialismus nachgerade zum Zwang nachzuweisen, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. In der sich verschärfenden ideologischen Auseinandersetzung wird mit mehr oder weniger pseudo-wissenschaftlichen Mitteln versucht, die „Natur" des Menschen als unveränderlich darzustellen und die Deformationen des Menschen durch Ausbeutung und Unterdrückung, die bestimmten Gesellschaftsformationen gemäß sind, als naturgegeben und damit nicht veränderbar hinzustellen.[5]

Angesichts der barbarischen Verbrechen des US-Imperialismus in Indochina, angesichts wachsender Gewaltkriminalität in den Metropolen des „freien Westens" fragen sich viele Menschen, ob Aggressivität, Rücksichtslosigkeit, Herrschen und Beherrschtwerden wirklich zur unveränderlichen Natur des Menschen gehören. Um diese Zweifel auszuräumen, setzt der Imperialismus seine Lohnschreiber vom Typ eines Ardrey, Morris, Lorenz und seiner Schule ein, die mit platten und falschen Analogieschlüssen Verhaltensweisen aus dem Tierreich auf den Menschen übertragen. Sie müssen dabei den grundlegenden Unterschied zwischen Tieren und Menschen überdecken, würden sie doch sonst ihrem Auftrag nicht gerecht. Im Gegensatz zu allen Tieren paßt sich der Mensch nicht passiv wechselnden Umweltbedingungen an, sondern umgekehrt paßt er seine Umwelt durch Arbeit seinen Bedürfnissen an. Nicht mehr die biologische, sondern die kulturelle Evolution ist das entscheidende Kriterium der Entwicklung des Menschen. Der Mensch „macht" also, vermittelt über die Arbeit, seine eigene Entwicklung.

Diese Auffassung, die sich immer wieder in der menschlichen Geschichte nachweisen läßt, die schon Friedrich Engels in seinem Aufsatz „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen"[6] deutlich machte, an der auch bürgerliche Wis-

5 Siehe hierzu auch Wolfgang Adamczak „Konrad Lorenz oder die Entwicklung der Ethologie von der Wissenschaft zur Utopie" FACIT 33, S. 105–114, Dortmund, wo am Beispiel des Ethologen Lorenz die Apologetik bestehender Zustände durch biologistische Theorien aufgezeigt wird.

6 Friedrich Engels „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen" MEW 20, S. 444–455, Berlin/DDR.

senschaftler, wenn sie es ernst meinen mit ihrer Wissenschaft, und nicht „bezahlte Klopffechterei" betreiben wollen, nicht vorbeikommen, muß von uns offensiv in die Diskussion um die „Natur" des Menschen getragen werden.

Gerade diese Diskussion ermöglicht es, die Überlegenheit des Marxismus als wissenschaftliche Weltanschauung deutlich zu machen. Sie ist als einzige Weltanschauung in der Lage, Erkenntnisse über die menschliche Geschichte und naturwissenschaftliche Erkenntnisse richtig zu interpretieren und zusammenzufassen und eine Perspektive für die weitere Entwicklung des Menschen zu weisen, die sich nicht notwendig in Fatalismus oder Apologetik bestehender Zustände erschöpft, sondern den Weg für eine menschliche Gesellschaft frei von Ausbeutung und Unterdrückung öffnet.

Umweltschutz

Ein weiteres Beispiel für die vielfältigen Möglichkeiten, die ideologische Auseinandersetzung auch in vermeintlich „ideologisch unterentwickelten" Bereichen zu führen, ist die Diskussion um Umweltverschmutzung und Umweltschutz.

Die Einbeziehung aller natürlichen Ressourcen in den Produktionsprozeß im globalen Maßstab wirft für die Sachwalter der Monopolinteressen in den kapitalistischen Ländern nicht nur ökonomische Probleme auf. Einerseits behindert die durch Profitgier bedingte rücksichtslose Ausbeutung von Luft, Wasser, Boden, Bodenschätzen usw. die Reproduktionsbedingungen des Kapitals ganz erheblich und macht Maßnahmen erforderlich, andererseits besteht die Notwendigkeit, der durch die Umweltverschmutzung betroffenen Bevölkerung den Systemcharakter dieser gewaltigen Schäden zu verschleiern und sie auf neue Belastungen im „Interesse eines funktionierenden Umweltschutzes" vorzubereiten.

Dabei werden die in den sozialistischen Ländern bestehenden und historisch zu verstehenden Schwierigkeiten beim Umweltschutz benutzt, um auch auf diesem Gebiet die Konvergenztheorie voranzutreiben. Da sind dann nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen produziert wird, die Ursache für die Umweltverschmutzung, sondern es wird dieses Phänomen zu einem notwendigen Bestandteil der sich entwickelnden Technologie interpretiert. Nicht die Profitgier der Großkonzerne, sondern der „Moloch Technik" treibt Raubbau mit den natürlichen Ressourcen und der Gesundheit des Menschen.

Mit den zunehmenden Erfolgen bei der Erhaltung und dem Ausbau einer lebenswerten Umwelt, in der der Mensch sich schöpferisch erholen und entwickeln kann, wird solchen Theorien der Boden entzogen. Dafür werden gerade in der letzten Zeit immer mehr Stimmen laut, die auf der Grundlage der zunehmenden Industrialisierung eine Erschöpfung der natürlichen Ressourcen prognostizieren und als Weisheit letzter Schluß die „Grenzen des Wachstums" fordern.[7] Hierzu werden die verschiedensten technizistischen Modelle konstruiert, die nur das eine gemein-

7 Siehe hierzu als hervorragenden Vertreter Dennis Meadows „Die Grenzen des Wachstums" Reinbek bei Hamburg 1973. Es ist der Bericht über eine Studie, die im Auftrag des „Club of Rome", einer Vereinigung von Spitzenmanagern in Weltfirmen, Forschungszentren oder internationalen Wirtschaftsorganisationen, am MIT durchgeführt wurde und den anmaßenden Titel Weltstudie trägt. Sie zeigt, und darin besteht wohl ihr einziger Wert, daß das, was man in einen Computer reinsteckt, auch wieder herauskommt.

sam haben, daß sie klassenneutral an die Phänomene herangehen und Entwicklungstendenzen, die bestimmten Gesellschaftsformationen eigen sind, auf den Weltmaßstab übertragen. Ziel solcher „Nullwachstums-Theorien" ist heute, das krisenfreie kontinuierliche Wachstum der sozialistischen Länder zu diskreditieren und über diesen Umweg auf die Entwicklung des Sozialismus Einfluß zu gewinnen, einen Einfluß, den man auf seine eigene, kapitalistische Entwicklung in nur sehr begrenztem Maße hat. Auch diese Variante bürgerlicher Ideologie ist nicht sonderlich originell, ist sie doch nichts anderes als eine Neuauflage der Theorien des englischen Geistlichen und Ökonomen Malthus, der behauptete, daß aufgrund ewiger Naturgesetze der Bevölkerungszuwachs immer schneller vor sich gehe als der Nahrungsmittelzuwachs.

Aufgabe der Marxisten muß es sein, in der Diskussion um diese Probleme den unwissenschaftlichen und apologetischen Charakter dieser bürgerlichen Theorien aufzuzeigen. Sie sollen davon ablenken, daß die Zerstörung einer lebenswerten Umwelt systembedingt ist und durch die anarchische und profitbedingte kapitalistische Produktionsweise erst zu einem Ausmaß geführt hat, die die Reproduktionsbedingungen des Kapitals selbst in Frage stellt. Schließlich entwickelt sich die Technologie nicht ohne den Menschen, und Menschen entscheiden über ihren Einsatz. In den sozialistischen Ländern ist der Maßstab aller Dinge allerdings die werktätige Bevölkerung und nicht der Profit einiger weniger. Zu ihrem Nutzen, und dazu gehört eine menschenwürdige Umwelt, wird auch die materielle Grundlage der Gesellschaft weiterentwickelt und eingesetzt. Deshalb muß das Beispiel des realen Sozialismus auch im Bereich des Umweltschutzes, trotz bestehender Schwierigkeiten, propagiert werden.

Jeder Tag gibt dabei den Marxisten erneut Gelegenheit, die lügenhafte und dreiste Behauptung zu widerlegen, daß „die soziale Marktwirtschaft (. .) sich auch im Hinblick auf die Lösung der Umweltprobleme gegenüber anderen Wirtschaftssystemen als leistungsfähiger erweisen" wird.[8]

Unter Naturwissenschaftlern herrscht vielfach noch die Illusion, daß Umweltschutz nur eine Frage der wissenschaftlichen und technologischen Erkenntnis sei. Die Kläranlage in der chemischen Großindustrie wird aber nicht deswegen nicht gebaut, weil die Kenntnisse fehlen oder weil die „Fachleute" ungenügende Ratschläge gegeben haben, sondern weil der Profit davor steht. Diese Illusion ist vielfach Ausgangspunkt konvergenztheoretischer Überlegungen oder der Ideologie der sich verselbständigenden Technologie.

Auch hier müssen Marxisten die ideologische Auseinandersetzung führen, daß deutlich wird, daß die „fachspezifischen" Kenntnisse nur dann adäquat durchgesetzt und angewendet werden können, wenn sie in den Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Klassenauseinandersetzungen gestellt werden. „Die Lösung der Umweltprobleme liegt nicht im ‚Zurück zur Natur', sondern im ‚Vorwärts zum Sozialismus'."[9]

8 Betrifft: „Umweltprogramm der Bundesregierung" Öffentlichkeitsarbeit des Bundesinnenministeriums.

9 Edgar Gärtner „Wachstumsdiskussion und Umweltkrise" Hefte zu politischen Gegenwartsfragen 11, S. 33, Köln 1974. Dieser Artikel bietet eine vortreffliche Auseinandersetzung mit bürgerlichen Nullwachstumsideologen und zeigt die Perspektiven des Umweltschutzes im Sozialismus auf.

Friedensfeindliche Forschung

Im Studentenaktionsprogramm des MSB Spartakus schreiben wir, daß „die Begriffe der Mathematik und Naturwissenschaften (. . .) den Studenten oft als voneinander isolierte mit einem Eigenleben ausgestattete Wesen gegenübertreten, „die weder einen Bezug zur objektiven Realität noch eine mit der gesellschaftlichen Entwicklung verbundene Geschichte haben".[10] Diese sich ursächlich in der Trennung von Kopfarbeit und Handarbeit begründende idealistische Ansicht ist auch Grundlage der Ideologie der Wertfreiheit der Wissenschaften.

Die „Wertfreiheit" der Wissenschaften gerät aber da am offensichtlichsten ins Wanken, wo sie am dringendsten zur Rechtfertigung benötigt wird, z. B. in der Kriegsforschung. Wenn auch der im naturwissenschaftlichen Experiment gewonnene Fakt, das Naturgesetz ideologiefrei bzw. „wertfrei" ist, so ist damit dem Wissenschaftler keineswegs die Verantwortung genommen, in wessen Interesse diese Erkenntnis verwandt wird, ob aus den Gesetzen des Atomzerfalls der Bau von Kernreaktoren zur Erzeugung von billiger Energie oder der Bau von Wasserstoffbomben folgt, ob aus Erkenntnissen der Ökologie die Abwehr von Schädlingen für Nahrungsmittel des Menschen oder die Entlaubung ganzer Regionen zur Bekämpfung des „Vietkong" folgt.

Die Ideologie der Wertfreiheit hilft nicht, wie sie vorgibt, die Wissenschaft von ihr „fremden" Einflüssen freizuhalten, sondern sie ist ein Instrument der herrschenden Klasse, um den Einsatz der Wissenschaften im Interesse des Friedens und des Fortschritts zu verhindern und sie weiterhin zur Maximierung der Profite der Großkonzerne einzusetzen. Dieser Pervertierung der Wissenschaften müssen wir die humanistischen Traditionen bürgerlicher und marxistischer Forscher entgegenhalten, die Tradition eines Virchows, eines Joliot-Curie, eines Einsteins, die ihr wissenschaftliches Werk nicht isoliert vom gesellschaftlichen Fortschritt, sondern als Bestandteil desselben verstanden haben.

Diese unvollständige Angabe von Beispielen zeigt auf, daß die Möglichkeiten und Notwendigkeiten, die ideologische Auseinandersetzung in allen Bereichen zu führen, in reichlichem Maße vorhanden sind.

Das Herangehen an die ideologische Auseinandersetzung

Nun reicht es allerdings nicht, die Möglichkeiten des ideologischen Kampfes zu erkennen, wenn es nicht gleichzeitig gelingt, das Falsche, Beschränkte, Einseitige der bürgerlichen Wissenschaft und den allumfassenden, perspektivischen, wissenschaftlichen Charakter des Marxismus deutlich zu machen.

Die oben angeführten Beispiele von Strömungen der bürgerlichen Ideologie haben eines gemeinsam, daß sie selten in reiner und konzentrierter Form in der Auseinandersetzung erscheinen. Allzuoft tun wir aber so, als ob das der Fall ist. So ist es zwar richtig, den ideologischen Kern bestimmter Strömungen herauszuarbeiten, um sie besser und gezielter bekämpfen zu können. In der Praxis aber müssen wir diese Erkenntnisse auf die konkreten Erscheinungsformen anwenden. Die Erscheinungsformen aber sind bruchstückhaft, verzerrt, sind eklektische Misch-

10 Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten, Marxistischer Studentenbund Spartakus, Bonn.

formen. Es reicht eben nicht festzustellen, daß man es im Seminar mit Konvergenztheoretikern zu tun hat, sondern es ist konkret das Ungenügende, Falsche, Eklektische an dieser Position aufzuzeigen und klarzumachen, daß es eine umfassende, einheitliche Weltanschauung gibt, die die bearbeiteten Phänomene und ihre Ursachen richtig wiedergibt.

In der Einzelfrage die Neugier auf das Allgemeine wecken

Doch genau, wie wir die bürgerliche Ideologie nicht als abstraktes Denkgebäude bekämpfen, sondern in ihrer konkreten Erscheinungsform, so vermitteln wir den Marxismus nicht als abstraktes Lehrgebäude, sondern an konkreten Problemen. Die Feststellung, „die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist",[11] ist richtig, führt an diese Erkenntnis aber keinen Deut heran. Die Vermittlung einer dialektischen Kategorie, das Heranführen an das konkret-historische Arbeiten kann aber, zumal wenn das Interesse dafür schon akut ist, in der Einzelfrage die Neugier auf das Allgemeine, den „ganzen" Marxismus wecken, der auch in der Einzelfrage schon seine Möglichkeiten „bewiesen" hat. Die Erkenntnis, daß der Marxismus die Wissenschaft von den allgemeinsten Entwicklungs- und Bewegungsgesetzen von Natur, Gesellschaft und Denken ist, ist für den, der in der konkreten Auseinandersetzung vielleicht zum ersten Male mit dem Marxismus konfrontiert wird, nicht nachvollziehbar und daher kein Erkenntnisgewinn. Sie ist für ihn eine Behauptung wie viele andere auch, die ihn kaum zum weiteren Studium des Marxismus veranlassen wird.

Der Nachweis aber, daß Kategorien des dialektischen oder historischen Materialismus es im Gegensatz zur bürgerlichen Ideologie erlauben, die Ursachen von Phänomenen der objektiven Realität zu erkennen und zu interpretieren, kann das Interesse für ein systematischeres Herangehen an den Marxismus wecken. Wenn in der ideologischen Auseinandersetzung auch kaum so platt argumentiert wird, so soll damit der Kern eines Argumentationsstils aufgezeigt werden, der in jeder Diskussion, weil er die Einheit des Marxismus „wahren" will, notwendig einen Abstraktionsgrad verwendet, der in der konkreten Situation inhaltsleer wird.

Gerade im naturwissenschaftlichen Bereich ist die Frage nach dem Verhältnis von Philosophie und Einzelwissenschaft wichtig. Denn die Anwendung dialektischer Kategorien bedeutet nicht unvermittelt schnellere oder bessere Erkenntnis. Ein „instrumentales" Verständnis des Marxismus kann zu dem Mißverständnis führen, daß die Anwendung dialektischer Entwicklungsgesetze z. B. chemische Reaktionen beschleunigt. Diesem platten Mißverständnis ist entgegenzutreten. Der Marxismus kann einzelwissenschaftliche Forschung nicht ersetzen, als Erkenntnistheorie dient er der Verallgemeinerung einzelwissenschaftlicher Erkenntnisse. Insofern bestätigen naturwissenschaftliche Erkenntnisse z. B. in der Frage der Entstehung des Lebens oder der Evolution den Marxismus und tragen dazu bei, ihn weiterzuentwickeln. Auch als allgemeine Methodologie tragen die Verallgemeinerungen wissenschaftlicher Einzelerkenntnisse durch den Marxismus dazu bei, die Entwicklungsrichtung einzelwissenschaftlicher Forschung bestimmen zu helfen.

11 W. I. Lenin „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus" LW 19, S. 3, Berlin/DDR.

Bei der Propagierung des Marxismus an richtiger Erkenntnis bürgerlicher Wissenschaftler anknüpfen

Wenn wir uns mit der bürgerlichen Ideologie auseinandersetzen, stellen wir immer wieder fest, daß bürgerliche Wissenschaftler durchaus zu richtigen Ergebnissen kommen, auch wenn sie alles andere als Marxisten sind. Es kann hier nur unterstrichen werden, was Heinemann im oben angeführten Aufsatz zum Verhältnis von Wissenschaft und Ideologie sagt: „Die Unterordnung der Wissenschaften unter das bürgerliche Klasseninteresse, das in die Gewinnung der Erkenntnis eingeht und so Ideologie produziert, bestimmt ihren Klassencharakter. Sicher beeinflußt ihr Interesse auch die wissenschaftliche Methode und bestimmt so dauerhaft den Charakter der ‚Wissenschaft', dies jedoch unterschiedlich in den verschiedenen Erkenntnisgebieten, da das Interesse der Bourgeoisie an der Wissenschaft ein durchaus widersprüchliches ist."[12] Die richtige Erkenntnis bürgerlicher Wissenschaftler muß von uns als Anknüpfungspunkt zur Propagierung des Marxismus, der ja auch diese Erkenntnisse verallgemeinert, genutzt werden. Der Hinweis Lenins in seiner Rede an die Jugendverbände[13], daß es irrig wäre, „zu glauben, daß es genüge, sich die kommunistischen Losungen, die Schlußfolgerungen der kommunistischen Wissenschaft anzueignen, ohne sich jene Summe von Kenntnissen anzueignen, deren Ergebnis der Kommunismus selbst ist", ist nicht nur als historische Weisheit, sondern als ständige Aufgabe zu verstehen.

In der westdeutschen Ausgabe des Buches „Zufall und Notwendigkeit" des französischen Molekularbiologen J. Monod hebt der westdeutsche Physikochemiker Eigen die zentrale Aussage des Buches, die sich gegen die Entwicklungsprinzipien des dialektischen Materialismus richtet, in der Vorrede auf. Er stellt dort klar, „daß die ‚Notwendigkeit' gleichberechtigt neben den ‚Zufall' tritt",[14] wohingegen Monod den Zufall als entscheidenden Faktor der Evolution verabsolutiert. Dieser Widerspruch kann genutzt werden, um aufzuzeigen, daß der hervorragende Biochemiker Monod als Philosoph falsche Verallgemeinerungen aus seiner Wissenschaft zieht (vor allem, um den Marxismus zu widerlegen), daß aber gerade der Marxismus die Kategorien entwickelt hat, die zur richtigen Interpretation des Evolutionsgeschehens notwendig sind.

Doch gerade das Anknüpfen an richtige Erkenntnisse bürgerlicher Wissenschaft macht es um so notwendiger, ihren bedingten, eingeschränkten Charakter deutlich zu machen und den Charakter des Marxismus als wissenschaftliche Weltanschauung, die die Praxis als Kriterium der Wahrheit nicht zu scheuen braucht, herauszustellen.

Ideologische Auseinandersetzung ist Veränderung des Bewußtseins durch die eigene Praxis

In der Einleitung dieses Artikels wurde festgestellt, daß der ideologische Kampf so zu führen ist, daß Studenten und Wissenschaftler aktiv miteinbezogen werden,

12 Karlheinz Heinemann a. a. O. S. 39.
13 W. I. Lenin „Die Aufgaben der Jugendverbände" LW 31, S. 275, Berlin/DDR.
14 Manfred Eigen, Vorrede zur deutschen Ausgabe S. XIV in Jacques Monod „Zufall und Notwendigkeit", München 1971.

es in der Praxis zur Veränderung der Umstände und des eigenen Bewußtseins kommt. Auch für diese These sollen einige Beispiele genannt werden.

So wurde versucht, die oben angeführten Probleme des Umweltschutzes anhand der Arbeit an einem konkreten Projekt zu diskutieren. Die Ansiedlung einer Aluminium-Hütte, bei deren Produktionsaufnahme Fluoride freiwerden, die schädlich für Mensch, Tier und Pflanze sind, bot reichlich Gelegenheit, die verschiedenen Aspekte zu bearbeiten. Ziel der Arbeit sollte zum einen ein Einspruch im Genehmigungsverfahren sein, um staatliche Auflagen zur Erniedrigung der Fluor-Emissionen zu erreichen, zum anderen sollte ein Beitrag für die Entwicklung einer Unterrichtseinheit „Umweltschutz" an der Universität geleistet werden. Diese konkrete Arbeit führte zur Auseinandersetzung mit verschiedenen bürgerlichen Theorien, deren Rechtfertigungscharakter um so durchschaubarer wurde, je deutlicher es gelang, die Diskussionen um Möglichkeiten des Umweltschutzes anhand der Alternative des realen Sozialismus zu führen, ohne die dort noch bestehenden Schwierigkeiten zu verharmlosen.

Ein anderes Beispiel ist die Auseinandersetzung mit einem reaktionären Anthropologen gewesen, dessen wichtigste „Aufgabe" es war, Lehrerstudenten mit Ideologien zu berieseln, die dem Faschismus als Rechtfertigungsbasis dienen. Als das Unbehagen einiger Hörer seiner Vorlesung sich in dem Wunsch nach Diskussion artikulierte, führte seine Weigerung nicht zu dem von ihm und einigen anderen Mitgliedern des Fachbereichs erwünschten Eklat, sondern unter Anleitung von Marxisten zur Aktivität vieler Studenten. In vielfältigen Diskussionen in Gruppen und auf Vollversammlungen wurde eine Dokumentation und Würdigung der Arbeiten dieses Lehrbeauftragten angefertigt, mit dem Ziel, die Aufhebung des Lehrauftrags zu erreichen. Aufgrund guter Bündnispolitik wurde dieses Ziel auch erreicht.

Eine weitere Aufgabe, welche die Erfahrungen der beiden obigen Beispiele weiterführt, ist der Versuch, eine Orientierungsstufe für Studienanfänger durchzuführen. Hier wird es notwendig sein, Stellung und Bedeutung der Wissenschaft in der Gesellschaft, erkenntnistheoretische Grundlagen, Rolle und Verantwortung des Wissenschaftlers anhand konkreter Erfahrungsbereiche zu diskutieren.

Alle angeführten Beispiele haben eines gemeinsam. Die ideologische Auseinandersetzung wurde nicht abstrakt geführt, sie wurde nicht einer vorhandenen Bewegung aufgepfropft, sondern sie war Bestandteil einer Auseinandersetzung, die von den Interessen vieler Studenten und Wissenschaftler ausging. Sie war nicht akademisch, d. h. zum Seminarmarxismus degeneriert, sondern sie war Bestandteil einer praktischen Aufgabe. Vor allem aber wurde die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie nicht nur von Marxisten geleistet, sondern auch die anderen Teilnehmer betrachteten diese Auseinandersetzung als ihre eigene Aufgabe. So hat ein Projekt wie die Erstellung einer Orientierungseinheit ja nicht nur Bedeutung für die Konfrontation von Erstsemestern mit fortschrittlichen Ideen. Auch diejenigen, die diese Einführung entwickeln und damit bestehende Umstände ändern wollen, lernen dabei und verändern damit nicht nur die bestehende Praxis, sondern auch ihr eigenes Bewußtsein.

Damit ist natürlich nicht gesagt, daß alle diejenigen, die in der ideologischen Auseinandersetzung mit fortschrittlichen Ideen in Kontakt kommen, diesen Ideen gemäß handeln oder gar Marxisten werden. Schließlich haben wir es bei der Intelligenz gerade mit einer Schicht zu tun, die schwankend ist und deren weiteres Verhalten in hohem Maße von dem sich entwickelnden Kampf der Arbeiterklasse abhängig ist. Gerade das macht aber die kontinuierliche ideologische Auseinandersetzung um so notwendiger, macht das Propagieren der Ideologie der Arbeiterklasse und die Auseinandersetzung mit der wissenschafts- und arbeiterfeindlichen bürgerlichen Ideologie auf immer höherem Niveau notwendig, um angesichts der sich verschärfenden ideologischen Auseinandersetzung die Intelligenz zu einem festen Bündnispartner der Arbeiterklasse werden zu lassen und dem Klassenkampf neue Impulse zu geben.

Deutsche Volkszeitung

ein demokratisches Wochenblatt —
unentbehrlich
für den kritischen Zeitgenossen

Probeexemplare
unverbindlich und kostenlos durch

MONITOR-VERLAG GmbH

Düsseldorf, Oststraße 154
Postfach 5707

Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei

Holger Brandes

Kein Bedarf an Lehrerstudenten?

Ursachen und Hintergründe der Zwecklüge von der „Lehrerschwemme"

In den sechziger und noch Anfang der siebziger Jahre wurde in der BRD auf bildungspolitischem Terrain die Diskussion unter Schlagworten wie „Bildungskatastrophe" und „Bürgerrecht auf Bildung" und in Richtung auf notwendige Reformen und Expansionen des Bildungswesens geführt. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und bildungspolitischen Erfolge der sozialistischen Staaten und der wirtschaftlichen Rezession in der BRD wurden die im internationalen Vergleich zu geringen Abiturientenzahlen und der fast sprichwörtliche Lehrermangel zum Hauptindiz einer völlig verfehlten Bildungspolitik und eines Bildungssystems, das nicht nur den Bedürfnissen der Bevölkerung zutiefst widersprach, sondern inzwischen selbst das Großkapital um seine langfristige internationale Konkurrenzfähigkeit fürchten ließ.

Im Gefolge dieser Diskussion hätte nach dem erklärten „Reform-Willen" der Herrschenden (Strukturplan 70, Bildungsbericht 70) eigentlich folgendes geschehen sollen: Expansion des gesamten Schulwesens, Einrichtung integrierter Gesamtschulen, rigorose Verkleinerung der Schulklassen, Ausbau der Vorschuleinrichtungen wie der Hochschulkapazitäten.

Demnach hätte der Lehrerberuf zu der wohl krisenfestesten (lohnabhängigen) Tätigkeit werden müssen, die in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem denkbar ist.

Den Reformansprüchen entgegen hat sich bis heute an der traurigen Bildungsrealität der BRD wenig geändert. Im Gegenteil: Die Politiker und Planer der herrschenden Klasse übertrumpfen sich gegenwärtig in Argumentationen, die sich gegen Reform und Ausbau des Bildungswesens richten, die das Abschreiben des Bildungsgesamtplanes rechtfertigen und den Lehrermangel zementieren sollen. Mit massenhaft verbreiteten düsteren Prognosen von der „drohenden Lehrerschwemme" und vom „Akademikerüberschuß" soll das offensichtliche Scheitern der kapitalistischen Bildungsreform vertuscht und die Festschreibung der bestehenden Mängel ideologisch abgesichert werden. Gleichzeitig dienen diese „Prognosen" als Instrument indirekter Bildungsplanung: durch Abschreckung sollen Abiturienten vom Lehrerstudium abgehalten werden.

Wenn die Finanzminister aller Länder[1] angesichts des bestehenden Lehrermangels feststellen: „Bis 1985 gibt es einen Überschuß von mindestens 195 000, möglicherweise sogar 300 000 Lehrern",[2] dann benutzen sie ein **gängiges Argumentationsschema imperialistischer Bildungspolitik.** Schon in der Weimarer Republik

1 Und nicht nur die: So prophezeit der ehemals große „Bildungsreformer" von Oertzen (SPD) ebenso die „Lehrerschwemme" wie der rheinland-pfälzische KuMi Vogel (CDU), der dabei genau die entgegengesetzte Argumentation auftischt, als die, die er noch 1973 als Mitunterzeichner des Bildungsgesamtplans vertrat.

2 Nach b:e 5/74.

und nach 1945 wurde das Gespenst vom „akademischen Proletariat" genutzt, um die Bildungsprivilegien der eigenen Klasse zu rechtfertigen und die Kapazitäten höherer Schulen und Hochschulen möglichst gering zu halten. Die „Lehrerschwemme" als Variante dieses Arguments ist selbst auch mindestens so alt wie der Lehrermangel. Die Hintergründe für das Gerede von der „Lehrerschwemme", das zeigt auch die historische Kontinuität, liegen nicht in irgendwelchen „Rechenfehlern" der Bildungsplaner, sondern im grundsätzlichen Charakter des kapitalistischen Bildungssystems.

Die Bildungspolitik des Großkapitals

Bildungskosten sind im Kapitalismus „faux frais", stellen Abzüge vom gesellschaftlich produzierten Mehrwert dar und drücken auf die Profitrate der Konzerne. Deshalb wird Lehrerarbeit als „unproduktive", d. h. dem Kapital keinen Mehrwert verschaffende Arbeit, aus dem Kalkül des Kapitals heraus nur insoweit aufgebracht, wie sie unbedingt notwendig ist zur Aufrechterhaltung der Reproduktionsbedingungen des Kapitals. In diesem Sinne wird die Qualifikation des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters nur in dem Maße gewährleistet, wie es notwendig ist zum störungsfreien Ablauf der kapitalistischen Produktion. Die Arbeitskraft wird lediglich als „Lückenbüßer" der Maschine der Struktur der objektiven Produktionsfaktoren angepaßt, wobei die qualifikationsbestimmende Maschinenstruktur schon so konzipiert ist, daß sie, ergänzt durch entsprechende arbeitsorganisatorische Maßnahmen, nur minimale Qualifikationen unbedingt erfordert.

„Für das Kapital als Käufer und Verkäufer von Arbeitskräften ist das Bildungssystem unter dem Gesichtspunkt seiner unmittelbaren Rentabilität und, allgemeiner gefaßt, auch unter dem Gesichtspunkt der Gefahr aufgebaut, die eine wirkliche Entwicklung der Kapazitäten der Arbeiter für die kapitalistische Herrschaft darstellen würde. Die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse verlangt in erster Linie den **Abbau** (herv. H. B.) des Aufwands an Bildung und Erziehung, um die Profitrate um so mehr hinauftreiben zu können. Sie setzt auch voraus, daß das Bildungssystem ein Rahmen für die Vermittlung der herrschenden Ideologie ist."[3]

Dem Interesse des Kapitals an möglichst billiger und beschränkter Qualifikation der Werktätigen diametral entgegengesetzt ist das Interesse der arbeitenden Bevölkerung, für die eine umfassende Qualifizierung entsprechend den Möglichkeiten der Produktivkraftentwicklung und eine Ausbildung, die sie die gesellschaftlichen Verhältnisse durchschauen und bewußt gestalten läßt, eine unverzichtbare Forderung darstellt.

Die spezifisch kapitalistische Antwort auf die gesellschaftlichen Bildungsprobleme kann aber weder diese Probleme lösen, noch annähernd den berechtigten Forderungen der Bevölkerung genügen. Die gegenwärtige Entwicklung stellt einen schlagenden Beweis dafür dar.

Die Widersprüche im Bildungswesen verschärfen sich

Gelder und Erwartungen in bezug auf das Bildungswesen drosseln: Dies ist, vor dem Hintergrund verstärkter Profitgier der Konzerne, der Kern der gegenwärtigen

3 Boccara u. a., Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Ffm. 1972, S. 231.

Bildungspolitik der Herrschenden. Die Reform und Expansion des Bildungswesens, vor wenigen Jahren angesichts der überdeutlichen Bildungskrise von bürgerlichen Politikern selbst zum Programm erhoben, wird nun unter dem Druck der Konzerne fallengelassen. Der im Juni 1973 verabschiedete Bildungsgesamtplan (BGP) als bisher umfassendster gesamtstaatlicher Regulierungsversuch überhaupt, muß jetzt von den bürgerlichen Politikern abgeschrieben werden, die ihn selbst unterzeichnet hatten. Beifall bekommen sie dabei von Springers „Welt", die das „Begräbnis einer Utopie" feiert.

Die „Utopie" BGP ist der Endpunkt eines Versuchs, im Rahmen dieses kapitalistischen Systems das Bildungswesen so zu gestalten, daß — ohne gesellschaftliche Besitz- und Machtstrukturen zu gefährden — die gröbsten Mängel und Ungerechtigkeiten beseitigt sind. Der Reformversuch war notwendig geworden, da die offensichtlichen Widersprüche, die zwischen grundgesetzlich verankerten Bildungsrechten und der Realität bestanden, mit Worten allein einfach nicht mehr zu verkleistern waren. Daß es nun doch bei leeren Worten geblieben ist, zeigt, daß grundlegende gesellschaftliche Reformen auch im Bildungsbereich einfach nicht möglich sind, wenn man nicht die Macht der Monopole angreift.

Hierin und nicht in irgendwelchen zufälligen Planungsfehlern, liegt die Ursache für das Scheitern eines BGP, der über bescheidene Reformansätze selbst kaum hinauskommt.

Die Realisierung des BGP wäre aber den Interessen der Bevölkerung entgegengekommen:

Nach seinen Zielsetzungen sind 1985 720 000 Lehrer notwendig (derzeit gibt es etwa 400 000); dies bei angestrebten Schüler-Lehrer-Relationen von 19 bis 23:1 im Primarbereich, 18 bis 20:1 im Sekundarbereich I und 12 bis 14:1 im Sekundarbereich II. Eine Studentenquote von 22 bis 24 Prozent des jeweiligen Altersjahrganges (1970 waren es 14 Prozent) wurden angestrebt.[5]

Dieser BGP wird von den Herrschenden jetzt zusammengestrichen, da angeblich die Zielwerte für 1985 nicht zu realisieren seien „ohne unrealistische starke Einschränkungen auf anderen Gebieten".[6]

Eine „Verlangsamung" der bildungspolitischen Schritte sei deshalb notwendig, weil man das Wohl der jungen Leute im Auge habe und „Unsicherheiten im Bedarf von Akademikern" entsprechend berücksichtigen müsse.

Verschleierung der Situation und Verfestigung der Misere

Mit dem Scheinargument von der „Akademiker- und Lehrerschwemme" soll vertuscht werden, worum es eigentlich geht:

— Es geht um das Scheitern einer dringend notwendig gewordenen Bildungsreform. Notwendig ist sie im Interesse der Bevölkerung; der Arbeiter, die besser qualifiziert werden wollen, der Kinder, die nicht weiter in überfüllten Klassen verdummen dürfen und der Lehrer, die unter den gegenwärtigen Bedingungen ihren Aufgaben gegenüber Eltern und Kindern in keiner Weise gerecht werden können.

5 Vgl. b:e 6/74.
6 NRW-FiMi Wertz (SPD) nach: Ebenda.

— Gescheitert ist diese Reform am kapitalistischen Profitsystem, an den großen Konzernen, die das für Bildung notwendige Geld in Form von Subventionen und Rüstungsausgaben verschlingen. Gescheitert ist sie an der grundsätzlichen Unfähigkeit des Systems, eine langfristige Bildungsplanung im Interesse der Bevölkerung vorzunehmen.

Mit dem Einfrieren der Reform werden die bestehenden Mängel im Bildungssystem nicht nur zementiert, sondern weiter verschärft. Die Kluft zwischen den Erfordernissen der Produktivkräfte und dem Leistungsvermögen dieses überalterten klassenmäßig strukturierten Bildungssystems wächst; es wächst auch der Widerspruch zwischen dem Interesse der Bevölkerung an umfassender Ausbildung und der immer schmaler werdenden Schmalspurausbildung an unseren Schulen, Berufsschulen und Hochschulen.

Als Begründung dienen Berechnungen, nach denen die Geburtenzahlen rapide zurückgehen und damit ab 1975 auch die Schülerzahlen (allein die Zahl der Grundschüler bis 1982 um mehr als 40 Prozent), während bei gleichbleibendem Trend die Zahl der Bewerber für Lehrämter sich fast verdoppelt. „Besorgt" müssen so die Finanzminister feststellen, „daß spätestens ab 1978 bei weitem nicht mehr alle Lehramtskandidaten auf Einstellung in den Schuldienst rechnen können".[7]

Ab 1985 finden wir — bei unverändertem Trend, also Rückgang der Schülerzahlen um 40 Prozent und Verdopplung der Lehrerzahlen — dann die kolossale „Lehrerschwemme" von 300 000 Lehrern vor.

Vorsorglich haben sich die Finanzminister dabei schon gegen mögliche Gegenargumente abgesichert: Der Versuch, „den Lehrerbedarf angebotskonform manipulieren zu wollen, etwa durch Pflichtstundenermäßigungen oder durch Senkung der Klassenfrequenzen über das im Bildungsgesamtplan vorgesehene ohnehin schon maximale Maß hinaus" ist „gesamtgesellschaftlich nicht vertretbar und würde ohnehin nicht ausreichen, um den befürchteten Lehrerüberschuß doch noch unterzubringen".[8]

Nach den Berechnungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft kann von einer prognostizierten „Lehrerschwemme" keine Rede sein, ebenso nicht von der möglichen Realisierung des BGP auf der Basis des verabschiedeten Finanzhaushaltes. Vielmehr müßten bei Durchführung nur der allerdringendsten Reformen heute bereits 710 000 Lehrer zur Verfügung stehen. Es fehlen also zum gegenwärtigen Zeitpunkt schon ca. 300 000 Lehrer. Nicht berücksichtigt ist dabei die Einführung des 10. allgemeinen Schuljahres, der dringend notwendige 2. Berufsschultag usw.

Auf welcher Grundlage basieren nun die Prognosen der Finanzminister?

Der anarchische Charakter der kapitalistischen Produktionsweise erschwert — auch im staatsmonopolistischen Kapitalismus — eine langfristige Planung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Gesichertes Zahlenmaterial — das eine politische Entscheidungsfindung legitimieren könnte — ist von den bürgerlichen Planungswissenschaften kaum zu erhalten. Auf der Basis des Informationsdefizits bürgerlicher Bildungsplanung sind die Berechnungen der Finanzminister eher ideologischer Bestandteil einer Strategie gegen die mittel- und langfristige Bindung von

7 Nach päd. extra (Magazin f. Erziehung, Wissenschaft u. Politik) 8/74, S. 8.
8 Ebenda.

Ressourcen für den Bildungssektor. Anders ist es nicht zu interpretieren, daß die Finanzstrategien „allseits gegen Rechnungen der Entwicklung des Bruttosozialprodukts bis 1985 einwenden, daß Prognosen über einen Zeitraum von 2 bis 3 Jahren kaum gegeben werden könnten, (aber) die Bevölkerungsentwicklungsvorausschau bis 1985, weil es eben ins Konzept paßt, für bare Münze genommen“[11] wird.

Aus dem profitgebundenen Erkenntnisinteresse der Minister heraus wurden bei den „Warnungen aus dem Kaffeesatz“[12] einige Entwicklungsfaktoren geflissentlich überinterpretiert, andere dagegen vollständig übersehen! Überinterpretiert wurde zum Beispiel der sogenannte „Pillenknick“, der selbst bei großzügiger Berücksichtigung des zu erwartenden Einflusses kaum derartige Auswirkungen zeitigen dürfte, wie etwa einen langfristigen Geburtenrückgang von 40 Prozent.

Nach Meinung Fristers war gegenüber den so gewonnenen Voraussagen „das Orakel von Delphi ein Präzisionsinstrument“.[13]

Die Prognosen der „Lehrerschwemme“ sind also kaum haltbar und haben lediglich die Funktion, heute Studenten vom Lehrerstudium abzuhalten und die monopolistische Bildungskonzeption zu legitimieren. Denn gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Zahlenmaterials sind z. B. in allen pädagogischen Instituten NRW Zulassungsbeschränkungen ab WS 74/75 erlassen worden.

In die gleiche Richtung wie die Versuche der Minister laufen die Untersuchungen der Bundesanstalt für Arbeit, gerade richtig für die Studienanfänger des W 74/75 herausgebracht: Die völlig überlaufenen Lehrerseminare in allen Bundesländern werden hier als abschreckende Folge der „Lehrerschwemme“ dargestellt und nicht als das, was sie eigentlich sind: Indiz einer verfehlten Bildungspolitik, Indiz zu geringer Planstellen in einem vom Lehrermangel geplagten Land. „Die Situation mutet fast grotesk an“[14], heißt es. „Die Differenz zwischen Stellenangeboten und Bewerbungsgesuchen nahm in diesem Jahr gegenüber den Vorjahren deutlich zu. Zuletzt standen 2234 Stellenangebote 4506 Bewerbungsgesuchen gegenüber.“[15] Diese Feststellung für die Gesamtheit der Hochschulabsolventen entspricht genauso der Realität wie die Beschreibung völlig überfüllter Lehrerseminare. „Grotesk“ ist daran nur, daß dem die Realität an unseren Schulen gegenübersteht: dort sind Lehrer Mangelware, fallen notwendige Schulstunden aus, dort quälen sich Schüler in überfüllte Klassen, in denen sie z. T. von Lehrern unterrichtet werden, die sich haben überreden lassen, trotz Pensionierung weiter auszuhelfen.

Die Versorgung mit Lehrern soll augenscheinlich, so E. Frister, den gleichen Gesetzmäßigkeiten unterworfen werden, „wie sie in der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für den Zyklus von Mangel und Überschuß auf den Gebieten der Schweine- und Rindfleischproduktion üblich sind“.[16]

Der Lehrermangel wird sich keineswegs in eine Lehrerschwemme umkehren. Im Gegenteil soll durch den Abschreckungseffekt des Geredes von der Lehrerschwemme“ auf potentielle Lehramtskandidaten der gegenwärtige Lehrermangel

11 Päd. ex. 8/74, S. 8.
12 Frister auf dem GEW-Bundeskongreß, nach: Erziehung u. Wissenschaft 4/74, S. 3.
13 Ebenda.
14 Analysen, Zeitschrift der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 6, Juni 74, S. 18/19.
15 Ebenda.

verewigt werden, der dann noch 1985 von den Konzernen als Argument gegen die Durchführbarkeit dringend notwendiger Reformen gebraucht wird.

„Die Ausrede: ‚Wir möchten ja gern, aber wir haben doch nicht genügend Lehrer‘, wird dann wieder allen ‚Gutwilligen‘ einleuchten.“[17]

In der Auseinandersetzung um Mangel und Schwemme von Lehrern soll von seiten der Herrschenden vertuscht werden, daß es hier ganz simpel um fehlende Planstellen, um fehlende Gelder für den Bildungsbereich geht.

Demokratische Sofortforderungen aufstellen

Das „Problem der Lehrerschwemme“ ist also ein Problem gesellschaftlicher Prioritätensetzung und kein Problem der Regelung von Hochschulzugängen.

Lösungsmöglichkeiten für diese Frage finden sich deshalb auch nicht im individuellen Bereich irgendwelcher Lehramtskandidaten, die sich durch die „Besorgnis“ ihrer Landesväter genötigt sehen, Abstand vom Lehrerberuf zu nehmen und nun bei Post, Bahn oder Finanzamt anzufangen versuchen – wenn sie überhaupt noch einen Job bekommen.

Die Entscheidung darüber, ob wir mehr Lehrer ausbilden als bisher, ob die Zielwerte des BGP zumindest realisiert werden, ist vielmehr nur im kontinuierlichen politischen Kampf für die Bereitstellung der finanziellen Mittel zur Einstellung aller Hochschulabsolventen zu fällen. Und diese Frage der finanziellen Mittel ist nur im Kampf gegen das Großkapital zu lösen.

Die Bedingungen dafür sind nicht schlecht: Bei immer größeren Kreisen der Bevölkerung wächst die Erkenntnis, daß auch in der Bildungspolitik das Großkapital die Wurzel allen Übels ist. „Die meisten Lehrer und Eltern haben sicher einmal gemeint, große Lerngruppen, hohe Klassenfrequenzen also, könne eigentlich keiner wollen. Inzwischen wissen viele: Das hat System. Denn – wider besseres Wissen und Können der Lehrer – zum Stillsitzen und Gehorchen erzogene Kinder verlernen schneller das Fragen, auch das Fragen nach Tatsachen, Zusammenhängen und Interessen in der Gesellschaft. Hohe Klassenfrequenzen und wirklichkeitsferne Lerninhalte haben etwas mit der uralten Herrschaftsweisheit zu tun: Laßt die Kinder nicht auf dumme Gedanken kommen – es könnten die **richtigen** sein.“[18]

Die Zuspitzung der Widersprüche auch im Bildungsbereich als Folge der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Krise des Systems vergrößert die Möglichkeiten für breite antimonopolistische Bündnisse zur Durchsetzung bildungspolitischer Forderungen. Um zu verhindern, daß durch das Gerede von der Lehrerschwemme die tatsächlichen Probleme verschleiert werden und die Proteste und Aktionen einzelner Gruppen (wie der Studenten) ins Leere laufen, „muß der subjektive Faktor positiv beeinflußt werden durch diejenigen, die den Weg der gesellschaftlichen Entwicklung kennen“.[19] D. h., dem Gerede von der „Lehrerschwemme“ müssen demokratische Sofortforderungen entgegengestellt werden, die angeben, wie der Lehrermangel wirksam zu bekämpfen ist und woher das

16 Nach: Frankfurter Rundschau, 2. 7. 74.
17 B:e 3/74, S. 39.
18 C.-H. Ewers, „Strategisches Lernen in der Gesamtschule“, Hrg. H-G. Rolff u. a. Hamburg 74, S. 15.
19 2. Bundesvorstandstagung des MSB Spartakus, Juni 74, Dokumentation rb 19, S. 5.

Geld kommen soll, von dem die neuen Planstellen zu bezahlen sind. Dem Zahlenspiel der Herrschenden ist klipp und klar als Kernaussage gegenüberzustellen, daß man den Mangel im Bildungswesen beheben und die nötigen Reformen realisieren kann, wenn man das Geld von den Monopolen nimmt.

Die DKP als konsequenteste Vertreterin der Interessen der arbeitenden Bevölkerung hat demokratische Forderungen aufgestellt, die angeben, wie die bestehenden Probleme zu lösen sind. In dem Sofortvorschlag der DKP für bessere Kindergärten und Schulen heißt es:

„Notwendig ist eine Wende auch in der Bildungspolitik. Die brennenden Fragen der arbeitenden Menschen können und dürfen nicht länger unter dem Vorwand angeblicher Finanzknappheit beiseite geschoben werden. Es kommt jetzt darauf an, daß die demokratischen Kräfte die verbesserten Möglichkeiten für die Durchsetzung ihrer Forderungen erkennen und nutzen. Die Entspannung erleichtert die Freisetzung von Rüstungsausgaben für die Bildung. Die Forderungen der arbeitenden Menschen an die Großunternehmer und die Regierung wachsen an. Wenn es jetzt gelingt, die Kräfte für die Lösung von Hauptaufgaben zu konzentrieren, sind Erfolge möglich ... Zum guten Lernen gehören gute Lernbedingungen. Deshalb Schluß mit der Überfüllung der Klassen. Mehr Lehrer müssen her, auch für die Durchsetzung demokratischer Reformen im Bildungswesen. Es ist jetzt vordringlich durchzusetzen:

- Keine Klasse größer als 25 Schüler bei vollem Unterricht durch Fachlehrer;
- Feststellung des tatsächlichen Lehrerbedarfs auf dieser Grundlage sowie entsprechend dem vollen Unterricht für Kinder ausländischer Arbeiter, den Hausaufgabennachmittagen, dem Übergang zum allgemeinen 10. Schuljahr, zu Ganztagsschulen und zu regelmäßiger Weiterbildung.
- Einstellung aller ausgebildeten Lehrer und Erzieher."[20]

20 Nach: UZ, 9. 7. 74.

rote blätter **Erscheint vierwöchentlich, Preis 1,– DM**

Organ des Bundesvorstandes des MSB SPARTAKUS
SPARTAKUS-Politik aus erster Hand

Information – Dokumentation – Argumentation – Theorie

An allen SPARTAKUS-Büchertischen oder direkt bestellen bei:
Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS, 53 Bonn, Sternenburgstraße 73

☐ Hiermit bestelle ich ..... Expl. von rote blätter Nr. .....
☐ Hiermit abonniere ich ..... Expl. rote blätter ab Nr. .....

Name..... Anschrift.....

Unterschrift.....

Wolfgang Bartels

Für eine Berufsausbildung im Interesse der Arbeiterjugend

I.

Die Berufsausbildung in Betrieben und Verwaltungen ist für ca. 80 Prozent der Bevölkerung die Hauptform der beruflichen Qualifizierung. In der Bundesrepublik gibt es etwa 1,3 Millionen Lehrlinge, deren Lehrzeit drei bis vier Jahre beträgt[1], und etwa 50 000 Anlernlinge, die ein bis zwei Jahre „angelernt" werden.[2] Darüber hinaus gibt es über 300 000 ungelernte, berufsschulpflichtige Jugendliche[3], die ohne jede Berufsausbildung ins Berufsleben gehen.

Der bei weitem größte Teil der schulentlassenen Jugendlichen findet keinen Ausbildungsplatz, der auf eine sichere berufliche Perspektive vorbereitet, soweit dies in der kapitalistischen Krisengesellschaft überhaupt möglich ist. Im Jahre 1972 waren nur etwa 14 Prozent der Lehrlinge in Großbetrieben beschäftigt, also in Bereichen, die wenigstens die technischen und materiellen Voraussetzungen für eine relativ qualifizierte Ausbildung zur Verfügung haben. Etwa 45 Prozent der Lehrstellen waren im Handwerk zu finden und etwa 41 Prozent im privaten Dienstleistungsgewerbe und in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen.[4]

Die in Großbetrieben ausgebildete Minderheit der Lehrlinge erhält eine den Umständen entsprechende bessere fachliche Ausbildung und ist nicht in erster Linie billiger Hilfsarbeiter. Jedoch auch die Ausbildung in Großkonzernen weist grundlegende Mängel auf, da sie nur auf die Verwertungsinteressen des Kapitals, nicht aber auf die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit abgestimmt ist. Den Konzernen geht es vor allem darum, „integrationsfähigen" Nachwuchs für ihre Stammbelegschaft heranzuzüchten. Zu diesem Zwecke werden die Lehrlinge „auf die besonderen betrieblichen Belange getrimmt".[5] Gleichzeitig bemühen sich die Konzerne, den Einfluß der Gewerkschaften und Arbeiterjugendorganisationen abzublocken, indem sie die Lehrlinge zu „konzernverbundenen Mitarbeitern" erziehen wollen. Die Konzerne sind in der Lage, aus einer großen Zahl von Bewerbern die ihnen am geeignetsten erscheinenden Lehrlinge herauszufiltern. Oft ist die Zahl der Bewerber drei- bis viermal so groß wie die Zahl der zur Verfügung stehenden Lehrstellen in den Großbetrieben. Darüber hinaus ist zur Zeit bei der Ausbildung in den Großbetrieben eine rückläufige Tendenz festzustellen, während im Handwerk 1973 ein um 7,5 Prozent größeres Ausbildungsplatzangebot als im Vorjahr zu verzeichnen war.[6]

1 „Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen", Bonn, Beilage zu Heft 3/1974.
2 „Bildungsbericht 70", Bonn, Sonderdruck, S. 60.
3 Vgl. hierzu: „Zur Situation der Jungarbeiter", zusammengestellt von der Abteilung Jugend des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg, 15. 8. 1973.
4 „Probleme der beruflichen Bildung" – Ergebnisse der Bundesarbeitstagung der Gewerkschaftsjugend im März 1973 in Solingen, DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend, S. 3.
5 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. 10. 1973.
6 „nachrichten", Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn, Nr. 16/74, 11. 7. 1974, S. 1.

Im verstärkten Maße ist eine fehlgeleitete berufliche Qualifizierung zu beobachten. Ein großer Teil der Lehrlinge, die in Handwerksbetrieben und -berufen ausgebildet werden, findet nach der Lehre weder im ausbildenden Betrieb noch im erlernten Beruf einen Arbeitsplatz, weil er während der Lehrzeit vorwiegend als billige Arbeitskraft mißbraucht wurde und dann, wenn er Anspruch auf volle Bezahlung hat, eben durch neue Lehrlinge ersetzt wird. Ein wachsender Teil der jungen Gesellen, Facharbeiter und Angestellten ist gezwungen, noch einmal neu mit einer beruflichen Qualifizierung zu beginnen oder als Hilfsarbeiter bzw. Anlernling in die Industrie zu gehen. Den Konzernen sind solche, mit bestimmten Grundfertigkeiten vertraute, obrigkeitshörige und wenig von den Gewerkschaften beeinflußte Hilfskräfte willkommen, ja sie legen es durch die Knapphaltung ihrer eigenen Lehrplätze geradezu darauf an, das Handwerk als Hilfsarbeiter-Reservoir für die Großindustrie zu nutzen. Eine jüngste Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit hat ergeben, daß nur die Hälfte aller Männer, die eine betriebliche Berufsausbildung haben, nach Abschluß ihrer Ausbildung länger als ein Jahr in ihrem Ausbildungsbetrieb verbleiben kann. Im Handwerk sind es zwei Drittel, die ihren Betrieb innerhalb des ersten Jahres nach der Prüfung verlassen müssen.[7]

Zur Misere in der Berufsausbildung tragen Zersplitterung der Lehrberufe und veraltete Ausbildungsverordnungen bei. Nach Angaben der Bundesregierung stammten im Jahre 1971 mehr als die Hälfte der 535 anerkannten Lehrberufe aus der Zeit von vor dreißig Jahren. Für sieben der dreißig am stärksten besetzten Berufe, darunter Berufe wie Maschinenschlosser, Werkzeugmacher, Schlosser und Feinmechaniker, wurden die heute noch gültigen Ausbildungsordnungen in den Jahren 1936 bis 1940 erlassen.[8]

Gesetzliche Grundlage für die betriebliche Berufsausbildung ist das Berufsbildungsgesetz aus dem Jahre 1969.[9] Obwohl ein solches Gesetz von der Arbeiterbewegung jahrzehntelang gefordert worden war, stieß das Bonner Berufsbildungsgesetz auf den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften und Arbeiterjugendorganisationen, weil mit diesem Gesetz die bestehenden Mißstände festgeschrieben wurden. Auf einer Protestkundgebung mit über 10 000 Lehrlingen erklärte damals Georg Benz vom Hauptvorstand der IG Metall: „Dieses Gesetz ist schlechter als gar keines."[10] Mit diesem Gesetz wurde die Unternehmerallmacht in der betrieblichen Berufsausbildung verankert. Die Durchführung der betrieblichen Berufsausbildung obliegt Unternehmereinrichtungen, den sogenannten „Kammern". Mit Hilfe dieser Kammern herrschen die Unternehmer in allen Fragen der betrieblichen Berufsausbildung und haben entscheidenden Einfluß auch in der schulischen Berufsausbildung, die formal dem Staat obliegt. Die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften haben im Berufsbildungsgesetz von 1969 nicht einmal ansatzweise Niederschlag gefunden.

7 Presseinformation der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, Nr. 24/74, 26. 4. 1974.
8 „Ordnung der Ausbildungsberufe" — Planungsdaten, Prioritäten, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, November 1971.
9 Berufsbildungsgesetz, Bundesgesetzblatt I, Bonn, 14. 8. 1969, S. 1112.
10 „NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik", Frankfurt, Nr. 7/1969, S. 17.

Der schulische Teil der Berufsausbildung, der Berufsschulunterricht, ist mehr oder weniger ein Anhängsel der betrieblichen Berufsausbildung. Schon von daher ist der Begriff „duales System", mit dem die Unternehmer ihr System der Berufsausbildung gern verbrämen, nicht im mindesten gerechtfertigt. 47 Prozent aller Berufsschüler müssen sich mit wöchentlich fünf bis sieben Stunden Unterricht zufriedengeben.[11] Allein um nur den gesetzlich vorgeschriebenen Berufsschulunterricht von acht bis neun Stunden geben zu können, fehlen in der Bundesrepublik 15 000 Berufsschullehrer. Der Berufsschulunterricht läuft völlig isoliert und unkoordiniert neben der betrieblichen Ausbildung her. Für den Lehrling besteht oftmals kein sichtbarer Zusammenhang. So wie die Arbeiterorganisationen von der Mitbestimmung in den Fragen der betrieblichen Ausbildung ausgeschlossen sind, genauso wenig Einfluß haben sie auf die schulische Berufsausbildung. Die Kammern dagegen, die das Prüfungswesen in der Hand haben, besitzen entscheidende Einflüsse auf die Berufsschule, die über von den Unternehmerverbänden eingerichtete „Arbeitskreise Schule/Wirtschaft" noch verstärkt werden.[12]

Die Misere in der Berufsausbildung wird deutlich, wenn man die zahlreichen wissenschaftlichen Untersuchungen, die in den letzten Jahren zur Situation der Berufsausbildung erstellt wurden, zur Hand nimmt. So ist dort zu erfahren, daß zwischen dem völlig ungenügenden Berufsbildungsgesetz und der Wirklichkeit auch noch eine große Lücke klafft. Weniger als die Hälfte der Lehrlinge hatte den für ihren Beruf vorgeschriebenen Ausbildungsplan. Drei Viertel bis die Hälfte aller Lehrlinge erhalten im Lehrbetrieb keinen theoretischen Unterricht. Nur ein Drittel erhält einen Teil seiner Ausbildung in besonderen Einrichtungen des Betriebes, beispielsweise Lehrecken und Lehrwerkstätten. Nur die Hälfte der Auszubildenden wird von einem hauptamtlich für die Ausbildung zuständigen Ausbilder betreut. Mehr als ein Drittel macht regelmäßig gesetzlich verbotene Überstunden. Fast ein Fünftel der Lehrlinge wurde ein- oder mehrmals gezwungen, aufgrund betrieblicher Umstände den Berufsschulunterricht zu versäumen. Die Hälfte aller Lehrlinge wird zu ausbildungsfremden Hilfs- und Nebenarbeiten herangezogen. Als Vertretung bei Urlaub und Krankheit wird für mehr als die Hälfte der Lehrlinge eine vollwertige Arbeitskraft eingesetzt.[13]

II.

Den skandalösen Zuständen in der Berufsausbildung hat die Arbeiterjugend schon seit langem den Kampf angesagt. Mit zahlreichen Aktionen während der letzten Jahre haben Gewerkschaftsjugend, SDAJ und andere Arbeiterjugendverbände ihre Alternativen zum Ausdruck gebracht und eine breite Bewegung für bessere Bildung und Berufsausbildung initiiert. Angesichts der sich immer mehr zuspitzenden Widersprüche zwischen wissenschaftlich-technischer Entwicklung und unzureichendem Bildungssystem, angesichts des Beispiels der sozialistischen Länder

11 „Solidarität — Monatszeitschrift für gewerkschaftliche Jugendarbeit", Nr. 6/1974, S. 4 ff.
12 Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 1973, Köln, S. 103.
13 Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Bundestages, Ausgabe: Tagesdienst 733, 14. 11. 1973.

mit ihren zukunftsweisenden Bildungssystemen, angesichts sich verschärfender Angriffe der Herrschenden auf die Grundrechte der Jugend, sind Fragen der Bildung und Berufsausbildung brennend aktuell.

Die Aktionen für bessere Bildung und Berufsausbildung führten in der Arbeiterjugend zu grundsätzlichen Überlegungen über die zu fordernden Alternativen zur kapitalistischen Bildungspolitik. Es dauerte einige Jahre, bis sich in der Gewerkschaftsjugend einheitliche Auffassungen über ein künftiges demokratisches Bildungssystem unter Einschluß der Berufsausbildung durchsetzten. Dieser Willensbildungsprozeß hat mit der Bundesarbeitstagung der Gewerkschaftsjugend am 10./11. März 1973 in Solingen einen vorläufigen Abschluß gefunden.[14] Mit ihrer „Schwerpunktaktion Berufsbildung" ist nun die Gewerkschaftsjugend dabei, die Beschlüsse dieser Tagung in die Tat umzusetzen.[15]

Die Grundzüge der Vorstellungen der Gewerkschaftsjugend für eine bessere Berufsbildung, die sich weitgehend mit den DGB-Vorstellungen decken, lassen sich so zusammenfassen: Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung (auch die betriebliche Berufsausbildung soll in ein einheitliches Bildungssystem eingegliedert werden); Mitbestimmung der Gewerkschaften in allen Fragen; Orientierung der Bildungsinhalte an den Interessen der Lohnabhängigen; Finanzierung der Bildungsreform durch die Unternehmer und durch die öffentliche Hand zu Lasten des Rüstungsetats.

Die Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung soll auf der Grundlage der Gleichheit der Bildungschancen und der Demokratisierung des Bildungswesens dazu beitragen, die traditionelle Unterscheidung und Diskriminierung der beruflichen Bildung zu überwinden. Bereits in der Sekundarstufe I (5. bis 10. Schuljahr) soll eine „vorberufliche Bildung" vermittelt werden. Daran anschließen soll sich als 11. Schuljahr und damit erstes Jahr der Sekundarstufe II ein Berufsgrundbildungsjahr, in dem die fachbezogene Bildung gegenüber dem allgemeinpolitischen Teil nicht überwiegen darf. Dieses Jahr soll keinen berufsqualifizierenden Abschluß haben, sondern Grundlage für alle weiteren Bildungswege sein, die durchgängig sind und den Weg zum Studium öffnen. Zu diesem Zweck muß der schulische Bereich der Berufsausbildung ausgebaut und der betriebliche Bereich der Herrschaftsgewalt der Unternehmer entzogen werden.

Die SDAJ läßt sich in ihren bildungspolitischen Vorstellungen von den „Fünf Grundrechten der Jugend" leiten, beschlossen vom III. Bundeskongreß der SDAJ 1972.[16] Dort wird das Grundrecht der Jugend auf demokratische und fortschrittliche Bildung und Berufsausbildung formuliert: „Die Jugend will wissen, wie sie ihre Zukunft bewußt gestalten kann. Hierzu benötigt sie, wie alle arbeitenden Menschen, eine Bildung und Ausbildung, die 1. zunehmend von ihren Bedürfnissen bestimmt ist, 2. sie in die Lage versetzt, die moderne Wissenschaft und Technik immer besser zu beherrschen und 3. ihr durch wachsende Einsicht in die gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze immer mehr Möglichkeiten gibt, ihre Interessen in Betrieb, Staat und Gesellschaft durchzusetzen." Der IV. Bundeskongreß der

14 „Probleme der beruflichen Bildung", a. a. O.
15 „Solidarität", a. a. O., Nr. 5/1974, S. 5 ff.
16 „Fünf Grundrechte der Jugend", beschlossen vom III. Bundeskongreß der SDAJ, 31. 3. bis 2. 4. 1972 in Stuttgart, SDAJ-Bundesvorstand, Dortmund.

SDAJ, der im Mai 1974 in Hannover tagte, hat den Kampf um die Verabschiedung eines fortschrittlichen und demokratischen Berufsbildungsgesetzes, in dem wissenschaftliche Bildungsinhalte, Mitbestimmung der arbeitenden Menschen und ihrer Organisationen sowie Finanzierung durch die Unternehmer und aus dem Rüstungsetat verankert sind, als Schwerpunkt für die nächste Zeit festgelegt.[17] In ihren Vorstellungen zu Bildung und Berufsausbildung läßt sich die SDAJ von folgenden Prinzipien leiten:

- Allseitigkeit: Bildung muß der Entwicklung allseitig entwickelter Persönlichkeiten dienen.
- Einheitlichkeit: Ein einheitliches, polytechnisches Bildungssystem ist erforderlich, das vom Kindergarten und der Vorschule über die einheitlich gestaltete demokratische Gesamtschule unter Einschluß der Berufsschulen, über die Berufsbildung und Fachschulen bis zur Universität eine fest verzahnte Einheit bildet. Es darf weder Sackgassen noch verschiedenwertige Bildungsgänge geben.
- Wissenschaftlichkeit und Weltlichkeit: Auf wissenschaftlicher Grundlage und mit wissenschaftlichen Methoden sind demokratische Lehrinhalte zu vermitteln, die die Lernenden befähigen, gesellschaftliche, wirtschaftliche, technische und naturwissenschaftliche Prozesse in ihren Gesetzmäßigkeiten richtig zu erfassen und ihr Leben nach den erkannten Realitäten zu gestalten.
- Unentgeltlichkeit: Bildung ist für den Lernenden kostenlos. Die Kosten der Bildung sind durch den Staat aufzubringen. Die finanziellen Mittel sind erheblich zu erweitern durch Kürzung des Rüstungsetats und – insbesondere für die Berufsausbildung – durch eine Ausbildungsabgabe der Großkonzerne.
- Öffentliche Verantwortung: Bildung ist eine Aufgabe, für deren Erfüllung der Staat verantwortlich ist. Die Bildung ist – auch dort, wo sie im Betrieb stattfindet – freizuhalten von Unternehmerinteressen und nach demokratischen Prinzipien zu gestalten.
- Demokratie und Mitbestimmung: Demokratische Lehrinhalte und demokratischer Aufbau des Bildungssystems gehören zusammen. Die Mitbestimmung der Lehrenden und Lernenden in allen Fragen ist unverzichtbarer Bestandteil eines demokratischen Bildungssystems.

Diesen Prinzipien muß nach den Vorstellungen der SDAJ ein demokratisches Berufsbildungsgesetz im Interesse der Arbeiterjugend verpflichtet sein.[18]

III.

Eine Orientierung der Berufsausbildung auf die Erfordernisse der Zukunft, die es den Arbeitern und Angestellten ermöglicht, sich den von ihnen veränderten Produktionsbedingungen und neuen Qualifikationsanforderungen rasch anzupassen, setzt die Planung der Wirtschaft und der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung im Interesse und durch die Arbeiterklasse voraus. Der Übergang zu einer neuen

17 „Im einheitlichen Handeln die Grundrechte der Jugend erringen", Tätigkeitsbericht an den IV. Bundeskongreß der SDAJ, Referent: Wolfgang Gehrcke, 18./19. Mai in Hannover, Konferenzmaterial.
18 „Zur aktuellen Diskussion über ein neues Berufsbildungsgesetz", SDAJ-Bundesvorstand, Dortmund.

Gesellschaftsordnung, dem Sozialismus, wird unumgänglich möglich und notwendig.

Vor diesem objektiven Gang der Entwicklung haben die Unternehmer Angst. Mußten sie schon ihre jahrzehntelang rezitierte Losung „Keine Experimente in der Berufsausbildung" aufgeben, wehren sie sich heute mit Händen und Füßen gegen alle systemverändernden Vorstellungen. Unternehmer-Sprecher Wolff von Amerongen äußerte öffentlich die Befürchtung, daß „das radikal umgestaltete Bildungswesen zum Instrument der Gesellschaftsveränderung gemacht werden"[19] soll. Ein anderer Unternehmersprecher, Handwerkspräsident Wild, stellte klar: „Eine Bildungsreform, die auf die Leistungsfähigkeit und den Bedarf der Wirtschaft keine Rücksicht nimmt, muß auf die Dauer alle weiteren Reformen in Frage stellen.[20] Und der ehemalige Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Friedrich, erklärte: „Wir wenden uns gegen jede Reformabsichten auf dem Gebiet der Berufsausbildung, die auf Systemveränderung hinauslaufen."[21] Gleichzeitig bemühen sich die Unternehmerverbände jedoch, in der Öffentlichkeit den Eindruck der Reformfreundlichkeit zu erwecken. Das fällt ihnen gar nicht einmal schwer, denn angesichts der wissenschaftlich-technischen Entwicklung sind selbst die Unternehmer heute nicht mehr zufrieden mit einer veralteten Berufsausbildung. Es gibt jedoch noch weitere tiefere Ursachen, die heute sogar die Unternehmer von „Reformen" in der Berufsausbildung reden lassen: Zum einen ihre Versuche, die Arbeiterjugend besser in den Griff zu bekommen und in das kapitalistische System einzugliedern, aber auch die Angst, durch unzureichend ausgebildete Arbeitskräfte Nachteile im internationalen Konkurrenzkampf hinnehmen zu müssen. Die Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus und die Ausstrahlungskraft der Berufsausbildung in der DDR und anderen sozialistischen Staaten sind, neben den anwachsenden Aktivitäten der Arbeiterjugend im eigenen Land, weitere Momente, die die Unternehmer bewältigen wollen. Die Unternehmer sind gezwungen, nach neuen Methoden zu suchen, um das alte Ziel, höchstmöglichen Profit, zu erreichen. Dabei sind die technokratischen Reformvorstellungen der Unternehmer natürlich äußerst eng durch die notwendige Sicherung ihres Herrschaftssystems begrenzt. Von diesen Anforderungen der Unternehmer ist schon das seit 1969 geltende Berufsbildungsgesetz geprägt, auf dessen Grundlage einige neue Ausbildungsordnungen und Stufenbildungspläne erlassen wurden.

Dabei kommt es den Unternehmern aber nicht nur auf eine bessere fachliche Qualifizierung wenigstens bei einem Teil der Arbeiterjugend an. Der oben schon zitierte BDA-Präsident Friedrich stellte an gleicher Stelle fest, daß es einem Teil der Jugend an „Leistungswillen, Integrationsfähigkeit und Lebenstüchtigkeit" mangele. Er erklärte: „Wir sind in den Betrieben bereit, so gut wie eben möglich die Irrläufer falscher gesellschaftlicher Vorstellungen in das Arbeits- und Leistungsgefüge zu integrieren."[22] Der „moderne" Facharbeiter soll also nicht nur

19 „Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft", Kongreßbericht, München, 20./21. Januar 1972, Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung, Bonn, S. 58 ff.
20 Ebenda, S. 57.
21 Ebenda, S. 30.
22 Ebenda, S. 30.

seine Arbeit gut verrichten können, sondern auch noch die „richtige" (d. h. Unternehmer-)Ideologie im Kopf haben. Diese Ideologie heißt „Leistungswillen" im Interesse des Profits, „Integrationsfähigkeit" zur Festigung des Systems, „Lebenstüchtigkeit" als Ausbeutungsobjekt der Monopole.

Bei der Bewältigung der skizzierten Probleme treten zwischen verschiedenen Teilen der herrschenden Klasse durchaus Widersprüche auf, die für den Kampf der demokratischen Kräfte nutzbar zu machen sind. So läßt sich ein Teil der Herrschenden von den längerfristigen Anforderungen der Systemsicherung leiten und ist bereit, kurzfristige Profiterwartungen aufzuschieben und den kapitalistischen Staat mehr für solche Aufgaben heranzuziehen, die einerseits wachsende Kosten mit sich bringen, andererseits aber im kapitalistischen Gesamtinteresse unumgänglich sind. Andere Teile der Herrschenden lassen sich mehr von augenblicklichen Profiterwartungen leiten, lehnen jedes staatliche Eingreifen in die betriebliche Berufsausbildung ab und wollen den direkten Unternehmereinfluß sogar noch verstärken. Auf diesem Hintergrund sind die unterschiedlichen Vorstellungen zur Berufsausbildung von SPD, Bundesregierung und führenden Monopolen auf der einen Seite, CDU/CSU und großen Teilen der reaktionären Unternehmerverbände auf der anderen Seite zu verstehen. Einig sind sie sich jedoch alle in den grundsätzlichen Fragen der Erhaltung und Absicherung des kapitalistischen Systems und der Abwehr der Arbeiterforderungen.

IV.

Um den langfristigen Anforderungen der Monopole gerecht zu werden, hat die Bundesregierung am 15. November 1973 ihre „Markierungspunkte" zur Reform der beruflichen Bildung verabschiedet. Gleichzeitig wurde jedoch erklärt, daß nicht beabsichtigt sei, die berufliche Bildung „von heute auf morgen" zu erneuern. Diese Erneuerung müsse mit „Realismus und in zeitlichen Stufen" angegangen werden. So werden für die Verwirklichung einschneidender Maßnahmen Zeiträume bis 1985 und darüber hinaus anvisiert.[23]

Zu messen sind die Markierungspunkte an den Forderungen der Gewerkschaften und Arbeiterjugendverbände, die ja gerade in der Frage der Berufsausbildung eine große Einmütigkeit gefunden haben. Mit diesen grundsätzlichen Forderungen stimmen die Markierungspunkte nicht überein. Ist auch hier und da einmal ein begrüßenswerter Ansatz enthalten, so geht auch dieser nicht über Unverbindlichkeiten hinaus. Offensichtlich sind an den Markierungspunkten aufgrund massiver Einflußnahme der Unternehmerverbände noch vor der Verabschiedung durch die Bundesregierung entscheidende Veränderungen zugunsten der Monopole vorgenommen worden. So kam der Bundesverband der Deutschen Industrie zu der Feststellung, daß die verabschiedeten Markierungspunkte im Vergleich zu den ersten Entwürfen „Verbesserungen in einigen für die Industrie wesentlichen Punkten" enthalten.[24]

Die Markierungspunkte beabsichtigen keineswegs, den Unternehmerkammern jede Zuständigkeit auf dem Gebiete der beruflichen Bildung zu entziehen. Ganz im

23 „Grundsätze zur Neuordnung der beruflichen Bildung (Markierungspunkte)", Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn, folgende Zitate aus dieser Quelle.
24 Frankfurter Rundschau, 20. 11. 1973.

Gegenteil. Gleich an mehreren Stellen wird erklärt, der „Sachverstand und die Praxisnähe" der Unternehmer seien weiterhin zu nutzen und das „Engagement der Wirtschaft soll optimal gefördert werden". Dafür fällt das Wort „Gewerkschaft" in den Markierungspunkten nicht ein einziges Mal. Die Kammern der Unternehmer sollen weiterhin für eine Reihe wichtiger Fragen zuständig bleiben, u. a. für die „Mitwirkung" bei der Zulassung von Ausbildungsstätten, für die Führung des Verzeichnisses der Ausbildungsverhältnisse, für die Geschäftsführung der Prüfungsausschüsse und einiges mehr. Es wird jedoch beabsichtigt, bestimmte Zuständigkeiten und Kontrollrechte mehr in die Hände des kapitalistischen Staates zu legen, ohne den Gewerkschaften wirksame Mitbestimmungsrechte einzuräumen.

Als Ziele der Berufsausbildung nennt die Bundesregierung, dem einzelnen eine „bessere Einfügung in den wirtschaftlichen Prozeß" zu ermöglichen und ihm die Chance zu eröffnen, „den Leistungsanforderungen der modernen Industriegesellschaft gerecht zu werden". Weiterhin sollen also die Bildungs- und Ausbildungsinteressen der Jugendlichen den Kapitalverwertungs- und Profitinteressen der Monopole untergeordnet bleiben.

Die Frage der Finanzierung der Berufsausbildung lassen die Markierungspunkte offen. Inzwischen wurde jedoch der Bericht einer von der Bundesregierung eingesetzten Sachverständigenkommission zur Finanzierung der beruflichen Bildung vorgelegt, der empfiehlt, daß die Unternehmer Abgaben in einen Fonds zu errichten haben, aus dem die berufliche Bildung finanziert wird.[25] Zur Zeit ist eine heftige Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Teilen der Bourgeoisie um die Form dieses Fonds entbrannt. Unternehmerverbände wie CDU/CSU lehnen einen zentralen Fonds für alle wirtschaftlichen Bereiche ab und fordern für die von ihnen angestrebte Zersplitterung des Fonds die „Selbstverwaltung der Wirtschaft". Die Bundesregierung und weitsichtigere Teile der Bourgeoisie lehnen eine Zentralisierung des Fonds nicht ab, wollen jedoch auf jeden Fall die Gewerkschaften von einer wirksamen Mitbestimmung über die Verwendung des Fonds abhalten, streben also eine technokratische Lösung im Interesse der Erhaltung des Unternehmereinflusses an.

Verbalen Erklärungen in den Markierungspunkten, die „Mitwirkung und Mitbestimmung der beteiligten Gruppen gesetzlich sicherzustellen", folgen keinerlei konkrete Aussagen, wie die Mitbestimmung der Gewerkschaften und Arbeiterjugendorganisationen aussehen soll. Aufschlußreich ist es auch, welche Aufgabe die Bundesregierung der von ihr angestrebten Schein-Mitbestimmung zuweist: Durch die Mitwirkung und „Mitbestimmung" der Beteiligten „sollen die Erfahrungen und Interessen der in der Wirtschaft Tätigen für das staatliche Handeln nutzbar gemacht werden".

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Markierungspunkte begannen die Unternehmerverbände eine massive Kampagne gegen jede tiefergehende Veränderung in der Berufsausbildung. Offensichtlich fürchteten sich die Unternehmer vor der in Gang kommenden öffentlichen Diskussion und der wachsenden Resonanz

25 „nachrichten", Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn, Nr. 5/74, 7. 3. 1974, S. 1.

der Arbeiterforderungen. Zudem kamen jetzt die Widersprüche zwischen den kurzfristigen Profitinteressen der Einzelkapitale und dem langfristigen Interesse des Gesamtkapitals an der Systemabsicherung zum Ausdruck. Bereits im September 1973 drohte der Spitzen-Unternehmerverband „Deutscher Industrie- und Handelstag", daß bei weiteren Forderungen nach besserer Berufsausbildung „die Ausbildungsmüdigkeit in den Betrieben anwachse".[26] Als im Februar 1974 der Bundeswissenschaftsminister auf der Grundlage der Markierungspunkte einen Vorentwurf für ein neues Berufsbildungsgesetz vorlegte,[27] erklärte DIHT-Präsident Wolff von Amerongen: „Die Wirtschaft kann – sollte dieser Gesetzentwurf realisiert werden – keine Verantwortung mehr für die Ausbildung der Jugendlichen übernehmen."[28] Die Unternehmer schickten eine Fachzeitschrift, das „Drogistenfachblatt", vor, das einen offenen Aufruf zu einem „Ausbildungsstreik" veröffentlichte.[29] Die CDU/CSU ließ durch ihren Berufsbildungssprecher, Dr. Georg Gölter, erklären: „Der Gesetzentwurf im Papierkorb – dies würde der immer mehr um sich greifenden Ausbildungsverdrossenheit entgegenwirken."[30]

Und die Zahl der Ausbildungsplätze geht tatsächlich zurück – ein Trend, der schon seit etlichen Jahren zu verzeichnen ist. Die Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichte im Februar 1974 Zahlen, nach denen der Index der Angebote an Berufsausbildungsstellen von 100 im Jahre 1960/61 auf 58,6 im Jahre 1972/73 zurückgegangen sei. So hätten im Jahr 1971/72 noch 492 000 Lehrstellen zur Verfügung gestanden, während es ein Jahr später nur noch 371 400 gewesen seien. Die Bundesanstalt erklärte, das starke Absinken werde weiter anhalten.[31]

Die Folge dieser Entwicklung, die die Unternehmer jetzt auch noch zu Erpressungsversuchen mißbrauchen wollen: Immer mehr junge Menschen sind gezwungen, mit schlechten Ausbildungsplätzen vorliebzunehmen – falls sie überhaupt einen Platz erhalten. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, kündigte bereits Jugendarbeitslosigkeit an, da in den nächsten Jahren geburtenstarke Jahrgänge ins Berufsleben drängen.[32] Zusätzlich verschärft wird die Lage durch den Numerus clausus an den Universitäten, da nun Abiturienten in die Lehrberufe drängen und durch ihre bessere Vorbildung gerade bei den qualifiziertesten Lehrplätzen im Vorteil sind. Die Herrschenden rechnen damit, nun Arbeiterjugend und Studenten gegeneinander ausspielen zu können, um den gemeinsamen Kampf von Arbeiterjugend, Schülern und Studenten für bessere Bildung und Berufsausbildung zu verhindern.

Aufschlußreich ist das Verhalten der Bundesregierung angesichts des Lehrstellenboykotts der Unternehmer. Der damalige Bildungsminister Dohnanyi hatte im März 1974 eine Aussprache mit dem BDA-Präsidenten und einflußreichen Sprecher der Großindustrie, Schleyer. Als Schleyer zu verstehen gab, daß „die Wirtschaft künftig nicht mehr in der Lage sein wird, den Erfordernissen der Praxis

26 DIHT-Nachrichten, Bonn, Nr. 34/73, 15. 9. 1973.
27 Referentenentwurf einer Neufassung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), Stand 20. Februar 1974, als Manuskript herausgegeben vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft.
28 DIHT-Informationen, Bonn, Nr. 5/74, 28. 2. 1974.
29 „das drogisten-fachblatt", Darmstadt, Nr. 6/74, 15. 3. 1974, S. 8.
30 CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Pressereferat, Bonn, 13. 3. 1974.
31 dpa-Dienst für Kulturpolitik, 25. 2. 1974, S. 7.
32 Süddeutsche Zeitung, 14. 3. 1974, Handelsblatt, 25. 3. 1974.

entsprechend auszubilden", war Dohnanyi sofort bereit, zurückzustecken.[33] Auf anschließenden Unternehmertagungen verkündete Dohnanyi, sein Gesetzentwurf werde zurückgestellt[34] – so wie es die Unternehmer in ihrem Organ „Ruhr-Wirtschaft" formulierten: „Das Steuer der Berufsbildungspolitik muß herumgerissen werden ... Auf ein neues Berufsbildungsgesetz kann verzichtet werden."[35] Nachdem klar war, daß den Unternehmern ihr Erpressungsmanöver gelungen war, spielten sie die Unschuldslämmer. Plötzlich heuchelte sogar BDI-Präsident Sohl öffentlich „seine Sorge über den starken Rückgang an Ausbildungsplätzen".[36] Aber gleichzeitig drohten die Unternehmer nach wie vor unverhüllt, daß derjenige, der bessere Berufsausbildung fordere, „sich nicht wundern darf, wenn die Ausbilder und die Betriebe nicht mehr wollen".[37]

Diese Erpressungstaktik stieß auf den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften und Arbeiterjugendorganisationen, die sich nicht erpressen lassen wollten. Der DGB-Vorsitzende Vetter nannte den Lehrstellenboykott „Klassenkampf von oben".[38] Die IG Metall protestierte „entschieden gegen diesen Mißbrauch wirtschaftlicher Macht. Ohne Rücksicht auf die im Grundgesetz verankerte soziale Verpflichtung des Eigentums nutzen die Unternehmer ihre Verfügungsgewalt, um die Bundesregierung unter Druck zu setzen."[39] Die SDAJ forderte die Bundesregierung zu Sofortmaßnahmen gegen den Lehrstellenabbau auf, u. a. zur Verpflichtung der Großkonzerne, genügend qualifizierte Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.[40]

Die Regierungsumbildung im Mai 1974 war für die Herrschenden die Chance, in der Bildungspolitik neue Zeichen zu setzen. Die „Welt" berichtete über ein Gespräch zwischen dem neuen Bundeskanzler Schmidt und dem alten Bildungsminister Dohnanyi, die sich darauf einigten, „in dieser Situation einen neuen Minister zu bestellen. Dadurch könnte eine Kurskorrektur in der Öffentlichkeit deutlicher gemacht werden."[41] In seiner Regierungserklärung nannte Schmidt die Reform der Berufsausbildung als einen der Schwerpunkte für die Arbeit der neuen Bundesregierung.[42] Schmidt hütete sich jedoch davor, konkret zu werden. Er hat sich für sein Regierungsprogramm die Losung „Kontinuität und Konzentration" gewählt. Kontinuierlich soll offensichtlich die Misere in der Berufsausbildung weitergehen. Helmut Schmidt will sich – wie sein Vorgänger – auf die Interessen der Konzerne und nicht die der Arbeiterjugend konzentrieren. Ausdrücklich be-

33 Kurz-Nachrichten-Dienst der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Köln, Nr. 15/74, 7. 3. 1974.
34 Süddeutsche Zeitung, 14. 3. 1974, Rede von Dohnanyi auf der Bundes-Bildungskonferenz der DAG in Braunschweig (7. 3. 1974), Manuskript/Rede von Dohnanyi auf dem Nordrhein-Westfälischen Obermeistertag in Düsseldorf (12. 3. 1974), Manuskript.
35 „Ruhr-Wirtschaft", Dortmund, Nr. 4/74, S. 111.
36 BDI, 1. 4. 1974.
37 F. Conzen, Präsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, am 4. 4. 1974 auf einer Pressekonferenz in Bonn, Manuskript.
38 Frankfurter Rundschau, 25. 3. 1974.
39 Metall-Presse-Dienst, IG Metall, Frankfurt, Nr. XXII/77, 2. 4. 1974.
40 SDAJ-Presseinfo, Nr. 20/74, 22. 3. 1974.
41 Die Welt, 14. 5. 1974.
42 Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, 100. Sitzung, Bonn, Freitag, den 17. 5. 1974, Bundestagsprotokoll, S. 6595 ff.

stätigte Schmidt die Orientierung seiner Regierung auf das angeblich so bewährte System der beruflichen Bildung unter „Verantwortung von Staat und Wirtschaft". Von der Mitbestimmung der Gewerkschaften in der Berufsausbildung, von der dringend notwendigen Finanzierung durch die Konzerne und von neuen fortschrittlichen Bildungsinhalten vernahm man kein Wort aus dem Munde des neuen Kanzlers. Die Forderungen der Arbeiterjugend sind auch für diese Regierung tabu. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände spendete Beifall. In ihrer Stellungnahme zur Regierungserklärung heißt es, die Unternehmer hielten es für richtig, wenn sich die Bundesregierung entschlossen habe, „Reformen in der Berufsausbildung an den Erfordernissen der Praxis und nicht an utopischen Zielen auszurichten".[43]

Als der neue Bildungsminister Rohde sein Amt antrat, wurde deutlich, daß auch für ihn der Auftrag der Konzerne zählt. Er verschob das Inkrafttreten der Ausbilder-Eignungsverordnung, mit der ein Ausbilder veranlaßt werden sollte, einen Qualifikationsnachweis zu erbringen.[44] Wenig später erklärte Rohde, er erhoffe sich einen „gesetzgeberischen Fortschritt noch in dieser Legislaturperiode".[45] Das bedeutet mit anderen Worten: Die Neufassung des Berufsbildungsgesetzes soll erst Ende der 70er Jahre abgeschlossen werden.

Gleichzeitig wurden neue Zahlen über den Lehrstellenrückgang veröffentlicht. Im Juni 1974 gab das Bildungsministerium bekannt, daß die Zahl der Lehrstellen 1973 gegenüber dem Vorjahr um 120 000 oder 25 Prozent zurückgegangen sei. Dagegen steige die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen kontinuierlich an.

1974 werde es wieder 45 000 oder 13 Prozent weniger Plätze als im Vorjahr geben. Die Forderungen der Arbeiterjugend nach schneller Verabschiedung eines Berufsbildungsgesetzes entsprechend den Vorstellungen der Gewerkschaften und Arbeiterjugendorganisationen sowie die Forderungen zur Sicherung der Lehrstellen bleiben nach wie vor aktuell. Lehrlinge brauchen eine bessere Berufsausbildung jetzt und nicht erst am Sankt-Nimmerleins-Tag. So forderte die SDAJ von ihrem IV. Bundeskongreß aus die Bundesregierung auf, schnell Maßnahmen im Interesse der Arbeiterjugend zu ergreifen. Dazu gehören die Bereitstellung von 250 000 qualifizierten Ausbildungsplätzen vor allem durch die Großkonzerne und die Verabschiedung eines fortschrittlichen Berufsbildungsgesetzes.[47]

In den Beschlüssen der demokratischen Jugendverbände ist bei den Fragen der Bildung und Berufsausbildung eine große Einmütigkeit festzustellen. Jetzt gilt es, diese Gemeinsamkeiten in den Kampf für bessere Bildung und Berufsausbildung einzubringen. Nur wenn die Jugendverbände gemeinsam handeln, nur wenn Arbeiterjugend, Schüler und Studenten gemeinsam für die gemeinsamen Interessen eintreten, werden die Grundrechte der Jugend errungen.

43 PDA – Pressedienst der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Köln, Nr. 19/74, 17. 5. 1974.
44 Ruhr-Nachrichten, 6. 6. 1974.
45 Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, 106. Sitzung, Bonn, Dienstag, den 11. Juni 1974, Bundestagsprotokoll, S. 7246.
46 Informationen Bildung und Wissenschaft, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn, 6/74, 20. 6. 1974.
47 „Im einheitlichen Handeln die Grundrechte der Jugend erringen", a. a. O.

Rolf-Dieter Casjens

Zur Kritik gegenwärtiger Reformkonzeptionen im Bereich der Lehrerausbildung

Vorbemerkung

Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit einem Teilbereich derzeitiger Diskussion um eine „Neuordnung" der Lehrerausbildung: mit der integrierten Lehrerausbildung, also der Forderung nach einer einheitlichen, wissenschaftlich gleichrangigen und damit auch zeitgleichen Ausbildung für alle Lehrerstudenten. An der Entwicklung und Praktizierung eines Modells, dem Oldenburger/Osnabrücker Modellversuch, der im Sinne einer einphasigen und integrierten Lehrerausbildung konzipiert wurde, sollen im Kontext der ministerialbürokratischen Versuche einer bundesvereinheitlichenden Neuregelung der Lehrerausbildung und -besoldung die Bedingungen und politischen Perspektiven für den Kampf um eine demokratische Lehrerausbildung exemplarisch aufgezeigt werden. Dabei kann auf die einzelnen Ländergesetze bzw. vorliegenden – Gesetzentwürfe nur in ihrer bundesweit gemeinsamen politischen Intention und ideologischen Ausrichtung eingegangen werden.

I.

Die Unerträglichkeit des Bildungswesens in der BRD ist für die arbeitende Bevölkerung, für weite Teile der Lehrer und Studenten in zunehmendem Maße offensichtlich geworden; die Bildungsmisere verweist auf eine lange Tradition:

- Trotz des demagogischen und zynischen Zweckgespenstes einer „Lehrerschwemme ab 1978/80"[1] führen chronischen Lehrermangel und Schulraumnot besonders an den Grund- und Hauptschulen zu einer fortwährenden Beschränkung von Ausbildung und Bildung mit der Folge, daß annähernd 20 Prozent der bundesrepublikanischen Grund- und Hauptschüler mindestens einmal während ihrer Schulzeit erfahren müssen, das „Klassenziel" nicht erreicht zu haben und z. B. in Niedersachsen fast jeder dritte Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß ins Berufsleben tritt.
- Der Selektionsmechanismus des bundesrepublikanischen Bildungssystems funktioniert nach wie vor überzeugend. In dem Maße, in dem der Terminus „Chancengleichheit" mittlerweile zum festen Vokabular bürgerlicher Bildungspolitiker und -experten avancierte, verschärfte sich das Bildungsprivileg durch sozialen Numerus clausus, restriktive Förderungsbestimmungen usw. ständig: Nur sechs Prozent der an den Universitäten der BRD Studierenden sind Arbeiterkinder; einen Studienabschluß erzielt ein noch geringerer Anteil.
- In den gängigen Lehrbüchern und Unterrichtsmaterialien findet sich noch immer neonazistisches, revanchistisches und antikommunistisches Gedankengut.
- Die Berufsausbildung, die sich an eine unzureichende Hauptschulbildung anschließt (wobei Tausenden von Arbeiterkindern nicht einmal eine Berufsausbildung im Rahmen einer Lehre ermöglicht wird), ist dem kurzfristigen quantitativen Bedarf der Monopole, deren Profitinteressen untergeordnet.[2]

Da das zersplitterte Bildungswesen der BRD, „von den Herrschenden darauf angelegt, die Jugend im Interesse der Stabilisierung des überholten spätkapitalistischen Systems, der Profite des Monopolkapitals und seiner antidemokratischen, unsozialen, den Frieden in Europa gefährdenden Zielen auszubilden und zu manipulieren",[3] einerseits unter den Bedingungen und Erfordernissen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts obsolet, d. h. zur objektiven Profitschranke für das Monopolkapital geworden ist, andererseits die fortschrittliche Bewegung für eine demokratische Bildungsreform kontinuierlich an Stärke zunimmt, häufen sich die ministeriellen Vorschläge zur Reform des Bildungswesens, die den Druck zwischen der Systemkonkurrenz mit den sozialistischen Staaten der demokratischen Bewegung und den Verwertungsschwierigkeiten des Monopolkapitals auszugleichen trachten.

Kein Kultusminister, kaum ein Sprecher einer Handwerkskammer, erst recht kein Unternehmerverband, der nicht bereits einen Vorschlag zur „Bildungsreform" aus der Schublade gezogen hat – alles Vorschläge, die in mehr oder minder differenzierter Form und mit unterschiedlichen Begründungen versuchen, das Bildungssystem dem veränderten Arbeitskräftebedarf anzupassen. Diese ökonomisch bestimmten technischen und sozialen Wandlungen, die Veränderungen in der Struktur des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses und damit in der Qualifikationsstruktur des Gesamtarbeiters bedingen nicht nur einen Funktionswandel des Bildungswesens, sondern verändern über die modifizierte berufliche Praxis des Lehrers auch den Qualifikationsprozeß, dem der zukünftige Lehrer während seines Studiums unterworfen ist.

Die ökonomische Notwendigkeit einer veränderten Lehrertätigkeit – sowohl in ihrer qualifizierenden als auch in ihrer ideologischen Funktion – stellt ein wesentliches Motiv für die staatliche Forcierung der Lehrerausbildungs„reform" dar.

1 Am 24. Juni d. J. wurde von der BLK für Bildungsplanung in dem verabschiedeten Papier „Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen zur Prognose des Lehrerangebotes und des Lehrerbedarfs" wieder einmal ein Ausgleich des Lehrerbedarfs bis 1978, spätestens jedoch bis 1980 errechnet. Diese Daten, die an der Realität vorbeigehen – die GEW stellte für die Durchsetzung von Teilen des Bildungsgesamtplanes bereits einen Lehrerbedarf von 300 000 fest – und in schöner Regelmäßigkeit der Öffentlichkeit präsentiert werden, werden eingesetzt, die zunehmende Kritik an der Bildungsmisere zu dämpfen. Siehe dazu den Artikel von Holger Brandes in diesem Heft.

2 Dabei darf nicht übersehen werden, daß die zunehmende Arbeitsteilung, die Entwicklung von Wissenschaft und Technik, die Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Weltsystem einen Anpassungsprozeß der Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte an die veränderten Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals erforderlich macht, dieser jedoch unter der Herrschaft des Monopolkapitals widersprüchlich verläuft. Dies zeigt z. B. die Auseinandersetzung zwischen dem DIHT und dem BMBW um den Referentenentwurf eines neuen Berufsbildungsgesetzes, der, obgleich in ihm keine Forderung der Gewerkschaften und der demokratischen Jugendverbände ihren Niederschlag gefunden hat, flugs auf Intervention der Unternehmerverbände zurückgeschraubt wurde. Vgl. Nachrichten 3 u. 5/74.

3 Bildung, Gesellschaft, Zukunft. Vorschläge der DKP für ein demokratisches Bildungswesen, S. 7.

II.

Am 9. Oktober 1973 einigte sich die Kultusministerkonferenz auf ihrer 139. Plenarsitzung in Frankenthal auf ein Lehrerausbildungskonzept („Frankenthaler Beschlüsse"), das in Verbindung mit den Aussagen im Strukturplan für das Bildungswesen (1970) die Hauptrichtung der weiteren Diskussion um eine „Neuregelung" der Lehrerausbildung bestimmte. In dieser Konzeption finden sich zwar einige Forderungen fortschrittlicher Organisationen an eine demokratische Lehrerausbildung, so die von der GEW und vom vds vertretene Forderung einer Ablösung der Ausbildung nach Schularten, im wesentlichen bleibt sie jedoch im Kompromiß stecken:

- keine Einphasigkeit der Lehrerausbildung, sondern eng aufeinander bezogene zweiphasige Ausbildung mit Einführung eines für alle Lehrer gleich langen Vorbereitungsdienstes an besonderen Instituten;
- Ausbildung für Schulstufen (Primärstufe, zwei Sekundarstufen) mit unterschiedlich gewichteten und verschiedener Studiendauer versehenen Lehrämtern (Grundlehramt, sechs Semester – erweitertes Lehramt, acht Semester);
- unterschiedliche Gewichtungen von fachwissenschaftlichen und erziehungs-/gesellschaftswissenschaftlichen Studienanteilen je nach Schulstufe und Lehramt;
- Fort- und Weiterbildung sind zwar in plakativen Formulierungen, jedoch ohne
- nähere Ausführungen erwähnt.

Obgleich der Kompromißcharakter und die technokratische Grundstruktur unverkennbar waren, polemisieren die von CDU und CSU regierten Länder gegen diese – von ihren Kultusministerien miterarbeiteten – Konzeption, insbesondere gegen die Ausbildung von Stufenlehrern (KM Vogel: „Schmalspureinheitslehrer"), und forderten die Konservierung der nach traditionellen Maßgaben dreigeteilten Lehrerausbildung.

Damit war eine Intention der KMK, dem Formierungsprozeß auf dem Hochschulsektor mit einer bundeseinheitlichen Regelung der Lehrerausbildung ein wichtiges Instrument zu schaffen, vorerst gescheitert.

In der nächsten Etappe schlossen dann die SPD-Kultusminister eine Übereinkunft „Über die gegenseitige Anerkennung von Lehramtsprüfungen" mit dem Ziel, eine Vereinheitlichung der Lehrerausbildung in den SPD-regierten Ländern zu realisieren. Im wesentlichen wurden die Grundsätze der Frankenthaler Beschlüsse – mit Ausnahme der Formulierungen über die Weiterbildung – übernommen: Die Lehrerausbildung wird aufgeteilt in ein Grundlehramt (sechs Semester) und ein erweitertes Lehramt (acht Semester). Somit sind bereits in diese Übereinkunft (Löffler-Papier) mit der Einführung von Regelstudienzeiten und der Differenzierung nach Kurz- und Langstudiengängen wesentliche Passagen und Intentionen des HRG eingearbeitet.

An die Hierarchisierung der Ausbildung schließt sich folgerichtig die Hierarchisierung der Besoldung an: beides Instrumente, den einheitlichen Kampf der Lehrer zu erschweren; vor „allem soll damit die Hierarchie im Bildungssektor gefestigt werden, die Hierarchie, die ja nur die soziale Hierarchie reproduzieren hilft".[4]

4 Schäfer, Probleme und Perspektiven der Studentenbewegung, facit 30, S. 14.

Die Bedeutung dieser Hierarchisierungsfunktion tritt besonders in den Beratungen und in dem abschließenden Vorschlag der Gemeinsamen Kommission der Konferenzen der Innenminister, Kultusminister und Finanzminister der Länder (sog. 12er Kommission) für eine Vereinheitlichung der Lehrerausbildung im Bundesgebiet hervor.

In den Beratungen wurden drei prinzipielle Vorschläge behandelt:

1. das einheitliche Lehramt, gleichrangig und gleichwertig für alle Schulstufen, mit gleicher Ausbildungsdauer und gleicher Besoldung (Für diesen Vorschlag votierten allein Bremen und West-Berlin);
2. das zweigeteilte Lehramt mit gleicher Ausbildungdauer (sechs Semester) und gleicher Besoldung für den Lehrer der Primarstufe und den der Sekundarstufe I, längerer Ausbildung (acht Semester) und besserer Besoldung für den Lehrer der Sekundarstufe II;
3. das dreigeteilte Lehramt, nach Ausbildungsdauer und Besoldung in Primarstufe, Sekundarstufe I und Sekundarstufe II aufgeschlüsselt (für diesen Vorschlag votierten Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hatte bereits kurz vorher einen Gesetzesentwurf für das dreigeteilte Lehramt verabschiedet);

Die Kommission einigte sich in ihrem Vorschlag schließlich auf das zweigeteilte Lehramt in der Form des Sondervotums der CDU/CSU-Bundesländer zum Bildungsgesamtplan: Lehrer für die Primarstufe und die Sekundarstufe I studieren sechs Semester, Lehrer für die Sekundarstufe II acht Semester, alle Lehrer haben einen 18monatigen Vorbereitungsdienst zu absolvieren. Die Lehrer der Primarstufe und der Sekundarstufe I kommen in die Besoldungsgruppe A 13, die Lehrer der Sekundarstufe II in die Besoldungsgruppe A 13 plus Zulage mit automatischer Durchstufung nach A 14.

Entscheidend für dieses Vorum war die von den Finanzministern geäußerte Auffassung, eine Reform der Lehrerausbildung mit der Zielsetzung des Bildungsgesamtplanes ließe sich nicht finanzieren. Somit haben sich die Finanzminister, der Finanzplanungsrat, erneut als die eigentlichen Bildungspolitiker profiliert. Die Widerstände gegen eine gleichwertige Ausbildung für alle Lehrer, das Abrücken von den Zielsetzungen des Bildungsgesamtplanes, das Kunststück, aus einem Defizit von 300 000 Lehrern eine Lehrerschwemme zu konstruieren, die Blockierung der Lehrerbesoldung stellen sich als Maßnahmen einer konzertierten Aktion im Interesse des Monopolkapitals dar.

III.

Gegenüber dieser Zweiteilung der Lehrerausbildung nahm sich der vom BMBW mit 2,3 Millionen DM finanzierte Modellversuch der Universität Oldenburg zur einphasigen und integrierten Lehrerausbildung wie ein Fremdkörper aus.

Ausgehend von einer globalen Kritik an der momentanen Situation der Lehrerausbildung, die in Form und Inhalt, ihrer Zweiphasigkeit, ihrer punktuellen und unvermittelten Praktika, ihrer „Theoriebezogenheit" der Lehre usw., nicht mehr „dem gegenwärtigen Stand wissenschaftlicher Diskussion"[5] entspricht, und einer ebenso

5 Zur Neuordnung der Lehrerausbildung an der Universität Oldenburg, GA-Drucksache 91/72, S. 6.

globalen Analyse des Verhältnisses von Schule und Gesellschaft entwickelten die Planer des Oldenburger Modellversuchs auf der Grundlage von GEW-Forderungen die folgenden wesentlichen Leitsätze für die Organisation der Lehrerausbildung:[6]

1. Alle Lehrer werden gleichrangig und gemeinsam ausgebildet. Integrierte Lehrerausbildung schließt auch die Ausbildung heutiger Berufs- und Fachschullehrer ein.
2. Die Lehrerausbildung orientiert sich an Schulstufen und stufenübergreifenden Funktionen. Stufenorientierung bedeutet nicht die Beschränkung der Lehrbefähigung auf eine organisatorisch abgegrenzte Schulstufe.
3. Die Ausbildung umfaßt Studien in Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften, Fachwissenschaft und Fachdidaktik sowie berufspraktische Studien. Das Studium wird problembezogen, interdisziplinär und praxisbezogen organisiert und in Projekten und in Kursen realisiert.
4. Die berufspraktische Ausbildung kann nicht als zweite Phase abgetrennt und außerhalb der Hochschule institutionalisiert werden. Notwendig ist eine einphasige Ausbildung, die bis zur vollen Berufsqualifikation fünf Jahre dauert.
5. Die Weiterbildung der Lehrer ist konstitutives Element der Lehrerausbildung.

Auf der Grundlage dieser Leitsätze, die – zum gleichen Zeitpunkt wie das Löffler-Papier formuliert – innerhalb des Prozesses der Hochschulformierung und verstärkter politischer Disziplinierung der Studenten eine Ausnahmestellung beanspruchten, diese Ausnahmestellung im Bereich allgemeiner Formulierungen auch aufrechterhalten konnten, erhoben sich nacheinander Rahmenstudienordnungen, die im Zuge zunehmender Konkretisierung auch an restriktiver Klarheit gewannen:
War im ersten Entwurf noch von einem Studium im erziehungs-/gesellschaftswissenschaftlichen Bereich sowie in einem fachlichen Haupt- und Nebenbereich die Rede, überraschte der zweite Entwurf, nach dem sich die Studienleistung, mit zwölf Wochenstunden angegeben, auf den erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Bereich und auf die fachlichen Schwerpunkte im Verhältnis 1:2 zu verteilen hat, durch die Maßgabe des Kultusministeriums, eine gleichgewichtige Zwei-Fachausbildung zu realisieren. Wenn sich auch nur ein Fach an einem Unterrichtsfach auszurichten hat, das zweite aus dem Bereich der Sonderpädagogik, Berufsbildung o. ä. gewählt werden kann, wird die fachliche Ausstattung und der weitere Ausbau der Universität in der nächsten Zukunft einzig die „klassische" Zwei-Fachausbildung (beide auf Unterrichtsfächer bezogen) zulassen.

Nach diesem Entwurf gliedert sich das einphasige und – zu dem Zeitpunkt noch – integrierte Studium in drei Studienabschnitte:

Der erste Studienabschnitt (1. bis 3. Semester) zielt auf eine allgemeine Orientierung und soll dem Studenten Gelegenheit geben, seine „Studien- und Berufsvorstellungen zu überprüfen und eine bewußte Entscheidung für das Berufsziel des Lehrers und die beiden fachlichen Schwerpunkte zu fällen".[7]

6 Zitiert nach: Ebenda, S. 9f.
7 Rahmenordnung für Lehramtsstudiengäste (ROL), 2. überarbeiteter Entwurf, Stand Januar 1974, Oldenburg, 3. Abschnitt.

Der zweite Studienabschnitt (4. bis 7. Semester) führt über Unterrichtsvorhaben in die Praxis ein, soll „die Fähigkeit zur Entwicklung theoretischer Ansätze und Modelle zur curricularen Planung von Lernprozessen"[7] entwickeln und fällt eine Entscheidung über den Stufenschwerpunkt.
Der dritte Studienabschnitt (8. bis 10. Semester) zielt auf die „Fähigkeit und Bereitschaft, erworbene Kenntnisse und Erfahrungen schulstufenbezogen umzusetzen und curriculare Materialien zu entwickeln, zu erproben und zu überprüfen".[7]
Diesen Studienabschnitten schließt sich ein Prüfungssemester an. Das gesamte Studienangebot wird einerseits unter systematischen Gesichtspunkten, in Kursen, andererseits prozeßorientiert, in Projekten, realisiert, dabei sollen Projekte

1. bezogen sein auf die zukünfitge Berufspraxis des Studenten
2. von einer relevanten gesellschaftlichen Problemstellung ausgehen
3. interdisziplinär und methodenpluralistisch angelegt sein.[8]

Unter diesen Kriterien erhebt die Konzeption des Projektstudiums abstrakt den Anspruch, sich gegen den Dualismus von Theorie und Praxis bürgerlicher Wissenschaft und gegenwärtiger universitärer Ausbildung, als dessen konstruktive Kritik sie vorgetragen wird, zu wenden.
Die Trennung von wissenschaftlicher Theorie und gesellschaftlicher Praxis, damit auch das Auseinanderfallen von Ausbildung und Berufspraxis sind nur Ausdrucksformen der klassenmäßigen, für kapitalistische Produktionsverhältnisse kennzeichnende Teilung von Kopf- und Handarbeit. Erst die Aufhebung dieser Trennung, wozu sich in den sozialistischen Staaten, durch die enge Verbindung von Intelligenz und Arbeiterklasse und die systematische Qualifizierung der Arbeiterklasse, selbst Möglichkeiten eröffnen, wird die im Kapitalismus systematisch organisierte Abspaltung der Wissenschaft von der gesellschaftlichen Praxis, die Trennung des Studiums von der materiellen Produktion, endgültig überwinden. Unter den einschränkenden Bedingungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse muß eine wissenschaftliche Behandlung von Problemen der Berufspraxis in ihrer Beziehung zur materiellen Produktion notgedrungen eine theoretische bleiben. In diesem theoretischen Bezug der Wissenschaft auf gesellschaftliche Praxis liegt auch der Fortschritt einer Projektkonzeption, die über die Konfrontation mit den Erscheinungen der gesellschaftlichen Bedingungen wissenschaftlicher Arbeit die Möglichkeit bietet, diese auf ihr Wesen zurückzuführen und über eine solche Analyse die objektive Parteilichkeit aller Wissenschaft verdeutlicht.
Doch gerade diese wesentliche positive Möglichkeit des Projektstudiums wird bei einer Projektdefinition reduziert, die „ordentliche" Projekte nur anerkennt, wenn sie „in ihrer zentralen Fragestellung . . . auf die Erforschung der Voraussetzungen der Berufspraxis des Lehrers gerichtet sind".[9] Eine derart enge Anbindung der Projekte (insbesondere der Orientierungsprojekte) an die Berufspraxis des Lehrers unterstellt bei dem ausgewiesenen Ziel, Theorie und Praxis zu verbinden, daß die konkreten Erfahrungen der Berufspraxis unmittelbar in ihren realen Bestimmungen die wesentlichen Einsichten in die determinierenden Bedingungen vermitteln könnten.

8 Ebenda, Paragraph 8,1.
9 Ebenda, Paragraph 8,9.

Soll das Projektstudium auch zentrale analytische Fähigkeiten vermitteln, etwa die Fähigkeit zur Analyse der Unterordnung der Einzelwissenschaften unter das Kapital, und sollen im Projektstudium auch der Zusammenhang von wissenschaftlicher Entwicklung (etwa der zu studierenden Lehrfächer) und gesellschaftlicher Entwicklung behandelt werden, lassen sich die zu vermittelnden Wissenschaftsinhalte nicht hinreichend durch die Erfordernisse der Berufspraxis des Lehrers, soweit sie der unmittelbaren Anschauung zugänglich ist, organisieren. Ohne die Vermittlung der angesprochenen analytischen Fähigkeiten bleibt aber das problemorientierte, d. h., die Phasen der „Problemfindung", „Problemlösung" und „Auswertung"[10] durchlaufende Projektstudium formal und allein Vorbereitung auf eine nicht hinterfragte Berufspraxis.

Wenn auch die Auseinandersetzung um die hier aufgezeigten theoretischen Mängel der Projektkonzeption, die die subjektive Erfahrung und die unmittelbare Anschauung fetischisiert, teilweise seminaristische Formen annahm, zeigte sich doch in der Praxis der ersten Erkundungen, die integraler, berufspraktischer Bestandteil der Projekte sind, die Notwendigkeit einer derartigen Auseinandersetzung. Entweder wurde im Rahmen der 12 angelaufenen Projekte die „relevante" Fragestellung entfaltet und vorangetrieben, dann erfolgte die Erkundung unvermittelt und von der Projektthematik losgelöst, oder die Projektarbeit beschränkte sich auf die (zumeist organisatorische) Vorbereitung der Erkundung und das Projekt blieb in der Phase der „Problemfindung" stecken. Letztlich trifft auf die Erkundungen in der durchgeführten Form genau der Vorwurf zu, den die Vertreter des Modellversuchs gegen die vormaligen Schulpraktika richteten: unvermittelte, theorielose Praxisanteile.

Neben diese konzeptionellen Mängel traten weitere organisatorische, die den Anspruch der einphasigen Lehrerausbildung, Theorie und Praxis der Ausbildung miteinander zu verbinden, zumindest in der vorliegenden Konzeption in Frage stellen. In Ermangelung geeigneter Schulen, an denen die Erkundungen durchgeführt werden konnten, bei wenigen Kontaktlehrern, die bereit waren, an diesen Erkundungen mitzuarbeiten, mußten diese teilweise 100 km vom Hochschulort entfernt stattfinden. Zudem mach die Forderung nach 2 bis 3 mehrwöchigen Erkundungen pro Studienabschnitt unter diesen Bedingungen das Studienjahr zur Faktizität. Beides, Studienjahr und das Auseinanderfallen von Studien- und Praxisort, bedeutet für die Studenten de facto eine Verschlechterung ihrer materiellen Situation.

Ist damit der erste Anspruch des Modellversuchs, die einphasige Lehrerausbildung, in Frage gestellt, zumal kaum abzusehen ist, wie sich die Situation nach Ablauf des Versuchs darstellen wird, wurde der zweite, die integrierte Lehrerausbildung, vollständig liquidiert. Im Mai 1974 teilte der Niedersächsische Kultusminister lapidar mit, daß „die Ausbildungsgänge im Modellversuch ... nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, auf einheitlich 10 Semester festgelegt werden können, ... (sondern) wie folgt festzulegen (sind): Für das Lehramt mit dem Schwerpunkt Primarstufe oder Sekundarstufe I einen neunsemestrigen Ausbildungsgang für ein Fach und einen Lernbereich der Primarstufe oder für zwei Fächer; für das

10 Ebenda, Paragraph 8,7.

Lehramt mit dem Schwerpunkt Sekundarstufe II einen elfsemstrigen Ausbildungsgang für ein erweitertes Fach und ein Fach".[11] Damit war das Niedersächsische Kultusministerium auf die Vorschläge der 12er Kommission eingegangen und der damalige Kultusminister Peter v. Oertzen, der in die Regierungserklärung die Ankündigung eines fortschrittlichen Lehrerausbildungsgesetzes hatte einbringen lassen, konnte einen weiteren negativen Posten in seiner Amtsbilanz aufweisen. Der Kultusminister bedauerte zwar, daß die Vorstellungen, „wie sie in dem Entwurf eines Lehrerausbildungsgesetzes ihren Niederschlag gefunden haben, sich nicht verwirklichen lassen"[12], aber die ausgebliebene Einigung zwischen den Bundesländern und die Kompetenz des Bundes sind, da die Besoldung „gewissermaßen das Knochengerüst der Lehrerausbildung"[12] darstellt, ihm hinreichende Erklärung für das niedersächsische Votum in der 12er Kommission für eine Zweiteilung des Lehramtes.

IV.

Während sich Niedersachsen den Vorstellungen der Finanzminister anpaßte, verabschiedete die Bremer Bürgerschaft am 26. 6. 1974 ein Lehrerausbildungsgesetz, das den Vorschlägen der 12er Kommission nicht folgte und sich „als das beste Lehrerausbildungsgesetz der Bundesrepublik"[13] präsentierte. Dieser Gesetzestext beinhaltet

- die einheitliche, gleichrangige und gleichwertige Ausbildung für Lehrer aller Schulstufen
- eine Mindeststudiendauer von 8 Semestern an der Universität mit einem anschließenden 18monatigen Vorbereitungsdienst.

Der Optimismus Fristers, damit sei bereits „die Diskriminierung des Volksschullehrers in Bremen überwunden"[14], muß wohl als vorschnell bezeichnet werden. Sowohl die Einheitlichkeit der Ausbildung, die für die einzelnen Schulstufen unterschiedliche Ausbildungsschwerpunkte, für die Sekundarstufe II das Studium eines Faches mit „fachwissenschaftlicher Vertiefung" neben einem weiteren Fach verlangt, wie die in dem Entwurf angelegte Fachaufsicht und die Beibehaltung der Zweiphasigkeit machen deutlich, daß auch dieses Lehrerausbildungsgesetz erst noch in der Praxis und in der Konfrontation der fortschrittlichen Kräfte mit dem Senat seinen Ort im Rahmen einer demokratischen Lehrerausbildungsreform nachzuweisen hat.

V.

Die Erfahrungen zeigen, daß der Kampf um eine demokratische Lehrerausbildung nicht nur gegen die restriktive Politik der Ministerialbürokratie,

- für eine einheitliche, gleichwertige Ausbildung und Besoldung aller Lehrer

11 Schreiben des Nds. Kultusministers an die Universität Oldenburg vom 16. 5. 74, abgedruck in AStA-Zeitung Extra, Oldenburg, 2. 7. 74.
12 P. v. Oertzen in einem Interview mit der GEW, abgedruckt in: Erziehung und Wissenschaft, Ausgabe Niedersachsen, Nr. 7/74, S. 3f.
13 E. Frister in einem Telegramm an W. Franke, Vorsitzender der SPD-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft, abgedruckt in: Erziehung und Wissenschaft, Nr. 8/74, S. 3.
14 Ebenda.

– für demokratische Ausbildungsinhalte in Schule, und Hochschule
– gegen verfassungswidrige Berufsverbote

geführt werden muß, sondern sich auch gegen jene spontaneistischen (Projekt-) Konzeptionen zu richten hat, die derart nachdrücklich die subjektive Erfahrung des Lernenden zum Ausgangspunkt eines jeden Lernprozesses machen, daß „emanzipierende Praxis" für Lehrer und Schüler darin besteht, die „persönlichen und potentiellen Erfahrungen in Anforderungssituationen als soziale auf(zu)arbeiten und als Folge von Sozialisationsbedingungen"[15] zu erkennen, denn die verlangte Fähigkeit, über „eigene und fremde Gefühle, Einstellungen, Verhaltensweisen, Bedürfnisse und Interessen ... zu kommunizieren und sie in Frage zu stellen"[16], führt im Unterrichtsalltag nicht dazu, über den antagonistischen Charakter, der sich in den einzelnen „Sozialisationszusammenhängen" widerspiegelt, aufzuklären, sondern sitzt genau den dem Kapitalverhältnis entstammenden ideologischen Mystifikationen und Fetischisierungen der realen Verhältnisse auf.[17]

Sowenig wie der Inhalt der in der Lehrerausbildung zu erwerbenden Qualifikation aus dem „Qualifikationsinteresse der Studenten"[18] hergeleitet werden kann, sowenig kann er aus einer Praxis, die sich auf die berufliche verkürzt, bestimmt werden; herleiten lassen sich die Inhalte allein aus den „umfassenden politischen ökonomischen und ideologischen Interessen der Studenten und den gleichgerichteten Interessen der Arbeiterklasse; kurz: aus den Anforderungen des antimonopolistischen Kampfes in allen gesellschaftlichen Teilbereichen".[19] Eine demokratische Lehrerausbildung, die den Forderungen nach

– **Einheitlichkeit** (Die Zersplitterung der Lehrerausbildung mit der erwähnten Funktion, den einheitlichen Kampf der Lehrer zu erschweren entspricht der Zersplitterung des Schulsystems, das – auch wenn es im neuen [Primar-, Sekundar-]stufengewand und mit verzögertem Selektionsmechanismus [Orientierungsstufe] auftritt – darauf ausgerichtet ist, die Mehrheit der Kinder im Interesse des Monopolkapitals zu billigen und kurzfristig verwendbaren Arbeitskräften zu qualifizieren. Die Forderung nach einem einheitlichen demokratischen Bildungswesen mit einer zehnklassigen Gesamtschule, wie sie die DKP in ihrem Vorschlägen für ein demokratisches Bildungswesen vertritt, verlangt gleichrangig qualifizierte Lehrer).
– **Einphasigkeit** (Die bisherige Aufteilung der Lehrerausbildung in eine Theoriephase unter Regie der Hochschule und eine Praxisphase unter Aufsicht der Schulverwaltung verhindert eine Verschränkung von Theorie und Praxis und perpetuiert über die Praxisphase, die zur Berufspraxis sich verkürzt, einen Begriff von Praxis, der von dem gesellschaftlichen Gesamtprozeß materieller Tätigkeit losgelöst, zur beaufsichtigten, individuellen Tätigkeit wird und so von der Erkenntnis- zur Disziplinierungsfunktion degradiert.)

15 I. Scheller, Gegenstände, Ziele und Organisation berufspraktischer Anteile ..., GA-Drucksache Nr. 366/73, Oldenburg, S. 3.
16 Ebenda.
17 Vgl. B. v. Mutius, Wider den Spontaneismus, in: facit 32, 1973.
18 J. Priewe, Den Kampf um demokratische Ausbildungsziele als politischen Kampf führen! facit 34, 1974, S. 56.
19 Ebenda.

– **Wissenschaftlichkeit** (Der wissenschaftlich-technische Fortschritt, die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft macht nicht nur für die Sicherung einer beruflichen Existenz ein breites Grundwissen und ein hochqualifiziertes Spezialwissen notwendig, sondern erfordert auch den Kampf um die friedliche Nutzung der Wissenschaft. Der Kampf um den gesellschaftlichen Fortschritt als Voraussetzung für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt macht die Forderung nach wissenschaftlicher und die nach demokratischer Ausbildung zu einer untrennbaren Einheit.)

genügen will, muß als Bestandteil des Kampfes um eine demokratische Alternative der gesamten Politik, als Bestandteil des antimonopolistischen Kampfes organisiert werden. Die Lehrerausbildung als Vorbereitung auf eine demokratische Berufspraxis, auf eine demokratische Schulpraxis begriffen, muß seine inhaltlichen Bestimmungen erfahren „aus der Dialektik von konkreten Berufsbedingungen und der Einordnung in den Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten um demokratische Veränderungen der Gesellschaft insgesamt".[20] Konkret: Der Kampf für Abrüstung und Kürzung des Rüstungshaushaltes, der Kampf gegen verfassungswidrige Berufsverbote, für die materielle Absicherung des Studiums, gegen das HRG, Staatsaufsicht und politische Disziplinierung, stellt als Bestandteil einer antimonopolistischen Strategie Voraussetzung, Inhalt und Maßstab demokratischer Berufspraxis und demokratischer Ausbildung. Die Brechung des Bildungsprivilegs als Kampfaufgabe, Schüler als künftige Lohnabhängige umfassend zu qualifizieren ist nicht allein eine Frage fortschrittlicher Lehrinhalte, sondern davon abhängig inwieweit es gelingt, den Lehrerstudenten zu zeigen, welchen Beitrag die Intelligenz an der Seite der Arbeiterklasse im politischen Kampf um die Zurückdrängung der Macht des Monopolkapitals zu leisten hat.

20 A. u. H.-R. Kaiser, Lehrerausbildung und politischer Kampf, in: SoPo, Nr. 20, 1972, S. 80.

Adelante Argentinos!

Vorwärts, Argentinier! Das ist das aktuelle Buch des Jahres über die dramatische Entwicklung im lateinamerikanischen Pampasstaat. Endlich ein Bericht aus erster Hand: Hans-Jörg Hennecke, Chefredakteur bei elan, war in Argentinien. Er war auch bei General Peron, dem Präsidenten Argentiniens – drei Wochen vor dessen Tod. Was ist Peronismus? Was wollen die Peronisten erreichen? Was tun die fortschrittlichen Kräfte Argentiniens für „das befreite Vaterland auf dem Marsch zum Sozialismus"? Antwort auf diese Fragen und viele neue Informationen gibt dieses Buch. Damit kann man einen ganzen Gruppenabend bestreiten! Und natürlich auch verschenken! Hans-Jörg Hennecke: „Adelante Argentinos"! 128 Seiten, 5,80 DM. Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Uta Oetzel

Psychische Störungen bei Studenten — Ursachen und Therapie

Vorbemerkung

In der BRD ist die Einsicht in die Notwendigkeit und Möglichkeit der Behandlung psychischer Störungen wenig verbreitet, entsprechend unterentwickelt ist das Versorgungswesen. Erst nach 1950 entstanden die ersten Schul- und Erziehungsberatungsstellen. Die Zahl psychischer und psychosomatischer Störungen hat zugenommen, nicht zuletzt auf Grund verstärkter Streßfaktoren am Arbeitsplatz. Damit wird die Notwendigkeit ihrer Behandlung immer deutlicher. Problematisch bleibt die Frage der Finanzierung: weitgehend wird eine psychologische Beratung oder Psychotherapie als ein Luxus angesehen, der aus eigener Tasche zu bezahlen ist. Als Gegenstand staatlicher Sozialpolitik ist sie „faux frais", tote Kosten, d. h., die finanziellen Mittel werden auf das Mindestmaß reduziert, das im Interesse des Erhalts bzw. der Wiederherstellung der Arbeitskraft notwendig erscheint.

In diesem Beitrag möchte ich mich auf die psychotherapeutische Beratung und Behandlung an den Hochschulen beschränken und versuchen, die Bedingungen für die Häufung psychischer Störungen bei Studenten zu analysieren, obwohl das Material zu diesem Problemkreis inhaltlich noch sehr dürftig ist.

Beratung im Bildungsbereich. Historische Entwicklung und Perspektiven

Seit etwa 1954 wurde an den Hochschulen psychologisch-psychotherapeutische Beratung eingerichtet, zuerst an den psychiatrischen Universitätskliniken, dann als eigene Beratungsstellen.[1] Diese Beratung war vornehmlich auf psychologische und psychotherapeutische Maßnahmen ausgerichtet. Ein Ausbau der Studentenberatungsstellen erfolgte im Verlauf der antiautoritären Studentenbewegung.
Die Entwicklung des Beratungswesens im Laufe der sechziger Jahre bringt eine inhaltliche Ausweitung in Richtung auf Studienberatung mit sich, die in erster Linie die Funktion haben soll, zur Bewältigung der wachsenden Kapazitätsprobleme an den Hochschulen beizutragen.[2]

Notwendigkeit von Beratung im Bildungsbereich[3]

Die verstärkte Notwendigkeit, Berufsausbildung zu planen und zu steuern, ergibt sich aus den veränderten Kapitalverwertungsbedingungen am Ende der Wiederaufbauphase. Die wirtschaftliche Entwicklung stagniert, Arbeitskräfte werden knapp — nicht zuletzt deshalb, weil die DDR der Abwerbung qualifizierter Arbeitskräfte ein Ende bereitet hat. Die Stabilitätsgesetzgebung von 1967 schafft Voraus-

1 H.-U. Ziolko (Hrsg.), Psychische Störungen bei Studenten. Stuttgart 1969.
2 Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970, Bonn, Oktober 1970.
3 Zu diesem Abschnitt vgl. G. Köhler, Beratung zwischen Anpassung, Aufklärung und Veränderung, Studentische Politik 6/7 — 1973.

setzungen für eine Globalsteuerung der wirtschaftlichen Prozesse. Das bringt mit sich, daß gesellschaftliche Teilbereiche wie Bildungs- und Sozialpolitik zunehmend den wirtschaftlichen Zielen, d. h. dem Profitinteresse, untergeordnet werden. Aus den Verlautbarungen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung[4] geht eindeutig hervor, daß Beratung als ein Lenkungsinstrument zur Anpassung des Arbeitsmarktes an die Bedingungen der kapitalistischen Produktion, also an das Profitinteresse des Großkapitals, verstanden wird, wobei sie gleichzeitig der „heilenden Bewältigung der damit verbundenen Anpassungsprobleme"[5] dienen soll. Im Strukturplan des Bildungsrates von 1970 heißt es: „Bildungsberatung hat im gegenwärtigen System vordringlich zur Milderung der Mängel beizutragen, die durch geringe Durchlässigkeit verursacht wird . . . Konflikte zwischen Bedürfnissen der Gesellschaft und individuellen Interessen vermag das Bildungswesen nicht aufzulösen. Sie können jedoch durch Berufsbildungsberatung durchsichtiger gemacht und entschärft werden."[6]

Angesichts der Berechnung, daß ca. 20 Prozent aller an BRD-Hochschulen studierten Semester durch Abbruch, Studienfachwechsel oder Verlängerung des Studiums „verloren" gehen (bereits im Zeitraum 1950—1967) — was einer finanziellen Belastung von 33 Mill. DM pro Jahr entsprach —[7], kommt keine staatliche Planung mehr an der Notwendigkeit der Beratung vorbei. Im Regierungsentwurf zum HRG heißt es: „§ 15 Studienberatung."

1. Die Hochschule unterrichtet Studenten und Studienbewerber über die Studienmöglichkeiten und über Inhalte, Aufbau und Anforderungen eines Studiums; sie unterstützt die Studenten in ihrem Studium durch eine studienbegleitende fachliche Beratung und sorgt für eine Betreuung bei persönlichen Schwierigkeiten im Studienverlauf. Die Hochschule soll bei der Studienberatung mit den für die Berufsberatung und den für die staatlichen Prüfungen zuständigen Stellen zusammenwirken.

2. Die Länder tragen im Zusammenwirken mit den Hochschulen für eine Veröffentlichung der geltenden Studien- und Prüfungsordnungen in der Weise Sorge, daß für die jeweiligen Studiengänge und Prüfungen ein überregionaler Vergleich der wesentlichen Ziele, Anforderungen und Verfahren möglich ist."[8] Viele Berater stellen erfreut fest, daß ihre Tätigkeit, einschließlich der Betreuung bei persönlichen Schwierigkeiten, hier endlich anerkannt wird. Aber wie sieht die Praxis aus? In der Begründung zu § 15 HRG wird als Ziel der Beratung ausdrücklich Effektivierung des Studiums und Einhaltung der Regelstudienzeiten genannt.[9]

4 „Für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ergibt sich daraus eine doppelte Aufgabenstellung: Förderung des technisch-ökonomischen Wandels einerseits sowie vorbeugende und auch heilende Bewältigung der damit verbundenen Anpassungsprobleme andererseits." BMAS, Arbeitsmarktpolitik (OECD-Bericht) 1972, S. 49.
5 Ebenda.
6 Deutscher Bildungsrat/Bildungskommission, Strukturplan für das Bildungswesen, Bonn 1970.
7 W. Albert & Chr. Oehler, Die Kulturausgaben der Länder, des Bundes und der Gemeinden 1950—1967, Seite 35.
8 Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Hochschulrahmengesetz, Drucksache 7/1378, Bonn 1973.
9 Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung, Bildungsgesamtplan, Bonn 1973.

Finanzielle Austrocknung von psychologisch-psychotherapeutischer Beratung

Die Funktionalisierung der Beratung zur Anpassung der Hochschulausbildung an die Kapitalverwertungsinteressen und ihre gleichzeitige finanzielle Vernachlässigung führt teilweise zu der Alternative „Studienberatung oder Psychotherapie". Auf der Strecke bleiben die Interessen der Studenten, deren psychische Probleme zu einem beträchtlichen Teil Folge der Arbeits- und Lebensbedingungen an der Hochschule selbst sind (was noch näher ausgeführt werden soll) und bestimmt nicht durch eine Beratung, wie sie sich am besten in das reglementierte Studium hineinfinden, bewältigt werden. Die Novellierung des Studentenwerksgesetzes in NRW führte zu einer forcierten Austrocknung der psychologischen und psychotherapeutischen Beratung zugunsten der Studienberatung. So wurden z. B. in Köln einige Psychotherapiestellen gestrichen mit der sinngemäßen Begründung, neurotische Studenten sollten das Studium eben aufgeben, es gäbe sowieso zuviele Studenten.

Alternativen: Folgende Forderungen sind an eine Beratung im Interesse der Studenten zu richten:[10]

- Studienberatung, Berufsberatung und psychologisch-psychotherapeutische Beratung müssen integriert sein;
- Forschungsergebnisse und politische Entscheidungen im Bereich der Arbeitsmarkt-, Berufs- und Ausbildungsforschung müssen offengelegt und den Betroffenen verständlich zugängig gemacht werden. Sie müssen realistisch, von ihren Interessen als (zukünftig) abhängig Arbeitende, über die Berufs- und Ausbildungssituation aufgeklärt werden;
- Vertreter der Gewerkschaften und der Auszubildenden müssen maßgeblichen Einfluß auf die Beratung haben;
- die Beratung darf sich nicht nur auf das Kurieren der Folgen der Arbeits- und Lebensbedingungen an der Hochschule beschränken. Sie muß die Ursachen der Störungen untersuchen, prophylaktische Maßnahmen ergreifen und an der Beseitigung der Störfaktoren arbeiten.

Gerade zu den letztgenannten Punkten — Erforschung der Ursachen psychischer Störungen bei Studenten und Prophylaxe — gibt es an einigen Beratungsstellen schon vielversprechende Bemühungen, z. B. Erhebungen über Schwierigkeiten im universitären Bereich und Zusammenhänge mit Problemen der Studenten im Studienbüro der Ruhruniversität Bochum, Beratung von Lehrenden und Arbeitsgruppen, Training in Arbeitstechniken,[11] prophylaktische themenzentrierte Gruppen zu Fragen wie Prüfungsangst, Arbeitsstörungen, Kommunikationsformen, Sexualität, gemeinsame Organisation des Studiums usw.[12]

Psychische Störungen bei Studenten

Häufigkeit: Insgesamt suchen etwa 2 bis 5 Prozent aller Studenten die psychologischen Beratungsstellen auf. Dabei muß man berücksichtigen, daß viele Beratungsstellen keinerlei Öffentlichkeitsarbeit betreiben, da sie sowieso hoffnungslos überlastet sind, und für die meisten Studenten das Aufsuchen der Beratungsstelle eine große Überwindung bedeutet, die sie nur auf sich nehmen, wenn ihnen keine

10 Vgl. Köhler, a. a. O., Seite 15.
11 7. Tätigkeitsbericht des Studienbüros der Ruhruniversität Bochum, Bochum 1973.
12 Uschi Eßbach, Vorüberlegungen zu einem Modell studentischer Selbsthilfegruppen, Göttingen 1973.

andere Lösung mehr möglich erscheint. Die Schätzungen der Therapiebedürftigkeit sind unterschiedlich: von 10 Prozent, 15 bis 20 Prozent bis zu 30 Prozent der gesamten Studentenschaft.[13] Da es hier keine präzisen Erhebungen gibt, sind Vergleichszahlen zu anderen Bevölkerungsgruppen kaum bekannt. Einen Anhaltspunkt kann die Zahl der Selbstmorde und Selbstmordversuche bieten: Studenten liegen hier um ein Drittel über der altersgleichen Bevölkerung, Studentinnen um das Doppelte.[14] Nach einer Untersuchung von Thomas befanden sich 43 Prozent der Studenten, die seine Beratungsstelle aufsuchten, in Suizidgefahr. Als Motiv gaben 73 Prozent Ehe- und Liebeskonflikte an, 45 Prozent Studienprobleme.

Die Zahlen zeigen, daß psychische Störungen bei Studenten wesentlich häufiger sind als bei Nichtstudenten gleichen Alters.

Motive zum Aufsuchen der Beratungsstelle: Moeller & Scheer[15] nennen nach den Erfahrungen der Gießener Beratungsstelle folgende relevante Problembereiche (nach dem Urteil des Therapeuten):

Arbeitsstörungen	61 Prozent
Kontaktstörungen	63 Prozent
Störung der körperlichen Sexualfunktion	21 Prozent
Psychiatrische Einzelsymptome	40 Prozent
Perversion	3 Prozent

Nach Angaben der Studenten sind folgende Beschwerden Grund für das Aufsuchen der Beratungsstelle gewesen (in der Reihenfolge der Bedeutsamkeit): 1. seelische Probleme, 2. Möglichkeit, über Probleme zu sprechen, 3. mehr Klarheit über mich gewinnen, 4. Arbeitsschwierigkeiten, 5. möchte es im Kontakt mit anderen leichter haben, 6. sexuelle Probleme, 7. Schwierigkeiten mit einem Freund/einer Freundin, 8. Schwierigkeiten mit meinen Eltern, 9. körperliche Beschwerden, 10. unsicher, ob ich mich für das richtige Studium entschieden habe. Zahlen der Münchener Beratungsstellen ergeben folgendes Bild:

1. Störungen im Kontakt- und Sozialverhalten;
2. isolierte Konzentrations- und Lernstörungen;
3. die Unfähigkeit, sich den wenig transparenten Erfordernissen der Universität und des Studiums anzupassen;
4. Störungen im Sexualleben.[16]

Die Angaben von den einzelnen Universitäten weichen voneinander ab, da die Universitätsstrukturen und die Zusammensetzung der Studentenschaft unterschiedlich sind und auch die Diagnose- und Erfassungsmethoden der einzelnen Beratungsstellen differieren. Eines wird aber immer wieder betont: der enge Zusammenhang zwischen den genannten Konflikten und den Lebens- und Arbeitsbedingungen an der Universität.

13 Vgl. G. Ammon, Gruppenpsychotherapie an der Hochschule, Studentische Politik 3/4–1971; R. Argelander, Zur Arbeitssituation in der psychotherapeutischen Studentenberatung, Studentische Politik 6/7–1973; R. Schilling u. a., Psychotherapeutische Beratung im Hochschulbereich. Überlegungen zu Situation und Standort. Studentische Politik 6/7–1973.
14 E. Lungershausen, Selbstmorde und Selbstmordversuche bei Studenten, Heidelberg 1968.
15 M. L. Moeller & J. W. Scheer, Arbeitsprobleme bei Studenten in der Beratung, Studentische Politik 3/4–1971.
16 M. Kahleyß, Der Therapeut im Spannungsfeld zwischen Student und Hochschule, Studentische Politik 3/4–1971.

Ursachen psychischer Störungen: Die Ursachen vieler psychischer Störungen lassen sich bis in die Kindheit zurückverfolgen. Trotzdem wäre es falsch, eine eindeutige Determiniertheit der Persönlichkeit durch Kindheitserlebnisse anzunehmen. Günstige aktuelle Lebensbedingungen können helfen, frühere Konflikte zu überwinden oder zumindest nicht akut werden zu lassen, während belastende Bedingungen sogar bei stabilen Menschen zu psychischen Störungen führen können. Angesichts der Häufung psychischer Probleme bei Studenten ist daher auslösenden und ursächlichen Bedingungen in der Situation an der Hochschule besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die aus der Arbeit gewonnene These des Studienbüros der Ruhruniversität Bochum, daß die Probleme des Beratungsklientels sich in geringerer Ausprägung in der gesamten Studentenschaft finden lassen.[17] Die meisten Studentenberater erkennen die „Verantwortung der Universität für die ursächlichen Faktoren und spezifischen Ausprägungen psychischer Störungen bei Studenten“[18] und leiten daraus auch eine Verantwortung der Universität für die Behandlung dieser Störungen ab.

Welche Hochschulbedingungen sind nun im einzelnen für psychische Störungen verantwortlich zu machen?

Zentrale Probleme für Studenten sind Arbeit und Studium, wie auch die oben genannten Zahlen zeigen.

Als belastend wird die unüberschaubare Situation an der Universität empfunden, in die der Studienanfänger hineingerät: In vielen Fächern ist der gesamte **Aufbau des Studiums** unklar: Verwirrende Studiengänge, Unsicherheit über die Berufsperspektive, mangelnde Ausrichtung des Studiums auf die Berufspraxis. Der Student ist nicht nur überfordert, die Anforderungen sind oft einfach nicht zu erfahren. Die Rückmeldung, ob das Geleistete qualitativ und quantitativ zufriedenstellend war, ist äußerst dürftig. Selbständiges wissenschaftliches Arbeiten kann heute weder an der Schule noch an der Uni gelernt werden. Obendrein ist der Student, der mit dieser Situation konfrontiert wird, erheblichen Leistungsanforderungen ausgesetzt und erlebt auch subjektiv einen starken Leistungsdruck. Dieser chaotische Zustand, der in erster Linie für die Geisteswissenschaften typisch ist, wird von vielen Beratern als ein Grund für die hohen Abbruchquoten und auch für die besondere Häufung von Selbstmordfällen in diesen Fächern angesehen. Die Verschulung des Studiums, die im Zuge der staatsmonopolistischen Hochschulreform weiter fortschreitet und in Fächern wie Medizin schon längst üblich ist, läßt andere Probleme aufkommen: Überforderung durch ständige Leistungskontrollen, Desinteresse auf Grund reiner Wissensanhäufung usw. Das Studienbüro der Ruhruniversität Bochum stellte fest, daß die meisten Klienten aus den am wenigstens und den am meisten verschulten Fächern kommen.[19] Die medizinische Fakultät liegt an der Spitze, was psychotische Störungen angeht.[20]

17 7. Tätigkeitsbericht des Studienbüros der Ruhruniversität Bochum, Bochum 1973.
18 H. Augenstein & M. Redelberger, Studienberatung als Institution. Zur Frage der Einbindung von Beratungsstellen in das Gefüge der Hochschulen, Studentische Politik 6/7—1973.
19 7. Tätigkeitsbericht des Studienbüros der Ruhruniversität Bochum, Bochum 1973.
20 Albrecht & Ziolko in Ziolko, a. a. o.

Als Anregung für eine bessere Organisation des Studiums ergibt sich daraus die Forderung nach berufsfeldorientierten Studiengängen. Ein breit angelegtes Grundstudium muß die Fähigkeit zum wissenschaftlichen Arbeiten vermitteln und einen Überblick über die wesentlichen Problembereiche geben. Darauf aufbauend wäre ein Projektstudium zu empfehlen: Durch selbständige und praktisch sinnvolle Arbeit ergibt sich die beste Arbeitsmotivation und eine realistische Erarbeitung der Problematik. Eine kooperative Arbeit wird möglich. Kleingruppenarbeit hat dabei erwiesene Vorteile, sowohl hinsichtlich der Effektivität, als auch was die Möglichkeit zu selbständig-kreativer Arbeit und kollektivem Herangehen angeht.

Die Problematik von **Prüfungen** ist hinreichend diskutiert worden.[21] Prüfungen flößen irrationale Ängste ein und dienen nicht einer objektiven Messung der Leistung. Eine Patentlösung für dieses Problem ist nicht in Sicht. Zur Verminderung unnötiger Prüfungsangst müßten folgende Maßnahmen durchgesetzt werden[22]:

- Aufhebung der beschränkten Wiederholbarkeit von Prüfungen (woraus erfahrungsgemäß keine Mehrbelastung der Prüfer resultiert);
- Aufhebung aller Prüfungskoppelungen;
- Rücktrittsrecht ohne ärztliches Attest.

Das System sukzessiver Prüfungen (d. h. statt einer „großen“ Prüfung am Ende des Studiums viele „kleine“ in jedem Semester, in jeder Veranstaltung) ist nach Erfahrungen an der „Reformuniversität“ Konstanz nicht zu empfehlen[23]: Die Irrationalität der Prüfung wird nicht abgebaut. Das gesamte Studium wird dadurch bestimmt, daß nur noch für Prüfungen gearbeitet wird, es herrscht eine permanente Leistungskontrolle und entsprechender Streß. „Prüfung ist immer und überall.“[24] Als eine Möglichkeit erscheint hier das Projektstudium, die kollektive Planung und Durchführung praxisorientierter Arbeits- und Forschungsvorhaben, wodurch sich eine Prüfung erübrigen würde.

Diskutiert man diese und andere schädigende Bedingungen und Reformvorschläge, muß man eine entscheidende Tendenz im Auge behalten. Die genannten Problembereiche müssen vor dem Hintergrund eines ständig wachsenden Leistungsdruckes gesehen werden. Die Unterordnung auch der wissenschaftlichen Ausbildung unter die Verwertungsinteressen des Kapitals führt zu einer Verschärfung der Konkurrenz, einer Orientierung der Ausbildung an kurzfristigen Effektivitätsgesichtspunkten statt einer optimalen Ausbildung für den einzelnen. Eva Jaeggi stellt fest: „... wird heute die Angst vor dem Numerus clausus zum existentiellen Problem. Da Leistung und Erfolg solch zentrale Kategorien des menschlichen Lebens schon für das Kind und den Jugendlichen sind, werden dann, wenn auch noch objektiv die Arbeitsbedingungen kompliziert sind, in vermehrtem Maß Arbeit

21 M. L. Moeller, Vielfältige Prüfungsformen bei freier Wahl, Frankfurter Rundschau 10. 9. 1970.
22 Vgl. W. R. Morgenstern, Praxis, Unterlassungen und Selbstverständnis einer Psychotherapeutischen Beratungsstelle für Studierende — aufgezeigt am Beispiel Frankfurt/Main, Studentische Politik 3/4—1971, S. 32.
23 Barbara Braße, Institutionelle Bedingtheiten psychischer Störungen bei Studenten — Aufgezeigt an Beispielen aus der Universität Konstanz, Studentische Politik 6/7—1973.
24 D. Hohenadel, Ansätze zu einer hochschuldidaktischen Theoriebildung, Monographie III, A, AHD, Konstanz, zit. nach Braße, Barbara, a. a. o.

und Studium zu einem Feld von Angst und Störungen."[25] Unter den Bedingungen des Numerus clausus, der Regelstudienzeiten, der Kurz- und Langstudiengänge, der verheerenden Ausbildungssituation außerhalb der Uni wird das Studium zu einem Kampf um die Existenz, noch verschärft durch die ungenügende materielle Absicherung des Studiums. Hier werden Reformen in Teilbereichen sicher nicht den gewünschten Erfolg bringen und nicht die sich auch psychisch auswirkenden Belastungen für die Studenten wesentlich vermindern. In einer solchen Situation ist doch eine angstfreie Prüfung gar nicht möglich, bleibt die Arbeit an einer prüfungsorientierten Anhäufung von Wissen orientiert, wird eine kollektive Gruppenarbeit durch die objektiv bedingte Konkurrenz verhindert, so daß auch z. B. die Arbeit in Kleingruppen nicht die an sie gerichteten Erwartungen erfüllt.
Voraussetzung für den Erfolg einzelner streßabbauender Maßnahmen wäre eine grundlegende Verbesserung der Lage der Auszubildenden. Häufig genannte Probleme wie das Gefühl der Hilflosigkeit gegenüber einem **undurchschaubaren** Studienbetrieb und Passivität und Desinteresse im Studium werden letztlich durch Informationen nur zum Teil abgebaut werden können. Wichtig ist die Möglichkeit echter Mitbestimmung, die eine aktive Gestaltung der Studienbedingungen und -inhalte ermöglicht.

Ideologische Fragen im Zusammenhang mit Psychotherapie
Die therapeutische Behandlung psychischer Störungen ist als ein Bestandteil der Reproduktion der Ware Arbeitskraft zu begreifen, dessen Bedeutung immer mehr zunimmt. Insofern ist sie der Gesundheitsversorgung gleichzustellen: Eine Finanzierung durch Krankenkasse ist notwendig, auch wenn der von den Kassen verwendete medizinische Krankheitsbegriff für psychische Störungen nicht zutrifft, denn Menschen mit psychischen Problemen sind nicht krank im medizinischen Sinne. Zu begrüßen ist dagegen die Definition von Gesundheit, die die Weltgesundheitsorganisation vertritt: „Gesundheit ist ein Zustand vollständigen physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht die bloße Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechlichkeit. Der Genuß des höchsten erreichbaren Niveaus von Gesundheit ist eines der fundamentalen Rechte jedes Menschen ohne Unterschied von Rasse, Religion, politischer Überzeugung, ökonomischer und sozialer Stellung." Das bedeutet, daß Therapie nicht nur das Ziel haben soll, die Arbeitsfähigkeit wiederherzustellen, sondern auch Voraussetzungen für eine Entwicklung der Persönlichkeit gewährleisten sollte. Entsprechend müßten auch Therapieformen aufbauend auf einem fortschrittlichen Menschenbild weiterentwickelt werden.
Politisierung als Aufgabe der Therapie? Häufig wird die Meinung vertreten, daß Psychotherapie die Aufgabe habe, durch die Erkenntnis eigener Probleme (Autoritätsängste usw.) politische Herrschaftsverhältnisse bewußt zu machen, da schließlich die individuellen Konflikte Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse sind. Dagegen ist meines Erachtens zweierlei einzuwenden:
1. Bringt die beste politische Aktivität nicht automatisch die Beseitigung psychischer Störungen mit sich. Die Problematik dieser Störungen liegt häufig gerade darin, daß bestimmte Ängste und Verhaltensweisen nicht ohne therapeutische

25 Eva Jaeggi, Die Therapie der Arbeitsstörung: Luxus für Studenten? Studentische Politik 6/7–1973.

Hilfe überwunden werden können, trotz der eigenen Einsicht, daß man sich ändern möchte. Politische Aufklärung ist daher für den unter Leidensdruck stehenden Klienten wenig befriedigend, da sie ihm bei seinen akuten Problemen nicht weiterhilft. Das wird ihn auch gegenüber der politischen Aufklärung wenig aufgeschlossen machen.
2. Psychische Störungen sind gesellschaftlich bedingt. Aber in der Regel sind die Auswirkungen der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse auf die menschliche Persönlichkeit sehr vermittelt. Das Individuum erlebt sein Problem als ein individuelles, durch viele scheinbar zufällige Faktoren zustandegekommenes. Es erlebt Unterdrückung, aber dieses Gefühl, z. B. von Eltern und Lehrern unterdrückt worden zu sein, kann zwar einen Protest gegen autoritäre Erziehung hervorrufen, führt aber noch nicht zur Einsicht in die tatsächlichen gesellschaftlichen Zusammenhänge. Zum politischen Bewußtsein gehört doch nicht nur die Unzufriedenheit mit der eigenen Lage, dazu gehört die Erkenntnis, wie man diese Lage verändern muß und daß ein gemeinsamer Kampf gegen das Kapital dazu nötig ist. Diese Erkenntnis ist nach meiner Meinung über die Beschäftigung mit persönlichen Problemen sehr schwer zu gewinnen.
Das heißt nicht, daß psychische Störungen prinzipiell aus dem politischen Kampf auszuklammern sind. In Fällen, wo der Zusammenhang zur Arbeitssituation auf der Hand liegt, ist das durchaus möglich – z. B. wenn psychosomatische Störungen auf Arbeitshetze und Wechselschicht zurückzuführen sind. Auch Fragen der Erziehung bieten da gute Ansatzpunkte – wenn z. B. Schulversagen durch zu große Klassen und schlechte Arbeitsmöglichkeiten zu Hause bedingt ist, wenn Kinder vernachlässigt werden, weil die Mutter arbeiten muß und kein Kindergartenplatz zur Verfügung steht. Entscheidend an diesen Beispielen ist, daß ein psychisches Problem im Zusammenhang mit der gesamten sozialen Situation gesehen wird, während manche psychischen Störungen sich relativ verselbständigt haben und auch im Bewußtsein des Betroffenen losgelöst von den ihnen zugrundeliegenden gesellschaftlichen Ursachen erscheinen. In jedem Fall ist aber über die Einsicht in die gesellschaftlichen Ursachen hinaus eine Behandlung der psychischen Störung notwendig.
Führt Therapie zur Anpassung und Unterordnung? Mit der Frage der politischen Agitation in der Therapie hängt das Problem zusammen, ob Psychotherapie der besseren Anpassung an den kapitalistischen Arbeitsprozeß und damit der Entpolitisierung Vorschub leiste. Diese Position wird von vielen linken Kritikern der Psychotherapie vertreten[26], und auch Sperling und Jahnke von der ärztlich-psychologischen Beratungsstelle Göttingen meinen: „Die politisch engagierten Studenten fürchten unseres Erachtens zu Recht, daß ein methodisch-kritisches Infragestellen von Handlungsmotivationen ihnen den politischen Schwung raube. Das

26 „Um die progressive Seite der Angst bewußt erfahren und praktizieren zu können, ist sicher ein Mindestmaß an Ich-Stärke erforderlich. Wenn dieses Mindestmaß nicht gegeben scheint, so bleibt uns in den meisten Fällen nichts anderes übrig, als den Ratsuchenden an einen bürgerlichen Einzel- oder Gruppentherapeuten zu verweisen. Gelingt die Therapie, so wird der Betroffene hinterher weniger Angst haben als vorher, er wird zufriedener sein – und sich deshalb in den meisten Fällen leichter an die gesellschaftlichen Verhältnisse anpassen. Die Angst wurde nicht genutzt, um ihm die Herrschaft dieser Verhältnisse über ihn bewußt zu machen." Duhm, Dieter, Angst im Kapitalismus, Lampertheim 1972.

wird natürlich besonders dann der Fall sein, wenn unbewußte Rachemotive die Haupttriebfeder ihres Erlebens und Handelns darstellen."[27]

Dagegen muß man fragen: Was ist denn Ziel einer Psychotherapie? Natürlich ist als Ergebnis keine allseitig entfaltete sozialistische Persönlichkeit zu erwarten, diese Hoffnung wäre utopisch. Das Therapieziel des „realitätsgerechten" Verhaltens wird oft als Unterordnung und Zufriedenheit mit der kapitalistischen Realität angegriffen. Aber kann denn Unterordnung realitätsgerecht sein? Eine solche Behauptung leugnet die objektive Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. eine Widersprüchlichkeit, die in allen Lebensbereichen deutlich hervortritt. Es hieße doch den Kapitalismus zu verharmlosen, wenn man meint, daß seine Konflikte sich nur oder hauptsächlich im Bereich der psychischen Störungen manifestieren, und sind die einmal beseitigt, bestünde kein Grund mehr zur Unzufriedenheit! Die sich ständig verschlechternde soziale Lage der Bevölkerung und der Abbau demokratischer Rechte beweisen wohl das Gegenteil. Und ein „realitätsangepaßter" Mensch, der nicht durch Ängste im Sozialkontakt, Minderwertigkeitskomplexe etc. gequält wird, ist sicher besser in der Lage, sich mit dieser politischen Situation auseinanderzusetzen und zu lernen, daß und wie man dagegen kämpfen muß.

Nach den mir bekannten Erfahrungen ist noch niemand, der politisch aktiv war, durch eine Therapie unpolitisch geworden. Im Gegenteil bestätigen alle Erfahrungen aus der politischen Arbeit, daß psychische Probleme die Genossen in ihrer politischen Aktivität lähmen, die Gruppe belasten und in keiner Weise „politischen Schwung" verleihen oder als „revolutionäres Potential" (Duhm) genutzt werden können. Von daher ist auch die Ideologie des Sozialistischen Patientenkollektivs, die „Krankheit zur Waffe" zu machen, widersinnig: Es ist nicht einzusehen, wie man sexuelle Probleme, Schwierigkeiten in der Partnerbeziehung, Alkoholabhängigkeit gegen den Kapitalismus richten will.

All diesen Positionen liegt der Irrtum zugrunde, das individuelle Leiden an der Klassengesellschaft, den sich in der Angst, im Symptom äußernden Protest mit Klassenbewußtsein zu verwechseln. Klassenbewußtsein bedeutet jedoch die Einsicht in die Notwendigkeit des organisierten Kampfes gegen das Kapital mit dem Ziel der Überwindung der Macht des Kapitals und der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft. Diese Einsicht kann nur im gemeinsamen politischen Kampf gewonnen werden.

27 Sperling, E. & Jahnke, J,: Zwischen Apathie und Protest. Bd. 1: Studentenprobleme und Behandlungskonzepte einer ärztlich-psychologischen Beratungsstelle, Bern 1974.

Claus Proft

Ein Jahr nach dem Putsch: Die Erfahrungen der Unidad Popular

Als am 4. September 1970 die Kräfte der Unidad Popular die Regierungsgewalt übernahmen, wurde innerhalb weniger Wochen praktisch unter Beweis gestellt, daß die Einschränkung der Macht der multinationalen Konzerne, die beschleunigte Enteignung und demokratische Kontrolle der Großkonzerne und des Großgrundbesitzes entscheidende Möglichkeiten zur Verbesserung des Lebensstandards der Werktätigen, der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche eröffnet. Der Kampf des chilenischen Volkes um ein menschenwürdiges Leben hängt untrennbar mit dem Kampf um die Verfügungsgewalt über die entscheidenden Produktionsmittel zusammen. Als im September 73 dieser revolutionäre Prozeß durch das Blutbad der chilenischen Faschisten unterbrochen wurde, atmeten die Herren der großen Konzerne und Banken, die Vertreter imperialistischer Unterdrückungspolitik in der westlichen Welt auf. Es war vorläufig mit den Mitteln des äußersten Terrors gelungen, die Ausstrahlungskraft eines Prozesses zu unterbinden, in dem sich die Arbeiterklasse Chiles als Bahnbrecher des gesellschaftlichen Fortschritts und sich im Gegensatz zu Großkapital und Großgrundbesitz als fähig erwiesen hat, den anderen Schichten des Volkes, den Handwerkern, der werktätigen Intelligenz, den Bauern, den kleineren Unternehmern eine politische Perspektive zu weisen.

Heute in Chile: Freiheit der Konzerne

In dem Entwurf einer Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen des BDA heißt es („Die Welt", 20. 8. 74), privates Eigentum und private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel seien die nachhaltigste Antriebskraft für die erfolgreiche Verbindung von privatem und sozialem Nutzen, die „soziale Marktwirtschaft" sichere auch unter den modernen Bedingungen dem einzelnen ein Höchstmaß an Freiheit, eine Bedrohung der Marktwirtschaft heiße deshalb auch eine Bedrohung der freiheitlichen Gesellschaft. In den Tagen des blutigsten Terrors in Chile stellte sich die proimperialistische Presse in der BRD die Aufgabe, die ökonomischen Folgen imperialistischer Einmischungsversuche und Repressalien als eigentliche Folge einer Politik der „Ideologen" und „Dilletanten" der Unidad Popular hinzustellen und die Rückkehr des ausländischen Kapitals, den Machtantritt der Junta, den Krieg gegen das chilenische Volk, die Ermordung von Salvador Allende und Tausender Patrioten als die Wiedererrichtung einer verfassungsmäßigen Ordnung zu feiern (siehe „Die Welt", 13. 9. 74).

Wie die Parteigänger des Profitsystems ihre Vorstellung von Verfassung und Freiheit auf die Entwicklung in Chile anwenden, das entlarvt den Klasseninhalt dieses Begriffs im Sprachgebrauch der rechtsgerichteten Presse. Diese „Freiheit" betrifft nicht das Recht auf Leben, das Recht auf Bildung, das Recht, seine Persön-

lichkeit zu entfalten, diese Freiheit ist die Freiheit des Profits, dessen Sicherung die Methoden faschistischen Terrors bei einer Zuspitzung der Klassenverhältnisse einschließt. Die Freiheit der US-Konzerne, ihr Ausbeutungsfeld Chile zurückzuerobern, die Freiheit der Konzernbesitzer, hunderttausend chilenische Arbeiter zu entlassen und jeder Ernährungsgrundlage zu berauben, die Freiheit, eine Verfassung zu zertrampeln, wenn die dort fixierten Rechte von der antiimperialistischen Bewegung in Anspruch genommen werden, diese Freiheit meint der BDA in seinem Entwurf einer Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen, meint die CDU/CSU, wenn sie „freiheitlich" demokratische Grundordnung sagt.

Die reaktionäre Presse der BRD versuchte die ökonomischen Schwierigkeiten des Jahres 1973 in Chile als Folge der Verstaatlichungsabenteuer hinzustellen, die das Eingreifen der Junta notwendig gemacht haben soll („Die Welt", 13. 9. 1973). Die FAZ argumentierte am 13. 9. 1973: „Von vornherein stand fest, daß eine radikale Reform der Besitzverhältnisse im Land mindestens zunächst zu wirtschaftlichen Einbußen führen mußte ... Chiles Wirtschaft geriet an den Rand des Ruins ..." Die Welt ließ am selben Tag ihrer Leserschaft mitteilen: „Die planlosen Eingriffe des Staates in alle Bereiche der Industrie, des Handels und Verkehrs haben das Land an den Rand des Ruins gebracht." Richtig ist, daß die Volkskräfte und ihre Regierung radikale Eingriffe in die Besitzverhältnisse durchführten, falsch ist die Behauptung, sie seien planlos durchgeführt worden. Ebenso falsch ist die Behauptung, die Schaffung eines staatlichen Sektors mit antikapitalistischem Inhalt habe Chile an den Rand des Ruins gebracht.

Nationalisierung brachte sozialen Fortschritt

Durch einen einstimmigen Beschluß des chilenischen Parlaments wurden die Kupferminen verstaatlicht. Es gab in Chile keine Kraft im Parlament, die gewagt hätte, offen gegen die Verstaatlichung des Kupfers zu stimmen, das z. B. dem US-Konzern Kennecott einen durchschnittlichen Jahresgewinn von 52,8 Prozent gebracht hatte, das der Anaconda-Copper-Mining-Company 80 Prozent ihrer Profite garantierte, obwohl dieser Konzern dort nur 16 Prozent seiner Investitionsmittel anlegte. Innerhalb von 50 Jahren hatten ausländische Gesellschaften 9 800 000 000 Dollar Gewinne gemacht. (Zur ökonomischen Lage in Chile siehe Salvador Allende: Chile – Volkskampf gegen Reaktion und Imperialismus, Berlin/DDR, 1973, S. 193, französisches Autorenkollektiv: Das Chile der Volkseinheit, Frankfurt/M., 1972, und Dieter Boris, Konterrevolution in Chile, erster Versuch einer Einschätzung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/73, S. 1046.) Die schwindelerregende Höhe der Gewinne, die ausländische Konzerne aus der Ausbeutung chilenischer Arbeitskraft gezogen hatten, veranlaßte die Regierung der Unidad Popular, die Summe aller Gewinne, die seit 1955 gemacht wurden und über 12 Prozent lagen, von der Entschädigungssumme abzuziehen.

Im Ablauf des ersten Jahres der Arbeit der Regierung der Unidad Popular wurden von den 150 Monopolbetrieben, die die wichtigsten Zweige der Produktion beherrschten, 70 enteignet. 1971 wurde die Bergwerksindustrie nationalisiert, 1972 der US-Konzern ITT. Ende 1972 waren 90 Prozent der Privatbanken von entsprechenden staatlichen Institutionen aufgekauft. Gegen den erbitterten Widerstand

der Großgrundbesitzer wurden schon in den ersten drei Monaten der Regierung der Unidad Popular 90 landwirtschaftliche Betriebe mit einer Fläche von 656 554 ha Land enteignet. Dadurch wurde die Durchsetzung kollektiven Besitzes und kollektiver Bewirtschaftung auf dem Lande stark beschleunigt. Die Regierung Frei hatte im Laufe von sechs Jahren eine Million ha Land enteignet; damit leistete sie zwar einen völlig unzureichenden Beitrag zur Entwicklung einer effektiven und vom Zwang des Profits befreiten Landwirtschaft, aber es zeigte sich, daß auch die Regierung Frei nicht in der Lage war, die Probleme der Nahrungsmittelproduktion ohne Enteignung zu lösen.

Die Nationalisierung wichtiger Produktionsmittel wurde teilweise mit Billigung des Parlaments durchgeführt, teilweise nutzten proimperialistische Kreise ihre Mehrheiten im Parlament und anderen staatlichen Institutionen, um die Verstaatlichung und demokratische Kontrolle eines schnell wachsenden Sektors der Wirtschaft so weit wie möglich zu behindern. Es entstand ein antikapitalistischer Sektor, in dem die ökonomischen Mittel planvoll eingesetzt wurden, und die Werktätigen immer stärkeren Einfluß auf die Leitung der Betriebe nahmen. Die Erfahrung Tausender chilenischer Werktätiger, Produktionsziele, Produktionsbedingungen selbst gestaltet zu haben, schließt einen Lernprozeß ein, der dem antifaschistischen Widerstand in Chile bedeutende Kräfte zuführen wird. 1971 konnte die Industrieproduktion um 12 Prozent gesteigert werden. Das Bruttosozialprodukt stieg um 8,5 Prozent. (1969 stieg es dagegen nur um 2,5 Prozent.) Die Preissteigerungsrate konnte von 33 Prozent im Jahre 1970 auf 17 Prozent 1971 gesenkt werden. Die Löhne und Gehälter wurden im selben Jahr um 34,9 Prozent erhöht, der Mindestlohn sogar um 65 Prozent. Die Arbeitslosenzahl sank 1972 auf 3,7 Prozent von über 8 Prozent im Jahr davor.

Mehrere hunderttausend neue Arbeitsplätze und mehr als 30prozentige Lohnerhöhungen mußte den Haß der Verteidiger des Profitsystems erregen. Auf ihrem ideologischen Horizont stellt sich der faschistische Terror gegen selbstbewußter werdende Arbeiter als historische Notwendigkeit dar. So erfüllen die Schreiberlinge des Großkapitals die gegenwärtige Entwicklung mit Hoffnung: „Junta vor dem Aufbruch aus dem Bankrott."

Die Erfolge im Aufbau eines antikapitalistischen Sektors machten eine deutliche Hebung des Lebensstandards der Werktätigen möglich. Das chilenische Volk errang beachtliche Erfolge im Kampf gegen das Analphabetentum, eine der unmenschlichen Folgen von Kolonialismus und Neokolonialismus. 94 Prozent der 6- bis 14jährigen besuchten die Schule, die Kindergartenplätze wurden um 20 Prozent erhöht, die Anzahl der ausgebildeten Kindergärtnerinnen stieg um 15 Prozent. Die Anzahl der Schüler auf dem Lande stieg von 35 000 auf 210 000 im Laufe eines Jahres.

Auch in der medizinischen Versorgung konnten die chilenischen Revolutionäre schnelle Erfolge verbuchen. Die Anzahl der stationären Behandlungen konnte um 10 Prozent, die Anzahl der ambulanten Behandlungen um 33 Prozent gesteigert werden. die Sozialversicherung wurde für Handwerker und kleinere Unternehmer geöffnet, an den Hochschulen fanden Probleme der werktätigen Massen mehr und mehr Beachtung.

Die Zinssätze für Klein- und mittlere Betriebe wurden gesenkt. Besondere Maßnahmen wurden ergriffen zur Sicherung der materiellen und kulturellen Belange der Indianer in Chile. Den Herren der Großkonzerne und des Großgrundbesitzes wurde ein empfindlicher Schlag versetzt. Ihnen wurden Millionen genommen, nachdem sie viele Jahrzehnte hindurch das chilenische Volk um Milliardenwerte betrogen hatten, ohne die brennendsten sozialen Probleme des Landes auch nur ansatzweise lösen zu wollen und lösen zu können.
Einige Monate Unidad Popular an der Regierung, einige Monate reale Verfügungsgewalt des chilenischen Volkes über einen Teil ihrer wichtigsten Produktionsmittel hatten genügt, um erste große Erfolge im Kampf um eine menschenwürdige Existenz zu erringen. Aber ein Teil der wichtigen Produktionsmittel war noch in den Händen der chilenischen Monopolherren und Latifundisten. Auch konnte die chilenische Wirtschaft ohne umfangreiche Importe und Exporte aus kapitalistischen Ländern wirtschaftlich kaum existieren. Konzerne wie ITT, die Millionen in die Streikkassen der Fuhrunternehmer zahlten, um ihnen den Boykott im Transportwesen schmackhaft zu machen. Chilenische Konten in den USA wurden gesperrt, Kreditzusagen rückgängig gemacht, imperialistische Staaten, unter ihnen die BRD, suspendierten ihre „Entwicklungshilfe"-Projekte, die internationalen Rohstoffbörsen handelten Kupfer zu sinkenden Preisen. Dadurch entstanden dem chilenischen Volk allein im Jahre 1972 Verluste in der Höhe von 200 Mill. Dollar. Die Preise der Güter, von deren Import Chile abhängig war, stiegen dagegen um teilweise 60 Prozent (siehe die Rede von Präsident Allende vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1972). Wirtschaftssabotage faschistischer Gruppen, Schwarzhandel, Kapitalflucht chilenischer Unternehmen erzeugten zusätzlichen Druck auf die Regierung der Unidad Popular. Ärzte, Einzelhändler und Taxifahrer schlossen sich zeitweise den Boykottmaßnahmen der Fuhrunternehmer an. Politisch perspektivlose Besetzungen von kleineren Betrieben und Ländereien, durch ultralinke Gruppen gefördert, schaffen zusätzliche Verwirrung in verschiedenen Schichten des Volkes.

Schwierigkeiten: Isolierung der Arbeiterklasse

Die Regierung der Unidad Popular hatte zwar den praktischen Nachweis gebracht, in der Lage zu sein, den Handwerkern, den Händlern, der werktätigen Intelligenz und den Besitzern kleinerer Betriebe eine ökonomische Perspektive zu bieten, es gelang jedoch ungenügend, die verschiedenen Schichten des Volkes politisch fest genug um die Arbeiterklasse zu sammeln. Im Aufruf der Unidad Popular zum 1. Mai 1974 heißt es (zitiert nach ASK-Dokumente Nr. 7: Aufruf der Parteien der Unidad Popular anläßlich des 1. Mai 1974, für eine antifaschistische Front zum Sturz der Diktatur): „Der größte Mangel der Unidad Popular war ihre Unfähigkeit, die Isolierung der Arbeiterklasse zu verhindern und die Mehrheit der Bevölkerung zu veranlassen, sie zu unterstützen. Dabei hatten die Auffassungen der ultralinken Kräfte, die einen Druck auf die Unidad Popular und die Regierung ausübten, ein entscheidendes Gewicht. Unter Ausnutzung dieser Fehler zogen die erklärten Feinde der Volksregierung die verschiedensten gesellschaftlichen Schichten, kleinere und mittlere Unternehmer, freiberufliche und andere Volksschichten, die

nichts mit den Interessen der Imperialisten und der Großbourgeoisie gemein hatten, auf der Seite ihrer Politik."
Sobolew (A. I. Sobolew: Was Chile lehrt, abgedruckt in der UZ vom 8. 7. bis 18. 7.) führt u. a. folgende Gründe dafür an, daß es der Unidad Popular ungenügend gelang, die chilenische Oligarchie und ihre imperialistischen Hintermänner zu isolieren: „Um den Widerstand der Reaktion zu brechen, ist nicht einfach eine Mehrheit notwendig, sondern es bedarf einer aktiv handelnden und fest organisierten Mehrheit." Im Prozeß der chilenischen Revolution hat es die verschiedensten Formen besonderer Organisation der Massen gegeben:

- die Basiskomitees der Unidad Popular, die einen aktiven Wahlkampf in jedem Wohngebiet organisierten,
- die Räte der Versorgung und Preiskontrolle zur Überwachung der Einhaltung staatlich festgelegter Preise und zur Bekämpfung der Schwarzmarktpraktiken,
- die Selbstschutzkomitees der Betriebe, die die Produktion gegen faschistische Sabotage schützten,
- der Nationale Bauernrat mit seinen regionalen Untergliederungen.

Die Parteien der Unidad Popular, die Gewerkschaften, die Jugend- und Frauenorganisationen spielten eine wachsende Rolle im gesellschaftlichen Leben. Die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder erhöhte sich z. B. von 500 000 auf 800 000 Mitglieder. Luis Corvalan führte 1973 aus (Martha Buschmann, Hrsg.: Freiheit für Chile — Reden und Aufsätze von Corvalan 1967 bis 1973, S. 85): „Wir bestehen darauf, daß die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsführer zusammen mit den von der Regierung bestimmten Leitern die völlige Leitung der Betriebe übernehmen. Das wird es erlauben, die Produktionsverhältnisse wirklich zu verändern, bestimmte Tendenzen zu überwinden, das Interesse der Werktätigen besser mit dem Fortschritt und dem guten Funktionieren des Betriebes zu verbinden." Im gleichen Aufsatz heißt es allerdings an anderer Stelle: „Die wirkliche Kraft und das Potential der Befürworter der sozialen Veränderung ist in der Tat gigantisch. In diesem Kampf hat das Proletariat große Reserven in den sozialen Gruppen, die noch unter dem Einfluß des Feindes stehen, die aber zur Sache der Revolution hingezogen werden können und müssen." Sobolew sieht in umfassender Massenorganisation der Werktätigen wie in Rußland die Sowjets, in europäischen Ländern die Nationalkomitees Formen der Organisation der Mehrheit der Befürworter der sozialen Veränderung, die in der Lage ist, eine entscheidende Rolle bei der Festigung der Volksmacht zu spielen.
Es war nicht gelungen, die 15 000 Komitees, die zu den Präsidentenwahlen gebildet wurden, zu solchen Keimzellen der Macht zu entwickeln. Das Grundvermögen, die Hauptfeinde politisch zu isolieren, durch eine umfassende und weitsichtige Bündnispolitik hatte auch Folgen für die Entwicklung in den bewaffneten Organen. Im Mai-Aufruf der Parteien der Unidad Popular heißt es dazu: „Die allgemeine Isolierung der Arbeiterklasse widerspiegelte sich in der Isolierung der verfassungstreuen Elemente innerhalb der Streitkräfte und im Vormarsch der Putschisten." Die Lage in der Armee spiegelte nicht nur einfach die Entwicklung des gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisses passiv wider. Die Umgruppierung der Kräfte in der Armee vollzog sich auch als Folge ungenügender Anstrengungen der Volkskräfte, die Stärkung der antiimperialistischen Kräfte in der Armee ener-

gisch zu unterstützen. Diesem Problem tragen die Parteien der Unidad Popular verstärkt Rechnung, wenn sie jetzt, unter den Bedingungen des militärfaschistischen Terrors, in ihrem Aufruf zum 1. Mai 1974 formulieren (weiter zitiert nach ASK-Dokumente Nr. 7): „Andererseits nimmt die durch die Politik der Junta hervorgerufene allgemeine Unzufriedenheit auch Einfluß auf die Streitkräfte, auf die Carabinieros. Daher ist die richtige Behandlung der Streitkräfte ein Problem von vorrangiger Bedeutung. Man wird die größte Energie, mit der man die faschistische Politik der Befehlsspitzen sowie gewisser Offiziere und Einheiten bekämpfen und entlarven muß, kombinieren müssen mit der größten Vielseitigkeit, eben anknüpfen an die demokratischen und patriotischen Traditionen der Streitkräfte und an die in ihrem Innern aufkommende Ablehnung der heute herrschenden faschistischen Orientierung. Das Volk muß wissen, daß es selbst innerhalb der Streitkräfte Verbündete finden wird." (Siehe dazu: Wem dient die Armee? Materialien einer internationalen Forschungsgruppe, Probleme des Friedens und des Sozialismus 4/74, S. 478.)

Imperialistische Junta-Politik auch gegen Mittelschichten

Manfred Neuber (Die Welt, 23. 8. 1974) schreibt: „Aus dem Bankrott der vorherigen Volksfrontregierungen soll Chile nach dem Vorbild Ludwig Erhards herausfinden, man spricht hier viel von der freien Marktwirtschaft ... Den beiden traditionellen Ursachen der Inflation in Chile, dem defizitären Staatshaushalt und den Verlusten in den staatlichen Betrieben, will er (Raoul Saew) durch äußerste Sparsamkeit ihre Durchschlagskraft nehmen." Die äußersten Sparsamkeiten nach dem Vorbild Ludwig Erhards spürt das chilenische Volk gegenwärtig durch eine 15prozentige Arbeitslosigkeit, durch Senkung der Löhne und Gehälter unter das Existenzminimum (siehe dazu auch Aufruf der Parteien der Unidad Popular zum 1. Mai 1974, und rote blätter 19, S. 29), durch Preissteigerungen von 1500 Prozent.

Die mit faschistischen Mitteln zurückeroberte Macht chilenischer Konzerne und Großgrundbesitzer, der Herren von ITT und Cennecott widerspricht den ökonomischen Interessen aller anderen Schichten des Volkes. Die Herren der Monopole Hand in Hand mit den faschistischen Mördern erobern in Chile gegenwärtig ihren Einfluß, ihren Spielraum für unternehmerisches Handeln zurück, indem sie die Preise freigeben, die Löhne reduzieren, Garantien für ausländische Investitionen übernehmen, die Banken und Betriebe reprivatisieren, den großen Konzernen die Kredite vorbehalten, die Zölle für Importe der Profitjäger der imperialistischen Länder senken, den Kapitalismus auf dem Lande fördern. Verliefe dieser Prozeß ungestört, brächte er den schrittweisen beschleunigten Ruin der kleinen und mittleren Unternehmen mit sich.

Im Interesse aller Schichten des Volkes heißt es deshalb im antifaschistischen Kampfprogramm der Unidad Popular: „Man muß verhindern, daß Monopolunternehmen an ihre ehemaligen Besitzer zurückgegeben werden und muß darum kämpfen, daß sie in den Händen der Werktätigen bleiben. Man muß verhindern, daß der von den Bauern eroberte Boden den ehemaligen Herren zurückgegeben wird. Die Verarmung der kleinen und mittleren Landwirte, Geschäftsleute und Industriellen muß verhindert werden. Man muß ihnen Marktbedingungen sichern und die baldige Befriedigung ihrer Kreditbedürfnisse fördern. Es muß verhindert

werden, daß der große Verrat am Vaterland vollendet wird. Das Kupfer wurde im Einklang mit Verfassung und Gesetzen rationalisiert, und es darf keine Entschädigung gezahlt werden. Man muß die Entnationalisierung unserer grundlegenden Reichtümer, des Eisens, des Kupfers und des Erdöls verhindern. Es muß eine unabhängige und würdige Außenpolitik gegenüber allen Nationen durchgesetzt werden. Die Kräfte der Unidad Popular rufen alle Schichten des Volkes zum sofortigen Kampf um dieses ökonomische Sofortprogramm auf. Der Arbeiterklasse kommt die entscheidende Aufgabe zu, die Furcht, die Passivität, die der zügellose Terror bei vielen patriotischen Chilenen auslöste, zu überwinden und die Unzufriedenheit in sorgsame Kampfaktionen gegen die militärfaschistische Junta umzuwandeln." In den Aufrufen zum einheitlichen Kampf gegen den faschistischen Terror wendet sich die Unidad Popular besonders nachdrücklich an die Teile des Volkes, die sich der christlich-demokratischen Partei zurechnen. Diese Kräfte mußten die Erfahrung machen, daß diejenigen, die am lautesten den Vorwurf der Verfassungsuntreue gegen die Regierung der Unidad Popular erhoben, jetzt die verfassungsmäßigen Institutionen zerschlagen haben.

Kleine Unternehmer, die vor dem Putsch mit CIA-Dollars für die Sabotage gegen die Maßnahmen der Unidad Popular gewonnen wurden, machen heute die Erfahrung, daß ihnen keine günstigen Kredite mehr aus den Banken angeboten werden, daß die Preise um das Zigfache klettern, daß sie nicht mehr das Recht haben, in einer politischen Partei ihre Interessen zu vertreten, daß sie keine Stimme mehr besitzen zur Wahl eines Abgeordneten in ein legal arbeitendes Parlament. Das spüren Ärzte und Juristen, Handwerker, die gesamte werktätige Intelligenz ebenso. Diese Erfahrungen der verschiedenen Schichten des chilenischen Volkes tragen zur Ablehnung der militärfaschistischen Junta bei und schaffen subjektive Voraussetzungen, alle Kräfte des Volkes zum Kampf gegen den Faschismus zu gewinnen.

Jetzt Möglichkeiten zur antifaschistischen Einheitsfront nutzen!

Überwunden werden muß die Angst vor dem faschistischen Terror, der Pessimismus, der angesichts der Ereignisse in Chile schnell in nichtproletarische Schichten der Bevölkerung entsteht. Der Aufruf des christlichen Politikers Leighton (ehemaliger Vizepräsident und Innenminister der Regierung Frei) und Gumucio (Leitungsmitglied der christlichen Linken, Unidad Popular) zur Schaffung einer antifaschistischen Einheitsfront, in die die Marxisten ausdrücklich von dem christlichen Politiker eingeschlossen werden, stellt einen bemerkenswerten Schritt in der Sammlung aller Kräfte des Volkes gegen den Faschismus dar.

Der antifaschistischen Einheitsfront der Arbeiter, Bauern, Angestellten, Handwerker, der werktätigen Intelligenz und der kleinen Unternehmer steht nicht die Möglichkeit offen, etwa durch Tätigkeit in einem bürgerlichen Parlament oder durch ungehinderte politische Organisation ihre Interessen zu vertreten. Jedes kleinste soziale und politische Recht muß in Konfrontation mit den Mördern der faschistischen Militärclique direkt in der Aktion erkämpft werden. Die Kommunistische Partei formuliert: „Unsere Partei faßt die Entwicklung des antifaschistischen Kampfes als ein Prozeß des Kampfes der Werktätigen auf, und nur durch

diesen Kampf werden wir Patrioten die faschistische Gewaltherrschaft schlagen" (aus IB, 13, 74, S. 7.). Sie wendet sich damit scharf gegen die Versuche christdemokratischer Führer, mit den Faschisten auf Kosten des Volkes einen Kompromiß zu schließen, um lediglich die Fassade des faschistischen Terrors durch die Hinzuziehung christdemokratischer Politiker in die Regierung aufzupolieren: „Unsere breite und konsequente Bereitschaft zur Einheit, zu einem breiten demokratischen Bündnis des Volkes drängt uns, eine solide Einheit zwischen der UP und den Christdemokraten aufzubauen, aber auf der Grundlage – und zwar nur auf der Grundlage – des antifaschistischen Kampfes" (IB 13, 74).
Die Reaktionäre in der BRD, die ihre Machwerke unter dem Namen „Rote Fahne" veröffentlichen, sehen in der Forderung nach Aufbau einer antifaschistischen Einheitsfront eine Entlarvung der Unidad Popular: „Allerdings hat sie (gemeint ist die KP) eine Diskussion der Fehler der Unidad Popular zu fürchten, denn sie war der entschiedenste Träger der Fehler. Allerdings hat sie Grund, nach bedingungsloser Einheit zu rufen, denn sie isoliert von den Teilen der Volksfrontparteien, die aus den Fehlern lernen wollen und in eine grundlegende Kritik der Volksfrontregierung eingetreten sind." (Aus: „Rote Fahne", 4. Jahrgang, Nr. 43.) Den Maoisten in der BRD, die in der Ermordung Zehntausender chilenischer Patrioten nicht in erster Linie eine imperialistische Aggression sehen, sondern gewissermaßen eine glänzende Bestätigung ihrer Gedankengebilde, muß deutlich gesagt werden: Gerade jetzt muß der Besitzer einer kleinen Fabrik, der Rechtsanwalt und andere Kräfte des Volkes für den Kampf an der Seite der Arbeiterklasse gewonnen werden, müssen bedeutende Anstrengungen unternommen werden, um die ideologischen Unklarheiten über den Charakter des revolutionären Weges in Chile auszuräumen. Diese ideologischen Unklarheiten in verschiedenen Schichten des chilenischen Volkes sind zum Teil die Folge perspektivloser Aktionen linksopportunistischer Gruppen, die durch Fabrik- und Landbesetzungen kleinerer Eigentümer den Druck auf den Hauptgegner, den Großgrundbesitz, die großen in- und ausländischen Konzerne verminderten und statt dessen Mißtrauen gegenüber der Politik der Unidad Popular entstehen ließen, die von den rechten Propagandisten nur allzu gerne aufgegriffen wurden.

Die Wurzeln des Faschismus beseitigen

In der antifaschistischen Bewegung steht auch die Frage nach der Beseitigung der Wurzeln des Faschismus. Im Aufruf zum 1. Mai wird von den Parteien der Unidad Popular das Ziel der Bewegung der antifaschistischen Front formuliert: „Die Zerschlagung der Diktatur, die Zerstörung des totalitären Polizeistaates ... sowie der Aufbau eines neuen demokratischen, nationalen, pluralistischen und volksverbundenen Staates, der alle von unserem Land und seinem Volk erzielten Errungenschaften weiterentwickelt, die Macht des Imperialismus und der großen Monopol- und Agrarbourgeoisie liquidiert und die Interessen der großen Mehrheit der Nation verteidigt, indem er eine neue Wirtschaft aufbaut, die die unabhängige Entwicklung des Landes garantiert."
Die jetzt entstehende antifaschistische Einheitsfront wird wesentlich mehr gesellschaftliche Kräfte einbeziehen als die Parteien der Unidad Popular vor dem September 1973. Menschen, die die Unidad Popular gewählt haben, aber nicht bereit

waren, für sie aktiv einzutreten, werden in die antifaschistischen Aktionen einbezogen; andere, die vor dem September noch den Wegbereitern des Faschismus ihre Stimme gaben, werden sich unter den gegenwärtigen Bedingungen für die antifaschistische Front entscheiden und die Junta nicht unterstützen, die weder ökonomisch noch politisch in irgendeiner Schicht des Volkes Fuß fassen kann. Das Ziel dieser immer breiter werdenden antifaschistischen Front ist nicht nur die Verhinderung der Ausdehnung der Macht der Monopole und des Großgrundbesitzes, sondern die Liquidierung dieser Macht.
Nach der Beseitigung des Faschismus steht nicht die Aufgabe einer Rekonstruktion der Verhältnisse vor dem September 1973. Im Kampf gegen den Faschismus werden mehr Menschen aus den verschiedensten Schichten des Volkes den Charakter des Imperialismus verstehen lernen, wird sich die Arbeiterklasse sichtbar als die Klasse des Kampfes um Demokratie und sozialen Fortschritt erweisen. Die geschichtsgestaltende Kraft der Volksmassen wird sich selbst als stärker erweisen als der unerbittliche Terror chilenischer Faschisten und ihrer imperialistischen Freunde. Die faschistische Junta versteht zuzuschlagen: Sie zwingt dem chilenischen Volk täglich große Opfer auf. Doch gleichzeitig entstehen unter diesen Bedingungen neue Kräfte, wächst die Bereitschaft in den verschiedenen Schichten des Volkes, um ein menschenwürdiges Leben zu kämpfen.
Der Faschismus ist eine der brutalsten Seiten in der Geschichte des Imperialismus: Menschen mit demokratischer Überzeugung trieb er in die Resignation, hervorragende Führer der Arbeiterbewegung wurden ermordet, Millionen fortschrittlicher Menschen in aller Welt sind sein Opfer. Das stellt die internationale Arbeiterbewegung vor die Aufgabe, alles zu tun, um dem Imperialismus die Möglichkeit zu nehmen, durch Krieg und Faschismus das Profitsystem am Leben zu erhalten. So groß die Opfer, die der Faschismus den Völkern der Welt aufgezwungen hat, in Deutschland, in Portugal, in Spanien und in Griechenland, so sicher ist auch, daß der historische Fortschritt sich auch in diesen Ländern angebrochen hat und sich Bahn bricht. Der militärische Angriff des faschistischen Deutschland auf den ersten sozialistischen Staat der Welt endete mit der völligen Niederlage des deutschen Faschismus und dem Sieg der roten Armee. Heute genießt die Friedenspolitik der Sowjetunion ein hohes Ansehen bei allen Völkern der Welt. Als in der Zeit des Hitlerfaschismus die IG Farben und Krupp und Abs ihre Macht über ganz Europa ausdehnen wollten, mußten sie die Erfahrung machen, daß ihre Eroberungspläne vollständig scheiterten und statt dessen der erste sozialistische deutsche Staat entstand, dessen Existenz anzuerkennen sie mehr und mehr gezwungen waren. Im vollen Bewußtsein der schwierigen Lage, in der der Kampf der Volkskräfte sich befand, formulierte Luis Corvalan 1973: „Chile, Lateinamerika, die Welt der Unterdrückten und Ausgebeuteten haben den Marsch angetreten zu einem besseren Leben. Ganz gleich, welche Schwierigkeiten und zeitweisen Rückschläge es auch geben mach, dieser Marsch geht voran, denn es ist der Marsch der Geschichte." Konzernherren und reaktionäre Politiker in der BRD leisten den chilenischen Faschisten bei ihrem blutigen Terror zur Erhaltung des Profitsystems wirksame Hilfe. Die Aufgaben aller Menschen demokratischer Überzeugung in der Bundesrepublik ist es, alles zu tun, um den Kampf der antifaschistischen Bewegung zum Sturz der faschistischen Diktatur wirksam zu unterstützen.

Facit-Forum:

Zur Auseinandersetzung mit der Politik des SLH*

Christine Groh, Köln

Liebe Genossen,
Euer Artikel zur Auseinandersetzung mit der Politik des SLH kam zur rechten Zeit. Gewinnt doch der SLH im wesentlichen durch folgende Faktoren an Bedeutung:

- als stabiler Bündnispartner des RCDS in den Organen der Verfaßten Studentenschaft (ASten Bochum, Aachen, Köln, Karlsruhe),
- als zentrale Organisation auf Bundesebene,
- als Gruppe mit „sozialliberalem" Anspruch, die kritisches Wählerpotential bindet, das vom RCDS nicht erreicht wird.

Euer Artikel war in mancher Hinsicht aufschlußreich, sowohl was die richtigen ideologiekritischen Vorbemerkungen, wie die falschen tagespolitischen Schlußfolgerungen betrifft.

Wahrhaftig wird das Selbstverständnis und die Praxis des SLH nur verständlich, wenn man ihre positivistische Grundlage bedenkt. Die integrationistischen Bestrebungen des SLH sind Ausfluß einer erkenntnistheoretischen Haltung, die lediglich das Faktische, das „positiv Gegebene" als Reflexionsobjekt zuläßt, die aus hektischer Falsifikationssucht und agnostischer Skepsis die Behauptung über das Vorhandensein gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten verteufelt und letztlich auf eine scheinwissenschaftliche Legitimation der spätbürgerlichen Gesellschaft abzielt. „Der Positivismus wurde . . . zu einem wichtigen ideologischen Instrument der imperialistischen Bourgeoisie, und zwar sowohl zur Stabilisierung ihres eigenen Systems in Ausnutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse als auch des Kampfes gegen die marxistisch-leninistische Weltanschauung und den Sozialismus."[1]

Die systemstabilisierende Funktion dieser Theorie korrespondiert aufs Engste mit antimarxistischen Ausfällen.

„Die Grundtendenz ist also integrationistisch" stellt Ihr mit Recht fest, denn zweifelsohne operiert der SLH mit dem theoretischen Rüstzeug der Monopolbourgeoisie.

So weit, so gut. Um so unverständlicher bleiben Eure Ausführungen über die Möglichkeiten sogenannter „taktischer Bündnisse" mit dem SLH. Wenn Ihr z. B. in der Semesterauswertung die Frage aufwerft, „inwieweit ist die demokratische Kampffront über die schon politisierte Avantgarde erweitert worden?", so muß neben anderen Faktoren natürlich auch die Bündnispolitik berücksichtigt werden. Ohne Zweifel ist es richtig, die sozialdemokratisch orientierte Anhängerschaft des SLH im Hinblick auf ihre nach links tendierenden Entwicklungsmöglichkeiten zu

* Artikel von T. Brücher / S. Ludwig / M. Zimmermann in: Facit Nr. 34, 10. Jg., Mai 1974.
1 Kleines politisches Wörterbuch, Berlin 1973, S. 664.

untersuchen, doch wie sollte dazu ein politisches Bündnis mit dem SLH angetan sein, über den — laut Eurer Aussage — ja erst viele Studenten mit unseren Aktionsvorschlägen erreicht werden.

Erinnert sei an dieser Stelle an Eure eigenen Aussagen über den Charakter des SLH. Im Zusammenhang mit dem Hochschulrahmengesetz kommt Ihr zum richtigen Urteil, der SLH betreibt „Flickschusterei im Interesse der Monopole". Einige Zeilen weiter stellt Ihr fest: „Offen reaktionär ist der SLH in seiner Stellungnahme zu den Berufsverboten." In der Frage der Ausbildungsfinanzierung betont Ihr mit Recht, daß es dem SLH darauf ankommt, „Studenten und Arbeiterklasse gegeneinander auszuspielen". Warum? Der SLH meint, „man müsse in die allgemeine Verteilungsschlacht der Studenten gegen Arbeitslose, Witwen und zuviel konsumierende Bürger um die Gunst der den Kuchen verteilenden Politiker einsteigen". Auch der letzten hier angeführten Einschätzung wird jeder zustimmen, nämlich, „daß der SLH im Verlaufe der BAFöG-Kampagne beileibe nicht die Klassenfront gewechselt hat".

Liebe Genossen, kann angesichts dieser von Euch selbst gelieferten Charakteristik des SLH Eure anfängliche Überlegung noch aufrecht erhalten werden, wonach „taktische Bündnisse" mit dem SLH den Einfluß des MSB Spartakus in der Studentenschaft erweitern sollten? Und wo kann man darüber hinaus die gemeinsamen antimonopolistischen Interessen dieser merkwürdigen Koalition finden? Wiederholt sei hier die Definition des Begriffes Taktik: „Zum Bereich der Taktik gehören die Festlegungen der laufenden Politik der Partei in der gegebenen Situation, die Berücksichtigung der Veränderungen im Wechselverhältnis der Klassenkräfte, die Wahl der Kampf- und Organisationsformen, die den entstandenen Bedingungen entsprechen und auf die beste Weise der Erreichung der strategischen Aufgaben dienen."[2]

Die Strategie ist somit eine dem taktischen Vorgehen einer marxistischen Organisation übergeordnete Festlegung der prinzipiellen politischen Linie, die durch die Wechselhaftigkeit der je konkreten Situationen einer Etappe hindurch Gültigkeit besitzen. Die Taktik dient der bestmöglichen Umsetzung der politischen Essentials, dem Herausfinden und Ausnutzen aller Mittel und Wege, die geeignet sind, das strategische Ziel zu erreichen. Die Taktik bleibt demnach umgrenzt durch den allgemeinen Rahmen strategischer Prinzipien und kann nur innerhalb dieses Rahmens ein Beitrag zur revolutionären Weiterentwicklung sein. Nur entsprechend dieses Verhältnisses von Strategie und Taktik können auch in bündnispolitischer Hinsicht die richtigen Wege eingeschlagen werden. Um die übergroße Mehrzahl der in ihrer Berufsperspektive nichtmonopolistischen Studenten zu einem konsequenten antimonopolistischen Kampf zu führen, bedarf es der Zusammenarbeit aller studentischer Organisationen nach Maßgabe ihrer gemeinsamen antimonopolistischen Interessen. Die Notwendigkeit des Bündnisses ruft die Bereitschaft zu Kompromissen hervor. „Gleichzeitig erfordert antimonopolistische Bündnispolitik Kompromißbereitschaft der Arbeiterklasse und ihrer Partei, die Bereitschaft, sich im Bündnis jeweils auf solche Forderungen zu einigen, die von allen Bündnis-

2 Gerns/Steigerwald, Probleme der Strategie des antimonopolistischen Kampfes, Frankfurt/M. 1973, S. 9.

partnern unterstützt werden können ... Antimonopolistische Bündnispolitik erfordert also die Verbindung von Elastizität und Prinzipienfestigkeit."[3]
Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an die Äußerungen Lenins zum Charakter von Kompromissen. „Die Aufgabe einer wahrhaft revolutionären Partei besteht nicht darin, den unmöglichen Verzicht auf jegliche Kompromisse zu proklamieren, sondern darin, durch alle Kompromisse hindurch, soweit sie unvermeidlich sind, zu verstehen, ihren Prinzipien, ihrer Klasse, ihrer revolutionären Aufgabe — Vorbereitung der Revolution, Befähigung der Volksmassen zum Sieg in der Revolution — treu zu bleiben."[4]
Wie gefährlich auch ein Abweichen der Taktik von den unveräußerlichen Grundpositionen ist, zeigt auch Sagladin, wenn er schreibt: „Die Kommunisten lehnen jedoch die Politik einer prinzipienlosen Anpassung an die Lage sowie an die Stimmungen ihrer eventuellen Verbündeten ab. Dabei gehen sie davon aus, daß die Arbeiterklasse durch eine solche Anpassung dazu gebracht werden kann, ihre klassengebundene Linie aufzugeben und ihre Führungsrolle gegenüber den Massen zu verlieren."[5] Halten wir fest: Politische Bündnisse sind zunächst nicht Resultate eines bloß taktischen Kalküls, in welchem die situationsgebundenen Bedingungen dominierend sind, sondern Erfordernis beim Verfolgen der strategischen Linie. Dabei spielt die Gemeinsamkeit der Interessen eine hervorragende Rolle. Sie erst bestimmt die prinzipiellen Möglichkeiten des Bündnisses. Zumindest ist deutlich, daß es keine rein „taktischen Bündnisse" geben kann. Allerdings zeigen die historischen und täglichen Erfahrungen, daß man zwischen Teilbündnissen und umfassenden Bündnissen unterscheiden muß.

Eure Behauptung, „Es ist falsch, Bündnisangebote primär davon abhängig zu machen, ob es sich hier um eine rechte — in diesem Falle integrationistische — oder fortschrittliche Gruppe handelt, entscheidend ist vielmehr, ob damit rechte oder fortschrittliche Politik gemacht wird ...", wird man nur schwerlich mit den eben genannten Prinzipien marxistischer Bündnispolitik in Übereinkunft bringen können. Bezogen auf den SLH stellen sich folgende Fragen: Fällt ein Zusammengehen mit dem SLH noch in den Bereich möglicher Bündnisse? Welche Interessen verfolgt der SLH?
Zur konkreten Beantwortung dieser Frage soll die Einschätzung des SLH zu drei Momenten der staatsmonopolistischen Hochschulformierung betrachtet werden.

1. Hochschulrahmengesetz

In einer Broschüre des SLH zu den SP-Wahlen an der Kölner Uni im Sommersemester 74 finden wir folgendes: „Die Ambivalenz des Staates überträgt sich auf seine Gesetzgebungsvorhaben. So ist der vorliegende Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes Chance und Gefahr zugleich. Eine Chance ist er deshalb, weil er eine Möglichkeit darstellt, die strukturelle Reform der Hochschule und die Neubestimmung der Forschungs-, Lehr- und Studieninhalte endgültig in Bewegung zu setzen. Er verspricht die Verwirklichung von mehr Mitbestimmung, Öffentlichkeit und Kontrolle als bisher. Er bricht der alten reaktionären Ordinarienuniversität endgültig das Genick." Solcherlei gezielte Illusionsmache, die sich offensichtlich an die altbekannten ideologischen Fabrikationsmuster der bestallten staatlichen Bildungsschuster anlehnt, gewinnt ihre Gefährlichkeit dort, wo den Studenten fortschrittliche hochschulpolitische Perspektiven angesichts einer durchgängigen reaktionären Gesetzgebung vorgegaukelt werden. Wer im Hinblick auf das HRG noch in der Lage ist, progressive Tendenzen zu entdecken und den Studenten ein abwartendes Stillhalten anempfiehlt, der betreibt allerdings „Flickschusterei im Interesse der Monopole" und profiliert sich als studentischer Sachwalter der Hochschulformierung.

2. Ausbildungsfinanzierung

Ihr behauptet in Eurem Artikel, daß, „wo der SLH seinen liberalen Anspruch ernstnehmen muß ..., wir uns positiv auf seine Forderungen beziehen und sie für die demokratische Studentenbewegung nutzbar zu machen suchen". Als einen dieser Anknüpfungspunkte erwähnt Ihr das Engagement des SLH für die sozialen Interessen der Studenten. Wie stark ist eigentlich dieses Engagement?
Einer der zahlreichen Broschüren des SLH, in der Prinzipielles zur „Studentischen Sozialpolitik 1974" niedergelegt ist, entnimmt man zunächst eine bunte Palette mannigfacher Allgemeinplätze (das Recht auf Chancengleichheit, das Recht auf ausreichenden Schutz vor Krankheit und Not, das Recht auf einen menschenwürdigen Wohn- und Arbeitsplatz, Verbesserung der Ausbildungsförderung, Neuregelung der studentischen Krankenversicherung, mehr Wohnraum für Studierende). Jedoch unter der Überschrift „Realisierungsmöglichkeiten" stößt man plötzlich auf des Pudels Kern. „Der SLH ist der Ansicht, daß die notwendigen Mittel nicht nur durch einfache Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten beschafft werden können, sondern daß zur Erfüllung dieser Aufgaben der Anteil der staatlichen Haushalte am Bruttosozialprodukt gegenüber privatem Konsum und privaten Investitionen ausgeweitet werden muß." Daß hier aus allgemeinen Gleichheitserwägungen auch die „privaten Investitionen" herhalten müssen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß nach Ansicht des SLH die im Bildungssektor anfallenden Kosten durch allgemeine Steuererhöhungen finanziert werden sollen. Gerade hier, wo Ihr beim SLH noch einen „liberalen Anspruch" vermutet, zeigt dieser honorige Studentenverband sein wahres Gesicht. Die Ausbildungsfinanzierung soll auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung gehen, eine Vorstellung, die sich in nichts von der der systemtragenden Parteien unterscheidet. Auf einen Nenner gebracht, gerinnt diese Einstellung zum reaktionärsten Postulat: „Für die Vorteile, die sich für die Gesamtgesellschaft ergeben, muß auch die Gesamtgesellschaft aufkommen."[6]

3. Mitbestimmung

In der schon genannten Wahlbroschüre des SLH wird unter dem Stichwort Mitbestimmung folgendes gesagt: „Die Mitbestimmung hat also das Ziel, die Inhaber der unteren Rangplätze der herrschaftskonservierenden Hierarchie an Entschei-

3 Ebenda, S. 50 f.
4 W. I. Lenin, Über Kompromisse, in: Ausgewählte Werke, Band 3, Frankfurt/M. 1970, S. 382.
5 W. W. Sagladin, Die kommunistische Weltbewegung. Abriß der Strategie und Taktik, Frankfurt/M. 1973, S. 222.
6 SLH-Wahlbroschüre, Köln SS 74.

dungsprozessen zu beteiligen, somit die hierarchische Struktur zu zerstören, das Organisationssystem allen Betroffenen zu öffnen, um die Legitimationsbasis zu verbreitern." Abgesehen davon, daß sich dieser Passus eher als eine diffuse Beschwörungsformel denn als eine politische Einschätzung ausnimmt, schreibt die SLH in einem Wahlkampfflugblatt zu den Kölner SP-Wahlen, daß es sich gegenwärtig um die „Ausschöpfung der geringen Möglichkeiten, die das BVG-Urteil zur Mitbestimmung in der Hochschule noch bietet" handelt. In bekannter Manier wird unter der Hand das einmal vorgegebene zum nicht zu überschreitenden Handlungsspielraum. Einmal mehr orientiert der SLH auf das widerstandslose Sich-Fügen der Studenten in den staatsmonopolistischen Bedingungsrahmen. Schaut man sich die Entwicklung dieses SLH an, wird seine Funktion noch deutlicher. Er ist aus Verbindungen und Teilen der katholischen Jugend entstanden (damals als DSU-Gruppen), zu Anfang der 70er Jahre als Reaktion auf die Studentenbewegung. DSU und Nachfolgegruppen bestimmten ihr Selbstverständnis explizit aus der Gegnerschaft zu marxistischen Organisationen an den Hochschulen, speziell zum Spartakus.

Heute beschwört der SLH in seinen Publikationen den Niedergang der Studentenbewegung. Er verweist süffisant auf die „linken Veteranen, die in Erinnerung an die schönen alten Krawallzeiten schwelgen und nach dem zwanzigsten Bier in der Kneipe in wehmütiger Erinnerung die Internationale summen, neben sich die inzwischen 25jährige Maid, die in den wilden Hochzeiten der Bewegung frei nach dem Zitat von Bernhard Shaw gelebt hatte: ‚Wer mit 20 Jahren kein Kommunist ist, der hat kein Herz'." Heute, so stellt er gegenüber, „ist die Freiheit der Marlborough wieder an den Unis gefragt. Das gebrochene Verhältnis zur Welt, zur Gesellschaft und zu sich selbst ist von der Zwangsjacke des Numerus clausus gezügelt. Überschüssige Kräfte müssen jetzt wieder vernünftiger eingesetzt werden, will man im Studium zu etwas kommen. Augenmaß ist gefragt! Das ist die Chance für die klaren, kühlen Köpfe der Mitte, die überall dort sind, wo es leer und langweilig wird." (SLH-Wahlbroschüre)

Seit der Konstituierung des SLH zum Bundesverband 1972, durch die klare Bestimmung seines Verhältnisses zum RCDS und mit strafferer Zentralisierung, ist diese Gruppe inzwischen auch förderungswürdig für die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) geworden (FR v. 27. 4. 74, Protokoll einer Schulung von Bayer-Leverkusen-Managern durch den BDA Frühjahr 1974 in Köln, erstellt von Günther Wallraff).

Spätestens seitdem die hessischen Jungdemokraten eine Mitgliedschaft in ihrer Organisation und im SLH für unvereinbar erklärten, ist klar, daß wirklich liberale Kräfte in dieser Gruppe nichts mehr zu suchen haben.

Es ist sicher nicht zu vorschnell geurteilt, wenn man heute sagt, daß diese Gruppe inzwischen die Funktion rechtester Sozialdemokraten in der Studentenschaft erfüllt. Selber bezeichnet sich der SLH als „liberales Sprachrohr der ASten, in denen er mit dem RCDS im Bündnis steht". Da, wo der RCDS also auf Grund seiner eindeutigen Politik isoliert ist unter den Studenten, verhilft er ihm zu Ansehen und bindet Teile kritischen Wählerpotentials an eben diesen RCDS. Darüber können auch nicht die Bemühungen hinwegtäuschen, sich immer wieder verbal vom RCDS abzugrenzen und teilweise Vokabeln zu benutzen, die fortschrittlichen

Studenten vertraut sind. Die Grenzen ihres Engagements liegen nachweislich da, wo eine politische Bewegung den Herrschenden gefährlich wird.

- Mehr BAFöG bekommen wir ihrer Meinung nach nur, wenn sich im Parlament interne Verschiebungen ergeben, wenn sich z. B. Rhode gegen Leber durchsetzt.
- Von der Verbindung zur Arbeiterklasse halten sie gar nichts, da die Politik ihrer Meinung nach von „großen Männern" gemacht wird, und man in gutem Einvernehmen mit diesen schon zu sozial gerechteren Verhältnissen kommt.
- Die Länder des realen Sozialismus schließlich sind für sie „Funktionärsparadiese" und „Teildiktaturen".

Zusammenfassend kann man sagen: Indem der SLH die Entwicklung der rechten Sozialdemokraten mitvollzieht, muß er immer stärker Abstand nehmen von seinen eigenen Reformvorstellungen. (Am auffälligsten ist immer wieder, was von ihm in Publikationen apostrophiert und in Praxis getan wird.) Mit seiner politischen Konsolidierung hat dieser SLH seinen Platz gefunden als aktiver Verteidiger dieser Herrschaftsordnung, er macht quasi links vom RCDS Politik fürs Großkapital. In Abwandlung Eurer Einschätzung bliebe noch zu sagen: Es ist falsch, bei Bündnisangeboten primär davon abzusehen, ob es sich um eine rechte oder fortschrittliche Gruppe handelt!

Oleg Cernavin, Mainz

Zwei Schritte zurück zum Erfolg?

„Die Kommunisten gehen davon aus, daß ein bloßes Verkünden der Forderungen ohne die Ausarbeitung einer Taktik des antimonopolistischen Kampfes und ohne aktives Handeln der Arbeiterklasse und aller Werktätigen kein verläßliches Mittel zur Mobilisierung der Massen sein kann. Losgelöst vom konkreten aktiven Kampf gegen die Macht des Monopolkapitals kann die revolutionäre Tendenz der allgemeindemokratischen Forderungen kein Ausdruck finden. Die Taktik des antimonopolistischen Kampfes kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie den täglichen Kampf für die lebensnotwendigen Bedürfnisse der Werktätigen konsequent mit dem Kampf für den Sturz der Macht der Monopole verbindet."[1]

Ausgehend von dieser Aussage Sagladins möchte ich einige Passagen des Artikels von Brücher/Ludwig/Zimmermann „Zur Auseinandersetzung mit der Politik des ‚sozialliberalen Hochschulverbandes'" dabei im Facit 34 kritisch untersuchen. Ich konzentriere mich dabei auf den Abschnitt: ‚Wie tritt der MSB Spartakus an den SLH heran?', da gerade in diesem Abschnitt einige sehr fragwürdige Aussagen zum Verhältnis MSB—SLH gemacht worden sind.

Ich gehe in meinen Bemerkungen dabei von den von Brücher/Ludwig/Zimmermann im großen und ganzen richtigen Einschätzung des SLH aus, in der er als ein von der Methode der Beliebigkeit eines Sir Poppers ausgehender Verband

1 W. W. Sagladin, Die kommunistische Weltbewegung, Ffm. 1973, S. 226 f.

gekennzeichnet wird, der die auf dem Boden des Monopolkapitals stehende Politik der rechten SPD-Führung an den westdeutschen Hochschulen verteidigen, umsetzen und ihren Einfluß ausbauen soll.

Daß der SLH, ehemals DSU, zu den rechten Gruppen zu zählen ist, der mit Antikommunismus die Aktionseinheit der Studenten verhindern will, ist schon im Studentenaktionsprogramm klar aufgezeigt, wo es heißt: „Dazu kommen Gruppen wie die Deutsche Studenten Union (DSU), die sich gerne ein liberales Mäntelchen umhängen, die sich in der Praxis aber dem RCDS als Bündnispartner anbieten."[2]
Diese Aussage des SAP ist seit dem in der Praxis an fast allen Hochschulorten, an denen SLH-Gruppen bestehen, bestätigt worden, überall versuchen diese Gruppen, mit dem RCDS als Bündnispartner die Politik der herrschenden Klasse zu verkaufen.[3]

„Taktische Bündnisse"

Brücher/Ludwig/Zimmermann legen sich die Frage vor, wie sie den aktiven und passiven Anhang (!) des SLH gewinnen können, und beantworten sie dann selber folgendermaßen: „Um dabei (Initiierung von praktischen Kampferfahrungen, d. Verf.) die Einbeziehung möglichst vieler Kommilitonen zu erreichen, verzichten wir selbstverständlich nicht auf das Mittel taktischer Bündnisse mit solchen politischen Gruppen wie dem SLH, über den wir ja erst viele Studenten mit unsern Aktionsvorschlägen erreichen."[4]

„Taktische Bündnisse" also, um „an die Studenten heranzukommen". Auch, um sie für den gemeinsamen Kampf an der Seite der Arbeiterklasse für den Sozialismus zu gewinnen? Dieses „über taktische Bündnisse an die Studenten ran!" ist ein In-den-Wind-Schlagen der Erfahrungen der Arbeiter- und Studentenbewegung.
Für den marxistischen Studentenverband sollte doch gerade nicht die Frage die entscheidende sein, wie sie Brücher/Ludwig/Zimmermann stellen, nämlich, wie man sich durch konstruierte Bündnisse mit reaktionären Gruppen an deren „Anhängerschaft" heranlaviert, sondern für den MSB ist entscheidender Ausgangspunkt und Kriterium, auch für alle Bündnisse, das Interesse der Mehrheit der Studenten, die Forderungen der Studenten im Kampf für demokratische und soziale Rechte, im Kampf an der Seite der Arbeiterklasse.

Sagladin schreibt dazu: „Die Einheit kommt dort zum Erfolg, wo die Kommunisten Forderungen erheben, die die Arbeiter besonders bewegen und deren Lebensinteressen entsprechen. Wenn die Kommunisten eine richtige Einschätzung der Situation geben, die Stimmung der Massen richtig beurteilen und die konkreten Aufgaben für den gemeinsamen Kampf richtig formulieren, ist kein Gegner der Einheit imstande, den Kampf der Arbeiter für diese Forderungen zu behindern. Dann werden die von den Kommunisten gestellten Forderungen zur Forderung aller Arbeiter, dann müssen selbst die eingefleischten Antikommunisten ihre Taktik ändern, um nicht von den Massen isoliert zu werden."[5]

2 Studentenaktionsprogramm, S. 90.
3 Zu erinnern ist auch hier an das Verhalten des SLH auf der 26. o. VDS/MV; siehe dazu: rote blätter 17, S. 12ff.
4 FACIT 34, S. 116.
5 Sagladin, a. a. O., S. 199.

Übertragen wir das, was Sagladin sagt, auf die Studentenbewegung, so heißt doch das nichts anderes, als daß der MSB Spartakus die Studenten nur dann gewinnen kann, und zwar die Mehrheit der Studenten, also auch diejenigen, die Brücher/Ludwig/Zimmermann dem sogenannten SLH-Block (SLH-Anhängerschaft) zuschlagen, wenn er Forderungen stellt, die von den Studien- und Lebensinteressen der Studenten ausgehen, wenn der MSB in der Lage ist, den gemeinsamen Kampf der Studenten anzuleiten, die Aktionseinheit der Studentenbewegung herzustellen. Und daß es gerade jetzt darauf ankommt, daß reale Fortschritte für uns nur durch die Entfaltung des Massenkampfes gegen die großen Konzerne und ihren Staat erreicht werden können, daß es dafür notwendig ist, selbst demokratische Alternativen zu entwickeln und für die Sofortforderungen der DKP einzutreten, daß ist ja spätestens seit dem 3. Bundeskongreß des MSB auch der Studentenbewegung bekannt.[6]
Für diese Aktionseinheit der Studentenbewegung und für das Bündnis aller fortschrittlichen Hochschulorganisationen und für das Bündnis mit der arbeitenden Bevölkerung und ihren Organisationen benötigen wir keine taktischen Bündnisse mit reaktionären Organisationen.
Der MSB hat ein Studentenaktionsprogramm vorgelegt, in dem die Grundlagen, die Voraussetzungen und die Ziele für den gemeinsamen Kampf der Studenten an der Seite der arbeitenden Bevölkerung für die Verbesserung ihrer Lage formuliert ist. Dieses Programm richtet sich nicht nur an die politisch aktiven Studenten, sondern auch an diejenigen, die politisch weniger engagiert sind. Auf dem 2. Bundeskongreß in Hamburg wurde dazu formuliert: „Wir übersehen nicht, daß es der herrschenden Klasse immer noch gelingt, Studenten den Blick für ihre wirklichen Interessen zu trüben, sie vom kollektiven Handeln abzuhalten. Auch an solche Studenten richtet sich unser Programm. Ihnen zu helfen, den bornierten bürgerlichen Akademismus und arbeiterfeindliche Vorbehalte zu überwinden, sie in den demokratischen Kampf mit einzubeziehen, das ist eine wichtige Aufgabe nicht nur für unseren Verband, sondern für die gesamte fortschrittliche Studentenbewegung. Deshalb wenden wir uns mit unserem Programm bewußt nicht nur an fortschrittliche Teile, sondern an die Masse der Studenten."[7]

Inhaltliche Zugeständnisse

Geht man, wie Brücher/Ludwig/Zimmermann, den Weg zu den von dem SLH beeinflußten Studenten über die reaktionäre Organisation SLH über „taktische Bündnisse", so wird man sich sehr schnell der Tatsache gegenübersehen, daß man zu inhaltlichen Zugeständnissen gezwungen ist, die zu einer Aufgabe – zumindest in einigen Punkten – unserer prinzipiellen Politik führt. Das ist zwar kein Automatismus, aber die Gefahr ist gegeben.
Das Taktieren des Taktierens willen geschieht meist fern jeglicher politischer Einschätzung. Dann wird der SLH nicht mehr als politische Kraft mit einem Programm, und zwar einem reaktionären, angesehen, sondern als Mittel, um möglichst viele Studenten zu erreichen.

6 Der 3. Bundeskongreß selber hat ja als wesentliches Ergebnis konkrete, verständliche und auf das wesentliche konzentrierte Aktionsvorschläge formuliert.
7 Unsere Politik, Dokumente des MSB Spartakus, Bonn, 1974, Hauptreferat 2. Bundeskongreß, S. 194f.

Der Fehler liegt bei Brücher/Ludwig/Zimmermann in dem prinzipienlosen Herangehen an taktische Bündnisse.

Vergessen worden ist, was Dimitroff 1935 auf dem VII. Weltkongreß sagte: „Die Kommunistische Internationale stellt für die Aktionseinheit keinerlei Bedingungen, mit Ausnahme einer einzigen, elementaren, für alle Arbeiter annehmbaren Bedingung, und zwar, daß die Aktionseinheit sich gegen den Faschismus, gegen die Offensive des Kapitals, gegen die Kriegsgefahr, gegen den Klassenfeind richtet. Das ist unsere Bedingung."[9]

Diese eine Bedingung, den Kampf zu richten gegen das Monopolkapital und seinen Staat, eben gegen den Klassenfeind, diese eine Bedingung darf man auch taktischen Bündnissen, auch kurzfristigen, nicht unterordnen. Der Schritt zum Opportunismus ist dann nicht mehr weit. Und wenn wir davon ausgehen, daß der SLH auf der anderen Seite der Barrikade steht, daß er versucht, recht geschickt, den Antikommunismus hochzupeitschen, dann kann es nur heißen, den Aufforderungen des Studentenaktionsprogramms zu folgen: „Setzt die Aktionseinheit gegen alle Widerstände durch, ... bekämpft die soziale und politische Demagogie solcher Gruppen wie der DSU."[10]

Hierzu sei noch einmal abschließend Dimitroff zitiert, der zu inhaltlichen Zugeständnissen und taktischen Bündnissen mit rechten Gruppen folgendes sagte: „Und in der Tat bedeutet die Einheitsfront der Arbeit gemeinsame Arbeit und gemeinsamen Kampf der Werktätigen und ihrer politischen Parteien und ökonomischen Organisationen um bestimmte konkrete Forderungen und Ziele, die nur im Kampf gegen die Bourgeoisie, den Kapitalismus und ihre Parteien, nicht aber durch Zusammenarbeit mit ihnen in irgendwelcher Form verwirklicht werden können.

Die Klassenzusammenarbeit, die bei uns die sogenannte gemeinsame Sache ist, selbst in ihrer besten Form, ist nichts anderes als eine Unterordnung der Interessen und Bedürfnisse der werktätigen Massen unter die Klasseninteressen und -ziele und die Klassenpolitik der Bourgeoisie für vorübergehende geringe Zugeständnisse an gewisse Parteien, Gruppen und gar nur einzelne Personen."[11]

Brücher/Ludwig/Zimmermann scheinen in der von mir kritisierten Passage ihres Artikels überhaupt Schwierigkeiten zu haben, die verschiedenen Hochschulgruppen und ihre Politik richtig einzuschätzen. Sie schreiben z. B.: „Es ist falsch, Bündnisangebote primär davon abhängig zu machen, ob es sich hier um eine rechte ... oder forschrittliche Gruppe handelt, entscheidend ist vielmehr, ob damit rechte oder fortschrittliche Politik gemacht wird ..."[12] Sie gehen hier allzu oberflächlich über die einleuchtende Feststellung hinweg, daß in unserem Land rechte Gruppen auch in der Regel rechte Politik zu machen pflegen, auch die rechten Gruppen also durch die Politik, die sie machen, rechte Gruppen sind. Es kommt ja gerade nicht darauf an, das schier unmögliche Unterfangen zu beginnen, die

9 Dimitroff, G., Die Offensive des Faschismus.
10 Studentenaktionsprogramm, S. 90.
11 Dimitroff, G., Einheitsfront oder Zusammenarbeit der Klassen, in: Ausgew. Werke, Bd. 2, Berlin 1958, S. 118.
12 FACIT 34, S. 116f.

rechten Gruppen über Bündnisangebote zu fortschrittlichen zu machen, sondern die Mehrheit der Studenten für einen aktiven Kampf an der Seite der Arbeiterklasse zu gewinnen.

Bedeutung des Bewußtseinsstandes der Studenten!

Brücher/Ludwig/Zimmermann wollen auf taktische Bündnisse mit dem SLH nicht verzichten, da dem MSB hierdurch „erst viele Studenten mit unseren Aktionsvorschlägen erreichen."[13]
Ausgangspunkt für sie ist also, logisch weitergedacht, das Bewußtsein der Studenten. Nun spielt natürlich für einen marxistischen Studentenverband das Bewußtsein der Studenten eine große Rolle bei der Festlegung der richtigen Taktik, der Einschätzung des Kräfteverhältnisses usw. Doch sind, wie auch schon oben angeschnitten, Ausgangspunkt für den MSB die Interessen der Studenten, eben die Interessen nach einer demokratischen Hochschule, nach einem materiell abgesicherten Studium usw. Wenn wir diese Interessen der Studenten vertreten, erreichen wir sie, und nicht über den SLH, der das Bewußtsein – nach Brücher/Ludwig/Zimmermann – seiner Wähler anscheinend allein bestimmt. Weil die drei also den Ausgangspunkt bei der Entwicklung unseres Verhältnisses zu den vom SLH beeinflußten Studenten im Bewußtsein dieser Studenten suchen, und nicht in ihren objektiven Interessen, landen sie auf dem Holzweg, wo sie konstruieren müssen, wo dann auch die Grundinteressen der Arbeiterklasse und der Studenten im allseitig zu führenden Klassenkampf gegen die herrschende Klasse leicht unter den Tisch fallen können. Doch der MSB sollte sich doch gerade dadurch von allen anderen Organisationen unterscheiden, daß er in der Lage ist, die gesamten Interessen der Studentenbewegung zu formulieren, um gleichzeitig der treibende Faktor im Kampf für diese Interessen zu sein. Oder, wie Marx und Engels es ausdrückten, daß sich die Partei von andern Teilen der Arbeiterklasse davon unterscheidet, daß sie jeden Angehörigen der Klasse vereint, die „in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten. Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus."[14]

Die Gesamtinteressen der Studentenbewegung, die Tagesinteressen der Studentenbewegung formulieren, Wege aufzeigen, wie sie durchzusetzen sind und ständig als Initiator und an vorderster Front für ihre Durchsetzung kämpfen, das ist unsere Aufgabe als marxistischer Studentenverband.

Die Stärke des MSB hängt nicht davon ab, ob unsere Mitglieder und unsere Organisation geschickte „Bündnisse" herstellen mit rechten Gruppen, weil diese

13 FACIT, 34, S. 116.
14 Marx/Engels, Kommunistisches Manifest, Berlin 1969, S. 36.

das Bewußtsein einer großen Anzahl von Studenten beeinflussen. Unsere Stärke hängt davon ab, wie wir den Kontakt in der Aktion herstellen zu anderen fortschrittlichen Studentenorganisationen und zu den nichtorganisierten Studenten. „Um der Masse zu dienen und ihre richtig erkannten Interessen zum Ausdruck zu bringen, muß der Vortrupp, die Organisation ihre ganze Tätigkeit in die Massen verlegen und dabei aus ihr ausnahmslos alle guten Kräfte herausziehen, und auf Schritt und Tritt sorgfältig und objektiv prüfen, ob die Verbindung zu den Massen gewahrt wird, ob sie lebendig ist. So und nur so erzieht und schult der Vortrupp die Masse, indem er ihre Interessen zum Ausdruck bringt, sie lehrt, sich zu organisieren, und die ganze Tätigkeit der Masse auf dem Weg bewußter Klassenpolitik lenkt."[15]

In diesen Worten Lenins kommt deutlich zum Ausdruck, wie taktische Bündnisse mit rechten Gruppen, wie inhaltliche Zugeständnisse von prinzipiellen Aussagen einzuschätzen sind, und daß wir uns nicht in erster Linie von dem Bewußtseinsstand der Massen leiten lassen. Diese drei von mir herausgearbeiteten Kritikpunkte an dem einen Abschnitt von Brücher/Ludwig/Zimmermanns Artikel sind bestimmend für den gesamten Abschnitt: „Wie treten wir an den SLH heran?"

Im folgenden will ich versuchen, anhand einiger Beispiele das Verhältnis des MSB zum SLH darzulegen.

Massenaktionen initiieren!

Zunächst scheint es mir notwendig zu sein, eine gewisse Differenzierung zwischen dem RCDS und dem SLH vorzunehmen, eine Differenzierung, die bisher bewußt ausgeklammert wurde, da es galt, den SLH als eine Gruppe zu kennzeichnen, die versucht, die Interessen des Monopolkapitals an der Universität durchzusetzen. Doch müssen wir auch feststellen, daß der SLH, „da er kritisches Potential der Studentenschaft integrieren will, an eine Reihe von Fragen flexibler herangeht als der RCDS. Es ist auch nicht auszuschließen, daß eine Reihe seiner Anhänger oder sogar einzelne seiner Mitglieder in bestimmten Fragen partiell fortschrittliche Positionen vertreten."[16]

Doch darf diese Differenzierung nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Hauptziel des SLH die Integration der sozialdemokratischen und liberalen Strömung der Studentenschaft an das Herrschaftssystem des Monopolkapitals ist, und daß der SLH versucht, diese Strömungen „auf Antikommunismus und Bejahung der Monopolherrschaft auszurichten."[17]

1. Aus Obengesagten ergibt sich die erste Konsequenz für den MSB Spartakus in seinem Verhältnis zum SLH. Wenn wir davon ausgehen, daß der SLH letztlich eine Politik im Interesse des kapitalistischen Systems betreibt, dann ist es unsere Aufgabe, diesen Charakter der Politik des SLH den Studenten zu vermitteln. Das wird uns nicht gelingen, wenn wir es immer wieder allein abstrakt in unseren Publikationen behaupten, sondern die Studenten müssen es selber erfahren.

15 Lenin, W. I., Wie W. Sassulitsch das Liquidatorentum erledigt, Werke Bd. 19, Berlin, 1971, S. 400.
16 Politischer Bericht des Sekretariats des MSB Spartakus an die 2. Tagung des Bundesvorstandes, 8./9. 6. 1974, S. 3; In: rote blätter 19, Einlage.
17 Ebenda.

Ein Beispiel dafür, wie das erfolgreich geschehen kann, waren die Aktionen der Mainzer Studentenschaft für eine demokratische Satzung der verfaßten Studentenschaft. Der SLH legte einen Satzungsentwurf vor, der auch mit den Stimmen des RCDS im Studentenparlament verabschiedet wurde, zu dem der SLH selber unter anderem sagte, daß das Hauptanliegen dieses Entwurfes die Stärkung der Fachschaften sei. SLH: „Die Fachschaften sollen schlagkräftiger werden."[18]

Im Kampf gegen diese vom SLH vorgelegte Satzung, in dem eine hohe Aktivität der Studentenschaft erreicht wurde, gelang es dem Spartakus aufzuzeigen, daß es dem SLH nicht darum ging, die verfaßte Studentenschaft zu stärken, sondern daß es sich um einen Versuch des SLH handelte, die Pläne der Herrschenden zur Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft auf kaltem Wege durchzusetzen.

Das gelang einmal dadurch, daß wir anhand des Satzungstextes, der in Massenauflage erschienen war, aufzeigen konnten, daß mit der Hereinnahme von 50 Prozent Gremienvertretern in die Fachschaften die Eigenständigkeit der Fachschaften aufgehoben wurde.

Damals sagte wir: „Damit wird die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Fachschaftsvertretung in einer Situation zerstört, in der in der BRD die Hochschulgesetze überall verschärft und neue Disziplinierungsmaßnahmen in ihnen verankert werden sollen – wie in Bayern –, in der wir die Fachschaftsvertretungen als aktionsfähige einheitliche Organe dringend benötigen."[19]

In einer Reihe von Vollversammlungen und persönlichen Gesprächen konnte es gelingen, anhand des konkreten Beispiels des Satzungsentwurfes deutlich zu machen, welche Geschäfte der SLH an der Uni betreibt.

Darüber hinaus fiel zu dieser Zeit dem MSB ein Protokoll einer internen Leitungssitzung der SLH-Gruppe Mainz in die Hände, mit dem jedem deutlich aufgezeigt werden konnte, daß der SLH sich selbst die Aufgabe stellt, für die Bildungspolitik der Herrschenden an der Universität zu sorgen. In diesem Protokoll hieß es unter anderem: Fernziel ist die Abschaffung der verfaßten Studentenschaft ... Im Augenblick müssen wir noch bestehende Möglichkeiten der verfaßten Studentenschaft ausnutzen und eine Möglichkeit aufzeigen, wie bis zur Abschaffung gearbeitet wird."[20]

2. Der zweite Aspekt, den wir beachten müssen: Bei Aktionen, in denen sich der SLH mit seinen scheinbar forschrittlichen Forderungen profilieren will, gilt es, ihn herauszufordern, auf der Grundlage einer politischen Plattform, gemeinsam mit den Studenten und ihren fortschrittlichen Organisationen, den Kampf für demokratische Alternativen aufzunehmen. Wenn der MSB so vorgeht und versucht, den SLH an seinem Anspruch zu messen, so zeigt die Erfahrung, daß der SLH zwar bereit ist, über eine politische Plattform zu verhandeln, daß er aber immer dann abspringt, wenn diese Plattform konsequent von den Interessen der Studenten ausgeht.

18 Flugblatt der P. S. (heute SLH) vom 7. 11. 1972 an der Mainzer Universität.
19 Flugblatt des MSB Spartakus vom 2. 11. 1972 an der Mainzer Johannes-Gutenberg-Universität.
20 Aus einem Protokoll eines Leitungsseminars der Mainzer SLH-Gruppe (damals PS). Das Leitungsseminar fand vom 17. 12. bis zum 19. 12. 1971 in Höchst/Odenwald statt.

Dazu ein Beispiel: Im Mainzer Studentenparlamentswahlkampf im Sommersemester 1974 hat die rechtsradikale Organisation RFS eine Klage eingereicht, mit der dem AStA Mainz die Mitarbeit im vds aus politischen Gründen verboten werden sollte. Wenig später wollte die RFS eine Veranstaltung mit dem rechtsradikalen Prof. Münch durchführen. Der MSB, der LHV, SHB, Juso-AG und 15 Fachschaften verfaßten einen Aufruf, in dem die Studenten aufgefordert worden sind, eine solche Veranstaltung nicht zuzulassen und auf dieser Veranstaltung zu beraten, wie die zwei Wochen vorher eingereichte Klage des RFS gegen den AStA Mainz, zur Sperrung der Mitgliedsbeiträge an den vds, politisch bekämpft werden kann. In diesem Aufruf wurde auf der Grundlage der Klagen gegen den vds eine Verbindung zum RCDS gezogen, und die Studenten wurden in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen aufgefordert: „Keine Stimme für RFS und RCDS, die die Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft anstreben."[21] Und weiter hieß es: „Verhindern wir, daß diese Kräfte (RFS und RCDS) Sitze in Fachschaften, StuPa und AStA bekommen."[22]

Zu den Verhandlungen über den Aufruf und weiterer Aktionen wurde auch der SLH offiziell vom AStA eingeladen. Der SLH war bereit, den Aufruf zu unterschreiben, wenn die oben zitierten Sätze gestrichen würden, da der SLH sich nicht darauf festlegen könne, eine Koalition mit dem RCDS auszuschließen. Da wir nicht bereit waren. von der oben zitierten, politisch notwendigen Aussage abzugehen, hat der SLH die Verhandlungen verlassen.

Am nächsten Tag wurde neben dem Aufruf ein Flugblatt von MSB, SHB und LHV verteilt mit der Überschrift: „SLH nicht bereit, gemeinsam mit den Fachschaften und fortschrittlichen Hochschulgruppen gegen die RFS-Klage, mit der dem AStA die Mitarbeit im vds verboten werden soll, vorzugehen!"[23] In diesem Flugblatt wurde die Haltung des SLH in der Öffentlichkeit bekanntgemacht.

In den dann folgenden Aktionen (aus der RFS-Veranstaltung wurde ein RFS-Tribunal gemacht, an dem über 600 Studenten teilnahmen) war vom SLH kein Flugblatt und keine weitere Aktion zu sehen.

Dieses Beispiel zeigt auch, daß es notwendig ist, wenn man an den SLH herantritt, den Charakter der Politik des SLH zu kennzeichnen und den Studenten politisch zu begründen, wieso der SLH sich so oder so verhält.

3. Ein weiterer Aspekt ist, den SLH an seinem Anspruch in der Wirklichkeit zu messen. Und hier kommen wir wieder zu dem im ersten Teil des Artikels Gesagten zurück, Anspruch und Wirklichkeit vor allem messen, dadurch, daß wir die Interessen der Studenten vertreten, in der Initiierung von Massenaktionen an erster Stelle stehen. Stehen die Studenten in Aktionen, bekämpfen sie eine reaktionäre Maßnahme der Herrschenden und formulieren sie ihre eigenen Alternativen, werden sie sehr schnell merken, daß der SLH zwar sehr viele und kostspielige Publikationen vertreibt, daß er aber nichts tut, um seine scheinliberalen Forderungen durchzusetzen. Am Anfang von Aktionen hört man im Gegenteil von SLH-

21 Aufruf von Fachschaften und fortschrittlichen Hochschulgruppen zu Aktionen gegen die rechtsradikale Studentenorganisation RFS, Mainz, 6. 5. 74.
22 Ebenda.
23 Gemeinsames Flugblatt von MSB, LHV und SHB an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, 6. 5. 74.

Funktionären, man solle doch mit Kämpfen aufhören und auf den parlamentarischen Weg hoffen, man habe ja den einen oder anderen Bekannten im Landtag, und im übrigen seien die Studenten sowieso nicht kampfbereit. Ist die Bewegung der Studenten so stark, daß sie sich mit solchen Bemerkungen isolieren würden, dann versuchen sie mit kritischen Bemerkungen gegen die in den Aktionen an der Spitze stehenden fortschrittlichen Hochschulgruppen der Aktion insgesamt doch zuzustimmen, allerdings rein verbal. Wie der SLH immer wieder versucht, den rosa Lack seines Anspruchs vor Kratzern der Wirklichkeit zu schützen, und daß der MSB diesen Anspruch nur über den breiten, gemeinsamen Kampf der Studenten als Anspruch ohne Wirklichkeit entlarven kann, wird an folgendem Beispiel sichtbar:

Zu Beginn des SS 73 wurde die Situation bei den Sozialwissenschaftlern bestimmt durch überfüllte Seminare, Listen für Seminare usw. Nachdem im WS 74/75 unzureichende Kompromißlösungen akzeptiert wurden, wurden im SS zwei Wochen lang alle Proseminare aktiv bestreikt. Der damalige SLH-RCDS-AStA hat zu diesen Aktionen nichts gemacht. So sagte der damalige SLH-Pressereferent „auf einer Uni-VV am 25. April 1973 sinngemäß: ‚Der AStA wurde über die materielle Misere nicht informiert. Wir wußten nichts vom Streik und konnten ihn so auch nicht unterstützen.' "[24] Neben dieser Inaktivität des AStA ist aber gleichzeitig in den Publikationen des SLH zu lesen: „Zum äußeren NC kommt der innere NC, so daß die Freiheit des Lernens sowie das wissenschaftliche Arbeiten der Studenten unmöglich gemacht werden. Der SLH wendet sich entschieden gegen diese Formierungstendenzen und die Verschlechterung der Ausbildung."[25] Die Sektion Sozialwissenschaften des MSB hat auf diesen Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit immer wieder hingewiesen.

Während der Aktionen haben die Studenten gesehen, daß der SLH große Worte schwingt, aber nichts unternimmt, um die streikenden Studenten zu unterstützen. Während der ganzen Zeit wurde nicht ein SLHler bei den Sozialwissenschaftlern gesehen. Der indirekt meßbare Erfolg der Arbeit des MSB war ein beträchtlicher Stimmengewinn bei den folgenden StuPa-Wahlen, bei denen wir in dem sozialwissenschaftlichen Wahlkreis bedeutend erfolgreicher als der SLH abschnitten, wenn dieser Erfolg auch nicht allein durch diese Aktion und das richtige Auftreten gegenüber dem SLH erreicht wurde.

Aber dieses Beispiel zeigt, wenn wir eine aktive, initiativreiche Politik betreiben, wenn wir von den Interessen der Studenten ausgehen, haben wir Erfolg und sind in der Lage, den Anspruch des SLH an der Wirklichkeit zu messen.

4. Zu einem letzten Aspekt, begonnen mit einem Beispiel: Am 15. Januar 1974 wurde in Mainz das Vogel-Tribunal gegen die Bildungspolitik der Herrschenden gemeinsam von der Landesastenkonferenz, der Landesschülervertretung Rheinland-Pfalz und einer Reihe von Arbeiterjugendfunktionären aus Großbetrieben durchgeführt. Auf diesem Tribunal wurden zum erstenmal in Rheinland-Pfalz gemeinsam von Arbeiterjugendlichen, Schülern und Studenten Anklage gegen

24 Dokumentation des MSB Spartakus Mainz, zur Arbeit des RCDS-Kess-PS-AStA, Sommersemester 73.
25 Punkt 14 (Zeitung des SLH Mainz), S. 5.

die Bildungspolitik gehalten und gemeinsame Forderungen vor 1000 Teilnehmern aufgestellt. In der Abschlußerklärung des Tribunals heißt es: „Die konkreten Forderungen sind für uns, die Arbeiterjugendlichen, Schüler und Studenten, die Schritte in Richtung auf ein demokratisches Bildungswesen in Rheinland-Pfalz."[26] Und weiter heißt es: „Auf dem Weg zu einer stärkeren Vereinheitlichung des Kampfes aller Jugendlichen für ein demokratisches Bildungssystem, des Kampfes von Arbeiterjugend und Studenten, ist dieses Vogel-Tribunal gegen die Bildungspolitik ein wichtiger Meilenstein."[27] Diese Worte zeigen den großen Erfolg des Tribunals auf dem Weg des gemeinsamen Kampfes von Arbeiterjugend und Studenten.

Und was sagt der SLH zum gemeinsamen Kampf von Arbeiterjugendlichen und Studenten? „Entscheidungen werden (in unserer Gesellschaft, d. Verf.) ohne Mitwirkung der Betroffenen getroffen. Diese Art von Herrschaftsausübung kann unserer Meinung nach durch Schaffung eines kritischen Bewußtseins und Aktivierung großer Teile der Bevölkerung abgebaut werden. ... Nach Ansicht von PS/SLH sind Demokratisierung ... nur mit den Gewerkschaften zu erreichen."[28]

Das hieße doch aber gemeinsamer Kampf von arbeitender Bevölkerung und ihren Organisationen für die Studenten.

Doch dort, wo das geschieht, wie eben bei dem rheinland-pfälzischen Vogel-Tribunal, dort antwortet der SLH mit plumpem Antikommunismus: „In bewährter Spartakus-, sprich DKP-Manier, funktionierte die Gleichschaltung auch ‚unabhängiger' Schüler und Studenten. ... in reibungsloser Folge sagten Studenten, Schüler und Vertreter der Arbeiterjugend ihr Sprüchlein auf."[29] „... so wäre es an der Zeit, ein ‚Spartakus-Tribunal' zu veranstalten."[30]

Und damit hat der SLH selber deutlich gemacht: Wer das will, was der SLH mit einigen fortschrittlichen Forderungen sagt, der kann diese Forderungen nur durchsetzen, wenn er sie u. a. auch gegen den SLH durchsetzt. Machen wir das den Studenten klar.

26 Siehe Wortlaut der Abschlußerklärung, in: Protokollband zum Vogel-Tribunal, Fotokopierauflage, Abschlußerklärung.
27 Ebenda.
28 Unkipress, Nr. 19, Jg. 2, Organ des Mainzer Uni-AStA, S. 3.
29 Punkt 11, S. 3.
30 Ebenda, S. 4.

Jürgen Stopel, Göttingen

Thomas Brücher, Günther Ludwig und Michael Zimmermann kommen in ihrem Artikel u. a. zu dem Schluß „auf das Mittel taktischer Bündnisse mit solchen politischen Gruppen wie dem SLH ..." könne nicht verzichtet werden. Denn: „Eine klare antimonopolistische Orientierung und den ideologischen Kampf gegen rechte Demagogie vorausgesetzt, wird das Ergebnis gemeinsamen Handelns solche Studenten weit eher als die aufwendigste Aufklärung über den objektiven Charakter des SLH von seinem Einfluß lösen." (Facit 34, S. 116) Nicht nur das Verhalten des SLH auf der vds-MV im Frühjahr 1974, auch andere Vorgänge zeigen, daß diese

Einschätzung fragwürdig erscheint. Hier ein Beispiel aus dem Wahlkampf an der Universität Göttingen im Mai 1974:

Gerade rechtzeitig zu Beginn dieses Studentenrats-Wahlkampfes wurde an der Universität Göttingen das „Unabhängige Hochschulforum" (= „UHF") aus der Taufe gehoben. Diese Gruppierung war bis dahin noch nie an der Universität Göttingen in Erscheinung getreten. Sie versuchte, mit dem Markenzeichen „sozialliberal" auf Stimmenfang zu gehen. Zufällig (?) zur gleichen Zeit erschien in der Zeitung des RCDS Göttingen, im „rational" Nr. 4/74, ein Artikel mit der Überschrift „Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten geht **sozialliberale** Wege". In der gleichen „rational"-Ausgabe wurde festgestellt: „Zur Situation in Göttingen: Der RCDS stellt zwar klar die stärkste Fraktion im Studentenparlament,[1] doch fehlt ein Koalitionspartner, um die linken Gruppen zu majorisieren." („rational" Nr. 4/74, S. 6) Der MSB Spartakus stellte daraufhin auf dem Wahl-Teach-in vom 13. 5. 74 an der Universität Göttingen öffentlich die Frage, ob das Zusammentreffen dieser RCDS-Ausführungen und der Kandidatur einer solchen „sozialliberalen" Gruppe („UHF") ein Zufall sei, oder ob die frechste Lüge – nämlich die Lüge von einer „unabhängigen" „sozial-liberalen" Gruppe – für den RCDS das beste Mittel sei, um die Mehrheit im Studentenrat (SR) zu erringen. Der RCDS verweigerte bezeichnenderweise jede Stellungnahme und versuchte statt dessen, den MSB Spartakus als eine „durch dunkle Quellen finanzierte" Organisation hinzustellen. Auf dem gleichen Wahl-Teach-in mußte das „UHF" – auf nachdrückliche Fragen des MSB Spartakus – zumindest zugeben, daß die UHF-Kandidatin Dominke Mitglied der Jungen Union ist. (Andere Kandidaten des „UHF" sind den Göttinger Studenten als eifrige Verteiler der Zeitung „student" bekannt.)

Diese Enttarnung des „UHF" durch den MSB Spartakus führte dazu, daß an der Universität Göttingen ein etwaiger RCDS-UHF-AStA verhindert werden konnte (der RCDS erhielt 4,5 Prozent Stimmen weniger als bei den Studentenrats-Wahlen vom Januar 1974). Das RCDS-U-Boot „UHF" verschwand übrigens nach den Studentenrats-Wahlen vom Mai 1974 urplötzlich in der Versenkung, aus der es kurz zuvor hervorgekommen war (lediglich am Semesterende kam es mit einem müden Flugblatt ganz kurz 'mal an die Oberfläche).

Das offensive Auftreten des MSB Spartakus gegenüber RCDS und „UHF" war also erfolgreich. Gewiß kann wohl dieses Göttinger Beispiel nicht „blind" auf andere Situationen an anderen Hochschulen übertragen werden. Es macht aber auch klar, daß die Bochumer Erfahrungen mit dem SLH in dem Artikel zumindest nicht richtig verallgemeinert worden sind.

1 Bei den SR-Wahlen vom Mai 1974 verwiesen die Göttinger Studenten den RCDS auf den zweiten Platz im Studentenrat!

Dieter Bongers, Bonn

Der Artikel der Bochumer Genossen: Zur Auseinandersetzung mit der Politik des SLH, enthält trotz einiger wichtiger Anregungen in der Tendenz eine falsche Herangehensweise an den SLH.

Steht am Anfang des Artikels noch sehr richtig „es besteht die Gefahr, daß rechte Politik, wenn sie nur geschickt genug reformistisch verpackt wird, wieder attraktiv wird" (Facit 34, S. 104), so scheint mir, daß die Autoren dieses Artikels dieser Gefahr teilweise erlegen sind, vielleicht auch die Bochumer Gruppe, wenn sie in einem offenen Brief des MSB an AStA **und SLH** schreiben:

„Ihr habt konsequenterweise die Forderung des vds unterstützt . . ., habt zum Sternmarsch des vds aufgeufen und seid gleichzeitig den Spaltungs- und Abwiegelungsversuchen des RCDS entschieden entgegengetreten! Wir meinen: Eine solche Vorgehensweise fördert das solidarische Handeln der Studenten" (ebd., S. 120).

Mit der Erkenntnis, daß es sich um eine im Kern reaktionäre Organisation handelt, ist es auch unverständlich, wenn vom SLH als von „Liberalen" geredet wird (ebd., S. 119) und gar behauptet wird, wir könnten nicht auf taktische Bündnisse mit dem SLH verzichten, „über den wir ja erst viele Studenten mit unseren Aktionsvorschlägen erreichen" (ebd., S. 116).

Dabei ist der Kern der Politik des SLH doch, unseren Aktionsvorschlägen die Spitze zu nehmen, die antimonopolistische Stoßrichtung abzubiegen, so daß wir nicht **über,** sondern nur **gegen** diesen Verband seine Anhänger und Wähler für den antimonopolistischen Kampf gewinnen können!

Auch zu dem Aufbau des Artikels der Bochumer Gen. ist zu sagen: Das Wissenschaftsverständnis des SLH zu untersuchen, um seine politische Einordnung zu betreiben, ist nicht adäquat, wir untersuchen politische Gruppierungen anhand ihrer politischen Aktivitäten und nicht anhand der ideologischen Drapierung, mit der sie sich umgeben.

Der Agnostizismus im liberalen Gewande ist nichts als die Dornenhecke, in der die Studenten hängenbleiben sollen, um nicht zum Kern, zum Wesen der Politik des SLH durchzustoßen! (Womit ich nicht sagen will, daß wir auch die ideologische Auseinandersetzung führen.)

Um diese Aussagen zu belegen, will ich einige Erfahrungen mit dem SLH aus Bonn anführen, wobei zu sagen ist, daß es in Bonn einen vom SHB, MSB und LHV getragenen AStA gibt. Den AStA-tragenden Gruppen steht ein starker, abgestimmt auftretender Rechtsblock, bestehend aus RCDS und seinen beiden Ablegern LA („Liberale" Aktion) und SLH, gegenüber.

1. Wie die meisten Altfunktionäre des SLH in Bonn kommt auch das SLH-BuVo-Mitglied LÖWENSTEIN aus offenen reaktionären Kreisen an der Bonner Uni. Löwenstein hat noch vor Gründung der SLH in Bonn zusammen mit v. Wendt, einem Funktionär der rechtsliberalen „Liberalen Aktion", in einem Schreiben an die NRW-Innenminister die Verhängung eines Berufsverbots für Hannes Heer gefordert, (ein Sektierer, der zu dieser Zeit an einer Bonner Schule unterrichtete).

2. Die **Bündnispolitik** des SLH: Von Anfang an arbeitete er ausschließlich mit dem RCDS und den anderen Rechten zusammen und übernahm im Rahmen aufeinander abgestimmter Politik die soziale Flanke rechter Demagogie. So trat der SLH in Bonn zuerst durch den Sozialreferenten des rechten FSV-Jura in Erscheinung. Auch im Studentenparlament (SLH 2 von 60 Sitzen) übernimmt er in den besonders kritischen Sozialfragen fast immer die Wortführung des rechten Blocks. Das

im Mai vorgelegte „AStA-Programm" von RCDS, LA und SLH trägt in vielen Fragen die demagogische Handschrift des SLH.

3. In der **HRG-Bewegung** in diesem SS wurde die wesentliche Funktion des SLH schon sehr deutlich: Nachdem er verbal das HRG kritisiert hatte und auch weitgehend die vds-Sofortforderung inhaltlich in seine Schriften aufnahm, versuchte er durch immer neue Erfindungen, Falschmeldungen und Entstellungen die Politik des AStA zu diskreditieren und die Studenten von jeder pol. Aktion abzuhalten.

Vor dem zentralen Aktionstag des vds und der NRW-Demonstration in Düsseldorf tönte der SLH:

„HRG sichert Verfaßte Studentenschaft" . . . „vds-Forderungen unsinnig (SLH-Flugblatt vom 30. 5. 74) eine wie immer durch gutunterrichtete Kreise gedeckte Aussage.

Ein anderes Flugblatt kulminiert in der Aussage: „Die einzige Alternative zum vorliegenden Entwurf der Bundesregierung ist das bayerische Hochschulgesetz auf Bundesebene. Deshalb: LEUTE! BLEIBT ZU HAUSE!!!
(SLH Flugblatt v. 28. 5. 74)

Die Strategie: Den Studenten vorgaukeln, man müsse sich nun voll hinter H. Schmidt stellen, um noch schlimmeres zu verhüten!

4. Besonders in der **Sozialpolitik,** in der die Studenten auf Grund ihrer Lage von den Hochschulgruppen eine Antwort auf ihre Fragen wollen, übernimmt der SLH am geschicktesten die Fidel der sozialen Demagogie. Beispiel dafür die Kampagne zur Verweigerung der erhöhten Sozialgebühren in NRW, Ende des SS 1974. Hierzu nun Äußerungen des SLH:

- Anfang Juli, als die Vorschläge des AStA zur Verweigerung große Resonanz bei den Studenten finden, kündigen RCDS, LA und SLH eine eigene Demonstration zur sozialen Lage an.
- Einige Tage später ein SLH-Flugblatt mit Titel **Sind die denn alle bekloppt?** „Gemeinsam sind wir stark . . . Parteipolitik schadet im Moment . . . Tatsächliche Differenzen minimal". „Es geht um die Sache!"
- Auf der SP-Sitzung stimmt der SLH und alle Rechten einem gemeinsamen Antrag von MSB, SHB und LHV zu, indem die Urabstimmung über die Verweigerung beschlossen wird, den Studenten empfohlen wird die Verweigerung zu bejahen, und unter einem fortschrittlichen Aufruf zu einer AStA-Demonstration aufgerufen wird.
- Am 5. 7. ein SLH-Flugblatt: **GESCHAFFT!**
  „Der Forderung des SLH nach einer gemeinsamen Plattform wurde entsprochen" und weiter unten gleichzeitig „VDS-SCHLÄFER" und „die vds-Forderung nach Einschreibung zum alten Beitrag ist **unrealistisch** (!!), da gegen ein geltendes Gesetz gerichtet!
- Weiter bemühte sich der SLH, die Studenten zu desaktivieren: Am 11. 7. mit einem Flugblatt „AStA spaltet Sozialkampf!" . . . „Der AStA wärmt nur seinen DKP-Kohl auf . . . Keine Einheit, keine Chancen . . ." usw.

- Auf der AStA-Demonstration mit ca. 600 Teilnehmern trat der Block von RCDS, LA und SLH, die nicht mobilisiert hatten, mit 27 Teilnehmern in Erscheinung.
- Nach dem Ergebnis der Urabstimmung, die eine gute Beteiligung von fast 4500 Studenten und eine überwältigende Mehrheit für die Verweigerung brachte, weigerten sich sämtliche Rechten, den erhöhten Sozialbeitrag zu verweigern und erklärten gemeinsam auf einem Flugblatt: „Die Kampagne hat in der Studentenschaft nicht die nötige Resonanz gefunden! ... LA, RCDS und SLH halten es für unverantwortlich, in der heutigen Situation die Verweigerung zu empfehlen, zumal der Betrag in keiner Relation zur möglichen Exmatrikulation steht!"

Fazit:

Das Wesen der Politik des SLH ist, von einem prinzipiellen Antikommunismus ausgehend, alle antimonopolistischen Aktionen der Studenten zu verhindern, die Linke bei jeder Gelegenheit zu diskreditieren und im prinzipiellen Bündnis mit dem RCDS mittels sozialer Demagogie Studenten für die rechte Politik zu gewinnen! Sieht man sich die Infratest-Untersuchung über das Bewußtsein der Studenten an, (siehe Spiegel 28/74 S. 95 ff.) so wird die Funktion dieses Verbandes klar. Ihren politischen Vorstellungen am nächsten von den Parteien fanden: SPD 45 Prozent, FDP 18 Prozent, CDU/CSU 14 Prozent, DKP 5 Prozent. Die Schlußfolgerung aus dem geringen Einfluß der offenen Reaktion in Gestalt der CDU/CSU zieht schon vor Jahren ein Rundbrief der Bonner LA an die „alten Herren" ihrer Verbindung: „Der RCDS hat seit Jahren in Bonn sein Wählerpotential: die CDU-Wähler ... Aber das reicht bekanntlich nicht zur Mehrheit. Es kam daher immer darauf an, daß eine zweite oder dritte Gruppe existierte".

Mit den nach Infratest 3 Prozent Studenten, die mit den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen in der BRD zufriedenen Studenten ist kein Staat zu machen; die Reaktion hat sich mit dem SLH ein Trojanisches Pferd gebaut, das die 46 Prozent der Studenten beeinflussen soll, die „eine Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der BRD für dringend notwendig halten. Diese können nur mittels konsequenter Reform erreicht werden".

Unsere Einschätzung des SLH ist präzis in der 2. Bundesvorstandstagung formuliert: „Der Charakter und die Politik des SLH sind jedoch grundsätzlich nicht als Ausdruck einer sozialdemokratischen oder liberalen Strömung in der Studentenschaft zu begreifen, sondern im Kern als Ausdruck der Politik der herrschenden Klasse, die an derartigen Strömungen in der Studentenschaft anknüpft, und sie auf Antikommunismus und Bejahung der Monopolherrschaft auszurichten versucht".

Diese Funktion des SLH — und da haben die Bochumer Genossen recht — werden wir den Studenten nicht klarmachen, in dem wir den SLH dauernd als rechts beschimpfen, sondern „indem wir eine aktive, initiativreiche Politik entwickeln, die die anderen zum Reagieren zwingt". (2. BuVorstandstagung).

Dabei arbeiten wir heraus, was der SLH ist: ein rosa lackiertes U-Boot mit alter Mannschaft.

Karlheinz Heinemann

Zur Facit-Forum-Diskussion

Die Stellungnahmen, die wir hier zu dem Artikel von Thomas Brücher, Günther Ludwig, Michael Zimmermann: Zur Auseinandersetzung mit der Politik des Sozialliberalen Hochschulverbandes im facit 34 abgedruckt haben, kommen in einigen wichtigen Punkten zu anderen politischen Schlußfolgerungen als die Autoren. In diesen Stellungnahmen wird an den praktischen Erfahrungen, die die Studenten mit dem SLH sammeln konnten, ihr rechter, gegen die Interessen der Studenten gerichteter Charakter nachgewiesen. Die Vaterschaft des Großkapitals, die Verwandtschaft zum RCDS wird an der Politik des SLH in den Organen der verfaßten Studentenschaft, in seiner Stellungnahme zum Hochschulrahmengesetz, zu den Berufsverboten, zur Mitbestimmung in diesen Stellungnahmen deutlich. Sie bestätigen die Aussagen des politischen Berichts des Sekretariats an die 2. Bundesvorstandstagung: „Der Charakter und die Politik des SLH sind jedoch grundsätzlich nicht als Ausdruck einer sozialdemokratischen oder liberalen Strömung in der Studentenschaft zu begreifen, sondern im Kern als Ausdruck der Politik der herrschenden Klasse, die an derartige Strömungen in der Studentenschaft anknüpft und sie auf Antikommunismus und Bejahung der Monopolherrschaft auszurichten versucht. Deswegen koaliert der SLH auch grundsätzlich nur mit dem RCDS und anderen rechten Gruppen, nicht jedoch mit fortschrittlichen Organisationen."

Wenn der SLH sich selbst als den notwendigen Bündnispartner des RCDS begreift, der die für diese rechte Koalition notwendigen Stimmen sozialdemokratisch orientierter Studenten einfangen soll, so zeigt das die politische Funktion dieser Gruppe sehr viel deutlicher als der demagogische und pseudowissenschaftliche ideologische Schleier, den sie selbst um diesen harten politischen Kern legen möchten.

Gerade in der gegenwärtigen Situation, in der die Schmidt-Regierung mit der Furcht vor Arbeitslosigkeit und Inflation die sozialen und ökonomischen Forderungen der Werktätigen zu stoppen versucht und die Gewerkschaften auf einen Kurs der „Zurückhaltung" einschwören möchten, wo sie den innenpolitischen Druck gegen jene verschärfen möchten, die erkannt haben, daß das Stillhalten nur den Großkonzernen nützt, versucht der SLH sich gegenüber den Studenten als Vertreter der Regierungslinie zu profilieren. Er warnt vor unüberlegten Forderungen, vor allem vor „Aktionismus", worunter er versteht, daß man seine eigenen Interessen auch selbst in die Hand nimmt. Unter der Losung, man soll das Erreichte nie gefährden, man müsse sichern was man bekommen könne, versucht er, auch sozialdemokratisch orientierte Studenten anzusprechen.

Einerseits fehlt dem SLH die Bereitschaft, die Studenten für den Interessenkampf zu mobilisieren, andererseits erweist er sich auch als Feind der Aktionseinheit der Studenten, wenn er den Antikommunismus auch gegen eine Politik der gewerkschaftlichen Orientierung in den Organen der verfaßten Studentenschaft zu wenden sucht, wenn er als „vernünftiger" Vertreter der Berufsverbote auftritt, d. h., sich den Schaum vom Munde abwischt, den man bei anderen Reaktionären zu

deutlich sieht, wenn es gegen die Marxisten geht. Demagogisch ist auch sein Eintreten für die verfaßte Studentenschaft, wenn der SLH deren Kastrierung, nämlich die Aberkennung des politischen Mandats „hinnimmt" und wenn er selbst aus diesen Organen des Interessenkampfes politisch unwirksame „pluralistische" Spielwiesen machen möchte, auf denen sich Jungpolitiker einüben können. Mit den für ihre Interessen politisch aktiven sozialdemokratischen oder liberalen Studenten hat der SLH nichts gemein. Diese sind im SHB oder im Liberalen Hochschulverband organisiert. Mit Recht wehrt sich auch der LHV dagegen, der mit den Juso-Hochschulgruppen, dem SHB und dem MSB Spartakus im vds vertreten ist, daß der SLH sich des liberalen Etiketts bedient. In der politischen Praxis gehen diese beiden Organisationen meistens völlig verschiedene Wege.

Nun zu einigen Punkten, die in der facit-Forum-Diskussion angeschnitten wurden. Der Artikel der Bochumer Genossen ist ein guter Anfang, um die ideologische Auseinandersetzung mit rechten Gruppen zu führen. Die Auseinandersetzung mit dem Neopositivismus ist für uns besonders wichtig, einmal, um uns mit der Politik dieser rechten Gruppen auseinanderzusetzen, zum anderen, weil sie uns im bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb ständig begegnet. Will man aber die ideologiekritische Analyse richtig mit der Einschätzung der praktischen Politik verbinden, so muß man die Ideologie des Neopositivismus, wie sie beim SLH auftritt, nicht nur als falsche Erkenntnis entlarven, sondern man muß zugleich aufzeigen, welchen Klasseninteressen sie entspricht, und welche politischen Funktionen sie von daher hat.

Wenn die Bochumer Genossen feststellen, daß es falsch sei, seine Bündnisangebote davon abhängig zu machen, ob eine Gruppe rechts oder links sei, sondern daß es vielmehr darauf ankomme, ob damit eine rechte oder eine fortschrittliche Politik gemacht werde, so kritisieren sie damit implizit ein schematisches Herangehen, was in der Praxis gelegentlich auftreten kann. Notwendig ist nämlich, daß wir auch den Studenten deutlich machen, daß wir eine Gruppe wie den SLH deswegen als rechts einschätzen, eben weil seine Politik der Reaktion und dem Großkapital dient und nicht den studentischen Interessen. Dies ist in den vier hier abgedruckten Stellungnahmen ausführlich und konkret belegt.

Was unsere Politik der Aktionseinheit und der politischen Bündnisse betrifft, so würde es in der Tat mehr schaden als nützen, wenn wir uns dabei sozusagen von organisationsegoistischen Überlegungen leiten ließen. Die Möglichkeiten des Bündnisses und der Aktionseinheit werden durch die Gemeinsamkeit der Interessen bestimmt, die nicht schematisch ein für allemal festgelegt sind, die sich vielmehr in jeder einzelnen Frage und in der jeweiligen politischen Situation ganz konkret bestimmen lassen müssen. Es ist gerade ein Kennzeichen unserer richtigen Politik und das Kennzeichen jedes guten Genossen, wie der Genosse Czernavin aus Mainz schreibt, daß es gelingt, am Bewußtsein der Masse der Studenten anzuknüpfen, möglichst viele Studenten auch anderer politischer und weltanschaulicher Grundüberzeugungen für den gemeinsamen Interessenkampf zu gewinnen.

Wenn wir erkannt haben, daß der SLH nicht Vertreter studentischer, sondern großkapitalistischer Interessen ist, so wird es auch schwerlich möglich sein, mit

ihm Bündnisse für die studentischen Interessen einzugehen. Diese Aussage, d. h. die unterschiedliche Interessengrundlage, muß natürlich in jedem Punkt konkret für die Studenten überprüfbar nachgewiesen werden.

Es ist doch gerade der SLH, der behauptet, der Spartakus wolle die Studenten nur mit Hilfe des Kampfes um ihre unmittelbaren Interessen, beispielsweise für die Erhöhung des BAFöG, für Ziele mobilisieren, die ihnen selbst fernlägen, etwa den Kampf gegen die Monopole, während sie die tatsächlichen Interessen, nämlich hier und jetzt eine spürbare Verbesserung der eigenen Situation zu erzielen, nicht ernst nehmen würden. Im Kampf um die BAFöG-Erhöhung konnten sie mit diesen Entstellungen keinen Einfluß gewinnen. Der vds und die Studentengruppen, die die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung unterstützen, haben nicht etwa deshalb die Massen der Studenten im Sozialkampf erreicht, weil sie hier für rechte Gruppen bündnisfähige Forderungen unterbreitet hätten, sondern im Gegenteil, weil sie die unmittelbaren Probleme und Interessen der Studenten aufgegriffen haben und — anders als der SLH — auch Wege gezeigt haben, wie man selbst aktiv werden kann, um etwas zu erreichen. Wir haben einer großen Zahl von Studenten die Einsicht vermitteln können, daß unmittelbare Erfolge im Kampf um die Erhöhung des BAFöG nur möglich sind, wenn man sie den wirtschaftlich und politisch Mächtigen abringt. Diese Erkenntnis, die über 40 000, zum großen Teil zum erstenmal, zu politischem Handeln bewog, ist Gruppen wie dem SLH ein Dorn im Auge. Nachdem es ihm nicht gelang, die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung zu diskreditieren und die Marxisten zu isolieren, versucht er, sich an die Massenstimmung anzuhängen und sie noch in die Bahnen seiner Lobby-Politik zu lenken.

Die richtige Schlußfolgerung aus dieser Erfahrung ist, daß nicht taktische Bündnisse mit dem SLH Studenten für ihre eigenen Interessen mobilisieren, sondern nur das Aufgreifen der unmittelbaren Probleme der Studenten. Nur, indem wir ihnen den Zusammenhang von antimonopolistischer Stoßrichtung und unmittelbarem Erfolg, die Notwendigkeit des eigenen Handelns darlegen, können wir zur Erhöhung der Kampfbereitschaft der Studenten beitragen.

Die Erfahrung der letzten Monate beweist, daß in den praktischen Auseinandersetzungen nicht die rechten Gruppen, nicht der SLH von vornherein als Repräsentant der Massenstimmung angesehen werden kann und daß es ihm immer dann, wenn es darum geht, unmittelbar im Massenkampf aktiv zu werden, durchaus nicht gelingt, Vertrauen und Einfluß unter den Studenten zu erwerben oder zu vergrößern. Wir werden uns deshalb mit unseren Aktionsvorschlägen an die Massen der Studenten richten, also auch an diejenigen, um die sich der SLH bemüht. Es gehört zum Wesen der Aktionseinheit, daß wir mit allen Studenten zusammenarbeiten wollen, die dazu auf der Grundlage einer gemeinsamen Plattform bereit sind. Dabei streben wir besonders die Zusammenarbeit mit den Studentenorganisationen an, die Studenten auch anderer politischer und ideologischer Überzeugungen für den Kampf für ihre eigenen Interessen organisieren, und die wenigsten ansatzweise die Notwendigkeit bejahen, daß Studenten mit der arbeitenden Bevölkerung gemeinsam kämpfen müssen.

Daß der SLH nicht zu diesen Gruppen zählt, können wir den Studenten am besten dadurch erfahrbar machen, daß wir Worte und Taten dieser Gruppierung ständig

gegenüberstellen, wie es im Referat an die 2. Bundesvorstandstagung heißt. Deshalb werden wir uns auch immer wieder nicht mit „taktischen" Bündnisangeboten an den SLH wenden, die zudem unserer Glaubwürdigkeit mehr schaden als nützen, sondern werden dadurch, daß wir in allen Fragen die Initiative ergreifen, die die Studenten bewegen, den SLH dazu zwingen, seine Position zum studentischen Interessenkampf offen darzulegen. Die Entwicklung von Tagesforderungen, die auf konkrete, meßbare Ergebnisse zielen und zugleich zeigen, daß sie nur im Kampf gegen die Monopole und ihre politischen Vertreter durchgesetzt werden können, ist die richtige Antwort auf die Demagogie des SLH.

Anmerkung der Reaktion:
In Facit Nr. 35 veröffentlichten wir den 2. Aufsatz im Rahmen unseres Facit-Forums: Ralph Peters, Studentenschaft und imperatives Mandat. Es liegen bereits einige Stellungnahmen vor. Wir warten noch auf weitere Diskussionsbeiträge, die wir dann zusammen in der nächsten Facit-Nummer 37 veröffentlichen wollen.

Beiträge zur sozialistischen Literatur der Weimarer Republik

Herausgeber: FACIT e. V., 148 Seiten, 6,— DM

Arbeitsgespräch mit Prof. Alfred Klein

Alfred Klein / „Unsere Front". Zur Entwicklung der sozialistischen Literaturbewegung in der Weimarer Republik.

Friedrich Albrecht / Deutsche Schriftsteller in der Entscheidung. Aus der Zeit der Weimarer Republik.

Friedrich Albrecht / „Ein Mensch unserer Zeit". Der Weg Johannes R. Bechers zum Schriftsteller der Arbeiterklasse.

Alfred Klein / „Von unten auf". Zur literaturgeschichtlichen Stellung der revolutionären Arbeiterschriftsteller.

Klaus Kändler / Drama und Klassenkampf. Zur Entwicklung der sozialistischen Dramatik in der Weimarer Republik.

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Rezensionen

Autorenkollektiv: Jahnke u. a., Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung (1904—1945), Weltkreisverlag, Dortmund, 1973, 632 S.

Rechtzeitig zum 50jährigen Bestehen der Arbeiterjugendbewegung in Deutschland, ist das vorliegende Buch erschienen. Mit Recht kann man der Einführung zustimmen, daß „zum erstenmal eine zusammenhängende Darstellung der Geschichte der Deutschen Arbeiterjugendbewegung von ihren Anfängen ... bis zur Befreiung ... vom Hitlerfaschismus" vorliegt.

Das Buch beschäftigt sich vornehmlich mit der politischen, am Sozialismus orientierten, revolutionären Arbeiterjugendbewegung, ohne jedoch auch andere Bereiche zu vergessen, wie die Arbeiter-, Sport- und Kulturbewegung, gewerkschaftlich und sozialdemokratisch orientierte Jugendorganisationen, usw.

Von den Anfängen der Arbeiterjugendbewegung, die mit der Herausbildung des Imperialismus in Deutschland und der damit verschärften Ausbeutung zusammenfällt, handelt das 1. Kapitel. In zahlreichen Beispielen wird dargestellt, unter welchen Bedingungen die Arbeiterjugend damals lebte und arbeitete. Und wenn man sich etwas in der heutigen Wirklichkeit in der BRD auskennt, kann man feststellen, daß sich bis heute nicht sehr viel geändert hat. Doch schon von Anfang an wurde die Auseinandersetzung zwischen „Linken" und Opportunisten in der damaligen SPD geführt, welche Orientierung der Jugend zu geben sei. Während die „Linken" für eine selbständige, d. h. von Bevormundung freie Jugendorganisation und für eine antimilitaristische, proletarische und internationalistische Erziehung der Arbeiterjugend eintraten, wollten die Opportunisten sie mit (bürgerlicher) „Allgemeinbildung", Kultur, und Freizeitgestaltung von der Politik fernhalten. Die Folge dieser „wertfreien" Erziehung war dann die Begeisterung, mit der auch viele Arbeiterjugendliche in den Krieg gegen den „Erzfeind" Frankreich und Rußland zogen.

Der Krieg konnte jedoch die fortschrittlichen Jugendlichen nicht davon abhalten, ihren Kampf gegen Militarismus und Imperialismus fortzusetzen. Gemeinsam mit der Spartakus-Gruppe wurden, meist illegal, Aufklärung und Aktionen gegen den Militarismus organisiert. Es kam zu gewaltigen Aktionen. So streikten in Berlin 55 000 Arbeiter für die Freilassung Liebknechts, der wegen seines Auftretens bei einer Antikriegsdemonstration verhaftet wurde. Diese Antikriegsdemonstration fand am 1. Mai 1916 statt, als erste Auswirkung der geheimen Jenaer Jugendkonferenz an Ostern 1916, auf der wesentliche Beschlüsse für die spätere kommunistische Jugendbewegung gefaßt wurden. Die Februar — und vor allem die Oktoberrevolution in Rußland hatten großen Einfluß auf die deutsche Arbeiterjugend. Der Matrosenaufstand 1917 war ebenso ein Ergebnis wie die Gründung der Freien Sozialistischen Jugend als einheitlicher Kampfverband der revolutionären Arbeiterjugend. Das Telegramm, das vom Gründungskongreß an die sowjetischen Genossen am 27. Oktober 1918 geschickt wurde, hatte folgenden Inhalt: „Die deutsche Jugend, die in Berlin um Liebknecht versammelt ist, grüßt die russischen Genossen und erklärt, daß sie bereit ist, ihrem ruhmreichen Beispiel zu folgen."

Infolge der immer hemmungsloseren Ausbeutung und Unterdrückung im Gefolge des schon seit Jahre andauernden Kriegs wuchs in Deutschland eine revolutionäre Situation heran. Am 3. November brach mit dem Matrosenaufstand die Novemberrevolution aus. Von Kiel aus breiteten sich die Aufstände der Arbeiter und Soldaten rasch aus. Bei den Kämpfen standen die Genossen der FSJ ganz vorne. Jedoch gelang es den konterrevolutionären Kräften mit Hilfe der rechten Führer von SPD und USPD die Revolution niederzumetzeln. Auch wurde der Mangel an einer selbständigen Klassenpartei auf drastische Weise offengelegt. Die Gründung der KPD zur Jahreswende 1918/19 kann deshalb als wichtigstes Ergebnis der Novemberrevolution bezeichnet werden.

In der Nachkriegskrise ging es vor allem um die Erhaltung der in der Novemberrevolution, trotz der Niederlage, erkämpften Rechte zu erhalten. Kapp — Putsch, Ruhrbesetzung und Inflation 1923 waren nur die schwersten Angriffe in- und ausländischer Imperialisten. Daneben ging es vor allem um die Zurückdrängung des zur Staatsdoktrin erhobenen Antikommunismus und die Auseinandersetzung mit Links- und Rechtsopportunisten den eigenen Reihen. Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale und die Beratungen der Kommunistischen Jugendinternationale, sowie Lenins Werk „Der linke Radikalismus ..." halfen der Arbeiterjugend bei der Klärung ihrer Aufgaben. Mit dem Ausschluß der Sektierer

und der Umbenennung der FSJ in Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) (später Kommunistischer Jugendverband Deutschlands [KJDV]), wurde dieser Prozeß abgeschlossen. Jedoch orientierte man sich einseitig auf die allgemeinen politischen Aufgaben des Verbandes und vernachlässigte vor allem die sozialen und kulturellen Interessen der Arbeiterjugend. Es gelang aber, die Jugendbewegung bedeutend zu verbreitern. So waren 1923 etwa 70 000 Jugendliche Mitglied im KJD.

In den Jahren der Stabilisierung des Imperialismus machten sich KPD und KJD vor allem mit den Lehren Lenins vertraut und verstärkten die freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion. Andererseits gelang es den imperialistischen Kräften, die Jahre des Aufschwungs auszunutzen und große Teile der Bevölkerung zu integrieren. Vor allem eine internationalistische Beeinflussung des Kleinbürgertums war auf breiter Front gelungen. So konnten die Nazis, als die Weltwirtschaftskrise Ende 1929 begann, mit nationalistischer Demagogie unter den von der Krise entwurzelten Menschen Fuß fassen. Die KPD legte 1930 ein Programm zur nationalen und sozialen Befreiung vor, erkannte jedoch die Notwendigkeit der Einheitsfront der Arbeiterklasse noch nicht. Der KJVD unternahm Aktionen, um alle Jugendlichen in den Kampf gegen den Faschismus einzubeziehen. Zum ersten Male entstanden in jener Zeit revolutionäre Studentenorganisationen an den Universitäten. 1932 orientierte dann die KPD auf die Schaffung einer Antifaschistischen Aktion, die breiten Einfluß gewann, jedoch verhinderten vor allem rechte Führer in SPD und Gewerkschaften durch ihre Illusionspolitik die Einheitsfront aller Arbeiter gegen den Faschismus.

Selbst das Einheitsfrontangebot vom 30. Januar 1933, der Machtergreifung Hitlers, wurde von der KPD abgelehnt. So konnten von den Nazis ganz „legal" Kommunisten und Sozialdemokraten ins KZ gesteckt werden.

Es gelang den Faschisten jedoch nicht, auch nicht mit dem brutalsten Terror, wie wir ihn in diesen Tagen in Chile erleben, den Widerstand zu brechen. Aktionen bei der Olympiade 1936 und die Bereitstellung der XI. Internationalen Brigade für die spanische Republik sind nur die Höhepunkte des Widerstandes, mitgetragen von der Arbeiterjugend.

Mit dem Beginn des 2. Weltkriegs, vor allem nach dem Angriff Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, wurden überall in Deutschland die Aktionen gegen den Faschismus verstärkt. Vor allem wurden Soldaten, Kriegsgefangene und Verschleppte, die in Rüstungsbetrieben arbeiteten, aber auch deutsche Arbeiter zur „passiven Sabotage" aufgefordert. Viele junge Arbeiter kämpften an der Seite der Roten Armee oder in Partisanengruppen gegen den Faschismus.

Angesichts der bevorstehenden Niederlage des Faschismus erarbeitete die KPD ein Programm für die Schaffung eines neuen, freien Deutschland, in dem unter anderem Richtlinien der antifaschistisch-demokratischen Jugendarbeit formuliert waren. Nach der Befreiung vom Faschismus kämpfte die am 7. März 1946 gegründete Freie Deutsche Jugend (FDJ) um die Verwirklichung dieser Richtlinien.

Werner Karrer

Wadim Tschubinsky, Wilhelm Liebknecht – Eine Biographie, Dietz Verlag, Berlin, 1973, 385 S., 8,50 DM

Die vorliegende Biographie ist eine Übersetzung des 1968 in der Sowjetunion erschienenen Buches „Wilhelm Liebknecht – Soldat der Revolution".

Sie zeichnet sich durch eine wissenschaftliche Untersuchung umfangreichen historischen Materials aus. Die 20seitige Bibliographie am Ende des Buches, die ca. 350 Quellennachweise sowie zahlreiche Fotos lassen dies schon rein äußerlich erkennen.

Beim Lesen des Buches wird dieser Eindruck bestärkt. In flüssiger Sprache wird neben dem Wirken Wilhelm Liebknechts die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung und insbesondere der deutschen dargestellt. Dabei geht der Autor stellenweise über den unmittelbar durch Liebknechts Wirken beeinflußten Bereich hinaus, und stellt alle wichtigen Entwicklungen und Strömungen dar. So ist die Biographie gleichzeitig eine gute und brauchbare Geschichte der Arbeiterbewegung in der Zeit von 1850 bis 1900.

Eine weitere Stärke ist die ausführliche Auseinandersetzung mit den Schwächen und Fehlern Liebknechts, die heute so gern von rechten wie linken Opportunisten dazu benutzt werden, Liebknecht als ihren Mann darzustellen. Dabei bezieht sich der Autor oft auch auf Fragen und Probleme, die im Ablauf der späteren Geschichte oder sogar in der Gegenwart vor der Arbeiterbewegung standen oder stehen. So wird gezeigt, wie einerseits die Arbeiterbewegung sich mehr und mehr den Marxismus angeeignet hat und andererseits die wissenschaftliche Theorie im Kampf der Arbeiterklasse weiterentwickelt wurde. Diese Absicht wird ergänzt durch die recht ausführliche Behandlung theoretischer Arbeiten Liebknechts und anderer Führer der Arbeiterbewegung.

Liebknecht, keine zehn Jahre später als Marx und Engels geboren, stößt nach einer wirren Entwicklung in der Jugend im Londoner Exil auf Marx und lebt zehn Jahre in enger Freundschaft mit ihm. In dieser Zeit entwickelt sich Liebknecht zum konsequenten Revolutionär. 1862 kehrt er nach Deutschland zurück und wird Organisator des Kampfes gegen Lassalle. Liebknecht arbeitet zusammen mit Bebel an der Umwandlung der Arbeiterbildungsvereine in eine politische Arbeiterpartei. Die Gründung der „Eisenacher" Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869 und die „Gothaer" Vereinigung mit den Lassalleianern schließen diese Bemühungen erfolgreich ab, und Liebknecht führt in der folgenden Zeit vor allem den Kampf um die Verbreitung der Lehre von Marx und Engels in der Partei. Daneben gilt sein Kampf dem junkerlich-preußischen Staat. Während des Sozialistengesetzes ist es immer wieder Liebknecht, der als Abgeordneter im Parlament die Reaktion entlarvt und die Anschauungen der Arbeiterbewegung darlegt. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes hat L. wesentlichen Anteil an der Ausarbeitung des Erfurter Programms, das Engels als „Im ganzen auf dem Boden der heutigen Wissenschaft" stehend bezeichnet hat.

Daneben steht Liebknechts Wirken auf der internationalen Ebene. Er ist auf vielen internationalen Kongressen als Vertreter der deutschen Arbeiterpartei delegiert. Agitationsreisen u. a. nach Frankreich und den USA, Briefwechsel mit Arbeiterführern in allen Teilen der Welt und persönliche Begegnungen, unter anderm auch mit Lenin im Jahre 1895, verhelfen ihm auch international zu hohem Ansehen in der Arbeiterklasse (und Verfolgung durch die Polizei).

Am 7. August 1900 stirbt Liebknecht. An der Trauerfeier in Berlin nehmen 150 000 Menschen teil.

Werner Karrer

W. S. Semjenow, Kapitalismus und Klassen. Zur Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1973, 379 Seiten, 19,80 DM. Zitiert als (a). Margarete Tjaden-Steinhauer und Karl Hermann Tjaden, Klassenverhältnisse im Spätkapitalismus, Beitrag zur Analyse der Sozialstruktur unter besonderer Berücksichtigung der BRD. Enke-Verlag, Stuttgart 1973, 282 Seiten, 39,– DM. Zitiert als (b). Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970. Theorie, Diskussion, Sozialstatistische Analyse. Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) Frankfurt am Main. Teil I: Klassenstruktur und Klassentheorie, Theoretische Grundlagen und Diskussion. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1973, 298 Seiten, 14,50 DM. Zitiert als (c).

Der Versuch, ausgehend von den historischen und politökonomischen Untersuchungen von Marx, Engels und Lenin eine umfassende Analyse der Sozialstruktur des staatsmonopolistischen Kapitalismus, konkretisiert vor allem am Beispiel der BRD, vorzunehmen, bestimmt alle drei vorliegenden Arbeiten. Der methodische Anspruch impliziert die Abgrenzung von und Auseinandersetzung mit den verschiedenen Varianten schichtungstheoretischer Ansätze, wie sie in der bürgerlichen Soziologie der letzten Jahrzehnte entwickelt worden sind.

Die Autoren betonen dabei, daß die marxistische Klassenstrukturanalyse sich von den bürgerlichen Theorien grundsätzlich, nämlich in der Methode, unterscheidet: Sie „ist nicht einfach Theorie der Sozialstruktur, sondern sie vermittelt die Bewegung der auf Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden und dadurch gespaltenen Gesellschaftsformationen und deren Entwicklungsrichtung" (c, S. 21), das heißt, sie stellt die Einheit von Gesellschaftsgeschichte und Untersuchung der Klassenstruktur her.

Während nun die bürgerlichen Soziologen Gesellschaft als einen sozialen Verbund scheinbar eigenständiger Individuen verstehen und diese Individuen nach letztendlich willkürlich gesetzten Kriterien (z. B. Einkommen, Beruf, Prestige, Selbsteinschätzung o. ä.) verschiedenen Schichten zuordnen, analysieren die marxistischen Wissenschaftler die soziale Stellung der menschlichen Individuen im engen Zusammenhang mit der Analyse der Gesellschaft, in der diese Individuen real existieren. Sie begreifen die Individuen als Personifikationen grundlegender ökonomischer Verhältnisse, welche erste Gesellschaft ausmachen, oder, mit den Worten von Marx aus den Thesen über Feuerbach, als „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse". „Die Individuen sind demnach den Klassen nicht vorausgesetzt, sondern sind umgekehrt ihrer materiellen und ideellen Indentität nach erst durch die klassen-

mäßige Existenzweise gesetzt, die freilich durch die Aktivität der Menschen verwirklicht oder verändert wird" (b, S. 31). Das bedeutet, daß „eine gesellschaftswissenschaftlich verfahrende Sozialstrukturanalyse anstelle der Mitglieder einer Gesellschaft deren Produktionsverhältnisse zu ihrem Ausgangspunkt hat" (b, S. 198). Erst eine zutreffende Analyse der ökonomischen Verhältnisse einer Gesellschaft ermöglicht also die Entwicklung eines adäquaten Modells gesellschaftlicher Klassen und Schichten.

Der sowjetische Soziologe W. S. Semjenow entwickelt in seiner Arbeit, die bereits 1969 im russischen Original erschienen ist, ein solches Modell der Sozialstruktur der kapitalistischen Gesellschaft zunächst für die hochentwickelten kapitalistischen Länder in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Er untersucht dann die Veränderungen in der Sozialstruktur, wie sie im Verlaufe eines Jahrhunderts durch die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und in den letzten Jahrzehnten durch die wissenschaftlich-technische Revolution hervorgerufen wurden. Semjenow stützt sich dabei auf Daten aus mehreren kapitalistischen Ländern (vor allem USA, England, Frankreich, Japan, Deutschland/BRD) und bemüht sich um Aussagen zur Sozialstruktur, die möglichst für alle diese Länder zutreffen sollen. Auch wenn er sich dabei vorschneller Verallgemeinerungen enthält, führt dieser Ansatz doch zu einigen Ungenauigkeiten und Plattheiten (so heißt es z. B. auf Seite 8: „Die Bourgeoisie trug ungefähr bis zur Pariser Kommune progressive Züge" – eine solch undifferenzierte Aussage ist notwendig entweder falsch oder nichtssagend!), die allerdings nicht bestimmend für das gesamte Buch sind.

Einleitend klärt Semjenow einige Begriffe, vor allem den der Klasse, aber auch Begriffe wie Schicht, Gruppe, Kollektiv und andere. Bei der Bestimmung des Klassenbegriffs beruft sich Semjenow in erster Linie auf Lenin, der in seinem Aufsatz „Die große Initiative" eine auch heute brauchbare Zusammenfassung von Kriterien für Klassenzugehörigkeit vornahm: „Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz zu einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit einer anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft" (Lenin, zitiert nach a, S. 41 f). Von den hier genannten Merkmalen unterscheidet Semjenow eine Reihe weiterer Kriterien, die er als „abgeleitete Klassenmerkmale" bezeichnet (z. B. Lebensbedingungen, kulturelles Niveau, Weltanschauung). Diese sind ebenfalls wichtig für die Untersuchung der Sozialstruktur, sind aber weitgehend eine Folge der von Lenin benannten primären Klassenmerkmale.

In der Anwendung des Klassenbegriffs auf die hochentwickelten kapitalistischen Länder des 20. Jahrhunderts kommt Semjenow zu dem Schluß, daß der Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital nach wie vor der bestimmende Widerspruch der Produktionsverhältnisse dieser Länder ist. Dieser Antagonismus bringt in der Sozialstruktur die zwei Grundklassen des entwickelten Kapitalismus hervor: Bourgeoisie und Proletariat. Semjenow unterscheidet neben diesen beiden wichtigsten Klassen als weitere Elemente der kapitalistischen Sozialstruktur zwei Mittelschichten: die Kleinbourgeoisie einerseits, die Intelligenz und die Angestellten andererseits. Zum Kleinbürgertum rechnet er die Bauern, Handwerker und Händler, die ganz oder überwiegend von ihrer eigenen Arbeit leben. Die Schicht der Intelligenz und Angestellten wird nach Semjenow aus jenen Lohnarbeitern gebildet, die zwar wie die Proletarier zum Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Kapitalisten gezwungen sind, sich aber vom Proletariat durch einige Besonderheiten unterscheiden. Semjenow betont, daß diese lohnabhängigen Mittelschichten sozialökonomisch kein einheitliches Ganzes wie die übrigen Klassen darstellen.

Zum Proletariat zählt er nur die Lohnarbeiter, die unmittelbar Mehrwert produzieren, das heißt die Industrie- und Landarbeiter. Die Intellektuellen und die Angestellten dagegen unterscheiden sich davon nach Semjenow vor allem durch den unproduktiven Charakter ihrer Arbeit, der impliziert, daß sie ihren Lohn von der Revenue des Kapitalisten oder aus dem Lohnfonds des Proletariats erhalten. Ein weiteres Unterscheidungskriterium von Proletariat und lohnabhängiger Mittelschicht ist nach Semjenow die Tatsache, daß letztere überwiegend nichtphysische, also geistige Arbeit leisten. Und als drittes Kriterium führt Semjenow an, daß ein bedeutender Teil der Intellektuellen und der Angestellten „sozial mit Leitungs-(Organisations-)Arbeit beschäftigt sind, während das gesamte Proletariat sozial an ausführende Arbeiten gefesselt ist." (a, S. 106). Er konzediert, daß diese Unterschiede in

der neueren Entwicklung des Kapitalismus zumindest teilweise aufgehoben werden; so wird z. B. die physische Arbeit des Proletariers im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution zunehmend durch Elemente der geistigen Arbeit vervollständigt, die geistige Arbeit verliert ihren früher privilegierten Charakter und wird zu einer Tätigkeit massenhaften Charakters; ebenso die einfache Leitungstätigkeit. Die lohnabhängige Mittelschicht wird dadurch polarisiert: Eine kleine Spitze von Intellektuellen und Angestellten nähert sich der Bourgeoisie an oder wird zu deren Bestandteil, die große Masse nähert sich immer mehr dem Proletariat. Dennoch rechnet Semjenow diese Mehrheit der Intellektuellen und der Angestellten nicht zur Arbeiterklasse, er wertet sie vielmehr abschließend als „qualitativ verschiedene Teile im einheitlichen System der Lohnarbeit". (a, S. 345)

Die Arbeit der in Marburg lehrenden Sozialwissenschaftler M. Tjaden-Steinhauer und K. H. Tjaden unterscheidet sich von der Semjenows zunächst dadurch, daß sie den Schwerpunkt ihrer Untersuchung auf die Analyse der westdeutschen Gesellschaft legt. Bestimmendes Moment der Untersuchung ist der Versuch, aus der Beobachtung der Bewegung von Mehrwertproduktion, Kapitalakkumulation und Profitrate in der BRD die Entwicklung der Sozialstruktur zu deuten und zu erklären. Dieses Verfahren, das methodisch an die Marxsche Theorie vom tendenziellen Fall der Profitrate und einige neuere Analysen des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Peter Hess, Paul Boccara und andere) anknüpft, impliziert ein hohes Abstraktionsniveau und verlangt vom Leser einige Vorkenntnisse in der politischen Ökonomie – ein Umstand, der der Verbreitung des Buches von vornherein Grenzen setzt.

Die Autoren gehen wie Semjenow davon aus, daß der Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital die Grundfunktionen des Systems der kapitalistischen Produktion und Reproduktion enthält. Sie untersuchen, wie sich neuere Entwicklungstendenzen des Kapitalismus, die von bürgerlichen Soziologen oft zur angeblichen Widerlegung der marxistischen Klassentheorie herangezogen werden, in der konkreten Ausprägung dieser Grundfunktionen heute niederschlagen. So beschäftigen sie sich mit der Entwicklung der Rolle der kapitalverwertenden Manager und arbeiten dabei heraus, wie sich durch Konzentration und Zentralisation des Kapitals eine Finanzoligarchie bildet, die gleichzeitig mit den Spitzen der staatlichen Bürokratie eng verflochten ist. Weiterhin untersuchen sie die Ursachen für das gewaltige Wachstum der Angestellten seit dem Ende des 19. Jahrhunderts und ordnen die Angestellten klassenmäßig den Grundfunktionen des Kapitalismus zu; dabei heben sie im Unterschied zu Semjonow die Einheit der Lohnarbeiter als entscheidend gegenüber inneren Differenzierungen hervor. Schließlich analysieren die Autoren die Entwicklung der Staatstätigkeit in Deutschland und deren wachsende Aufgabe bei der Regulation der gesellschaftlichen Reproduktion.

Der Hauptteil der Arbeit enthält dann den Versuch, die Geschichte der BRD ökonomisch zu analysieren und unter Einbeziehung vielfältigen empirischen Materials die Ausprägung der Grundfunktionen von Lohnarbeit und Kapital in Form der Sozialstruktur festzuhalten. Die empirische Untersuchung von Produktivitätskennziffern; Arbeitsvolumina; Bruttoinlandsprodukten; Bruttoanlagevermögen; Kapitalintensität; Kapitaleffektivität; Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts; Vermögensverteilung; Verteilung der Arbeiter und Angestellten nach Leistungsgruppen, Beschäftigungsarten, Qualifikationsniveau; Einkommensverteilung; Staatsausgaben u. a. m. führt zu differenzierten Aussagen über die gesamtökonomische Entwicklung der BRD. Die zentrale Fragestellung der Tjadens bleibt dabei, wie die dem entwickelten Kapitalismus innewohnende Tendenz zur Überakkumulation und Entwertung durch gegenläufige Prozesse (z. B. Staatstätigkeit) abgeschwächt bzw. aufgehalten wird.

In einer Schlußbemerkung fassen die Autoren ihre Untersuchungen in einem auch quantifizierenden Modell der Sozialstruktur der BRD am Anfang der siebziger Jahre zusammen. Sie rechnen zur Arbeiterklasse die Arbeiter und die große Masse der Angestellten und Beamten, welche zusammen rund 22 Millionen und damit rund 83 Prozent der Erwerbstätigen ausmachen. Zur Klasse der Kapitalisten zählen die Tjadens „die Eigentümer und Manager der kapitalistischen Unternehmen und Unternehmensverbindungen mitsamt dem oberen Leitungspersonal des politischen, sozialen und kulturellen Überbaus der kapitalistischen Produktionsweise" (b, S. 199), die knapp 1,8 Prozent der Erwerbstätigen ausmachen. Die restlichen Erwerbstätigen, vor allem Selbständige der Landwirtschaft, des Handels und des Handwerks, dazu einige freiberufliche Selbständige z. B. in Heilberufen, rechts- und steuerberatenden Berufen, werden von den Autoren als „sozialökonomische Sondergruppen und -schichten" zusammengefaßt, die rund 15 Prozent der Erwerbstätigen ausmachen.

Die Arbeit des IMSF enthält den ersten Teil einer auf drei Bände angelegten Studie, in

der die Klassen und Schichten der BRD theoretisch und empirisch untersucht werden. Der wesentliche Teil des hier zu besprechenden ersten Bandes ist ein Beitrag von Heinz Jung „Zu den klassentheoretischen Grundlagen einer sozialstatistischen Analyse der Klassen- und Sozialstruktur der BRD". Auf die diesen Aufsatz ergänzenden Beiträge von Christof Kievenheim („Entwicklung der geistigen Arbeit und der Intelligenz") und von M. Tjaden-Steinhauer und K. H. Tjaden („Methodologische Probleme der Klassenanalyse") soll hier nicht explizit eingegangen werden.

Jung nimmt wie Semjenow und die Tjadens den Klassenbegriff von Marx, Engels und Lenin zur Grundlage seiner Untersuchung. Er stellt in der Anwendung dieses Begriffs bei der Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD als Grundschema der Klassenstruktur die Dreiteilung in Arbeiterklasse, Kapitalistenklasse und Mittelschichten heraus. Jung klärt sehr detailliert, durch welche Merkmale sich die einzelnen Klassen und Schichten voneinander unterscheiden und wie sie wiederum in sich selbst gegliedert sind.

Herrschende Klasse der westdeutschen Gesellschaft ist die Bourgeoisie, die im Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus wichtigen inneren Veränderungen unterliegt. So bildet sich die Monopolbourgeoisie heraus, die zur „herrschenden sozialen Schicht" (c, S. 123) der BRD wird. Sie ist Ausdruck und Nutznießer eines Interessengegensatzes innerhalb der Kapitalistenklasse, der vor allem darauf beruht, daß infolge der verschärften Konzentration und Zentralisation des Kapitals ein kleiner Teil der Bourgeoisie dauerhaft Extraprofite realisieren kann, und zwar auch auf Kosten der übrigen, nichtmonopolistischen Bourgeoisie. Zur Spitze der Bourgeoisie zählt Jung neben den Vertretern der Finanzoligarchie auch die politischen Spitzenfunktionäre aus Staatsapparat, Verbänden und staatstragenden Parteien.

Zum gesellschaftlichen Gegenpol der Bourgeoisie, der Arbeiterklasse, rechnet Jung neben den Industriearbeitern, die er als Kern der Arbeiterklasse bezeichnet, auch wesentliche Teile der Angestellten und Beamten. Diese leisten ebenfalls unbezahlte Mehrarbeit; sie werden unter der Herrschaft des Imperialismus zunehmend „in ausführende Arbeit – ohne Kommando und Befugnisse – gedrängt. Die Reproduktionsbedingungen ihrer Arbeitskraft nähern sich derjenigen der Arbeiter in der materiellen Produktion an. Damit entwickeln sie sich – selbst wenn spezifische Unterschiede im Arbeitstyp usw. fortbestehen – zu Gruppen der Arbeiterklasse" (c, S. 142). Jung geht also davon aus, daß entscheidendes Kriterium der Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse die reelle Subsumtion unter das Kapital, die volle Entfaltung des Warencharakters der Arbeitskraft ist. Das impliziert, daß nicht alle Angestellten und Beamten zur Arbeiterklasse gezählt werden, so daß die Arbeiterklasse und Lohnabhängige nicht identisch sind. Fazit: „Die Arbeiterklasse in der BRD umfaßt jene Erwerbstätigen und ihre Angehörigen, die keine Produktionsmittel besitzen und deren ausschließlich oder vorwiegende Einkommensquelle der Verkauf ihrer Arbeitskraft gegen Lohn oder Gehalt ist, deren Mehrarbeit durch individuelle oder kollektive Kapitalisten oder den kapitalistischen Staat angeeignet wird und direkt oder indirekt die Quelle des Profits der Kapitalisten ist, deren soziale Existenz durch Unsicherheit gekennzeichnet ist und die hinsichtlich der Funktions- und Qualifikationsgliederung der Arbeit (im jeweiligen Bereich) untere und mittlere Funktionen, also vorwiegend ausführende Funktionen ausüben und deren sozialer Übergang in die Gegenklasse, die Bourgeoisie (als relevanter Prozeß) nicht stattfindet und nicht möglich ist" (c, S. 152 f.).

Als Mittelschichten schließlich faßt Jung vier Schichten auf: Die Intelligenz, die lohnabhängigen Mittelschichten sowie agrarische und nichtagrarische selbständige Mittelschichten. Die Intellektuellen, deren gemeinsames Merkmal nach Jung vor allem die höhere Bildung und damit der höhere Preis ihrer Arbeitskraft ist, sind in sich sozial uneinheitlich, wobei sich der größte Teil infolge einer zunehmenden Entwertung der Intelligenzqualifikation der Arbeiterklasse annähert. Zu den lohnabhängigen Mittelschichten rechnet Jung diejenigen Lohnabhängigen, welche aufgrund ihrer objektiven Stellung gesellschaftliche Aufsichts-, Leitungs- oder Repressionsfunktionen ausüben.

Vergleicht man resümierend die Modelle der Sozialstruktur der BRD, wie sie von Semjenow, den Tjadens und Jung entwickelt werden, so ergeben sich Differenzen über die Einschätzung der sozialen Lage der Intelligenz, vor allem aber in Bezug auf die Struktur und den Umfang der Arbeiterklasse: Gehören zur Arbeiterklasse auch große Teile der Angestellten, Beamten und der Intelligenz, insofern sie ebenfalls zur Quelle des Profits für den Kapitalisten werden und der Warencharakter ihrer Arbeitskraft voll entfaltet ist, sind Arbeiterklasse und Lohnabhängige völlig identisch, oder werden Angestellte und Beamte als eigenständige (Mittel-) Schichten aufgefaßt? Die Tatsache, daß die Diskussion über diese Frage Wissenschaftler verschiedener Länder seit etlichen Jahren beschäftigt (vgl. z. B. den Meinungsaustausch darüber von zahlreichen kommunistischen Theoretikern bereits in den Jahren 1960 und 1961 in der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus"), ohne daß eine Übereinstimmung der Standpunkte erreicht worden ist, verweist einerseits darauf, daß trotz gewaltiger Fortschritte in der Erforschung sozialer Klassen und Schichten, wie sie die vorliegenden Bücher bedeuten, noch manches zu tun bleibt, sie zeigt andererseits, wie es auf der Grundlage gemeinsamer ideologischer und politischer Positionen, im Bemühen um gemeinsame strategische Ziele möglich ist, theoretische Differenzen zu diskutieren, ohne die Einheit der politischer Bewegung in Frage zu stellen.

Uwe Naumann

Hinweis: Inzwischen ist der umfangreiche und informative zweite Band der Klassen- und Sozialstrukturstudie erschienen. Er wird in einem der nächsten Hefte gesondert vorgestellt.

„Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus", Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1973

Fragen wie: Besteht das Wertgesetz im Sozialismus noch weiter? Gibt es noch Mehrwertproduktion? Worin besteht der Charakter des sozialistischen Eigentums? sind heute aufgrund der gründlichen Forschungsarbeiten, vor allem auf seiten der sowjetischen Ökonomen, relativ klar und deutlich zu beantworten. Dies war jedoch nicht immer so: Die politische Ökonomie des Sozialismus, die sich mit den Problemen der Gesetzmäßigkeiten im sozialistischen Wirtschaftssystem befaßt, wurde erst Mitte der dreißiger Jahre anerkannt. Das Buch „Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus" zeigt die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum gegenwärtigen Stand. Mit diesem Buch wird zum erstenmal der Versuch unternommen, die Geschichte der politischen Ökonomie als „der historische Prozeß ihrer Herausbildung und Entwicklung, dargestellt in einer sehr komplizierten und widersprüchlichen Bewegungsform des ökonomischen Denkens, in welchem sich der gesetzmäßige Prozeß der Herausbildung und Entwicklung der sozialistischen Produktionsweise widerspiegelt" aufzuzeichnen.

Im Mittelpunkt stehen die Jahre von 1917 bis Mitte 1930, d. h. vom Beginn der Auseinandersetzung: gibt es eine solche Wissenschaft unter sozialistischen Bedingungen bis zur Anerkennung der politischen Ökonomie des Sozialismus. Diese Entwicklung läßt sich äußerst gut an den Lehrprogrammen der Hochschulen und Universitäten nachvollziehen, als 1930 das Lehrgebiet: Theorie der Sowjetwirtschaft" eingeführt wurde, wie es 1936 zur Umgestaltung des Lehrgebiets in den Unterricht der politischen Ökonomie kam.

Die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus muß im Zusammenhang mit den harten Klassenauseinandersetzungen nach der Oktoberrevolution gesehen werden. So wird besonders die, für den Aufbau der Sowjetunion schädliche Rolle bürgerlicher und ultralinker, darunter hauptsächlich die der Trotzkisten sehr detailliert beschrieben. Auch der Einfluß des Subjektivismus spiegelt sich in den theoretischen Konzeptionen immer wider. Die entscheidende Bedeutung der Arbeiten Lenins in der Zeit nach der Sozialistischen Revolution sowie der Beschlüsse der KPdSU und der jungen Sowjetregierung ist in diesen Grundrissen zur politischen Ökonomie des Sozialismus entsprechend ihrem Stellenwert deutlich herausgearbeitet. Sind auch einige Probleme noch unbefriedigend erläutert, bleiben auch noch manche Fragen offen, so mindert dies nicht die Qualität des Buches, sondern ist darauf zurückzuführen, daß der gegenwärtige Stand der politischen Ökonomie des Sozialismus zwar das Gesamtsystem der ökonomischen Gesetze des Sozialismus in seinem Grundinhalt und wesentlichen Beziehungen erfaßt, daß jedoch unterschiedliche Auffassungen vorliegen und noch viele Fragen offen sind.

Heidi Haug

Ludwig Elm: Der „neue" Konservatismus. Zur Ideologie und Politik einer reaktionären Strömung in der BRD. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1974. 122 S., 4,80 DM. (= Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie. Herausgegeben von Manfred Buhr, Band 49)

Nach seinen umfangreichen Studien zum deutschen Vorkriegsliberalismus und zum Verhältnis von Neofaschismus und Hochschulentwicklung in der BRD[1] hat L. Elm Professor an der Fr.-Schiller-Universität Jena, nun eine knappe Studie über die sich in der BRD entwickelten bzw. neu formie-

renden konservativen Kräfte vorgelegt. Es ist zu wünschen, daß diese Studie eine breite Aufnahme und Diskussion findet; denn bisher stand schon die einfache Zurkenntnisnahme der Arbeiten Elms, beispielsweise was die akademische Zunft der westdeutschen Historiker betrifft, in einem umgekehrten Verhältnis zur Bedeutung der Studien: entweder man verschweigt – oder, was nicht mehr ging, man diffamierte.[2] Die Studie Elms über den Konservatismus in der BRD heute greift zentrale politisch-ideologische Sachverhalte auf. Denn es ist offensichtlich, daß der neubelebte Konservatismus (oder: Konservativismus) in der BRD in den letzten Jahren politisch-ideologisch und publizistisch an Einfluß gewonnen hat. Das widerspiegelt sich z. B. darin, daß nicht nur in Bonn ein heftiger Kampf um die politische „Mitte" entbrannt ist, sondern daß bei der CSU und CDU, den Hauptparteien des großen Kapitals in der BRD, das Etikett „konservativ" immer stärker zur Kennzeichnung des politisch-ideologischen Standortes verwandt wird.

Elms materialreiche empirische und theoretische Studie legt den Schwerpunkt auf die Begriffsbestimmung des „Konservatismus" und seine Funktionsbestimmung im heutigen antidemokratischen Rechtsblock der BRD. Damit kann gerade diese Studie nicht nur aufklärerisch wirken, sondern auch die wissenschaftliche Diskussion um Wesen und Funktion des Konservatismus, die kürzlich wieder begonnen wurde, beleben und klären helfen.[3]
Als Untersuchungsmaterial dienen dem Verfasser hauptsächlich publizistische Einlassungen von profilierten Konservativen wie Mohler, Kaltenbrunner, Gehlen, Forsthoff u. a. sowie die seit Ende der 60er Jahre neu entstandenen einschlägigen Periodika wie „Deutschland-Magazin", „konservativ heute" und schließlich die „seriöse" Springer-Presse wie „Die Welt" u. a.

Elms Untersuchung ist vor allem methodisch durch eine klare marxistische Begriffsbestimmung des heutigen Konservatismus sowie durch strenge Parteilichkeit und Objektivität, die auf der Grundlage der humanistischen, konsequent antiimperialistischen und antifaschistischen Position des Verfassers möglich wird, gekennzeichnet. „Der ‚neue' Konservatismus" ist neben der Informationsfülle vor allem wegen der theoretischen Bestimmung des Wesens des Konservatismus lesenswert.

Elm betrachtet den Konservatismus als **gesetzmäßigen** politisch-ideologischen Ausdruck des Klasseninteresses des Monopolkapitals. Dieser Konservatismus ist, im Gegensatz zu den Schulbuchlesarten und dem konservativen Selbstverständnis, dem zufolge „konservativ" nur als beharrend, als das Gegebene wahrend und sichernd erscheint, objektiv reaktionär. Er ist extrem volks- und fortschrittsfeindlich. Gleichzeitig aber ist er „bereits Moment und Vorwegnahme der generellen ideell-politischen Perspektivlosigkeit der bürgerlichen Ideologie und des Verfalls ihrer Massenbasis."[3] Er ist bloße Reaktion auf die Herausforderung der bürgerlichen Welt durch Marxismus, Sozialismus und Arbeiterbewegung unter den allgemeinen Bedingungen der zunehmenden Stärke der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus im Weltmaßstab. Der Konservatismus als „historisch-klassenmäßige Kategorie" weist auch in seiner scheinbar neuen Gestalt, die jedoch oft nur eine Wiederbelebung des deutschen rechtsextremistischen Konservatismus der Weimarer Republik ist (etwa Möller van den Brucks: „Das Dritte Reich", zuerst 1923) darstellt, immer alle Merkmale einer rechtsextremistischen Ideologie und Weltanschauung auf: Er ist konterrevolutionär, vertritt Positionen des Militarismus, des militanten Nationalismus und Chauvinismus, ist äußerst und offen antikommunistisch und antidemokratisch. Er bezieht seine Rechtfertigung stets aus offenen Geschichtsfälschungen, etwa der „Dolchstoßlegende". Er tritt, als politische Konsequenz, stets für den starken, autoritären imperialistischen Staat ein.

Daher gehört der Konservatismus in der imperialistischen Periode seinem geschichtlichen, sozialen, politischen, ideologischen und moralischen Wesen nach klassenmäßig dem politischen Rechtsextremismus an; er ist eine notwendige Erscheinungsform des imperialistischen Rechtsextremismus.

Die Angrenzung des Konservatismus vom Faschismus als am meisten chauvinistischer, terroristischer, antidemokratischer und extremster antihumanistischer politischer und sozialer Bewegung und Herrschaftsform des Großkapitals ist **relativ.** Beide sind elementare Formen des imperialistischen Rechtsextremismus. Aber der Konservatismus weist gegenüber dem Faschismus nicht unbedingt den Terrorismus als politische Kampfform auf und ermangelt der besonderen sozialen, oft sogar pseudorevolutionären Demagogie des Faschismus. Ferner ist der Konservatismus eine **gesetzmäßige** Erscheinung bürgerlich-imperialistischer Politik und Ideologie. Faschistische Organisationen und Herrschaftsformen dagegen sind „nicht unvermeidbar" (63 f.).

Obwohl Faschismus und Konservatismus hinsichtlich ihrer gemeinsamen imperialistischen Klassenfunktion „wesensverwand" sind, tut sich der extremistische Konservatismus, auch in der BRD, aufgrund seiner besonderen Merkmale und dem elitären Zug seiner Ideologie und trotz der massiven Unterstützung durch das große Kapital schwer, **Massen** zu organisieren. Seine besondere politische und soziale Funktion als ständige Strömung im Lager des westdeutschen Rechtsextremismus ist immer die Begünstigung imperialistischer Innen- und Außenpolitik sowie, allgemein, die Verschärfung antidemokratischer Politik. Das läßt sich an der Entwicklung der Regierungspolitik in der BRD in den letzten Jahren in allen Bereichen nachzeichnen. Schließlich begünstigt der Konservatismus immer den Faschismus, Neofaschismus und Neonazismus und nimmt so seine besondere Funktion in der Formierung des antidemokratischen Rechtsblock in unserem Lande wahr. Es bestehen Berührungspunkte zwischen dem Konservatismus und der derzeitigen sozialdemokratischen resp. sozialliberalen Regierungspolitik. Einmal, indem diese nach wie vor Revanchismus und Konservatismus als Formen des Rechtsextremismus offiziell ideologisch und materiell-finanziell fördert. Zum anderen darf nicht vergessen werden, daß der derzeitige Bundeskanzler H. Schmidt seinen eigenen Einlassungen gemäß in Vielem als – wie Elm es in einer früheren Studie ausdrückte – „Prototyp eines sozialdemokratischen Verfechters rechtsextremistischer gesellschaftspolitischer Auffassungen und Leitbilder" einzustufen ist (Hochschule und Neofaschismus, zit. S. 265). Insofern drückt sich gerade in der Kanzlerschaft Schmidts selbst die Verschiebung des offiziellen politischen Spektrums nach rechts aus.
Nach meiner Auffassung sind die – hier nur knapp skizzierten – Thesen Elms über den neuen Konservatismus in der BRD trotz einer durchgehenden Kardinalschwäche, nämlich des Fehlens einer Offenlegung der Verbreitung der untersuchten Veröffentlichungen einschl. ihrer Finanzierungsquellen, bedeutsam. Das liegt einmal daran, **wie** der Verfasser immer aus der Fülle der Erscheinungsformen in der Begriffsbildung das Wesen einer historisch-politischen Konkretheit ermitteln kann. Das liegt zum anderen, gerade an dieser Studie, daran, daß wesentliche Anregungen für die Diskussion und grundlegende Einschätzung gewisser neuer Züge der gesamten Rechtsentwicklung in der BRD hier veröffentlicht sind.

Damit kann meines Erachtens auch diese kleine Studie, entsprechend dem unverzichtbaren Zusammenhang zwischen marxistischer Politik und Wissenschaft, zur Zurückdrängung der Rechtsentwicklung in unserem Land beitragen und die Kampfpositionen aller demokratischen Kräfte im Land stärken helfen.

Richard Albrecht

1. L. Elm: Zwischen Fortschritt und Reaktion. Geschichte der Parteien der liberalen Bourgeoisie in Deutschland 1893 bis 1918. Berlin 1968; ders.; Hochschule und Neofaschismus. Zeitgeschichtliche Studien zur Hochschulpolitik in der BRD. Berlin 1972.

2. Beispielsweise in einem Aufsatz des Bremer Professors Karl Holl in der Rezensionszeitschrift „Neue Politische Literatur" (NPL), 2/1974, S. 239.

3. Siehe die Diskussion in der Westberliner Zeitschrift „Das Argument", 15. Jg., 1973, Heft 82, S. 823 ff.

Unsere Autoren

Bernhard Keller: Hamburg, geb. 1950, stud. Politologie/Germanistik, 7. Semester.

Wolfgang Althoff: Hamburg, geb. 1951, stud. Soziologie/Pädagogik, 5. Semester.

Holger Brandes: Münster, stud. Pädagogik/Psychologie, 6. Semester.

Wolfgang Bartels: Dortmund, geb. 1949, Redakteur des Jugendmagazins „elan", Aufsatz in Facit 27.

Rolf-Dieter Casjens: Oldenburg, Jahrgang 1949, Student der Pädagogik

Uta Oetzel: Diplom-Psychologin, Marburg, geb. 1949, arbeitet in einer Studienberatungsstelle.

Claus Proft: stud. Psychologie, geb. 1947, Mitglied des Sekretariats des Bundesvorstands.

Wolfgang Adamczak: Hamburg, geb. 1946, stud. Biologie, Diplom-Biologe.

MARXISTISCHE BLÄTTER

Für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik
Jahrgang 1974

1 **(Januar/Februar)**
Zur Lage der Arbeiterklasse in der BRD

2 **(März/April)**
Neue Beziehungen zwischen Staaten mit gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen

3 **(Mai/Juni)**
Die Arbeiterklasse im weltrevolutionären Prozeß

4 **(Juli/August)**
Neue Entwicklungen im Imperialismus

5 **(September/Oktober)**
25 Jahre DDR

6 **(November/Dezember)**
Neue Probleme der Strategie und Taktik des Kampfes der Arbeiterklasse

Einzelheft 3,– DM und Jahresabonnement 15,– DM plus Zustellgebühr

Verlag Marxistische Blätter GmbH
6 Frankfurt/Main
Heddernheimer Landstraße 78 a

Demokratische Erziehung

Neu!

Eine politisch-wissenschaftliche Zweimonatszeitschrift für das gesamte Erziehungs- und Bildungswesen

Erscheint ab Januar 1975

Für Wissenschaftler und Studenten, für Lehrer und Sozialpädagogen

Für alle im Erziehungsbereich Tätigen

Informiert über pädagogische Erfahrungen und über die Bildungspolitik des In- und Auslands

Analysiert neue wissenschaftliche Ansätze und stellt demokratische Alternativen zur Diskussion

Im Abonnement DM 3.50

Studentenabonnement DM 3.—, im Buchhandel DM 5.—

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

1/75

nur

rote blätter

1 Mark

Politik des MSB·SPARTAKUS aus 1. Hand!

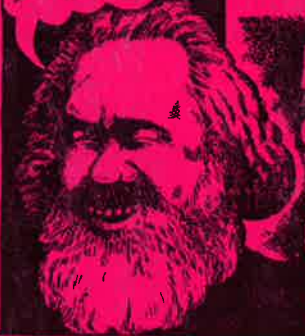
JNFormation + DOKUmentation + ARGUment + DISKUSSION

in rote blätter 20:

- Vor der neuen BAFöG-Runde
- Tübingen: 450 von Exmatrikulation bedroht
- Fotoreportage: Baikal-Amur-Eisenbahn
- E. A. Rauter: Arbeiter und Wissenschaft
- Neues über den RCDS-Prozeß

Bestellungen an:

MSB SPARTAKUS
Bundesvorstand
53 Bonn 1, Postfach



MARXISTISCHER STUDENTENBUND

SPARTAKUS